



# Landtag von Baden-Württemberg

78. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 2. Februar 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 10:00 Uhr

Schluss: 20:32 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	6169	b) <b>Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium</b>	
Eintritt der Abg. Rosa Grünstein . . . . .	6169	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz-	
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen . . . . .	6169	ausschusses – Drucksache 12/4807 . . . . .	6217
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Christine		Abg. Veronika Netzhammer CDU . . . . .	6217
Rudolf . . . . .	6173	Abg. Brinkmann SPD . . . . .	6219, 6230
1. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes-		Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	6220
regierung – <b>Gesetz über die Feststellung des</b>		Abg. Beate Fauser FDP/DVP . . . . .	6223, 6233
<b>Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg</b>		Abg. Deuschle REP . . . . .	6226
<b>für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staats-</b>		Abg. Dr. Carmina Brenner CDU . . . . .	6228
<b>haushaltsgesetz 2000/01)</b>		Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	6231
a) <b>Einzelplan 02: Staatsministerium</b>		Abg. Kurz CDU . . . . .	6232
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz-		Abg. Schmiedel SPD . . . . .	6233
ausschusses – Drucksache 12/4802 . . . . .	6169	Minister Dr. Döring . . . . .	6234
Abg. Oettinger CDU . . . . .	6169, 6213	Beschluss . . . . .	6238
Abg. Maurer SPD . . . . .	6173, 6200	c) <b>Einzelplan11: Rechnungshof</b>	
Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	6177, 6207	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz-	
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	6182	ausschusses – Drucksache 12/4811 . . . . .	6239
Abg. Dr. Schlierer REP . . . . .	6185, 6212	Abg. Ursula Lazarus CDU . . . . .	6239
Ministerpräsident Teufel . . . . .	6188	Abg. Seltenreich SPD . . . . .	6240
Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	6215	Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/	
Beschluss . . . . .	6216	Die Grünen . . . . .	6241
		Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . .	6242
		Abg. Rapp REP . . . . .	6242
		Beschluss . . . . .	6243

**d) Einzelplan 03: Innenministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz-	
ausschusses – Drucksache 12/4803	6243
Abg. Haasis CDU	6243
Abg. Redling SPD	6245
Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen	6248
Abg. Kluck FDP/DVP	6250
Abg. Käs REP	6253
Abg. Rech CDU	6255
Abg. Roland Schmid CDU	6256
Abg. Wilhelm REP	6257
Minister Dr. Schäuble	6258
Beschluss	6262

**e) Einzelplan 05: Justizministerium**

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanz-	
ausschusses – Drucksache 12/4805	6264

Abg. Rech CDU	6264
Abg. Bebbler SPD	6265
Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen	6266
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	6268
Abg. Dr. Schlierer REP	6269
Abg. Hans-Michael Bender CDU	6270
Minister Dr. Ulrich Goll	6270

Beschluss	6273
-----------	------

Nächste Sitzung	6274
-----------------	------

Anlage 1

Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in	
verschiedenen Ausschüssen	6275

Anlage 2

Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –	
Umbesetzung im Untersuchungsausschuss „Förder-	
praxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauern-	
verbände“	6275

## Protokoll

über die 78. Sitzung vom 2. Februar 2000

Beginn: 10:00 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 78. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Staiger erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Hofer und Schonath.

Meine Damen und Herren, der Landeswahlleiter hat mir mit Schreiben vom 4. Januar 2000 mitgeteilt, dass das Mandat des ausgeschiedenen Kollegen Wettstein auf Frau Rosa Grünstein übergegangen ist. Sie hat die Wahl ebenfalls am 4. Januar 2000 angenommen und damit von diesem Tag an die rechtliche Stellung einer Abgeordneten des 12. Landtags von Baden-Württemberg erlangt.

Frau Kollegin Grünstein, ich heiße Sie herzlich in diesem Hause willkommen und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit als Abgeordnete alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auf Ihren Tischen finden Sie eine Vorschlagsliste der SPD-Fraktion und eine solche der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. (Anlagen 1 und 2) – Ich stelle ohne förmliche Abstimmung fest, dass Sie den von der Fraktion der SPD und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen ebenfalls vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag des Finanzministeriums vom 26. Januar 2000 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1998 – Drucksache 12/4825

Überweisung an den Finanzausschuss

2. Beratende Äußerung des Rechnungshofs Baden-Württemberg vom 17. Dezember 1999 – Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten – sog. An-Institute – und der Institute der Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e. V. – Drucksache 12/4731

Überweisung an den Finanzausschuss

\*

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 (Staatshaushaltsgesetz 2000/01)**

Ich rufe zunächst **Buchstabe a** auf:

**Einzelplan 02: Staatsministerium**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4802**

Berichterstatter: Abg. Moser

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 – Staatsministerium – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten. Innerhalb dieser Gesamtredezeit – und das gilt für die Beratungen aller Einzelpläne – sind sowohl die allgemeinen Ausführungen zum Einzelplan – zu den Kapiteln und Titeln – zu machen und ebenso die Änderungs- und Entschließungsanträge zu begründen und zu beraten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich das Wort Herrn Abg. Oettinger.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen, meine sehr geehrten Herren Kollegen! Die Haushaltsberatungen der letzten Wochen im Finanzausschuss liegen hinter uns, und die zweite Lesung, die Zielgerade, wird hiermit eröffnet. Die CDU-Fraktion sagt ihren Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, insbesondere im Finanzministerium und dort in der Haushaltsabteilung, und bekundet ihren Dank in besonderem Maße dem Herrn Finanzminister für eine außerordentlich gute Zusammenarbeit.

Wir haben das Gefühl, dass die Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss gute Arbeit geleistet haben. Dafür verdienen sie ebenfalls unseren Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat einen Doppelhaushalt, CDU und FDP/DVP stehen hinter ihm, und mit diesem Haushalt setzen wir die mittel- und langfristige Linie der Konsolidierung unserer Staatsfinanzen fort. Die Nachhaltigkeit spricht für sich; Baden-Württemberg hält Kurs.

(Oettinger)

Mit diesem Haushalt setzen wir Prioritäten, die für unser Land wichtig sind, und mit diesem Haushalt erfüllen wir wichtige Zusagen, die in unserer Gesellschaft von Bedeutung sind. Dieser Haushalt steht auf einer soliden Grundlage. Er hat ein Zahlenwerk, das in die Zukunft führt.

Dabei haben wir, entgegen dem Vorwurf der Opposition, nicht das Füllhorn über das Land ausgeschüttet, sondern wir haben wenige gezielte Schwerpunkte gesetzt. Diese Schwerpunkte entsprechen unserer Politik.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie zu nennen ist notwendig. Die Stichworte sind bekannt.

Erstens: Die Polizei in Baden-Württemberg bekommt die Ausstattung, die sie braucht. Die innere Sicherheit in Baden-Württemberg hat allererste Priorität.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir setzen den Abbau des Obermeisterbauchs fort. Wir wandeln Stellen des mittleren Dienstes in Stellen des gehobenen Dienstes um und passen damit das Bild des Polizeibeamten im Alltag auch im Stellenplan und in der Bezahlung entsprechend an. Und die Technik der Polizei wird dafür sorgen, dass die Polizei in Baden-Württemberg im Ländervergleich die modernste werden wird.

Meine Damen und Herren, die Landespolitik sorgt dafür, dass die Polizei Arbeitsgrundlagen haben wird, die dieses Land, die Bürger und die innere Sicherheit im Land verdienen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweitens: Es mag ja in den Tagen nach der Haushaltseinbringung Irritationen gegeben haben – vielleicht war der Ablauf nicht ganz gut, dies gestehe ich zu –, aber die Unterrichtsversorgung für das Jahr 2000, für das Schuljahr 2000/2001, hat im Haushalt einen Stellenplan und Sachmittel, die dafür sorgen, dass die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg eine gute Bildungsperspektive haben, dass die Schulen im Land auch in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen können. 152 Millionen DM geben wir ergänzend frei.

Die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP/DVP haben auch für Gerechtigkeit bei den Privatschulen gesorgt. Wir erhöhen die Mittel für die Privatschulen im Land, damit Privatschulen genauso an der Aufgabenerfüllung beteiligt sind und ihre Finanzgrundlage eine gute Versorgung für 2000 und 2001 ermöglichen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Haben wir in der Verbandsarbeit, bei Sport, Kultur und Sozialem, in den letzten Jahren zum Haushaltsausgleich erhebliche Einschnitte verfügt, haben wir aus Wettmitteln erhebliche Gelder abgezogen und dadurch den Haushaltsausgleich erreicht, so können wir jetzt sagen, dass die Struktur des Haushalts und die Zuführung von Wettmitteln auch in Zukunft dem Haushalt Finanzmasse geben; aber die Mehreinnahmen werden jetzt wieder an die Zwecke Sport, Kul-

tur und Soziales weitergegeben. Wir legen großen Wert darauf, dass das Ehrenamt gestärkt wird. Mit den knapp 20 Millionen DM wird das Ehrenamt in Baden-Württemberg, wird der Sport in der Breite und in der Spitze, wird die Kulturarbeit und wird die Sozialarbeit auf eine Wachstumsperspektive gestellt. Wir unterstützen mit Nachdruck, dass Sport, Kultur und Soziales ein Schwerpunkt der Änderungsanträge von FDP/DVP und CDU gewesen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Und, meine Damen und Herren, die Infrastruktur Straße hat ebenso einen Niederschlag im Haushalt gefunden. Der Landesstraßenbau hat wieder freie Verfügungsmasse für neue Investitionen. Neue Straßen werden bewilligt. Die Landesstraßenbaumittel heben sich positiv von den Bundesstraßenbaumitteln ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

All dieses – Polizei, innere Sicherheit, Schule, Bildung, Ehrenamt, Sport, Kultur, Infrastruktur, Straßenbau – machen wir und halten trotzdem die Grenzwerte unserer mittelfristigen Planung ein. All diese Investitionen tätigen wir und halten die Partnerschaft zur kommunalen Selbstverwaltung trotzdem intakt.

Gestatten Sie mir einen klaren Satz: Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Baden-Württemberg haben auch ein gutes Wirtschaftsjahr, haben auch ein gutes Investitionsjahr, haben auch ein gutes Haushaltsjahr 2000 vor sich, weil sich die Partnerschaft von Land und Kommunen in Baden-Württemberg ein weiteres Mal, ein bewährtes Mal als faire Partnerschaft erweist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir setzen darauf, dass in Baden-Württemberg durch Landespolitik und durch kompetente Kommunalpolitik, durch Land und Kommunen gemeinsam die Bewältigung der Herausforderungen für unseren Standort gelingen kann.

Wir haben auch aktuell reagiert. Wenige Tage nach den Orkanshäden sind Sofortmittel da. 100 Millionen DM sind eingestellt. Der Verschuldungsrahmen wurde trotzdem eingehalten. Wir bleiben Partner für die, die im Land Partnerschaft benötigen. Die Solidarität im Land hat sich auch hier bewiesen, und wir sind bereit – wenn die Orkanshäden mehr Mittel erfordern –, im Nachtrag oder im nächsten Haushalt dafür zu sorgen, dass Landwirtschaft und Privatwald auch in Zukunft eine unternehmerische Säule in Baden-Württemberg haben können.

(Beifall bei der CDU)

Mit diesem Doppelhaushalt setzen wir den inneren Umbau unseres Landes fort: neue Steuerungsinstrumente, modernes Rechnungswesen, zeitnahe Haushaltsdaten, Budgetierung und die Hochschulreform. Baden-Württemberg ist nicht nur ein modernes Land, Baden-Württemberg hat nicht nur eine moderne Wirtschaft. Auch die Verwaltung in Baden-Württemberg ist auf einem Kurs der Modernität, hat die Zeichen der Zeit erkannt. Die Technik unserer Landesverwaltung zeigt in die Zukunft. Die Investitionen dafür sind im Doppelhaushalt angelegt.

(Oettinger)

Die Schwerpunkte treffen wir – wir schütten nicht das Füllhorn aus, sondern wir treffen ganz gezielt die Schwerpunkte –, und trotzdem ist es ein solider Haushalt. Solide Haushaltswirtschaft ist ein Markenzeichen unserer Politik. Die Regierungsarbeit von Erwin Teufel in den Neunzigerjahren – zunächst die Alleinregierung von ihm und der CDU, dann die große Koalition, wobei ich den Koalitionspartner SPD ganz bewusst einbeziehe, und jetzt die kleine Koalition mit der FDP/DVP – sowie die Neunzigerjahre insgesamt waren in Baden-Württemberg von solider Haushaltswirtschaft, von sorgsamem Umgang mit Ressourcen und von geringer werdender Staatsverschuldung geprägt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Für die Neunzigerjahre stimmt das!)

Erwin Teufel, Gerhard Mayer-Vorfelder und Gerhard Stratthaus stehen dafür. Und, wenn Sie gestatten: Die CDU-Fraktion war die einzige, die jedem Haushalt zugestimmt hat.

(Abg. Bebber SPD: Das war noch im alten Jahrhundert!)

Einige waren manche Jahre dabei. Die Christlich-Demokratische Union war in diesem ganzen Jahrzehnt dabei, wenn es darum ging, dass sich Baden-Württemberg im Ländervergleich positiv abhebt, dass Baden-Württemberg eine Gestaltungsperspektive für nächste Generationen erhält.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

In diesen Tagen wurde nicht nur der Haushalt 2000/2001 beraten, auch der Abschluss des Jahres 1999 wurde sichtbar. Hat der Landtag im letzten Jahr einen Schuldenrahmen von 1,8 Milliarden DM geplant und haben wir der Regierung Schuldenrechte im Umfang von 1 800 Millionen DM gegeben, so hat die Regierung davon nur 1 000 Millionen DM gebraucht. Sie hat 800 Millionen DM weniger Schulden gemacht. Und trotzdem ein Rechnungsabschluss, der näherungsweise 800 Millionen DM Positives bringt.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Weniger Schulden gemacht!)

– Kollege Kuhn, ich glaube schon, dass bei 1 000 Millionen DM Neuverschuldung eine Unterschreitung um 0,8 Milliarden DM und ein Rechnungsüberschuss, der im Jahre 2001 die Gegenfinanzierung der notwendigen Steuerreform erleichtern hilft, auch im Haushaltsvollzug und nicht nur im Plan, im Ist besser als im Soll, ein Beweis für eine sparsame, restriktive, ernsthafte Haushaltspolitik in Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Dann schreibt der ansonsten durchaus geschätzte Kollege Puchta: „Ein Haushalt der verpassten Chancen“. Die Regierung habe diesmal den Pfad der Haushaltstugend verlassen. Nicht nur, dass er damit das ihm gebotene Maß an Neutralität und Zurückhaltung als Ausschussvorsitzender nicht beachtet, sondern eindeutig verletzt hat – seis drum, der innerparteiliche Wahlkampf, verständlich für Sie –

(Zurufe der Abg. Bebber SPD und Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Sie verwechseln die Partei!)

– nein –, er hat damit auch eine Bewertung getroffen, die, glaube ich, einer objektiven Nachprüfung so nicht standhalten kann. Kommt sein Kollege Moser mit dem Zitat – wörtlich – „Wir“ – die SPD – „sind der Meinung, das Geschwätz von der Konsolidierung ist hohl“ als eifriger Gefährte hinzu, so kommt eine andere Untersuchung zum krassen Gegenteil.

(Abg. Bebber SPD: Wer?)

Am selben Tag im Januar schreiben die „Stuttgarter Nachrichten“ zum einen: „Opposition: Koalition verletzt Sparkurs wegen Landtagswahl“, und unten steht: „Bestnoten für Baden-Württemberg“. Was gilt denn nun? Gilt das Institut der deutschen Wirtschaft, oder gilt Puchta?

(Zurufe von der SPD: Puchta! – Lachen bei der CDU)

Ich glaube, dass das Gutachten für sich und gegen Sie spricht.

(Beifall bei der CDU)

Bestnoten für Baden-Württemberg, Lob für die Landesregierung. Das Institut der deutschen Wirtschaft – IW – in Köln hat jüngst Baden-Württemberg bescheinigt, in den Neunzigerjahren die beste Finanzpolitik gemacht zu haben. Kommentar überflüssig!

(Abg. Bebber SPD: Das war im letzten Jahrhundert!)

Und zwei Tage später dann „Die Welt“ – Zahl des Tages, in einer führenden Zeitung Deutschlands über das Ranking der Finanzpolitik der Bundesländer –: „Musterland Baden-Württemberg“.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Im letzten Jahrhundert!)

Das war kein Wahlkampfprospekt meiner Partei,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Sie können sich auch keine mehr leisten! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

sondern eine Tageszeitung mit hohem Niveau.

Lieber Kollege Puchta, ich rate Ihnen: Lesen Sie zuerst Tageszeitungen und Gutachten, bevor Sie sich mit dem Herrn Kollegen Moser in Aussagen versteigen, die alles andere als haltbar sind.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dieses Gutachten hat ja nicht nur eine aktuelle Betrachtung, sondern es entspricht der langfristigen Bewertung, in der man Finanzpolitik messen und sehen muss, finanzpolitisches Benchmarking 1991 bis 1998 genannt. Fast könnte man, wenn man die Regierungsverantwortung von Erwin Teufel sieht, meinen, dass dieses Gutachten bestellt gewe-

(Oettinger)

sen wäre. Pfeifendeckel! Es wurde, ohne uns zu fragen, in Köln von Wissenschaftlern gefertigt,

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

die unangreifbar sind.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das lässt tief blicken, was Sie gerade sagen!)

Und dieses Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass Baden-Württemberg in den Haushaltsjahren dieses Jahrzehnts, für das die Mehrzahl der hier Anwesenden gemeinsam Verantwortung getragen hat, mit deutlichem Abstand vor jedem anderen Bundesland liegt. Die Summe der Punktebewertung für die Finanzpolitik in den Ländern nach den Kriterien Staatsausgaben, Stand und Entwicklung, Nettokreditaufnahme, Schuldenstand, Personalausgaben und Investitionskosten, alles, was an Faktoren für einen Haushalt wichtig ist, alles, was hier auch ständig in der Debatte ist, beweist, dass Baden-Württemberg vor jedem anderen Bundesland liegt. Und ich verspreche Ihnen: Diesen Platz halten wir. Baden-Württemberg wird auch mit diesem Doppelhaushalt, wird auch in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass uns bei einer konsequenten Haushalts-, Spar- und Investitionspolitik kein anderes Bundesland überholen kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Und dann wird plötzlich die Frage eines Schuldenverbots oder die Frage der Nullverschuldung für mich eher von nachrangiger Bedeutung sein. Ich sage Ihnen deutlich: Ob dies 2005, 2006 oder 2007 sein wird,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Oder gar nicht!)

darauf lege ich mich im Augenblick nicht fest, weil der Bürger erwarten kann, dass eine mittelfristige Finanzplanung kompetente Aussagen macht. Aber eine Aussage treffe ich: Wenn irgendein Bundesland in Deutschland die Nullverschuldung erreichen wird – Baden-Württemberg zieht parallel. Unser Ziel muss sein, dass uns im Benchmarking der Finanzpolitik niemand überholt. Wenn die öffentliche Haushaltspolitik anderer Länder gegen null geht, sind wir dabei, vor anderen Ländern. Kein anderes Bundesland wird dieses Ziel früher erreichen als wir. Das ist die Aussage, die notwendig ist. Daran messen wir uns,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

und daran bemisst sich auch das Vertrauen in unsere Politik.

(Abg. Bebber SPD: Da kann der Wirtschaftsminister nur lachen! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Unglaublich!)

Genau entlang dieser Herausforderung liegt der Doppelhaushalt voll im Plan, der Doppelhaushalt mit Stufen bei der Neuverschuldung nach unten, der Doppelhaushalt mit Rücklagen für Einnahmeausfälle durch die Steuerreform, ein Doppelhaushalt ohne große Risiken, ein Doppelhaushalt, der im Haushaltsvollzug in den Schulden eher unter als überschritten werden wird.

Wir wollen dafür sorgen, dass Baden-Württemberg auch im neuen Jahrzehnt, auch im Jahre 2000 und in den folgenden Jahren dieses Benchmarking der Neunzigerjahre beweist, einhält und im Ländervergleich an der Spitze der Länder bleibt.

Meine Damen und Herren, aber Haushaltspolitik, Landespolitik generell ist kein Selbstzweck an sich. Entscheidend ist für den Standort Baden-Württemberg der Blick auf den Arbeitsmarkt. Entscheidend ist die Frage, ob durch Bundespolitik und Landespolitik, ob durch Wirtschaftspolitik hier im Landtag von Baden-Württemberg, ob durch unsere Maßnahmen der Infrastruktur, ob durch alles, was bei uns an Bildung und Weiterbildung geschehen ist, Baden-Württemberg ein Ia-Standort für Wirtschaft und Beschäftigung bleiben kann.

Ein Blick in die heutige Tageszeitung genügt da. Prognose Stihl: „Deutlich über dem Bundestrend“. Baden-Württemberg wird mit 3,2 % – so die Wirtschaftsprognose – deutlich über dem prognostischen Wert des Bundes liegen. Wir setzen darauf, dass das Jahr 2000 auch ein gutes Wirtschaftsjahr, ein gutes Beschäftigungsjahr, ein Jahr der Perspektive für Auszubildende und Arbeitnehmer in unserem Lande bleibt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Dank Schröder! – Gegenruf des Abg. Herrmann CDU: Trotz Schröder! – Lachen bei der SPD)

Wissen Sie: Herr Schröder hat ja in einem Glück: Die Zahl der Beschäftigungssuchenden in Deutschland nimmt ab – nicht in dem Maße in Baden-Württemberg –;

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der entscheidende Punkt!)

aber die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland nimmt mit der Schröder-Regierung auch ab und schon gar nicht zu. Und auch hier in Baden-Württemberg das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Grunde genommen hat die Regierung von Schröder mit Rot-Grün eigentlich nur einen demographischen Windfall-Profit, den sie derzeit geschickt zu vermarkten versucht. Baden-Württemberg hat keinen Windfall-Profit und auch keine Vermarktung nötig.

Wir setzen auf Zahlen, die unabweisbar sind.

(Abg. Brinkmann SPD: Und auf Hochdeutsch!)

Nach dem Eildienst des Statistischen Landesamts nimmt die Zahl der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg in einem Jahr um 48 000 zu. In Baden-Württemberg geht die Beschäftigung nach oben und die Arbeitslosigkeit nach unten. Die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg sinkt stärker als in jedem anderen Bundesland. Wir setzen darauf, dass Haushaltspolitik und unsere Maßnahmen zur Bildung und Beschäftigung, dass sparsames Wirtschaften im Umgang mit Geld und Finanzen und dass unsere Infrastruktur auch in Zukunft dafür sorgen, dass Baden-Württemberg der beste Standort mit Beschäftigungsperspektiven bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Oettinger)

Insoweit ist der Haushalt ein zeitgerechtes Zahlenwerk, ist der Haushalt eine Grundlage, mit der Baden-Württemberg ins nächste Jahrhundert geht. Wir verbinden mit diesem Haushalt, der eine hohe Aktualität für sich behaupten kann, die Zusage, dass es dort, wo Ergänzungen notwendig sind, im Nachtrag im Herbst dieses Jahres zu Ergänzungen kommen wird.

Diese Landesregierung, CDU und FDP/DVP als Mehrheitsfraktionen hier im Parlament, wir bleiben handlungsfähig. Das Arbeitsjahr 2000 wird für uns bis in den späten Herbst, während des ganzen Jahres ein Arbeitsjahr für den Standort Baden-Württemberg sein.

Trotzdem gestehe ich als Christdemokrat hier nachdenklich, zerknirscht und ärgerlich zu: Die Finanzaffäre der CDU Deutschlands und die Skandale, die in Wiesbaden offenbar geworden sind, belasten auch unsere Politik. Deswegen will ich deutlich machen: Im Rahmen unserer Funktionen, dort, wo wir Einblick und Mitwirkung möglich machen können, dort, wo wir in Gremien und öffentlich die Forderung nach Aufarbeitung verdeutlichen und verstärken können, werden wir, die Christdemokraten aus Baden-Württemberg, dies tun. Dabei gibt es nichts zu beschönigen. Dabei wird nötigenfalls auch ein sehr kritisches Urteil über führende Persönlichkeiten notwendig sein.

(Zurufe der Abg. Walter und Dr. Hildebrandt  
Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Aufarbeitung wird in der CDU Baden-Württembergs neben der Regierungsarbeit nüchtern und umfassend so angestellt, dass kein dauerhafter Vertrauensschaden für die Demokratie in Deutschland bleiben muss.

Aber auch wenn der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags diese Aufgabe ergänzt, wenn die Staatsanwaltschaft ihre Pflicht tut und tun wird, wenn die Gremien der CDU Deutschlands zur Aufklärung aufgerufen sind und wenn die Medien eine nachweisbar gute Recherchearbeit leisten und auch weiter leisten werden, besteht kein Grund, dass ein generelles Misstrauen die parlamentarische Arbeit überzieht. Meine Bitte an die Kollegen der Opposition: Stellen Sie die Fragen, die Sie haben. Erwarteten Sie die Antwort, die parlamentarisch geboten ist. Aber übersäen Sie uns nicht mit Verdächtigungen, Vermutungen und jeden Tag einem neuen Gerücht.

(Beifall bei der CDU)

Ich setze darauf, dass die Landespolitik in Baden-Württemberg von sich Rechtschaffenheit, Solidität und Einhaltung von Gesetzen behaupten kann. Jedenfalls legen wir in den nächsten Wochen darauf allergrößten Wert. Daraus, aus einem Arbeitsjahr 2000, aus einer Haushaltspolitik 2000/2001, aus einer intensiven Arbeit am Standort Baden-Württemberg, aus keiner Beschönigung der Finanzaffäre und aus der Beantwortung der notwendigen Fragen, aber der Zurückweisung von unhaltbaren Verdächtigungen,

(Abg. Mühlbeyer CDU: Sehr richtig!)

machen wir eine Arbeitsbilanz dieser Wahlperiode, mit der man gelassen, souverän und ehrgeizig ins Wahljahr 2001 treten kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, heute hat Frau Kollegin Rudolf Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, Frau Kollegin Rudolf, herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

**Abg. Maurer** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der geschätzte Kollege Oettinger hat in weiten Bereichen

(Abg. Hauk CDU: Recht!)

über den Obermeisterbauch geredet – ein wichtiges Thema – und über Straßenbau bei einem Haushaltskapitel, bei dem die Aussprache in allen deutschen Parlamenten ja der Auseinandersetzung mit der politischen Linie des Regierungschefs und der grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung dienen soll. Bis auf Ihre auf Dämpfung abzielenden Schlussbemerkungen haben Sie, Herr Kollege Oettinger, im Wesentlichen eine Rede zur Einbringung eines Haushalts gehalten. Ich denke, Sie haben gewusst, warum. Sie haben nach dem alten Wahlspruch des Herzogs von Alba gehandelt: „Es ist nichts.“

(Abg. Dr. Birk CDU: Albatros!)

Ich sage Ihnen: Wir sollten hier eine Debatte führen, die der grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Politik des Ministerpräsidenten dient. Und ich sage Ihnen: Die Messlatte dieser Auseinandersetzung ist, ob Baden-Württemberg nach seinen Möglichkeiten oder unter seinen Möglichkeiten regiert wird. Wir sagen: Baden-Württemberg, Herr Kollege Oettinger, wird unter seinen Möglichkeiten regiert.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sabine Schlager  
Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Hehn  
CDU)

Baden-Württemberg wird unter seinen Möglichkeiten regiert, weil es in diesem Land zum ersten Mal die Chance gäbe,

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Schulden abzubauen. Es gäbe zum ersten Mal die reale Chance, aus den 60 Milliarden DM Schulden, die wir jetzt haben, weniger zu machen. Das ist belegt und unterlegt. Das wird nicht gemacht, sondern stattdessen wird Herr Ministerpräsident Teufel, wie das seiner alten Gewohnheit entspricht, die Schulden des Landes Baden-Württemberg erhöhen, und zwar auf 63 Milliarden DM. Das bedeutet, dass das Land von diesem Ministerpräsidenten, was Staatsverschuldung und Schuldenabbau angeht, unter seinen Möglichkeiten regiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Das Land wird unter seinen Möglichkeiten regiert,

(Abg. Haas CDU: Was die Opposition angeht!)

(Maurer)

was die Fähigkeit zu einer wirklichen Verwaltungsreform und zu einem Abbau staatlicher Ebenen angeht. Hier kreuzen sich die Interessen am Machterhalt Ihrer Partei mit den staatspolitischen Notwendigkeiten, und deswegen werden wir weiter in einem byzantinischen Staatsaufbau leben, anstatt staatliche Ebenen zu beseitigen und wirkliche Entbürokratisierung voranzutreiben. Das Land wird unter seinen Möglichkeiten regiert.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Das siebte Mal!)

Dieser Haushalt böte die Chance,

(Abg. Haas CDU: Am Ende glauben Sie das noch!)

über die Reduzierung der Schulden so viel an Spielraum bei Zinsen und Tilgung zu gewinnen, dass wir große Anstrengungen zur Lösung der Bildungsmisere auch in diesem Land unternehmen könnten. Dieser Haushalt böte die Chance, mit der Entschuldung ein Engagement für die Einführung der verlässlichen Grundschule, und zwar die tatsächliche Einführung und nicht die Anwendung irgendeines Tricks, wie das hier geschieht, und für wirkliche Unterrichtsgarantie in Baden-Württemberg zu machen. Dies erfolgt nicht. Das wichtige Thema „verlässliche Grundschule“ wird auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt, mit Plattitüden belegt, und die Unterrichtsgarantie wird nicht durch die Einstellung von jungen Leuten gegeben, sondern durch ein komplexes System von Neben- und Aushilfslehrern. Baden-Württemberg wird in der Bildungspolitik von diesem Ministerpräsidenten unter seinen Möglichkeiten regiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Haushalt böte die Chance, ein wirkliches Zeichen zur Bekämpfung der Dauerarbeitslosigkeit zu setzen. Das größte Problem bei der Arbeitslosigkeit sind die Menschen, die schon so lange in Arbeitslosigkeit sind, dass sie kaum mehr zurückfinden können.

Dieses Land Baden-Württemberg, dieser Ministerpräsident stellt nicht die Komplementärmittel für Angebote der Europäischen Union zur Verfügung.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das stimmt doch nicht! Das ist doch nicht wahr!)

Dieser Ministerpräsident ist einer der Letzten, die sich weigern, in Baden-Württemberg Altersteilzeit einzuführen und damit jungen Menschen eine Chance zu geben. Dieses Land wird von diesem Ministerpräsidenten unter seinen Möglichkeiten regiert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: In Fastnachtsreden gibt es auch immer diese Wiederholungen! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Es ist auch die Zeit dazu! – Abg. Haas CDU: Fastnacht ist erst im März, Herr Maurer!)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, genügen die Arbeit des Ministerpräsidenten und auch sein sonstiges Auftreten nicht den großen Herausforderungen, denen wir

gerade in diesen Tagen insgesamt in der Politik ausgesetzt sind. Der Kollege Oettinger hat das zum Schluss mit einigen etwas dünnen Worten angesprochen.

Diese Haushaltsauseinandersetzung fällt in eine Zeit größter Gefährdungen für das Ansehen der deutschen Demokratie in den Augen unserer Bevölkerung.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Es besteht der Grundverdacht, dass politische Systeme ihrem Machtausbau und dem Machtwillen ihrer Anführer dienen und nicht mehr der Gesellschaft und dem Staat.

(Abg. Deuschle REP: Das sagt man bei Herrn Rau auch!)

Ich glaube, dass wir noch keine Staatskrise haben, aber eine sich immer noch verschärfende Krise der Volkspartei CDU.

(Abg. Seimetz CDU: Und der SPD!)

Ich will Ihnen sagen, dass bei mir angesichts dieser beispiellosen Entgleisungen und auch Selbstzerstörungsprozesse nicht der Hauch parteitaktischer Freude aufkommt.

(Abg. Haasis CDU: Das sieht man Ihrem Gesicht an!)

Ich habe keine Illusion, meine wertvollen Kollegen und Kolleginnen,

(Abg. Fleischer CDU: Wer mit einem Finger auf andere deutet, deutet mit vier auf sich!)

wer bei einem Niedergang der Unionsparteien die Erbschaft antreten wird. Das kann man in Italien besichtigen, und das kann man in Österreich besichtigen, wo Ihre Schwesterpartei – übrigens unter Ihrer Zustimmung – zurzeit einen erheblichen Beitrag zu diesem Selbstzerstörungsprozess leistet. Auch dazu erwarte ich ein Wort von Ihnen, Herr Ministerpräsident,

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

nachdem ich von vielen aus der Union jetzt gehört habe, es sei ganz in Ordnung, einem Mann an die Macht zu verhelfen – nur damit Herr Schüssel Kanzler werden kann –, der in beispielloser Weise faschistoide Tendenzen bedient hat,

(Abg. Dr. Birk CDU: Was macht die SPD mit der PDS? SPD und PDS!)

der die deutsche Geschichte verharmlost hat. Ich erwarte ein anderes Wort von Herrn Teufel als die Verharmlosungsversuche, die ich in den letzten Tagen von führenden Repräsentanten Ihrer Partei gehört habe.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Wie ist denn Ihr Umgang mit der PDS, Herr Kollege? Sagen Sie doch ein Wort zur PDS! Sachsen-Anhalt! Da wäre mal nötig, sich zu entschuldigen!)

Ich sehe das, lieber Herr Kollege,

(Maurer)

(Abg. Dr. Birk CDU: Sagen Sie einmal etwas zu Mecklenburg-Vorpommern, zu Herrn Ringstorff! – Gegenruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie schlecht geschlafen, Herr Kollege? – Lebhaftige Unruhe)

ohne jede parteitaktische Freude.

(Lebhaftige Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Haas CDU: Heuchler! – Abg. Haasis CDU: Er hat nichts zum Haushalt zu sagen!)

Ich habe nicht die geringste Illusion, dass – Der Kollege Oettinger hat diese Frage doch selbst angesprochen – wie gesagt, mit etwas dürren Worten.

Ich sage Ihnen: Ich teile ausdrücklich die Auffassung von Blüm, dass die Statik des politischen Parteiensystems in Deutschland insgesamt durch diese Vorgänge tangiert ist.

(Abg. Deuschle REP: Hoffentlich, Herr Maurer!)

– Ja, da sehen Sie schon, wer auf Ihr Erbe wartet.

(Zurufe von den Republikanern, u. a.: Schleußer, nicht Schlüssel! Schleußer!)

Ich sage Ihnen, dass deshalb die Frage, ob die CDU in Deutschland zu einem wirklich kulturevolutionären Selbstreinigungsprozess kommt,

(Lebhaftige Unruhe)

von außerordentlicher Bedeutung ist für unsere politisch-parlamentarische Demokratie insgesamt und uns alle mit betrifft. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. List CDU)

Wir hören sehr viel über die brutalstmögliche Aufklärung.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sagen Sie etwas zum Haushalt!)

Aber die brutalstmögliche Aufklärung entpuppt sich – Sie wissen das, Herr Kollege Oettinger – als scheinweise Geständnisse unter jeweils erdrückender Beweislast.

(Abg. Hehn CDU: Wie in Nordrhein-Westfalen!)

So ist das. Auch Sie, Herr Ministerpräsident Teufel, sind alles andere als ein Aufklärer.

(Abg. Hehn CDU: Aber Sie, Herr Maurer? – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Sie sind Stellvertreter und enger Vertrauter von Helmut Kohl gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Fünf Jahre!)

Sie sind enger Vertrauter von Wolfgang Schäuble.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Aber das ist aufgeklärt!)

Sie waren und sind in den zentralsten Führungsgremien der Bundes-CDU.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Thema!)

Die zentralen handelnden Personen bei diesen Fragen, die der Kollege Oettinger zum Schluss angesprochen hat, kommen aus Ihrem Landesverband, Herr Schäuble und Frau Baumeister beispielsweise,

(Abg. Drexler SPD: Wissmann!)

und Ihr Beitrag zur Aufklärung dieser Situation in Ihrer Bundespartei besteht darin, dass Sie nicht vorhanden sind, dass Sie offensichtlich sogar Sitzungen Ihrer Führungsgremien meiden, dass Sie – das ist für Sie auch ungewohnt – Kameras meiden und dass Sie im Grunde genommen versuchen, zu mauern und sich wegzuducken. Bei dem, was Sie hier machen, Herr Kollege Teufel, was das Ausnützen von politischen Bodensenken angeht, könnte jedes Wildkaninchen vor Neid erstarren. Sie versuchen, in dieser beispiellosen Krise Ihrer Partei nicht stattzufinden. Das werden Ihnen die Menschen nicht durchgehen lassen. Wir lassen es Ihnen auch nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Oh, Herr Maurer, Sie überschätzen die Wirkung Ihrer Worte!)

Es gibt hier viele Fragen, die auch Ihre landespolitische Verantwortung betreffen, Herr Kollege Oettinger. Wir haben sie gestellt, und Sie weigern sich bis heute, sie zu beantworten.

(Abg. Scheuermann CDU: Sie haben Ausforschungsfragen gestellt! – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Was ist los?)

Sie weigern sich bis heute, sie zu beantworten.

(Abg. Behringer CDU: Haben wir jetzt Fragestunde, oder was? – Abg. Dr. Birk CDU: Das ist doch primitiv!)

Sie haben uns per Präsidiumsbeschluss mitgeteilt, dass Sie keine Lust hätten, sie zu beantworten. Diese Fragen stehen nach wie vor im Raum. Ich kann Ihnen das alles aufzählen: Zementwerke, Blumenerde, Gewehrläufe, SWEG.

(Zuruf von der CDU)

Sie kennen das alle. Ich sage Ihnen eines: Wenn ich Herrn Oettinger ernst nehmen soll, dann muss der Ministerpräsident aufhören, von Ausforschung zu reden, dann muss er diese Fragen in seiner Verantwortung als Aufklärer beantworten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Die sind doch beantwortet! – Abg. Fleischer CDU: Sie sind ein Meister der Verdächtigung! Der Chef des Verdächtigungssumpfes sind Sie! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Wir beschäftigen uns heute nach der Tagesordnung mit dem Kapitel Staatsministerium. Damit hat sich der Kollege Oettinger nicht beschäftigt.

(Abg. Haas CDU: Sie auch nicht!)

(Maurer)

Im Kernhaushalt für das Jahr 1999 betragen die beim Staatsministerium für Titelgruppe 71 und für die Öffentlichkeitsarbeit veranschlagten Mittel zusammen 850 000 DM. Im vorgelegten Haushaltsentwurf kommt Neues hinzu. Die Ansätze für die bisherigen Titel werden angehoben. Im Jahr 2000 werden daraus 2,3 Millionen DM. Hinzu kommen 15 Millionen DM pro Jahr für eine so genannte Imagekampagne, versteckt im Einzelplan 12.

(Abg. Hehn CDU: Da müssen wir Sie ausgleichen!)

Hinzu kommen aus überhöhten Titeln für Aufwand für Informationstechnik Mittel aus dem gleichen Kapitel mit einer bemerkenswerten Deckungsfähigkeit. In einer Zeit, in der Sie erst vor kurzem den Familien die Kosten der Schülerbeförderung aufgebürdet haben,

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

in einer Zeit, in der Sie sich weigern, die Staatsschulden wirklich abzubauen, betreiben Sie in einem gigantischen Maß den Aufbau ihrer Propagandaabteilung im Staatsministerium.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Das ist mehr als „Regieren unter den eigenen Möglichkeiten“.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wer in einer solchen Situation von Konsolidierungskurs redet und gleichzeitig insgesamt 35 oder noch mehr Millionen Mark in diesem Haushalt für Publizierung, Marketing dieser Landesregierung, Public Relations und Propaganda ausgibt, der regiert Baden-Württemberg unter seinen Möglichkeiten und unter den Erwartungen seiner Bevölkerung.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen, die Wertigkeit in der Politik stimmt nicht. Sie können nicht im Finanzausschuss verweigern, auch nur eine halbe Stelle für den Schülerwettbewerb des Landtags von Baden-Württemberg zu bewilligen, und gleichzeitig im Staatsministerium Ihre Propagandawut austoben. Sie haben jeden Maßstab für die Wertigkeit des Anspruchs an die Arbeit von politischer Demokratie verloren. Das werfe ich Ihnen ausdrücklich vor.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie auf die Steigerung der Propagandamittel verzichten würden und wenn Sie auch darauf verzichten würden, den Flughafen zu subventionieren, was wir Ihnen wiederholt gesagt haben, dann hätten Sie die Möglichkeit, Ihre unselige Politik der Kürzung bei der Schülerbeförderung, die zulasten der Familien und deren Chancengleichheit ging, rückgängig zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das werden wir bei den Schlussberatungen beantragen, und daran wird sich entscheiden, ob Sie Baden-Württemberg nach seinen Möglichkeiten und nach den Erwartungen der Familien regieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Bis jetzt sind Sie unter Ihren Möglichkeiten geblieben, Herr Maurer!)

Ich empfehle Ihnen, gelegentlich die Reden des Herrn Teufel nach Tschernobyl zu lesen

(Ministerpräsident Teufel: Heute noch lesenswert! – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber er kennt sie nicht mehr, der Herr Teufel!)

und vor diesem Hintergrund die Energiepolitik des Landes Baden-Württemberg zu untersuchen, die nichts anderes ist als das verfestigte Festhalten an der Atomenergie, das Bedienen der dortigen Lobbyinteressen und das Zurückfallen des Landes auf den letzten Platz, wenn es um den Einsatz von regenerativen Energiequellen und Solarenergie geht,

(Abg. Mappus CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

obwohl wir hier der Forschungsschwerpunkt gewesen sind. Auch in der Energiepolitik regiert der Ministerpräsident dieses Land unter seinen Möglichkeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Wenn wir jetzt Pause gemacht und das Licht ausgeschaltet hätten, hätten wir uns viel gespart!)

Weil Sie beispielsweise auch im Wohnungsbau und in der Altbaumodernisierung nicht dem folgen, was Ihr Wirtschaftsminister zum Besten gibt, der zu Recht immer vom achtfachen Effekt staatlicher Mittel spricht,

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Stimmt doch!)

weil Sie nicht dem genügen, was notwendig wäre, um zum Beispiel Chancen für das Handwerk in Baden-Württemberg zu gewinnen, die auf diesem Feld liegen, regieren Sie das Land auch in diesem Bereich unter seinen Möglichkeiten.

(Abg. Keitel CDU: Sie müssen doch die Rahmenbedingungen ansprechen, die der Bund vorschreibt! – Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Es wird langsam langweilig!)

Wenn Sie sich im Ländervergleich wieder volllippig sehen lassen wollen, dann müssten Sie sagen können: Baden-Württemberg liegt bei der Pro-Kopf-Versorgung der Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen nicht mehr auf dem letzten Platz, sondern im Vorderfeld. Dann würden wir uns vor Ihrer Politik verbeugen, Herr Kollege Oettinger. Aber wir liegen auf dem letzten Platz.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Politik des Ministerpräsidenten ist eine konsequente Politik, wenn es darum geht, Wahlen vorzubereiten. Sie ist eine konsequente Politik, wenn es darum geht, die eigenen Machtinteressen nicht zu beschädigen. Sie ist eine verhängnisvoll konsequente Politik, wenn es darum geht, seine Einflussmöglichkeiten auszubauen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

(Maurer)

Ich sage Ihnen: Die Tatsache, dass Sie Mittel aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen – einem Verkauf auch noch an die falsche Adresse, nämlich an einen französischen Atomstromgiganten –

(Abg. Haas CDU: Das sind doch Sozialisten! Trauen Sie denen nicht mehr?)

nicht in den Schuldenabbau stecken, nicht zur Verbesserung der Bildungsversorgung an unseren Schulen nutzen, sondern dazu verwenden, um einen Schattenhaushalt aufzubauen, der auf den Opportunismus aller Gruppen reflektiert, die sich von Ihrer Stiftung etwas erhoffen, das ist der Weg, wie man ein Land in einem Duodezfürstentum regiert, aber nicht in einem demokratischen Staat.

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Jetzt kommen Sie mal zu Ihren Möglichkeiten!)

Dass Sie das alles machen, obwohl Ihr Argument, Sie müssten Steuern sparen, längst weg ist, dass der Ministerpräsident, nachdem die Bundesregierung eine Gesetzgebung ankündigt, nach der das Steuerargument gar nicht mehr bestanden hätte

(Zuruf des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

– das wird Realität; das wissen Sie –,

(Lachen bei der CDU)

nichts Besseres zu tun hat, als blitzschnell Fakten zu schaffen und eine Stiftung zu gründen, damit auch ja keiner mehr zurückkann, das verrät den wahren Antrieb Ihrer Politik. Es ging nie um Steuervermeidung, sondern es ging immer darum, dass Herr Teufel ein Instrument in die Hand bekommt, durch das er vor der Landtagswahl mit dem Füllhorn von Segnungen und mit der opportunistischen Erwartung solcher Segnungen Politik machen kann – dazu sollten Sie einmal stehen –, und dies am Parlament vorbei.

Ich sage Ihnen: Wer bei solch sprudelnden Steuereinnahmen neue Ausgabenwünsche eröffnet und Schattenhaushalte begünstigt und begründet, regiert Baden-Württemberg nach seinem eigenen Interesse, nach seinem Parteiinteresse, aber unter seinen Möglichkeiten.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Haas CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wenn ich für diesen Landtag und die Aussprache, die wir heute und in den nächsten Tagen führen, einen Wunsch frei hätte, würde ich ihn für unser Land so formulieren: Wir sollten einmal weniger in diese dauernden Debatten um „Wir sind Spitze“, um Ländervergleiche, um „Wo ist es hier so, und wie ist es dort?“ eintreten

(Abg. Hauk CDU: Sie scheuen die Vergleiche!)

– lassen Sie mich doch ausreden – und uns mehr auf die Frage konzentrieren: Was können wir bei den guten Bedin-

gungen, die wir in Baden-Württemberg in vielen Bereichen haben, eigentlich besser machen, damit wir in bestimmten Einzelbereichen noch stärker werden?

(Abg. Fleischer CDU: Uns unterstützen, Herr Kuhn! – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Denn in diesen Debatten geschieht Folgendes: Sie reden sich schwindelig in diese „Wir sind Spitze, bei uns ist alles toll“-Rhetorik,

(Abg. Haasis CDU: Und was machen Sie?)

und die Opposition sagt, wenn sie nicht aufpasst – ich sage für uns: wir passen auf –,

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen CDU)

dass es hier nicht so toll sei.

(Abg. Haasis CDU: Das ist der Fehler!)

Das erachte ich für Baden-Württemberg als eine völlig inadäquate Situation.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Es gibt, Herr Haasis, viele Bereiche, die in unserem Land Baden-Württemberg sehr gut sind und für die wir überall Anerkennung finden.

(Abg. Haasis CDU: Aufzählen!)

Aber das heißt doch nicht, dass es nicht Bereiche gäbe, in denen wir zulegen müssen, wenn wir – und das ist unser Job hier – das Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg mehren und verbessern wollen.

Deswegen rate ich uns allen zu einer Debatte, in der gefragt wird:

(Zurufe der Abg. Haasis und Hans-Michael Bender CDU)

„Was können wir noch besser machen?“, und dazu, nicht wieder diese langweiligen Ländervergleiche aufzuzählen –

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hans-Michael Bender: Warten Sie doch einmal ab, Herr Kuhn!)

wahrscheinlich ist das ganze Manuskript des Ministerpräsidenten voll davon –, wie die Situation andernorts ist.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Warum sind Sie so hektisch, Herr Kuhn?)

Wir haben die Aufgabe, die Bedingungen in Baden-Württemberg zu verbessern, und wir haben nicht die Aufgabe, uns in politischen Debatten hier in den Schlaf zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Pfisterer CDU)

Wenn Sie in Baden-Württemberg und außerhalb Baden-Württembergs herumkommen,

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

(Kuhn)

hören Sie über unser Land selbstverständlich viel Positives. Dieses Positive möchte ich nicht bestreiten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Na also! – Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Es ist ein reiches Industrieland, in dem es vielen – ich sage nicht: allen – Menschen sehr gut geht. Es hat eine schöne, grüne Landschaft. Allerdings stehen viele Leute, die durch das Land reisen, im Stau.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU)

Die Leute finden Baden-Württemberg irgendwie sympathisch, wenn auch – –

Jawohl, klatschen Sie. Ich halte es für völlig logisch, dass man da klatscht. Ich bin nicht derjenige, der, weil er in der Opposition ist, durch das Land reist und sagt, in Baden-Württemberg sei alles Mist. Wo sind wir denn eigentlich?

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Stefan Schefold: Aber Sie kürzen doch die Straßenbaumittel!)

Jetzt schauen Sie aber einmal genau hin. Was Sie über Baden-Württemberg nicht hören können – nicht im Land und nicht außerhalb des Landes –, sind folgende Punkte, über die ich reden möchte.

Der erste: Sie hören nirgends, Baden-Württemberg sei das Land, das Herrn Eichel in Berlin zeige, wie man zu einem konsequenten Abbau der Nettoneuverschuldung kommt. Hier haben wir den Anschluss verloren. Ich werde Ihnen gleich sagen, warum.

Sie hören nirgendwo in Deutschland, dass Baden-Württemberg das ökologische Musterland wäre, das zeigt, wie man mit Ökologie auch Geld verdienen kann und gleichzeitig die Heimat schützen kann.

Sie hören nicht, dass in Baden-Württemberg eine neue Art von Aufbruch der Regionen versucht würde, verbunden mit einer Verwaltungsreform, die man anschauen kann und die Vorbildcharakter hat.

Sie hören auch nicht, dass dieses Land das Land wäre, das am meisten für die Kinder und für Familien mit Kindern tut. Dazu nachher noch mehr beim Thema Schulpolitik.

Ich finde auch – bei allem Lob über unsere Wirtschaftsstruktur –: Sie hören nicht, dass dort neue Aufbrüche für ganz neue Technologien wirklich stattfinden würden,

(Abg. Fleischer CDU: Natürlich! Waren Sie noch nie in Freiburg?)

und vor allem, dass wir im Dienstleistungssektor endlich aufbrechen würden und die Schwäche, die wir in der Wirtschaftsstruktur haben – zu viel klassische Industriestrukturen –, wirklich überwinden könnten.

Das sind Probleme, die das Land hat; und ich kann nur an Sie appellieren, jetzt mal aus diesem Wahlkampfgedöns rauszukommen und mitzudiskutieren, wie wir solche Probleme für unser Land lösen können.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Die Haushaltsberatungen zeigen, dass der Ministerpräsident – auch was den Bereich des Staatsministeriums angeht – eigentlich nicht so sehr an diesen Fragen arbeitet, sondern dass seine Strategie lautet, mehr von dem, was uns schon stark macht, irgendwie zu optimieren. Diese neuen Felder beackert er aber eigentlich nicht.

Ich will dies an ein paar Beispielen darstellen.

Das erste: Sie haben die Haushaltskonsolidierung wirklich abgebrochen. Es gab eine Zeit, in der wir im Land auf diesem Gebiet wirklich viel erreicht haben. Als die Konjunktur schlecht war und als der Finanzminister noch einen anderen Namen hatte, da wurde wirklich einigermaßen eingespart. Aber dies ist aufgegeben worden.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Was haben Sie damals gesagt? Das ist doch pure Heuchelei! – Weitere Zurufe)

– Das ist so. – Aber jetzt ist die Konsolidierung abgebrochen.

(Unruhe)

In der Finanzpolitik, Herr Fleischer, steckt die Wahrheit in den Zahlen.

(Abg. Fleischer CDU: Bloß haben Sie damals genau das Gegenteil gesagt!)

Als Herr Teufel 1992 den ersten Haushalt zu verantworten hatte, hatten wir 1,95 Milliarden DM Nettoneuverschuldung, und im Jahr 2000, so der Haushalt, werden wir 1,9 Milliarden DM haben. Also, das ist nicht konsolidiert im Sinne davon, dass die Neuverschuldung abgebaut worden wäre. Die Nettoneuverschuldung ist vielmehr in etwa gleich geblieben, obwohl wir in dieser Zeit insgesamt 3,36 Milliarden DM Privatisierungserlöse in die Ausgaben des Landes mit eingespielt haben. Da muss sich doch jeder fragen, was passiert, wenn solche Einnahmen eines Tages nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wenn Sie diese Zahlen bestreiten, will ich es noch drastischer sagen: In der vorvorletzten mittelfristigen Finanzplanung,

(Abg. Haas CDU: Wann war die?)

der mittelfristigen Finanzplanung für den Zeitraum 1996 bis 2000, hatten wir eine Neuverschuldung von 750 Millionen DM anvisiert. Als 1997 die Steuereinnahmen wegbrachen, hat man diese Zahl auf 2 Milliarden DM korrigiert. Jetzt sind aber 1998 und 1999 die Steuereinnahmen wieder massiv gestiegen, doch man hat diese mittelfristige Finanzplanung nicht korrigiert. Sie sind mit den 300 Millionen DM, die Sie nur aus den Mehreinnahmen und nicht aufgrund von Einsparungen zusätzlich zur Verfügung haben, nicht in den alten Stand der 750 Millionen DM getreten, sondern machen wieder 1,9 Milliarden DM Schulden. So etwas ist keine Konsolidierung, sondern so etwas ist Abbruch von Konsolidierung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

(Kuhn)

Wir haben Ihnen in den Beratungen ja einen Weg gezeigt, wie man – durch einen Verkauf und durch Schuldentilgung – nachhaltig konsolidieren kann. Übrigens sind wir die Einzigen in diesem Hause, die die Neuausgaben konsequent durch Einsparungen finanzieren – wir haben ja auch Anträge für Investitionen gestellt – und die Schulden zurückzahlen wollen und die – jetzt kommt der springende Punkt – die 130 Millionen DM, die man jährlich an vermiedenen Zinsen hat, nicht wieder ausgeben wollen, sondern tatsächlich Jahr für Jahr einen Posten in dieser Größenordnung von zusätzlicher Reduktion der Nettoneuverschuldung des Landes insgesamt haben wollen.

Dann haben Sie, Herr Ministerpräsident, die mit dem EnBW-Verkauf sich bietenden Chancen nicht genutzt. Ich will jetzt mal ganz offen sagen: Erklären Sie mal diesem Hause nachher in Ihrer Rede, was eigentlich aus der Arbeitsplatzgarantie geworden ist und was eigentlich aus der viel gerühmten Diskussion um den strategischen Mehrwert für das Land geworden ist. Ich fordere Sie auch auf, den Kaufvertrag, den Sie unterschrieben haben, den Fraktionen des Landtags zur Verfügung zu stellen; denn Sie haben monatelang hier irgendwelche Nebelkerzen geliefert, und dann ist es ganz plötzlich mit der Unterschrift ganz still geworden. Das lassen wir als Opposition nicht zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben – und da steht es in Baden-Württemberg wirklich schlecht – sich im Bereich des öffentlichen Dienstes der Einführung der Altersteilzeit nachhaltig mit einer Sturheit widersetzt, die mich nur an die Aschermittwochsdiskussion insgesamt erinnern kann.

(Abg. Oettinger CDU: Aschermittwoch?)

Sie haben immer mit Annahmen gerechnet und rechnen lassen, bei denen herauskommt – –

(Abg. Brechtken SPD: Buß- und Bettag!)

– Buß- und Bettag.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist ein kleiner Unterschied!)

Herr Oettinger, sehen Sie es als Test für Ihre Aufmerksamkeit, den Sie glänzend bestanden haben.

(Heiterkeit)

Sie haben die Altersteilzeit verweigert, und ich will Ihnen sagen, was Sie damit tun: Sie verweigern einen Solidarpakt der Kollegen, die jetzt im öffentlichen Dienst sind, und des Staates mit jungen Menschen, die in den staatlichen Arbeitsmarkt kommen könnten, wenn wir hier flexibler wären. Sie haben bei den Annahmen über die Altersteilzeit immer so gerechnet, dass am Schluss herauskommen muss: Es ist zu teuer. Damit haben Sie, sage ich Ihnen, den jungen Menschen in unserem Land keinen guten Dienst getan.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Energiebereich versagen Sie vollständig. Sie fassen Kabinettsbeschlüsse, die eine Verdoppelung des Anteils der

regenerativen Energiequellen bis 2010 vorsehen, aber Sie kürzen die Mittel, die Sie dafür im Haushalt stehen haben, bis zur Unkenntlichkeit. Es sind Sprechblasen, die Herr Döring und Herr Teufel in diesem Bereich

(Abg. Kluck FDP/DVP: Na, na!)

der neuen Energietechniken insgesamt abgelassen haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn ich den Energiebereich anschau, stimme ich dem Kollegen Maurer zu: Baden-Württemberg ist überhaupt nicht Spitze, sondern bei der Produktion und Förderung dieser neuen Technologien ein Entwicklungsland.

Lassen Sie mich etwas zum Naturschutz sagen. Im November 1999 beschließen Sie im Kabinett Leitlinien. Da steht viel Vernünftiges drin. Es steht übrigens auch drin, dass das PLENUM-Programm nur konsequent durchgeführt werden kann, wenn zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Was Sie aber machen, ist, dass Sie mit der Haushaltspolitik bei den alten Mitteln bleiben, dass Sie kürzen und da und dort für den Naturschutz Schwierigkeiten machen. Die Ziele, die ein ökologisches Musterland braucht, nämlich dass wir, sage ich einmal, im Jahr 2010 bei 15 % bis 20 % großflächigen Naturschutzgebieten sind, können Sie mit dieser Politik nicht erreichen. Das ist nur Gerede. Sie haben es, meine Damen und Herren von der Union, einfach nicht mit dem Naturschutz. Wenn ich die faktische Politik anschau, muss ich sagen, dass Ihnen der Naturschutz egal ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Ministerpräsident, auch die Schulen sind nicht verlässlich. Wir haben immer noch zu wenig Lehrer, wenn ich den Zeitraum bis 2005 nehme. Sie fahren eine Bildungspolitik auf Sicht, obwohl wir schon wissen, dass die Schülerzahlen bis 2005 wachsen werden. Deswegen haben wir vorgeschlagen, mehr zu tun, und dafür auch eine Finanzierung vorgelegt. Die verlässliche Halbtagsgrundschule ist so, wie Sie es machen, wirklich eine Lachnummer. Ich bin es satt, von Ihnen immer wieder zu hören, Sie würden da etwas machen, weil Sie sprachlich diese Briefmarke besetzen, obwohl Sie es faktisch immer wieder verschieben, faktisch kein pädagogisches Konzept haben und auch nicht wirklich eine verlässliche Halbtagsgrundschule machen, sondern nichts anderes als eine löcherige Grundschule mit angedockter Kernzeit. Das ist Ihr Konzept, und das geht bei den Eltern nicht durch, weil die in der Frage, ob die Kinder in der Schule solide etwas lernen und untergebracht sind oder nicht, Praktiker und Praktikerinnen sind. Da kann Frau Schavan erzählen, was sie will, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es auch kritisch und problematisch, Herr Ministerpräsident, dass die Landesregierung unter Ihrer Führung im Staatsministerium keinen politischen Mut zur echten Förderung und Einrichtung auch politisch verfasster Regionen im Land Baden-Württemberg hat. Wir halten das für problematisch. Wer die Diskussion um Wirtschaftsförde-

(Kuhn)

rung auf Bundesebene und in Europa insgesamt anschaut, wer anschaut, was man machen muss, wenn man in der Technologiepolitik neue Durchbrüche erzielen will, kommt immer wieder – vom MIT bereits vor zehn Jahren untersucht – auf die Antwort: Man muss die Wirtschaftsförderung und die Technologiepolitik regionalisieren. Man muss schauen, dass regionale Cluster gebildet werden können, dass Schwerpunkte in den Regionen gebildet werden können, die sich im Wettbewerb der Regionen bei bestimmten Technologien auch profilieren können.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das machen wir doch, Herr Kuhn!)

Sie haben aber die Instrumente dafür nicht. Sie machen eine Wirtschaftsförderung, die kreuz und quer durch die Landschaft geht, aber die Mittel nicht den Regionen gibt. Sie haben übrigens auch keine Regionen. Sie haben den Torso im mittleren Neckarraum, und im restlichen Baden-Württemberg verweigert die CDU als Partei, die mit der Ebene der Region Schwierigkeiten hat, die Einrichtung von Regionen.

(Abg. Oettinger CDU: Das stimmt doch nicht! Völlig falsch, Kollege Kuhn!)

Das ist doch der politische Kernpunkt meines Vorwurfs.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte, wie Herr Oettinger und Herr Maurer auch, noch etwas zu der Frage „Parteifinanzierung und Probleme der CDU“ sagen. Als ich Ihnen bei meiner letzten Rede hier, im Dezember, den Artikel 21 des Grundgesetzes vorgelesen habe, der eindeutig klarmacht, dass Parteien über ihre Mittel und über deren Verwendung und Herkunft öffentlich und transparent Rechenschaft ablegen müssen, haben Sie noch geöhlt und zwischengerufen. Inzwischen ist klar: Die CDU hat von oben her – ich betone: von oben her, weil es auch mir um die Menschen geht, die sich in den Räten engagieren und damit wohl nichts zu tun hatten – nachhaltig die Verfassung und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland verletzt.

Der ehemalige Kanzler Kohl steht ja weiterhin dazu, und dies halte ich für einen Zustand – –

(Abg. Fleischer CDU: Professor Issen lesen! – Zuruf von der CDU: FAZ-Feuilleton lesen!)

– Das ist bewiesen, Herr Kollege Fleischer.

(Zurufe von der CDU)

– Also ich weiß nicht, Herr Fleischer, wie Sie Geständnisse werten. Kohl hat ja eingestanden, dass er über 2,1 Millionen DM keine Rechenschaft abgelegt hat.

(Abg. Fleischer CDU: Da müsst ihr mal nachlesen! – Gegenruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Wo lesen Sie denn?)

– Sie werden ihm doch jetzt noch das Geständnis abnehmen. Oder liege ich da falsch, dass das der gegenwärtige Stand in der öffentlichen Diskussion ist?

Es zeigt übrigens, dass Sie Probleme haben, selbst das, was schon klar ist, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. In diesem Sinne bin ich für Ihren Zwischenruf, Herr Fleischer, dankbar, weil er zeigt, was offensichtlich bei Ihnen im Kopf, im Herzen oder sonst wo vorgeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Was meinen Sie damit? – Abg. Haas CDU: Das war keine Beleidigung! Er hat etwas völlig anderes gesagt!)

Augustinus hat einmal gesagt: Der Staat unterscheidet sich von einer Räuberbande nur durch das Recht. Genau das ist von der CDU-Spitze über lange Jahre systematisch verletzt worden, inklusive unserer Verfassung.

Herr Teufel, ich will das ganz persönlich sagen: Ich finde, dass Sie irgendwann einmal, am besten nachher, vor diesem Haus klarmachen müssen, was Sie in den Jahren von 1992 bis 1998, als Sie Stellvertreter Helmut Kohls in der CDU Deutschlands waren, eigentlich gemacht, eigentlich getrieben haben. Haben Sie eigentlich einmal Fragen gestellt, woher das Geld kommt? Schäuble hat ganz klar gesagt: Es war allen klar, dass Kohl immer wieder von eigenen Mitteln gesprochen hat.

(Abg. Fleischer CDU: Sie ärgern sich doch nur, dass Sie unserem MP nichts anhängen können!)

Was haben Sie eigentlich gemacht? Haben Sie eigentlich nachgefragt? Haben Sie weggeschaut? Wollten Sie nichts wissen? Sie müssen einmal erklären, wie Sie diese Aufgabe eigentlich ausgeübt haben. Denn es gibt im Prinzip nur zwei Möglichkeiten: Entweder Sie haben bewusst weggeschaut – dann haben Sie aber Ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt –, oder Sie machen uns hier etwas vor.

(Abg. Haas CDU: Aufsichtspflicht? Wir haben doch keinen Aufsichtsrat in der CDU!)

Ich weiß nicht, welche Alternative insgesamt schmeichelt hafter ist.

Ich finde, dass sich ein Ministerpräsident, der sich immer wieder auf christliche Werte beruft, und übrigens auch die Kultusministerin, die auch im Präsidium der CDU ist, schon die Frage gefallen lassen muss, wie sie selbst mit diesen Problemen umgegangen sind oder jetzt im Falle der Aufklärungsdiskussion umgehen.

Herr Teufel, ich finde, Sie haben es bisher eher mit den drei berühmten Affen gehalten: Sie wollen nichts hören, Sie wollen nichts sehen, und Sie wollen auch nichts sagen. Das ist aber nicht die Sprache von Aufklärung. Das ist die Sprache von Verdrückung, die Sie in den letzten Wochen in Baden-Württemberg praktiziert haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Die baden-württembergische CDU, Herr Oettinger, ist meines Erachtens nicht, wie Sie es dargestellt haben, an der Spitze der Aufklärung. Schäuble hat den Bundestag belogen. Er hat ein sehr selektives Gedächtnis: An manches kann er sich ganz gut erinnern, aber wie oft er sich mit einem Waffenhändler getroffen hat, der ihm 100 000 DM an-

(Kuhn)

geboten hat, daran kann er sich nicht erinnern. Das müssen Sie der Öffentlichkeit wirklich erklären.

Frau Schavan findet alles ganz schrecklich und ist tief betroffen. Aber ich will deutlich machen: Von ihr kommen keine Vorschläge, wie die Aufklärung detailliert stattfinden kann.

(Abg. Haas CDU: Das wird sie gerade Ihnen unterbreiten!)

Herr Teufel verdrückt sich und fährt in einer Zeit nach Bangladesch, in der er in der Tat hier sein müsste und Aufklärung betreiben müsste, wenn er sie wirklich ernst meint, und insbesondere auch die Fragen der Opposition beantworten müsste.

Herr Teufel, Sie haben am 14. Januar 2000 in einem Fernsehinterview – da hatten Sie Pech, weil eine Stunde später der Hessenskandal herauskam – schon vom Verzeihen gesprochen. Sie haben gesagt, in einer christlichen Partei müsse man auch daran denken, Helmut Kohl zu verzeihen; er habe es ja zugegeben und sich entschuldigt. Ich kann es Ihnen, wenn Sie es bezweifeln, nachher vorlesen. Ich glaube, dass Sie so leichtfertig und so billig aus dieser Geschichte nicht herauskommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Übrigens, Herr Teufel, wenn wir schon beim Aufklären sind, dann machen Sie doch einmal einen Knopf an die Affären und Skandale in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ich finde, dass der Untersuchungsausschuss zur Doppelförderung im Bereich der ländlichen Sozialberatung inzwischen ganz klar das bewiesen hat, was Mayer-Vorfelder schon vor der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gesagt hat, nämlich dass dieses System politisch gewollt war. In den Verhandlungen ist dies ja auch aus dem Regierungspräsidium Tübingen nachhaltig bestätigt worden.

Ich finde auch, dass Sie einmal offensiv zu dem Stellung nehmen müssen, was Sie in Fällen wie dem des Herr Aurenz in Südwürttemberg gemacht haben. Bei Herrn Schleicher vom Zementwerk Schwenk war es ja ähnlich.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist doch unglaublich! Die mit Dreck bewerfen! Irgendetwas wird schon hängen bleiben!)

Ich finde es nicht richtig, dass wohlmeinende Spender der CDU in Baden-Württemberg, wenn sie ein Problem haben, zum Beispiel weil sie einen Gewerbebetrieb illegal ins Naturschutzgebiet verlängern, wofür viele kleine Leute in Baden-Württemberg drankommen, nach einem Termin mit Erwin Teufel ein Moratorium bis 2000 wie im Fall Aurenz bekommen

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie sind an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten!)

und Verwaltungsbeamte des Regierungspräsidiums, die sich nach Recht und Gesetz bemühen, die Gesetze dieses Landes auszuführen, auf diese Art düpiert werden,

(Abg. Haasis CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das stimmt doch überhaupt nicht!)

weil sie immer wissen müssen: Im Zweifelsfall gehen die hohen Herrschaften zum Ministerpräsidenten. Das müssen Sie aufklären, und dazu müssen Sie etwas sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Teufel, ich finde – –

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Birk CDU: Eine miese Unterstellung! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Kuhn, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Ich bin gerade auf dem Weg.

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP und Abg. Hauk CDU: Nach Berlin?)

Ich finde, dass Sie sich beim Fall SWEG auch ganz schön in die Verdrückung begeben haben. Dieses 100-prozentige Landesunternehmen hat ein Lotterleben geführt unter der Aufsicht, die Herr Schaufler eigentlich zu führen gehabt hätte. Erklären Sie doch einmal Ihren Wählern, wie man eigentlich auf 1 000 DM Trinkgeld kommt, wenn ich nur ein Beispiel zitieren darf. Erklären Sie einmal, wie so etwas möglich ist. Die Leute haben ihr Leben lang nicht für so viel gegessen, und die SWEG-Spitze lässt Trinkgelder in dieser Größenordnung liegen. Ich wäre da ganz vorsichtig.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Jetzt wäre mir eines wichtig, Herr Teufel:

(Lebhafte Unruhe)

Sagen Sie doch einmal offen und klar als Parteivorsitzender der CDU in Baden-Württemberg, dass Sie die 35 000 DM zurückgeben. Dann ist wenigstens an der Stelle einmal Klarheit geschaffen. Aber nein, auch hier hocken Sie auf dem Geld und denken: Wenn es nicht vor Gericht kommt und keine Verletzung des Parteiengesetzes ist, wird es schon irgendwie Recht sein. Es sind öffentliche Gelder, die da behalten wurden. Die SPD und die FDP/DVP haben ihre Gelder ja zurückgegeben.

Ein Letztes zum Thema Aufklärung: Wie kann es eigentlich sein, dass ein Herr Schaufler, der dieses Ganze mit zu verantworten hat, noch immer der Vorsitzende des CDU-Bezirks Südwürttemberg ist?

(Abg. Hauk CDU: Da sieht man Ihr Verständnis von Demokratie!)

Ja, schämen Sie sich gar nicht – im Zeitalter der Aufklärung –, dass so etwas möglich ist? Ich habe kein Wort von Erwin Teufel zu dieser Frage insgesamt gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hauk CDU: Das ist das Demokratieverständnis der Grünen!)

(Kuhn)

Ich komme zum Schluss: Herr Teufel, es geht um die Glaubwürdigkeit auch von Ihnen als Person. Wenn Sie sich hier als jemanden darstellen wollen, der mit zur Aufklärung bei der Union beiträgt, dann dürfen Sie bei diesen Fragen nicht wegducken, dann dürfen Sie sich nicht verdrücken, sondern dann müssen Sie einmal zu Ihrer Verantwortung stehen und auch über die Frage sprechen, wie Sie eigentlich Ihre Bundesvorstandszeit verbracht haben, ob Sie da einen dämmernden Aufsichtsschlaf geführt haben oder wirklich das, was Demokraten tun müssen, nämlich in Kontrollgremien kritisch nachzufragen, ausgeübt haben oder ob Sie da versagt haben.

(Zuruf des Abg. Kluck FDP/DVP)

Dies muss hier geklärt werden.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Insbesondere Herr Kollege Maurer hat in seinem Redebeitrag das Bild eines Bundeslandes gezeichnet, und ich rätsle jetzt die ganze Zeit, von welchem Land er eigentlich gesprochen hat.

(Abg. Maurer SPD: Ich habe von einer Regierung geredet!)

Von Baden-Württemberg kann er mit Sicherheit nicht gesprochen haben;

(Beifall bei der FDP/DVP)

vielleicht von einem sozialdemokratisch regierten Land. Das Zerrbild und das Negativbild, das er in seiner Rede gezeichnet hat, kann mit Sicherheit auf Baden-Württemberg nicht zutreffen. Das ist sicher, meine Damen und Herren.

(Abg. Birzele SPD: Er hat von der Regierung gesprochen! – Abg. Maurer SPD: Er verwechselt das Land mit der Regierung! – Abg. Birzele SPD: So weit ist es schon bei der FDP gekommen!)

Der Doppelhaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die Aufgabe, für die nächsten Jahre entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen. Er hat die Aufgabe, Leitbilder zu entwickeln, die die gesellschaftliche und politische Prägung in der Zukunft festlegen sollen.

Mein Leitbild ist das einer liberalen Bürgergesellschaft, die vom Engagement und von der gesellschaftlichen Verantwortung ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt. Ich will eine liberale Bürgergesellschaft. Ich will Bürgerinnen und Bürger, die sich um die Entwicklung dieser Gesellschaft kümmern, die aktiv sind, die sich einmischen, die sich nicht darauf beschränken, auf der Zuschauertribüne zu bleiben, sondern die aktiv hinunter aufs Spielfeld gehen, die etwas unternehmen, die nicht abwarten, kurz und einfach: Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung übernehmen und diese nicht auf andere abdrücken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber natürlich muss ich einräumen, meine Damen und Herren: Dieses Leitbild angesichts von Spenden- und Fliegeraffäre zu vermitteln fällt im Augenblick sicherlich nicht leicht. Ich sehe sehr wohl die Gefahr – und wir müssen alle die Gefahr sehen –, dass sich angesichts dieser Affären die Bürger abwenden. Wir müssen die Gefahr sehen, dass die Bürger insgesamt – das ist gefährlich – die Politik als schmutziges Geschäft anschauen. Und wir müssen die Gefahr sehen, dass sie auch das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat verlieren.

Wir müssen sogar Verständnis dafür haben, denn man kann nun nicht an der Feststellung vorbeigehen: Das, was sich in Hessen, in Wiesbaden in den Achtzigerjahren abgespielt hat, ist nicht nur skandalös, sondern das ist wirklich eine Erschütterung des Rechtsstaates, wie sie schlimmer eigentlich nicht sein kann.

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

In der Nachfolge der Flick-Affäre in den Achtzigerjahren haben alle demokratischen Parteien 1994 ein Parteiengesetz geschaffen, das nicht etwa das Ziel hatte, Spenden zu verhindern – ich bin nach wie vor der Meinung, dass es nichts Unrechtmäßiges ist, wenn politische Parteien Spenden erhalten –, sondern das die Aufgabe und das Ziel hatte, dafür zu sorgen, dass Offenheit und Transparenz bei der Spendenpraxis einkehren.

Ich bin sehr enttäuscht darüber, dass sich nicht alle an dieses neue Parteiengesetz gehalten haben. Ich füge ausdrücklich hinzu: Ich erwarte auch von einem Bundeskanzler, der große Verdienste um dieses Land hat, dass er sich an dieses Parteiengesetz von 1994 hält.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Brechtken SPD und Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Ich warne ausdrücklich die Sozialdemokraten, sich zurückzulehnen. Sie haben keinen Grund dafür, denn solange in Nordrhein-Westfalen die dortige Staatsbank von führenden Repräsentanten offensichtlich mit einem Reiseunternehmen verwechselt wird, so lange gibt es auch in NRW und bei der SPD erheblichen Bedarf an Aufklärung, die Sie genauso leisten müssen wie die CDU.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Puchta SPD: „Genauso“ ist eine Frechheit! Das ist eine Unverschämtheit, Herr Pfister! Alles hat seine Grenze! – Abg. Brechtken SPD: Bei uns tritt man zurück!)

Zur Schadenfreude gibt es für niemanden Anlass und für Häme erst recht nicht. Es steht nicht nur die Glaubwürdigkeit der politischen Partei auf dem Spiel, sondern im Wesentlichen steht die Glaubwürdigkeit der Demokratie und des demokratischen Rechtsstaats auf dem Spiel – nicht mehr und nicht weniger.

Ich glaube nicht, dass wir in einer Staatskrise sind, aber klar ist natürlich auch: Wenn wir eine Staatskrise verhindern wollen, dann ist es dringend notwendig, zum einen auf die Selbstreinigungskräfte der Demokratie zu setzen – darauf setze ich auch –;

(Pfister)

(Abg. Dr. Puchta SPD: Hessischer Trittbrettfahrer!)

aber darüber hinaus bleibt nichts anderes übrig, als in allen Fällen bis in das letzte Detail Aufklärung zu betreiben. Die Dinge müssen auf den Tisch. Es müssen auch harte personelle Konsequenzen gezogen werden. Nur auf diese Art und Weise, meine Damen und Herren, wird es möglich sein, das Vertrauen der Bürgerschaft insgesamt in die Politik zurückzugewinnen.

Ich möchte mich vor allen Dingen gegen eines verwehren: Ich wehre mich gegen Sippenhaft und gegen Kollektivschuld.

(Abg. Weiser CDU: Sehr gut! – Abg. Deuschle REP: Da nehmen wir Sie beim Wort!)

Ich wehre mich dagegen, dass alle Parteien und alle Politiker einfach in einen Topf geworfen werden.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wehre mich vor allen Dingen deshalb dagegen, weil ich nicht will, dass Tausende von ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikern mit in diesen Sumpf hineingezogen werden, die das nun bei Gott nicht verdient haben, sondern denen wir dafür danken müssen und dankbar sein müssen, dass sie ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in der Kommunalpolitik und an anderer Stelle nachgehen. Sie haben es nicht verdient, in diesem Zusammenhang auch in diesen Topf geworfen zu werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Aber lassen Sie mich zurück zur Landespolitik kommen, weil ich glaube, dass es hier viel Erfreulicheres zu berichten gibt.

Herr Kollege Kuhn, ich bin froh darüber, dass wir in Baden-Württemberg ein höheres wirtschaftliches Wachstum als in anderen Bundesländern haben. Ich bin froh darüber, dass wir in Baden-Württemberg einen größeren Rückgang bei der Arbeitslosigkeit als in anderen Bundesländern haben – übrigens nicht demographisch bedingt, sondern durch den Zuwachs von neuen Arbeitsplätzen. Ich bin froh darüber, dass wir in Baden-Württemberg eine Lehrstellenbilanz haben, von der man sagen kann, dass jeder Jugendliche in Baden-Württemberg eine Lehrstelle erhalten kann, wenn er das wirklich will. Wenn Sie behaupten, dass wir gerade im Bereich der neuen Technologien zu wenig täten, dann sage ich Ihnen: Baden-Württemberg ist in der Zwischenzeit, wenn es um Existenzgründungen geht, im Bereich Multimedia und auch im Bereich Biotechnologien der führende Standort in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Das war nicht immer so. Auf die jetzige Situation können wir stolz sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Besonders wichtig ist: Wir schaffen nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern wir schaffen vor allen Dingen zukunftssichere Arbeitsplätze. 27 % aller in den letzten Jahren neu geschaffenen Arbeitsplätze sind in Hightechbereichen ge-

schaffen worden, das heißt, es sind nicht nur rein quantitativ neue Arbeitsplätze, sondern auch qualitativ zukunftssichere Arbeitsplätze. Das ist das Besondere an Baden-Württemberg. Ich finde, wenn die Politik die Aufgabe hat, die Zukunftschancen der Menschen zu verbessern, dann können wir mit diesen Zahlen positiv aufwarten. Ich finde, wir alle, auch die, die in der Opposition sind, sollten eigentlich Baden-Württemberger genug sein, um zu sagen: Auf diese Entwicklung können wir alle miteinander stolz sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte unbedingt erreichen, dass diese wirtschaftliche Belebung von Dauer ist. Ich möchte erreichen, dass jetzt wirklich eine große Steuerreform kommt. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass weiterhin Investitionen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Steuerreform muss drei Bedingungen erfüllen: Sie muss zu niedrigen Steuersätzen führen, sie muss einfach sein, und sie muss gerecht sein.

Das, was im Augenblick in Berlin von Herrn Eichel vorliegt, wird diesem Anspruch nach meiner Überzeugung noch nicht gerecht. Das gilt insbesondere für den Bereich der Mittelstandspolitik. Ich halte die nach wie vor vorgesehene Spreizung zwischen Körperschaftsteuer auf der einen Seite und Einkommensteuer auf der anderen Seite nicht nur für verfassungsrechtlich problematisch, sondern auch unter mittelstandspolitischen Gesichtspunkten vielleicht für einen Beitrag zu mehr Bürokratie, aber nicht für einen Beitrag zur Entlastung des Mittelstandes.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dass wir es mit dieser Steuerreform ernst meinen, können Sie auch daran erkennen, dass wir im Haushaltsentwurf für das Jahr 2001 bereits Vorsorge dafür getroffen haben, dass zunächst einmal mit steuerreformbedingten Mindereinnahmen gerechnet werden muss. Aber wir haben einen Rechnungsabschluss 1999, der im Detail noch nicht bekannt ist, und dieser Rechnungsabschluss wird uns die Möglichkeit für zwei Dinge geben: Erstens können wir mit diesem Rechnungsabschluss auch noch mehr Vorsorge für die Mindereinnahmen in Sachen Steuerreform treffen, und zweitens haben wir die Möglichkeit, über die Rückführung der Nettoneuverschuldung noch zusätzliche Mittel für die Rückführung der Neuverschuldung zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist übrigens nicht nur die Politik der FDP/DVP, die das angestoßen hat, sondern das ist auch von der Landesregierung in einem Kabinettsbeschluss vom 20. Januar des vergangenen Jahres so festgehalten worden.

Wichtig ist: Wir haben im vergangenen Jahr die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Neuverschuldung des Landes gegenüber der Finanzplanung um jährlich 300 Millionen DM abgesenkt werden kann. Wir haben damit auch der Versuchung widerstanden – im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern –, mit diesen Steuermehreinnahmen groß angelegte neue Ausgabenprogramme zu finanzieren. Jetzt wird es darauf ankommen, dass dieser Prozess der Absenkung der Nettokreditaufnahme auch von Dauer sein wird. Das Ziel ist jedenfalls für mich und für

(Pfister)

meine Fraktion klar: Mittelfristig muss die Nettokreditaufnahme auf null abgesenkt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dafür haben wir einen Fahrplan entwickelt. Wenn man ein solches Ziel erreichen will, muss man einen Fahrplan entwickeln. Dieser Fahrplan sieht so aus: 1,8 Milliarden DM 2001, dann 1,5 Milliarden DM, dann 1,2 Milliarden DM. Das sind die Daten der mittelfristigen Finanzplanung. Wenn wir dies planmäßig fortführen, haben wir eine gute Chance – Herr Kollege Oettinger, ich will dies, damit das klar ist –, im Jahr 2005 oder 2006 zum ersten Mal seit Jahren und Jahrzehnten in Baden-Württemberg nicht zusätzliche Schulden machen zu müssen, nicht zusätzliche Schulden obendrauf setzen zu müssen, sondern endlich eine Nettoneuverschuldung von null zu erreichen. Das wäre ein wichtiges Ziel für die Landespolitik und für die Finanzpolitik in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt muss ich mich doch, Herr Kollege Maurer, zur Finanzpolitik der SPD äußern. Denn das, was Sie hier machen, ist abenteuerlich.

Sie versuchen zunächst einmal, zwei Dinge zu erreichen: Sie sagen, Sie wollten nachhaltiger konsolidieren, als es diese Regierung und diese Koalition tun. Gleichzeitig wollen Sie aber auch mehr Geld für bestimmte Bereiche ausgeben: Schule, Wirtschaftsförderung, soziale Belange.

Sie wollen beides gleichzeitig tun. Dies ist natürlich die finanzpolitische Quadratur des Zirkels. Da eine solche Quadratur, wie Sie wissen, nicht möglich ist, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als Buchungstricks anzuwenden. Ich will nur ein oder zwei Beispiele nennen, um einmal deutlich zu machen, was Sie tun.

Wir haben in der Zwischenzeit rechtskräftige Gesetze aus Berlin, zum Beispiel zur Familienförderung – die neu geregelt worden ist – oder beim Unterhaltsvorschussgesetz, wo der Bund seine Leistungen gekürzt hat. Das alles sind natürlich Regelungen, die in Berlin getroffen worden sind und in Form von Mindereinnahmen im Land Baden-Württemberg angekommen sind. Dies mussten wir als seriöse Haushälter selbstverständlich in den Haushalt einstellen.

Und was tun Sie? Sie tun so, als hätte dies alles gar nicht stattgefunden. Sie nehmen diese Mittel und wollen sie als Deckungsbeiträge verwenden.

Meine Damen und Herren, was Sie hier machen, ist eine unglaubliche Frechheit, die man Ihnen nicht durchgehen lassen darf.

(Beifall bei der FDP/DVP)

So geht es dann gerade weiter. Sie wollen bereits in den Haushalt 2000 Erlöse aus der Privatisierung bei der EnBW, der BW-Bank, der GVS und der Sächsischen Aufbaubank einstellen. Das heißt, Sie stellen zum 1. Januar 2000 Privatisierungsmittel in den Haushalt ein, obwohl diese gar nicht realisiert sind.

Meine Damen und Herren, das sind doch alles Luftnummern. Sie behaupten, Sie hätten 1,5 Milliarden DM zur

Verfügung. Mit diesen 1,5 Milliarden DM – ich habe Ihnen die Beispiele genannt, wo Sie die hernehmen: aus Luftnummern – wollen Sie erreichen, dass die Nettokreditaufnahme wesentlich deutlicher abgesenkt wird. Das werden Sie aber selbstverständlich nicht erreichen, weil Sie die Mittel real ja gar nicht zur Verfügung haben. Sie wollen außerdem gleichzeitig noch wesentlich mehr Ausgabeprogramme tätigen, als das diese Regierung tut.

Ich kann dazu nur sagen: Dies ist unseriös, dies ist ein Armutzeugnis sozialdemokratischer Haushaltspolitik. Letzten Endes ist dies Lug und Trug, und dafür haben Sie die rote Karte nun wahrlich verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Maurer SPD: So ein Quatsch!)

Wir haben in diesem Haushalt das an Schwerpunkten gesetzt, was unbedingt notwendig war. Unbedingt notwendig war, in diesen Haushalt Mindereinnahmen und Mehrausgaben aufgrund der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses einzustellen. Uns blieb gar keine andere Wahl. Größenordnung: 150 Millionen DM.

Wir haben in diesen Haushalt weiter eine Soforthilfe für von Orkanshäden Betroffene in Höhe von 100 Millionen DM eingestellt. Ich sage aus meiner Sicht, dass uns da auch keine andere Wahl blieb.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben darüber hinaus die Unterrichtsbedingungen in Baden-Württemberg zusätzlich verbessert. Wir haben schon in der Vergangenheit viel getan. Wir werden zum neuen Schuljahr 800 zusätzliche Stellen schaffen. Größenordnung – mit anderen Maßnahmen wie Krankheitsvertretungen –: 150 Millionen DM.

In der Fortsetzung werden wir natürlich auch eine Förderung der Schulen in freier Trägerschaft vornehmen. Die müssen das auch bekommen. Größenordnung, alles zusammen im Bildungsbereich: etwa 200 Millionen DM.

Das eine oder andere mehr tun wir noch im Ehrenamt, im Wettmittelbereich, auch in der Justiz zur Verbesserung der Justizverwaltung.

Meine Damen und Herren, jetzt frage ich Sie ernsthaft: Hätten wir das etwa nicht tun sollen? Wenn jemand glaubt, dass wir das nicht hätten tun sollen, dann soll er sich zu Wort melden. Ich bin der Meinung, dies sind wesentliche Verbesserungen, die für die Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung sind. Deshalb stehen wir dazu. Ich bin der Meinung, dass Konsolidierung Zukunftsvorsorge ist. Ich lasse mich nicht davon abbringen, meine Damen und Herren: Wir haben im Sommer dieses Jahres einen Fahrplan entwickelt.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Der Sommer kommt erst noch!)

– Im vergangenen Sommer natürlich! – Dieser Fahrplan sieht vor, dass wir auf absehbare Zeit, wie gesagt, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg

(Pfister)

wieder davon absehen können, zusätzliche Schulden zu machen. Ich lasse mir dieses Ziel von Ihnen nicht zerreden,

(Lachen des Abg. Dr. Puchta SPD – Abg. Dr. Puchta SPD: Das ist unglaublich!)

und ich lasse mir vor allem auch die Ansatzpunkte und die Erfolge, die in diesem Haushalt enthalten sind, von Ihnen nicht zerreden.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Zahlen! Zahlen sind Fakten!)

Ich kann mit gutem Gewissen sagen: Diese Landesregierung und die beiden Fraktionen von CDU und FDP/DVP tun zweierlei gleichzeitig: Wir konsolidieren den Haushalt,

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

wir führen die Schuldenneuaufnahme auf null zurück – das ist das eine –, und wir setzen gleichzeitig Schwerpunkte für die Landespolitik in der Bildungspolitik, in der Hochschulpolitik, bei der inneren Sicherheit und in anderen Bereichen, die angesprochen worden sind. Beides ist notwendig.

Theodor Heuss – ich will das noch einmal sagen – hat von Baden-Württemberg als einem „Land deutscher Möglichkeiten“ gesprochen. Er hat auch schon damals bei der Gründung des Südweststaats von einem „Land europäischer Möglichkeiten“ gesprochen. Das ist der Anspruch, den wir erfüllen wollen: Baden-Württemberg als europäisches Kernland. Ich glaube, dass dieser Haushalt so, wie er jetzt auf dem Tisch liegt,

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt wird es langsam liberal!)

in der Lage ist und den Weg weist für eine solide Finanzpolitik, aber auch für deutliche Schwerpunktsetzungen. Genau auf diesem Wege wird diese bürgerlich-liberale Koalition fortschreiten, weil es der einzig richtige Weg ist.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP und Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Bravo!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Diskussion über diesen Doppelhaushalt steht ja unter der Gegenüberstellung „Haushalt der verpassten Chancen“ und „Haushalt der Konsolidierung“. Ich glaube, dass man die Frage, welchen Titel dieser Haushalt verdient, eigentlich erst dann beantworten kann, wenn man sich über die Maßstäbe klar wird.

Wir haben heute beim Kollegen Oettinger wieder die übliche Darstellung mit dem Vergleich mit anderen Bundesländern erlebt. Diese Vergleichsmethode wandelt sich ein wenig, je nachdem, wer im einen oder anderen Bundesland die Regierung stellt. Wir haben heute zum Beispiel von Herrn Oettinger nichts mehr über das Saarland gehört. Wir haben stattdessen einen neuen Begriff hier eingeführt bekommen, nämlich das Benchmarking im Finanzbereich. Ich habe das so verstanden, dass Benchmarking bedeutet,

dass man immer gerade ein bisschen besser zu sein versucht als die anderen.

Was ich vermisst habe, meine Damen und Herren, ist der Versuch, einmal selbst aus politischer Einsicht heraus Maßstäbe zu bilden, die wirklich die Kriterien zur Vertretung der Interessen unseres Landes sein müssen.

(Beifall bei den Republikanern)

Diese eigenen Maßstäbe sind erforderlich, denn die Situation, in der wir uns befinden, ist ja keineswegs so, dass man unbesorgt alles einfach weiter fortschreiben könnte, gerade so, als ob die Zukunft einen Weg in elysische Gefilde vorsehe.

Wir haben nach wie vor eine weiter wachsende Verschuldung des Landes. Die Nettoneuverschuldung soll, so habe ich von Herrn Pfister gehört, zurückgefahren werden. Ich frage mich allerdings, warum die FDP/DVP dann nicht unserem Antrag zugestimmt hat, dieses Ziel in der Verfassung festzuschreiben.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist ein Widerspruch. Denn was nützen uns die schönsten Reden hier, wenn Sie dann, wenn es darauf ankommt, kneifen und dieses Ziel nur zur Sprechblase verkommen lassen?

(Abg. Deuschle REP: Typisch FDP!)

Was wir brauchen, ist eine klare Vorgabe, eine Vorgabe mit Verpflichtung. Solange das nicht festgeschrieben ist, meine Damen und Herren, glaube ich jenen, die von der Nettonullverschuldung sprechen, nicht. Ich habe eher den Eindruck, dass sie gar nicht wirklich gewollt ist, sondern nur in Debatten und in Sonntagsreden beschrieben und beschworen wird, frei nach dem Motto: „Wir machen im Prinzip so weiter wie bisher.“

Dieses „Weiter so!“, meine Damen und Herren, ist das, was sich wie ein roter Faden durch diesen Haushalt zieht. Das ist folgende Grundmethode: In den guten Jahren beschwört man die Fortschreibung der positiven Entwicklung, hofft auf die Zukunft und glaubt, im Vorgriff auf diese Zukunft heute schon Mittel aufnehmen und verwenden zu können, ohne sich sicher sein zu können, dass man sie nachher auch wieder zurückführen kann. Diese Debatte haben wir übrigens auch schon im Finanzausschuss geführt. Der berechtigte Hinweis darauf, dass dieses Bundesland ja einmal schuldenfrei war, wird dann damit abgetan, dass man in früheren Jahren eben so habe wirtschaften dürfen, weil man darauf vertraute, dass alles so weitergehen, sich positiv entwickeln und sich irgendwann in Wohlgefallen auflösen werde. In schlechten Jahren – so haben wir heute gehört, meine Damen und Herren – wird dann zwangsweise gespart. Das Ganze wird dann als fundamentale Änderung und als großer Erfolg dargestellt.

Herr Oettinger hat vorhin davon gesprochen, man habe 1999 sogar weniger Schulden gemacht. Dabei hat er verschwiegen, dass im Haushaltsansatz zum Nachtragshaushalt 1999 die Einnahmeseite durch steigende Steuereinnahmen um mehr als 1,6 Milliarden DM übertroffen wurde.

(Dr. Schlierer)

Wenn ich diesen 1,6 Milliarden DM die 800 Millionen DM gegenüberstelle, die er eingespart hat, dann ist das für mich kein Sparen, sondern insgesamt ein Etikettenschwindel.

(Beifall bei den Republikanern)

Für uns, meine Damen und Herren, sehen die Zahlen dieses Haushalts eigentlich ziemlich deutlich aus. Wir haben auf der Einnahmeseite eine Zunahme von 2,3 Milliarden DM einkalkuliert, denen auf der Ausgabeseite nur 600 Millionen DM Minderausgaben gegenüberstehen. Die Nettoneuverschuldung steigt um 4,32 Milliarden DM. Da kann ich heute ganz objektiv feststellen: Das ist keine Konsolidierung, sondern eine Zunahme der Verschuldung und eine zunehmende Belastung für die künftigen Generationen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, dies muss man auch noch vor dem Hintergrund einer Entwicklungslinie sehen, die von folgenden Eckmarken gekennzeichnet ist: Die Pensionslasten steigen weiter. Wir haben im Zusammenhang mit Haushaltsberatungen hier schon Debatten geführt, in denen auf dieses Problem hingewiesen wurde, wo angemahnt wurde, dass man sich dieses Problems möglichst zeitnahe annehmen müsse, um zu verhindern, dass hier eine ähnliche Bugwelle entsteht, wie wir sie beispielsweise mit der Netto-neuverschuldung erzeugen.

Wir wissen von den Folgekosten, die beispielsweise auch bei den hoch gelobten Zukunftsoffensiven irgendwann anfallen und mit absoluter Sicherheit dann auch in den Haushalt eingestellt werden müssen.

Wir haben bis heute keine überzeugende Stellenreduzierung, obwohl wir wissen, dass der Personalkostenanteil im Haushalt nach wie vor die kennzeichnende Belastungsgröße darstellt. Stattdessen haben wir, etwa im Zusammenhang mit der Diskussion um Unterrichtsausfall, die typische Situation gesehen: Man schafft neue Stellen, diskutiert noch an, ob diese vielleicht mit einer Wegfall-Kennzeichnung versehen werden können, anstatt darüber zu reden, ob nicht mit einem höheren Deputat eine bessere Unterrichtsversorgung zu erreichen wäre. Meine Damen und Herren, das zeigt mir eines: Das sind gewisse Reflexmechanismen, es ist aber kein ernsthaftes Bemühen erkennbar, diese Haushaltssituation wirklich solide zu verbessern.

(Beifall bei den Republikanern)

Deswegen ist das kein Haushalt der Konsolidierung.

(Beifall bei den Republikanern)

Schließlich darf man nicht außer Acht lassen, dass die Perspektiven für das Land unter Einbezug der Steuerreform ja nicht besser werden. Wir werden keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung der finanziellen Situation erleben.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, ist auch einmal zu diskutieren, wie es denn weitergehen soll. Ich habe immer mehr den Eindruck, Herr Ministerpräsident, dass bei all den Überlegungen und Entscheidungen der Zeithorizont nie über eine Legislaturperiode hinausreicht, sondern immer durch Wahlkämpfe begrenzt wird.

Der Verkauf der EnBW beispielsweise ist doch zu reflektieren vor dem, was der Fraktionsvorsitzende der CDU vor zwei Jahren in der Haushaltsdebatte gesagt hat, dass nämlich Beteiligungen des Landes im Prinzip nur dann abgestoßen werden sollten, wenn sie ohne strategische Funktion für das Land seien. Jetzt frage ich einmal: Ist es denn wirklich so, dass der Energie- und der Kommunikationssektor, denen heute Schlüsselfunktionen in der technologischen Entwicklung zugesprochen werden, ohne strategische Bedeutung für unser Land sind? Ist es nicht vielmehr so, dass gerade in diesen Bereichen das Land ein gesteigertes Interesse daran haben müsste, im Sinne der Standortsicherung Einflussmöglichkeiten zu behalten? Ich kann Ihnen nur eines sagen: Hier wird wirklich das echte Tafelsilber verkauft. Ich sage nicht „verscherbelt“, denn der Preis mag nach dem Marktwert des Aktienpakets durchaus angemessen sein.

Aber sicher ist: Sie haben etwas verkauft, und das bedeutet gleichzeitig, dass das Land strategischen Einfluss verliert. Dem steht auf der anderen Seite nur die Thesaurierung eines Teilbetrags in einer Landesstiftung gegenüber, über deren Zweck oder deren Auswirkungen wir heute nur spekulieren können – wie sich das konkret niederschlagen wird, wird man ja erst sehen können –, während ein weiterer Teilbetrag für eine Zukunftsoffensive eingestellt wird, die für mich nach wie vor nichts anderes ist als ein vorgezogenes Wahlkampfgeschenkprogramm.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, strategisch gesehen hat dieser Verkauf des EnBW-Anteils nur für einen einen wirklichen Vorteil: Er ist die Marktöffnung für den hoch verschuldeten Staatskonzern EdF, der im Übrigen noch nicht einmal in der Lage ist, die Situation in Frankreich nach den letzten Unwettern selbst in den Griff zu bekommen.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist auch schwer! Entschuldigen Sie mal!)

Der Verkauf ist außerdem die Marktöffnung nach Osten. – Natürlich ist das schwer, aber die EdF ist ein riesiger Staatskonzern, Herr Kuhn. Er sieht sich vor allem dem Problem gegenüber, dass er riesige Schulden hat. Aufgrund der enormen Kostenentwicklung und seiner inneren Struktur war er nicht in der Lage, die Versorgungsfähigkeit in ganz bestimmten Bereichen sicherzustellen. Schauen Sie sich bitte beispielsweise einmal an, wie die EdF zusammen mit der französischen Gasversorgung die Basisversorgung organisiert hat. Es war voraussehbar, dass sie keinerlei Reserven hat, um in einem solchen Fall, wie wir ihn jetzt in Frankreich erlebt haben, entsprechend reagieren zu können. Das ist bei uns Gott sei Dank etwas anders.

Ich kann nur festhalten: Der strategische Vorteil liegt bei der EdF, nicht beim Land Baden-Württemberg. Deswegen halten wir den Verkauf nach wie vor für falsch. Jetzt ist er erfolgt. Wir werden uns darauf einrichten müssen.

Eines will ich an dieser Stelle auch festhalten: Wenn schon, Herr Ministerpräsident, dann hätte man den gesamten Erlös thesaurieren müssen, um diese Mittel in der Zukunft wenigstens auch für das Land einsetzen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikanern)

(Dr. Schlierer)

Nun ein Wort zum Einzelplan 02. Es ist von Vorrednern schon angesprochen worden, dass der Aufwand für die Selbstdarstellung der Landesregierung enorm gesteigert wurde. Als eine Imagekampagne und ähnliche große Maßnahmen angekündigt wurden, habe ich mir zunächst einmal gesagt: Warten wir einmal ab, was da kommt. Was wir bisher gesehen haben, Herr Ministerpräsident, verdient allenfalls die Bezeichnung „läppisch“. Denn diese Serie von Fernsehspots, die übrigens noch nicht einmal originär für das Land Baden-Württemberg kreiert, sondern von einer bereits laufenden Werbekampagne für eine sächsische Zeitung abgekupfert wurde, wird sicherlich nicht zur Standort-sicherung in Baden-Württemberg beitragen. Ich halte so etwas für hinausgeworfenes Geld. Ich bin mir sicher, dass kaum ein Bürger in Baden-Württemberg sagen wird, aufgrund dieser Fernsehspots sei für das Land irgendetwas besser geworden. Deswegen kann ich Sie an dieser Stelle nur auffordern: Beenden Sie diese missglückte Selbstdarstellung, und sorgen Sie dafür, dass das Geld wirklich dem Land und nicht irgendeiner Werbeagentur zugute kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Andernfalls laufen Sie Gefahr, dass der Propagandavorwurf, der gegen Sie erhoben wurde, zunehmend auch fundamentiert wird.

Nun haben wir heute auch einiges gehört, was zwar nicht unmittelbar mit dem Haushalt, aber sicher auch mit der Landespolitik zu tun hat und was bundespolitisch zurzeit alles überstrahlt, nämlich diese Kohl-Kiep-Kanther-Schäuble-Affäre; man kann sie aber gern noch um die Namen Rau, Schleußer und andere erweitern.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

– Nein, Herr Kuhn, das ist in der Auswirkung leider dasselbe, auch wenn es zunächst einmal in der Tat zwei getrennte Vorgänge sind. In dem einen Fall ist es die vorsätzliche, langjährige Verletzung des Parteiengesetzes.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Der Verfassung!)

In dem anderen Fall ist es ein geradezu schon grob fahrlässiger Umgang mit dem Eigentum anderer, das zwar dem Staat zugerechnet wird und auch irgendwo mit Regierungen verfilzt ist, was aber nach wie vor zu trennen gewesen wäre.

Das eigentliche Problem, meine Damen und Herren, liegt nicht nur in dem Vertrauensschwund, der dadurch erzeugt wird, sondern darin, dass das Verhältnis zwischen Staat und Parteien auf den Prüfstand gestellt werden müsste.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das ist auch ein Thema für diesen Landtag. Denn da geht es nicht nur um die Frage, ob die Parteien im Rahmen der Parteienfinanzierung Anspruch auf Spendeneinwerbung haben. Vielmehr geht es zentral um die Frage, wie sich die Parteien innerhalb dieses Staates positionieren.

Wenn wir Artikel 21 zur Grundlage nehmen, dann ist eigentlich vom Verfassungsgeber seinerzeit ein System vorgesehen gewesen, in dem die Parteien zwar eine wichtige Rolle spielen, aber keineswegs den Anspruch erheben dürfen, sich quasi wie der Staat im Staate zu bewegen.

Das, was wir jetzt hier erleben, zum Beispiel im Verhalten des ehemaligen Bundesinnenministers Kanther, aber genauso im Verhalten des Herrn Schleußer, ist eine Haltung, Herr Kuhn, die darauf zurückgeht, dass sich jemand eigentlich schon wie der Staat selbst sieht und sich etwas herausnimmt, weil er sagt: Ich bin so wichtig und ich bin auch in meiner Funktion so unverzichtbar, dass man mir eigentlich ein solches Verhalten zubilligen muss.

Wenn Sie jetzt die ganze Debatte verfolgen – auch die Diskussionsbeiträge, die hier kommen, diese Selbstrechtfertigungsversuche –, dann durchzieht die doch immer wieder eine Denkfigur, dass es nämlich offensichtlich für die Altparteien zu einer lieb gewonnenen Grundüberzeugung geworden ist, dass sie der Staat sind.

Wissen Sie, wann wir dies hier in diesem hohen Hause auch schon vorexerziert bekommen haben? Als wir beispielsweise vorgehalten bekommen haben, wir würden mit der Kritik an anderen Parteien sozusagen den Staat und die Verfassungsordnung infrage stellen.

(Beifall bei den Republikanern)

Nein, meine Damen und Herren, hier müssen wir eines klarmachen: Hier muss schonungslose Kritik erfolgen, ohne dass zugleich wieder das Argument kommt: Wer an den Parteien und ihrer Finanzpraxis Kritik übt, der kritisiert unseren Staat.

(Beifall bei den Republikanern)

Im Übrigen noch eine Einflechtung: Ich kann mich noch gut daran erinnern, als Kollege Birzele mir einmal vorgehalten hat, dass schon die Aussage – ich habe damals einen Buchtitel zitiert –, der Staat sei sozusagen zur Beute der Parteien geworden, Ausdruck von Verfassungsfeindlichkeit sei. „Der Staat als Beute“ war der Titel eines Buches von Hans Herbert von Arnim, ein Titel, der wahrscheinlich nie aktueller war als in den Tagen, die wir heute erleben.

Zu dieser Parteispendenaffäre will ich aus der Sicht meiner Fraktion und meiner Partei nur Folgendes sagen: Die einen haben bei dieser Finanzierung über Spenden eigentümliche Wege beschritten, die rechtswidrig waren. Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen eine Landesbank zum kostenlosen Reisebüro umfunktioniert. Der Vertrauensschaden ist da, und den wird man durch noch so kraftmeierische Selbstreinigungsankündigungen nicht aus der Welt schaffen.

Schlimm ist, dass auch in Baden-Württemberg mit der SWEG und vielleicht noch mit anderen Vorgängen etwas im Raum steht. Hinweise gibt es ja, obwohl sie noch nicht konkretisiert worden sind. Wir haben in den Fällen Aurenz und Kauder hier unsere Probleme; Sie brauchen bloß in die heutige Zeitung zu sehen. Es ist ja offensichtlich auch gar nicht so einfach, in diesem Land als Staatsanwalt manche Dinge zu verfolgen, ohne unter Druck zu geraten.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

– Wollen Sie das in Abrede stellen, Herr Kollege?

(Abg. Oettinger CDU: Ja!)

(Dr. Schlierer)

Wollen Sie in Abrede stellen, dass einem Staatsanwalt in einem solchen Verfahren massiv gedroht worden ist?

(Abg. Oettinger CDU: Ja! Genau das will ich!)

– Das wollen Sie. Da steht aber eine andere Aussage dagegen, und zwar die dieses Staatsanwalts, und ich sage Ihnen ganz offen: Inzwischen glaube ich eher ihm als Ihnen, und Sie wissen auch, warum.

(Beifall bei den Republikanern – Heiterkeit des Abg. Deuschle REP)

Meine Damen und Herren, das Verhalten verschiedener Spitzenpolitiker in unserem Land, aber auch in der ganzen Republik gibt wirklich Anlass zur Sorge. Wenn ich mir überlege, dass ein Innenminister Kanther jahrelang für law and order stand und jetzt eiskalt davon spricht, die Kritik an seinem Fehlverhalten sei als Treibjagd zu bezeichnen, dann stelle ich mir einmal die Gegenfrage: Warum hat man eigentlich damals diese Wege beschritten? Das Parteiengesetz, meine Damen und Herren, ist weder in der Novellierung Anfang der Achtzigerjahre noch 1994 als Grund heranzuziehen, dass man Geld ins Ausland schafft.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Hier stellt sich eher die Frage, woher das Geld gekommen ist.

(Abg. Käs REP: So ist es!)

Hier wird die Herkunft verschleiert, und deshalb werden gezielt irgendwelche Auflagen des Parteiengesetzes umgangen.

Ich glaube hier nicht mehr an Selbstreinigungskraft. Wir als Republikaner haben einen Vorschlag unterbreitet, wie man das Parteiengesetz novellieren könnte, um in Zukunft wenigstens gewisse Missstände auszuschließen. Dazu gehört, dass künftig keine Spenden mehr von juristischen Personen angenommen werden dürfen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Rapp REP: Richtig!)

Dazu gehört, dass eine Verletzung der zentralen Bestimmungen des Parteiengesetzes zukünftig unter Strafe gestellt wird, und zwar beispielsweise mit einem Strafraum wie bei der Geldwäsche. Und dazu gehört, meine Damen und Herren – und das wäre ein ganz entscheidender Faktor –, der Verlust der staatlichen Teilfinanzierung für eine Partei in dem Jahr, in dem sie eben gegen diese Bestimmungen verstößt.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Es ist heute die Sorge ausgesprochen worden, von dieser Situation könnten sozusagen wieder mal die Falschen irgendwie profitieren. Die Angst vor Jörg Haider geht offensichtlich auch hier um, wenn ich Herrn Maurer richtig verstanden habe. Ich lasse ihm gern diese Angst.

Ich will Ihnen nur bei dieser Gelegenheit einmal etwas anderes vorhalten. Ich glaube, dass die rot-grüne Bundesregierung in Berlin gut beraten wäre, sich daran zu erinnern, dass es in der jüngsten deutschen Geschichte schon einmal

einen Vorgang gegeben hat, bei dem eine Berliner Regierung glaubte, in Österreich intervenieren zu müssen. Eine Wiederholung möchte ich eigentlich nicht erleben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern)

Das Verhalten mancher europäischer Politiker erinnert mich eher an den Habitus von Kolonialherren als an den politischen Partner.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn sich jetzt herausstellen sollte, dass der Versuch der Einflussnahme auf ein demokratisches Land mit solchen Mitteln Schule macht, fühle ich mich in all meinen skeptischen Überlegungen zu Europa bestätigt. Ein solches Europa haben wir abgelehnt. Deswegen bleiben wir auch heute gerade aus diesem aktuellen Anlass dabei. Wenn wir auch hier von diesem Land aus Europapolitik gegenüber unserem Nachbarland Österreich machen wollen, gilt nach wie vor eines: Es muss ein Europa der souveränen Nationalstaaten bleiben, wo solche Einflussnahmen in Zukunft unterbleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Baden-Württemberg geht einen guten Weg. Unser Land hat einen Spitzenplatz oder den Spitzenplatz in Deutschland und in Europa. Dies ist eine Gemeinschaftsleistung der Bürgerinnen und Bürger, der Lehrerinnen und Lehrer, der Handwerksmeister, der Bauern, der Forscher, der Hochschullehrer und aller, die in diesem Land in der Wirtschaft und in der Gesellschaft Verantwortung tragen, und ich denke, es ist auch das Ergebnis einer guten und weitsichtigen Politik.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben eine der erfolgreichsten Legislaturperioden in der Geschichte dieses Landes hinter uns. Ich danke den Abgeordneten der beiden Regierungsfractionen dafür. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung.

Eine beispielhafte Liste von Maßnahmen, um die man sich vorher mehrere Legislaturperioden lang ohne Ergebnis bemüht hat: die Schaffung einer starken Landesbank Baden-Württemberg, die im ersten Jahr ihres Bestehens zweistellige Zuwachsraten hat; die Schaffung der zweitgrößten ARD-Anstalt, eines starken Landessenders Baden-Württemberg, des Südwestrundfunks; die Schaffung einer Energieversorgung Baden-Württemberg durch die Fusion von zwei großen Energieversorgungsunternehmen unseres Landes mit der sich in diesen Tagen bietenden Chance einer Abrundung im ganzen Land und mit der Chance, auch über Strom hinaus zu einer Abrundung bei anderen Energiearten zu kommen; es ist das viertgrößte deutsche Energieunternehmen entstanden, ein Unternehmen, das in dem immer schärfer werdenden nationalen und europäischen Wettbewerb wettbewerbsfähig ist, ein Unternehmen, dem wir ei-

(Ministerpräsident Teufel)

nen starken strategischen Partner verschafft und dem wir so Selbstständigkeit und Wertschöpfung in Baden-Württemberg unter Sicherung aller Standorte in unserem Land ermöglicht haben; eine Landesversicherungsanstalt für Baden-Württemberg in Karlsruhe; ein Sparkassen- und Giroverband Baden-Württemberg in Stuttgart. Das Land wird immer mehr zur Einheit, und das Land wird stärker. Wir sichern heute unsere Wettbewerbsfähigkeit für morgen.

Den Spitzenplatz hat Baden-Württemberg in den Forschungsausgaben, und bei den Forschungsausgaben werden international immer die Forschungsausgaben der Wirtschaft und die Forschungsausgaben des Landes addiert: Spitzenplatz in Deutschland, Spitzenplatz in Europa. Wir sind bei der jährlichen Statistik des Deutschen Patentamts in München auf Platz Nummer 1: 55 Patente auf 100 000 Einwohner im Bundesdurchschnitt, über 90 in Baden-Württemberg – eine Leistung von Facharbeitern, Meistern, Technikern, Ingenieuren und Unternehmern.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, nicht eine Leistung der Opposition, muss ich in diesem Zusammenhang sagen. Auch eine Leistung der Bürger; deswegen habe ich das Lob gerade an der richtigen Stelle angebracht.

Baden-Württemberg hat unter 250 untersuchten Regionen in Europa den Spitzenplatz bei den Hochtechnologie-Arbeitsplätzen, also den Arbeitsplätzen der Zukunft.

Die Hochschulreform in drei Etappen ist beispielhaft für alle anderen Bundesländer. Die Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten führte in einem einzigen Semester – bei Zunahme der Erstsemester – zu 18 000 Studenten weniger: ausschließlich Langzeitstudenten an den neun Universitäten unseres Landes.

Wann immer Forscher in Deutschland ausgezeichnet werden, beispielsweise vor zwei Wochen mit dem Leibniz-Preis, nimmt Baden-Württemberg den Spitzenplatz ein.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Land findet jeder ausbildungswillige junge Mensch einen Ausbildungsplatz, jeder. Dank der Leistung des Handwerks, des Handels und der mittelständischen Wirtschaft haben wir mehr Ausbildungsplätze, als nachgefragt werden, mehr freie Stellen als Ausbildungswillige.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Kein Land schafft mehr neue Studienplätze als Baden-Württemberg. Allein in dieser Legislaturperiode waren es noch einmal 2 750 neue Studienplätze, ausschließlich an Fachhochschulen und Berufsakademien und ausschließlich in Ingenieurstudiengängen, Informatik-Studiengängen, bei denen am Ende des Ausbildungsgangs auch berufliche Chancen bestehen. In diesem Land entstehen mehr neue Arbeitsplätze als in jedem anderen Land.

Die Unterrichtsversorgung wird von Ihnen kritisiert. Meine Damen und Herren, seit ich Ministerpräsident bin, wurde jede durch Pensionierung frei werdende Lehrerstelle wie-

der besetzt. Schauen Sie sich einmal um von Niedersachsen bis nach Nordrhein-Westfalen, wo das in SPD-geführten Ländern der Fall ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Seit ich Ministerpräsident bin, seit 1991, wurden 5 100 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Capezzuto und Zeller SPD)

Allein im letzten Jahr, 1999, wurden fast 3 000 junge Lehrer eingestellt.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Entschuldigen Sie, nachdem Sie mich bei der Debatte zu meinem Haushalt persönlich attackiert haben, darf ich doch wohl auch sagen: Seit ich Ministerpräsident bin, wurden so viele junge Lehrer eingestellt und zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Zeller SPD: Das ist aber nicht Ihr Verdienst!)

Es ist die entscheidende Zielsetzung der Politik dieser Regierung, die Bildung in allen Bereichen zu fördern. Bildung ist das entscheidende Kapital, der wichtigste Produktionsfaktor.

Fremdsprachenkompetenz: Wir beginnen mit der flächendeckenden Einführung von Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen.

Unterstützung unserer Mütter: Dank des Engagements der Gemeinden, Städte und Kirchengemeinden haben wir eine Vollversorgung bei den Kindergartenplätzen in Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Hort an der Schule, verlässliche Halbtagsgrundschule: Wir werden sie zusammen mit den Kommunen bedarfsgerecht ausbauen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine moderne Infrastruktur für unser Land. Es ist uns, dem Wirtschaftsminister und der ganzen Landesregierung, gelungen, die Stuttgarter Börse erfolgreich neu zu ordnen und wettbewerbsfähig zu machen.

Wir sind dabei, die Landesmesse Baden-Württemberg voranzubringen. In der nächsten Woche werden wir uns unter den über 100 beim Wettbewerb eingereichten Arbeiten für das Projekt entscheiden, das durchgeführt werden soll. Wir sind mit der Landesmesse im Zeitplan.

Wir realisieren Stuttgart 21 und Mannheim 21. Nicht Baden-Württemberg ist aus den Verträgen ausgestiegen, sondern der Bund stagniert seit exakt fünf viertel Jahren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Exakt seit dem Amtsantritt von Rot und Grün hat ein Partner die ganze Sache storniert, und wir haben sowohl in Mannheim wie in Stuttgart eineinhalb wertvolle Jahre verloren. Aber wir werden Stuttgart 21 realisieren, auch gegen den Widerstand der Grünen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es besteht eine ernsthafte Chance zur Realisierung der Neubaustrecke von Wendlingen nach Ulm.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD)

– Herr Brechtken, an dieser Stelle sollten Sie keine Zwischenrufe machen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Sie haben nämlich bei der Debatte vor einem halben Jahr zu Stuttgart 21 gesagt: Überhaupt kein Problem, der Bund steht zu seinen Verpflichtungen; Land Baden-Württemberg, realisiere! Dann habe ich Ihnen einen Brief geschrieben – ich habe Sie als seriöses Regierungsmitglied kennen gelernt – und Sie gefragt, woher Sie denn die Aussage hätten; denn mir persönlich sage der Bundesverkehrsminister, dass die 800 Millionen DM – das habe ich Ihnen vor einem Dreivierteljahr geschrieben – keineswegs feststünden. Dann haben Sie mir nach einigen Wochen geschrieben, der Bundesverkehrsminister habe dies an eine SPD-Bundestagsabgeordnete in Baden-Württemberg geschrieben. Ich habe den Bundesverkehrsminister gestellt.

(Abg. Maurer SPD: Gestellt! – Lebhaftige Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Gestellt! Wo leben wir denn? – Abg. Haas CDU: Ist er noch im Amt?)

– Ja ist denn das etwas Unzulässiges?

(Anhaltende Unruhe)

Ich habe dem Herrn Bundesverkehrsminister untertänigst einen Brief geschickt

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

und ihn gebeten, zu dieser Zusage zu stehen. Bis zur Stunde haben wir noch keine verbindliche Zusage, aber es besteht die Chance, dass der Bund mit einer Verzögerung von eineinhalb Jahren zu dieser Zusage steht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hat er Ihnen auch gesagt, warum?)

Ich habe noch keine Zusage. Sie wird immer noch an nach meiner Meinung unzulässige Bedingungen geknüpft, nämlich beispielsweise an die Bedingung, dass allein das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart etwaige Mehrkosten des Projekts Stuttgart 21 tragen sollen,

(Abg. Brechtken SPD: Das ist doch unglaublich!)

ohne dass die Bahn und ohne dass der Bund irgendeine Zusatzverpflichtung übernimmt.

(Minister Dr. Döring: Unglaublich!)

Das verstößt nach meiner Meinung gegen Treu und Glauben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen ist die Sache bis jetzt noch nicht geklärt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brechtken?

**Ministerpräsident Teufel:** Jawohl, sehr gerne. Natürlich.

Ich kann nur sagen: Mich darf man bei diesem Thema nicht reizen;

(Heiterkeit bei der CDU)

sonst können Sie mehr Auskunft bekommen.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Brechtken.

**Abg. Brechtken SPD:** Herr Ministerpräsident, könnten Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich erstens in dieser Parlamentsdebatte die Aussage gemacht habe, dass der Bundesverkehrsminister erklärt hat, dass er zu der Zusage des Bundes bezüglich der 800 Millionen DM steht, dass ich Ihnen zweitens mit dem Antwortbrief das Schreiben des Bundesverkehrsministers vorgelegt habe, in dem er dies ausdrücklich bestätigt, und dass drittens der Herr Verkehrsminister in anderem Zusammenhang ebenfalls bestätigt hat, dass diese 800 Millionen DM entsprechend dem Vertrag und der Zusage zur Verfügung stehen, dass er dies aber einschränken muss

(Zuruf von der CDU: Aha!)

unter dem Aspekt, dass der Maßnahmeträger Bahn zuerst einmal die Entscheidung treffen muss,

(Abg. Haasis CDU: Aufsichtsrat!)

ob er dies tut, und dass die Bahn als Aktiengesellschaft dies in Entscheidungsgremien bisher noch nicht getan hat und die Nachforderungen, von denen Sie gerade reden, keine Bundesforderungen sind, sondern Forderungen der Bahn und es unsere Aufgabe ist, die Bahn dazu zu bewegen, endlich die Entscheidungen zu treffen?

(Beifall bei der SPD)

**Ministerpräsident Teufel:** Mein Vorschlag ist, Herr Kollege Brechtken, dass Sie ein einziges Telefongespräch mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der Bahn, Dr. Mehdorn, führen. Dann werden Sie sehen, dass Ihre ganze Annahme nicht richtig ist. Die Bahn steht selbstverständlich zum Projekt. Es ist der Bund, der sowohl die Strecke Stuttgart – Ulm als auch Stuttgart 21 infrage gestellt hat. Ich hoffe, wir kommen so weit, dass wir die Projekte realisieren können.

(Zurufe von der SPD)

– Ich komme sofort zu Wendlingen – Ulm.

Die Deutsche Bahn ist an Bord, wie Sie auch einer Pressekonferenz des Vorstandsvorsitzenden in der letzten Woche

(Ministerpräsident Teufel)

in München entnehmen konnten. Unsere Verhandlungen haben bewirkt,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Trotzdem muss ein Beschluss herbeigeführt werden, und der ist noch nicht herbeigeführt!)

dass wir heute mit der Bahn in einem Boot sitzen und Baden-Württemberg, Bayern und die Bahn an einem Strang ziehen: schnellstmögliche Realisierung der Neubaustrecke von Stuttgart nach Ulm unter Inanspruchnahme des Vorfinanzierungsangebots von Baden-Württemberg und Bayern. Aber es steht bis zum heutigen Tag die Zustimmung des Bundesfinanzministers aus.

(Abg. Haas CDU: Aha!)

Deswegen konnte es noch nicht zu einem Beschluss des Verwaltungsrats der Deutschen Bahn kommen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Hört, hört!)

Aber wir sind bei beiden Projekten auf gutem Weg. Das möchte ich hier sagen.

(Beifall bei der CDU)

Der Bund hat sich ein volles Jahr hinter der Bahn versteckt, als Herr Ludwig Vorstandsvorsitzender war. Heute kann er sich nicht mehr hinter der Bahn verstecken, weil Herr Mehdorn für beide Projekte mit allem Nachdruck eintritt. Jetzt muss der Bund springen, meine Damen und Herren. Dann sind wir wieder so weit, wie wir vor zwei Jahren gewesen sind, und können dann mit zweijähriger Phasenverzögerung das Projekt angehen, das für Baden-Württemberg von ganz entscheidender Bedeutung ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dann geht es um den Ausbau der Strecke von Mannheim über Karlsruhe und Freiburg nach Basel, vor allem der Strecke von Freiburg nach Basel. Es geht um den Anschluss des TGV in Straßburg/Kehl und in Ludwigshafen/Mannheim. Für all diese modernen Infrastrukturprojekte setzt sich die Landesregierung mit Entschiedenheit ein.

Meine Damen und Herren, das Jahr 1999 war mit geprägt durch die Suche nach einem starken strategischen Partner für die EnBW. Wir haben einen guten Erlös erzielt. Wir machen beim Landesvermögen eine Gewinn bringende Umschichtung. Wir finanzieren eine Zukunftsoffensive III mit 1 Milliarde DM dezentral im ganzen Land. Dies werden ausschließlich Projekte sein, die für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und für die Zukunft der jungen Generation von entscheidender Bedeutung sind.

Die Opposition hat gesagt, ich dachte nur an die Wahl und nicht an die neue Legislaturperiode. Ich kann nur sagen: Die ganze Zukunftsoffensive III ist ausschließlich auf die neue Legislaturperiode ausgelegt, also auf fünf Jahre. Herr Maurer spricht von Ersatzkassen, fehlender demokratischer Legitimierung und davon, dass dies nur mit Wahlkampf zu tun habe.

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, haben wir nicht diese Zukunftsoffensiven für die junge Generation während der großen Koalition erfunden? Haben wir nicht, Herr Kollege Maurer, unter Ihrer Beteiligung in Schönwald im „Ochsen“ die erste Liste für die erste Zukunftsoffensive zusammengestellt?

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Es waren Finanzminister Mayer-Vorfelder, Wirtschaftsminister Spöri, Herr Maurer, Herr Oettinger und ich, die die erste Liste zusammengestellt haben. Also ist die erste Milliarde natürlich nicht undemokratisch vergeben worden. Sie ist natürlich nicht unter Wahlkampfgesichtspunkten vergeben worden. Sie ist natürlich dezentral im ganzen Land und hoch vernünftig vergeben worden, denn daran war die SPD beteiligt. So unterschiedlich sind die Dinge.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Maurer SPD: Haben wir die Landesstiftung im „Ochsen“ erfunden? – Abg. Brechtken SPD: Verwechseln Sie Äpfel mit Birnen? – Abg. Maurer SPD: Die Landesstiftung hat er im „Ochsen“ erfunden!)

– Die Zukunftsoffensive Junge Generation haben wir dort erfunden, auf einer zweitägigen Klausurtagung.

Meine Damen und Herren, nun machen wir eine Landesstiftung Baden-Württemberg. Wir sichern dadurch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nachhaltig. Wir beteiligen das Parlament. In keinem anderen Land haben junge Leute solche Chancen wie hier in Baden-Württemberg.

Wir fördern Kunst und Kultur mit 670 Millionen DM jährlich. Es gibt ein neues Sammlermuseum in Karlsruhe, Neubauten für sämtliche Musikhochschulen in Baden-Württemberg und ein Haus der Geschichte in Stuttgart. Wir fördern Museen und Theater wie kein anderes Land, ebenso die Laienmusik, die Vereine, den Sport und den sozialen Bereich.

Wir lassen Landwirtschaft, Handwerk und Mittelstand nicht hängen. Nirgendwo in Deutschland ist der ländliche Raum so attraktiv wie in Baden-Württemberg. Der Beschäftigungszuwachs in den letzten 15 Jahren war im ländlichen Raum in Baden-Württemberg stärker als im Verdichtungsraum und betrug 15 %. Zukunftschancen für junge Menschen in allen Teilen unseres Landes, nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum, das ist unsere Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Nothilfe für die Orkanshäden, vor allen Dingen für den bäuerlichen Privatwald, kurzfristig 100 Millionen DM – Dank an das Parlament, an den Finanzausschuss für diese Beschlüsse.

Wir fördern die innere Sicherheit in unserem Land. Wir schieben diejenigen konsequent ab, die keinen Rechtsanspruch auf einen Aufenthalt hier haben, und wir schieben Straftäter konsequent ab. Wir führen Bürgerkriegsflüchtlinge auf ordnungsgemäße Art und Weise zurück. Wir ha-

(Ministerpräsident Teufel)

ben ein Technikzukunftsprogramm für unsere Polizei auf sieben Jahre aufgelegt mit zusätzlich 680 Millionen DM.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Es ist an der Zeit, dass hier etwas passiert, rechtzeitig zur Wahl!)

Meine Damen und Herren, das sind nur wenige Schwerpunkte.

Wir vertreten die Interessen dieses Landes. Wir hatten den Mut zur Klage gegen den ungerechten Länderfinanzausgleich, und wir bestehen auf der Grundlage des Urteils zu unseren Gunsten auf Verbesserungen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir wehren uns gegen immer neue Ausgleichssysteme,

(Abg. Mühlbeyer CDU: Krankenversicherung!)

zuletzt gegen das, das uns die rot-grüne Bundesregierung auferlegt mit dem Risikostrukturausgleich im Krankenkassenbereich mit 2 Milliarden DM, meine Damen und Herren. Da gehen Sie durchs Land und sagen, man müsse die Mineralölsteuer Jahr für Jahr erhöhen, damit man die Lohnnebenkosten senkt. Ich kann nur sagen: In Baden-Württemberg könnten Sie in größtem Umfang die Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber senken, wenn wir nicht über immer neue zusätzliche Ausgleichssysteme Milliardenbeträge an andere Länder zahlen müssten:

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP)

gegen unseren Willen und Widerstand über 2 Milliarden DM Risikostrukturausgleich West, gegen unseren Willen und Widerstand in der letzten Legislaturperiode 596 Millionen DM, die allein die Beitragszahler aus Baden-Württemberg in die Pflegekassen anderer Länder über das hinaus, was in unserem Land notwendig ist, bezahlen müssen.

Wir haben im Bundesrat verhindert, dass die Lebensversicherungserträge besteuert werden – eine Perversion!

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist unmöglich!)

Heute ist die Einsicht allgemein, dass wir private Vorsorge für das Alter brauchen, und dann soll diese private Vorsorge neu besteuert werden! Diese CDU-FDP/DVP-Landesregierung hat das im Bundesrat verhindert.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben vor wenigen Wochen im Bundesrat nennenswert korrigieren können, was Sie im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorhatten, nämlich den privaten Wohnungsbau ernsthaft in seiner steuerlichen Förderung zu reduzieren. Das Größte wenigstens wurde im Land der Häuslebauer und der Bausparkassen zugunsten unserer Bürger verhindert.

Wir haben verhindern können, dass es Zusatzbelastungen für unsere Städte, Gemeinden, Kreise und für das Land in

nennenswertem Umfang durch das gibt, was als Haushalts-sanierungsgesetz des Bundes vorgelegt worden ist. Diese Landesregierung steht geschlossen für eine große Steuerreform. Wir wollen, dass diese Steuerreform allen Bürgern, aber auch allen Wirtschaftsunternehmen zugute kommt

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

und dass sie nicht einseitig, wie es ausgerechnet eine SPD-Grüne-Regierung vorhat, den Körperschaften durch eine Entlastung der Körperschaftsteuer zugute kommen soll. Wir wollen, dass Personengesellschaften, die 90 % unserer Unternehmen tragen, nicht benachteiligt werden, sondern gleichermaßen steuerlich entlastet werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Haasis CDU: Und nicht nur die Aktiengesellschaften!)

Wir setzen uns ein für den selbstständigen Handwerker und Einzelhändler und für den Arbeitnehmer und für die Aktiengesellschaft. Wir brauchen eine große Steuerreform, für die wir übrigens als einziges Bundesland eine erste Rücklage im Doppelhaushalt gebildet haben.

(Abg. Brechtken SPD: Diese Rücklage kennen wir!)

– Ja, meine Damen und Herren, weil wir mit dieser Steuerreform rechnen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Vorsichtsprinzip des Kaufmanns! Richtig gehandelt!)

Sie brauchen nur Zwischenrufe zu machen, dann bekommen Sie die Antwort darauf.

Der Bundesfinanzminister hat noch bei seinem Besuch vor drei Monaten hier in Stuttgart zu mir in meinem Zimmer gesagt, dass man auf keinen Fall mehr als 7 Milliarden DM Entlastung verkräften könne. Jetzt hält er selbst 50 Milliarden DM für notwendig – einen Betrag, den wir der Spur nach immer als echte Entlastung, die finanziert werden soll, genannt haben.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Die SPD Baden-Württembergs, die hier natürlich immer die damalige Position des Bundesfinanzministers vertreten hat, wird schauen müssen, wie sie die Kurve bekommt, wenn wir diese Fragen hier im Parlament beraten.

Meine Damen und Herren, wir treiben im Bundesstraßenbau unseres Landes auf einen Notstand zu.

(Minister Dr. Döring: Ja! – Lachen des Abg. Maurer SPD)

Ich mache Kreisbereisungen. SPD-Abgeordnete sind genauso dabei wie Abgeordnete anderer Fraktionen. Sie werden mir zugeben, dass das Thema Bundesstraßenbau heute in jedem Kreis das Problem Nummer 1 ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage deshalb: Es ist unerträglich und kann von Baden-Württemberg nicht hingenommen werden, dass wir für vier

(Ministerpräsident Teufel)

Jahre, nämlich für die gesamte Legislaturperiode des Bundestags, keine einzige Mark für den Beginn neuer Projekte bei Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg bekommen sollen. Unerträglich, das können wir nicht hinnehmen!

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Wenn Sie schon eine so genannte ökologische Steuerreform durchführen und die Autofahrer fünf Jahre hintereinander mit sechs Pfennig mehr je Liter schröpfen,

(Abg. König REP: Sieben!)

dann sollten Sie wenigstens einen Teil, wenigstens zehn Pfennig dieser Steuererhöhung in den Straßenbau geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Allein die zehn Pfennig pro Liter würden ausreichen, dass wir im Land Baden-Württemberg für den Bundesstraßenbau wieder den gleichen Betrag zur Verfügung hätten wie vor der Wiedervereinigung, nämlich etwa 700 Millionen DM. Zwar könnten wir auch dann keine Wunder wirken, aber wir könnten wieder in jeder Region einzelne Projekte neu beginnen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hackl?

**Ministerpräsident Teufel:** Mit ausgesprochenem Vergnügen. Bitte schön!

(Heiterkeit)

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Hackl.

**Abg. Hackl** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Ministerpräsident, wann wird das Land Baden-Württemberg im Bundesrat den Antrag stellen, einen entsprechenden Anteil der Ökosteuer für den Straßenbau zu verwenden?

(Abg. Haasis CDU: Stimmen Sie zu?)

**Ministerpräsident Teufel:** Selbstverständlich stellen wir einen solchen Antrag. Wir haben im Übrigen schon solche Anträge gestellt, und wir werden weiter solche Anträge stellen. Ich habe mich in diesem Sinn, Herr Kollege, mehrfach schriftlich an die Bundesregierung gewandt – deshalb mehrfach, weil die Bundesverkehrsminister gewechselt haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Deswegen habe ich auch an den jeweils neuen Bundesverkehrsminister den gleichen Brief gerichtet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir betreiben in diesem Land – das wissen Sie – eine ausgesprochen seriöse Haushaltspolitik. Wir setzen den Sparkurs, den wir 1991 mit allem Nachdruck beginnen mussten und begonnen haben, fort. Wir reduzieren planmäßig die Neuverschuldung. Dennoch gibt es Investitionen in unserem Land.

Meine Damen und Herren, konjunkturbedingte Steuerausfälle seit 1991: 11,7 Milliarden DM! Hilfe an die neuen Länder seit 1991: 14,1 Milliarden DM! Auf der Einnahmeseite 11,7 Milliarden DM weniger, auf der Ausgabeseite 14,1 Milliarden DM mehr! Beides war 1989 überhaupt nicht vorhersehbar.

In diesem Jahr zahlen wir 3,6 Milliarden DM in den Länderfinanzausgleich, 2,6 Milliarden DM Umsatzsteuerausgleich und 1 Milliarde DM in den Fonds Deutsche Einheit. Das macht zusammen 7 Milliarden DM.

Eines jedenfalls kann dieses Land nicht hinnehmen: Es kann nicht hinnehmen, dass wir pro Jahr 7 Milliarden DM bezahlen, bei denen die sozialen Ausgleichssysteme nicht eingerechnet sind, dass wir aber bei Investitionen in den Straßenbau und in die Schiene leer ausgehen sollen. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Konsolidierungsleistung der Landesregierung und dieses Parlaments seit 1991 beträgt 23 Milliarden DM. Wir haben strukturell konsolidiert. Wir werden rein netto bis zum Ende der Legislaturperiode 3 000 Stellen gestrichen haben. Wir haben in Baden-Württemberg die wenigsten Erwerbstätigen in der öffentlichen Verwaltung je 1 000 Einwohner und trotzdem die niedrigste Arbeitslosenquote. Herr Kollege Oettinger, dem, was Sie vorhin zitiert haben, möchte ich aus einer Untersuchung des gleichen Instituts hinzufügen: Verwaltungspersonal, Erwerbstätige in der öffentlichen Verwaltung je 1 000 Einwohner 1998: Schleswig-Holstein 56, Gesamtdeutschland – also alle 16 Länder – 39, 16. Platz Baden-Württemberg: 31. Das ist die Statistik bei den Beschäftigten und damit bei den Verwaltungskosten im öffentlichen Dienst: der Spitzenplatz unter den 16 deutschen Ländern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen sage ich: Dieses Land verbessert strukturell seine Haushaltssituation, entgegen allem, was die Opposition behauptet. Obwohl wir die geringste Zahl von öffentlich Bediensteten haben, ist die Arbeitslosigkeit in unserem Land am günstigsten. Im Dezember 1999 hatten wir die niedrigste Arbeitslosenquote aller Länder: 6,2 %. Wir hatten in den letzten zwei Jahren in Baden-Württemberg den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit und die beste Lehrstellensituation. Dieses Land hat dank der Leistung seiner Bürger enorme Erfolge vorzuweisen. Unser Land kann sich sehen lassen. Meine Damen und Herren, es belegt in allen politischen Bereichen einen Spitzenplatz, meistens den Spitzenplatz unter den deutschen Ländern. „Die Welt“ von gestern ist zitiert worden:

Musterland Baden-Württemberg: Baden-Württemberg macht die beste Finanzpolitik von allen Bundesländern.

(Zurufe von der CDU)

Mir ist klar, dass es unangenehm für die Opposition ist, wenn so etwas ausgerechnet einen Tag vor einer Landtags-

(Ministerpräsident Teufel)

debatte über den Haushalt kommt. Aber es wäre interessant, Sie würden sich damit befassen, bevor Sie sich hier hinstellen und das Gegenteil sagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt zu einigem, was in dieser Debatte gesagt worden ist. Herr Kollege Kuhn, „1999 war für die Grünen ein bescheidenes Jahr.“ Das ist nicht von mir erfunden worden, sondern das ist die Bilanz, die die „Stuttgarter Nachrichten“ vor wenigen Tagen, am 24. Januar dieses Jahres, über die Arbeit der Grünen im Jahr 1999, die von Ihnen verantwortet wird, gezogen haben. Es war ein bescheidenes Jahr. Wenigstens war es kein verlorenes Jahr, wie das Jahr 1999 durch Rot-Grün für Deutschland ein verlorenes Jahr gewesen ist.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen und Brechtken SPD)

Herr Kuhn hat wenigstens – ich finde, das ist sehr viel klüger als das, was der Kollege Maurer macht, bei dem alles in Baden-Württemberg schlecht ist – sehr viele Dinge aufgezählt, die in unserem Land gut sind, und selbst die schönen Landschaften genannt. Dann hat er aber – das ist bemerkenswert – als ersten Punkt, bei dem etwas nicht stimmt, gesagt: „Es gibt viel zu viel Stau in unserem Land.“

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Seimetz und Abg. Wieser CDU: Dem kann man nur zustimmen!)

– In der Tat, dem kann man nur zustimmen. Herr Kollege Kuhn, wer hat in den letzten Jahren, in denen Sie Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg waren, Jahr für Jahr den Verkehrshaushalt abgelehnt? Es waren die Grünen, Jahr für Jahr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Wer reduziert im ersten Jahr der Beteiligung an der neuen Bundesregierung die Mittel für den Straßenbau auf Bundesebene, sodass wir vier Jahre lang kein neues Projekt beginnen können? Die Grünen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Und dann stellen Sie sich hierhin und sagen, das Schlimmste sei der Stau. Ich nehme das auf, aber ich möchte Sie dafür gewinnen, dass im Bundshaushalt endlich mehr Mittel für den Straßenbau zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann sagt Herr Kuhn: keine neuen Aufbrüche für neue Technologien. Ich nenne Ihnen, lieber Herr Kollege Kuhn, auswendig ein paar Punkte: War nicht in der letzten Legislaturperiode des Bundes ein Wettbewerb der Bioregionen in Deutschland, und hat ihn nicht die Bioregion Heidelberg/Mannheim gewonnen? Hatten wir nicht vor fünf Jahren erst ein einziges Unternehmen mit einem gentechnischen Produkt, und haben wir nicht heute in Baden-Württemberg 74,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

eine besonders starke Konzentration in Heidelberg/Mannheim, aber auch in Tübingen, auch in Freiburg, auch in Ulm? Biotechnologie ist eine der Zukunfts- und Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts.

Haben wir nicht in Ludwigsburg eine Medien- und Filmakademie gegründet, die innerhalb von zehn Jahren ganz hervorragend reüssiert hat? Ich habe den Gründerpark in Ludwigsburg besichtigt. Dort gibt es 49 Existenzgründer im Umfeld dieser Medien- und Filmakademie ausschließlich im Bereich von Medien und Multimedia.

(Beifall bei der CDU)

Haben wir nicht auch nach Ihrer Meinung Spitzenforschung in der Solartechnologie in Freiburg, in Stuttgart, in Ulm und anderswo? Ist das keine Zukunftstechnologie? Sind wir in Baden-Württemberg nicht führend in der Umwelttechnik, sind wir nicht führend in der Mikrotechnik, sind wir nicht führend in der Lasertechnik? Sind das nicht neue Technologien für das neue Jahrhundert?

Haben wir nicht eine Nutzung externen Sachverständigen, damit wir auf diesem Gebiet ja nichts versäumen, einen Innovationsbeirat, dann eine Zusammenfassung aller Softwarefirmen in unserem Land, die es erfreulicherweise in großer Zahl gibt? Ist Softwaretechnik nicht auch eine Schlüsseltechnologie für dieses Jahrhundert?

Holen wir nicht, bevor wir eine Liste zur Verwendung für die Zukunftsoffensive III aufstellen, den Unternehmensberater Berger allein zu dem Zweck ins Land, uns zu beraten, damit wir Wettbewerbsfähigkeit dadurch erhalten, dass wir Forschung und Entwicklung in neuen Technologiefeldern ausbauen? Wir nutzen also nicht nur den regierungsinternen Sachverständigen des Wissenschafts- und des Wirtschaftsministeriums, sondern wir bedienen uns externer Beratung, damit wir nur ja nichts versäumen. Denn hier entscheiden sich die Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stichwort Altersteilzeit. Weil Sie wissen, dass das nur Kosten verursacht, müssen Sie das natürlich tarnen und sagen: Es geht da gar nicht um die 55-Jährigen, sondern um die Jungen, die zusätzlich eingestellt werden sollen. Meine Damen und Herren, wir stellen sie in den Schulen zusätzlich ein ohne den Umweg über Altersteilzeit, auf direktem Wege.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, wo Lehrstellen abgebaut werden!)

Wir stellen Ihnen, Herr Kollege Kuhn – das haben wir im Finanzausschuss zugesagt –, die Berechnungen des Finanzministeriums zur Verfügung. Für die Dauer der Laufzeit der Altersteilzeitregelung entstehen 1,7 Milliarden DM Mehrkosten. Das können wir nicht finanzieren. Einen anderen Grund gibt es nicht.

Wir sollten die Wirtschaftspolitik regionalisieren – ausgerechnet im Landtag von Baden-Württemberg macht man eine solche Aussage! Gibt es denn ein Land in Deutsch-

(Ministerpräsident Teufel)

land, das eine ausgewogenere wirtschaftliche Entwicklung hat als Baden-Württemberg,

(Abg. Deuschle REP: Bayern schon!)

das eine dezentralere Politik der Wirtschaftsförderung betreibt als Baden-Württemberg? Haben wir nicht die 70 Hochschuleinrichtungen im ganzen Land Baden-Württemberg disloziert? Haben wir uns vom Wissenschaftsrat nicht jahrelang dafür tadeln lassen müssen, dass wir neue Fachhochschulen, Außenstellen und Berufsakademien im ländlichen Raum gegründet haben?

(Abg. Weiser CDU: So ist es!)

Vom Bund wurden sie über Jahre nicht gefördert. Wir haben sie aus strukturpolitischen Gründen, unter den Aspekten der Wirtschaftsförderung, der Entwicklung aller Regionen unseres Landes gegründet. Meine Damen und Herren, kommen aus den beiden Zukunftsoffensiven I und II nicht wichtige Investitionen in alle Regionen, in ausnahmslos alle Regionen unseres Landes? Haben wir nicht dezentrale Forschungseinrichtungen? Ist es nicht so, dass wir 260 Technologietransferzentren haben, dezentral im ganzen Land Baden-Württemberg? Also das, was Sie als Vorstellung entdeckt haben, ist in diesem Land wirklich seit Jahren und Jahrzehnten gängige Politik.

Herr Kollege Kuhn, was mich besonders beeindruckt hat – ich sage das überhaupt nicht kritisch –, war Ihr Plädoyer für das Recht. Ich teile die Auffassung, die Sie hier geäußert haben, in vollem Umfang. Aber Sie gestatten mir, dass ich sage: Ich freue mich, dass Sie an diesen Punkt und zu dieser Einsicht gekommen sind.

(Beifall der Abg. Dr. Gisela Meister-Scheufelen und Herrmann CDU)

Denn war es nicht Ihre Partei, die viele Jahre auch zwischen Legalität und Legitimität unterschieden hat,

(Zurufe von der CDU – Abg. Christine Rudolf SPD: Was heißt hier „auch“?)

die Gesetzesverstöße als Regelverletzungen bezeichnet hat, die sich an genehmigten oder an nicht genehmigten Demonstrationen, die sich an Blockaden – von Mutlangen bis Neckarwestheim – beteiligt hat? Wenigstens das wird man noch sagen dürfen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Wenn Sie heute sagen: „Es muss das Recht gegenüber jedermann gelten“,

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

sage ich Ja, und ich komme darauf in der gleichen Deutlichkeit zu sprechen, wenn wir betroffen sind. Ich muss sagen: Ich halte das für völlig richtig, und ich stehe dazu.

(Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Halten Sie das für legitim?)

Jeder kann das nur als Maßstab an sich anlegen und muss sich – bei allen Unzulänglichkeiten menschlicher Existenz

– selbst bemühen, dieser unabdingbaren Forderung gerecht zu werden.

Herr Kollege Maurer, die einzige Partei in Baden-Württemberg –

(Abg. Christine Rudolf SPD: War es das jetzt? – Gegenrufe von der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

– Ich komme zu dem Thema. Aber ich möchte gern die Punkte, die zum Haushalt und zur Landespolitik genannt worden sind, abhandeln, weil sich das, glaube ich, organischer einfügt. Ich weiche dem anderen Thema nicht aus.

Herr Maurer, die einzige Partei in Baden-Württemberg – Sie können es überprüfen –, die im Ländervergleich unter ihren Möglichkeiten liegt, ist die SPD Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Und das seit Jahren! – Weitere Zurufe von der CDU, u. a.: Woran liegt das?)

Unter Ihrer Führung, Herr Kollege Maurer, ist die SPD bei der Landtagswahl auf einen Stimmenanteil von 25 % abgesackt. Unter Ihrer Führung ist die SPD Baden-Württemberg bei den Kommunalwahlen – auch bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart – unter einen Stimmenanteil von 20 % abgesackt. Ich denke: Im Ländervergleich ist die SPD Baden-Württemberg wirklich unter den Möglichkeiten der SPD.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Herrmann: Weiter so!)

Übrigens: Auch in den mit Ihrer Zustimmung geschaffenen neuen Gremien wie dem Regionalparlament Stuttgart hat die CDU eine klare Mehrheit durch das Vertrauen der Bürger in der Region Stuttgart.

Dann haben Sie gesagt – diese Behauptung wird nicht dadurch wahrer, dass sie nicht nur der Europaabgeordnete Linkohr in Friedrichshafen, sondern auch der Oppositionsführer hier im Landtag von Baden-Württemberg aufstellt –, die Mittel des Sozialfonds der Europäischen Union seien durch diese Landesregierung nicht ausgeschöpft. Das Gegenteil ist richtig. Die Mittel des Europäischen Sozialfonds betragen für Baden-Württemberg in der letzten Förderperiode 1994 bis 1999 zwischen 26 Millionen und 28 Millionen DM jährlich. Von diesen Mitteln ist keine Mark verfallen. Sie wurden national kofinanziert, überwiegend mit Bundesmitteln, mit kommunalen Mitteln und Landesmitteln. Nun wird sich die Fördermöglichkeit für die neue Förderperiode, die erst am 1. Januar 2000 angelaufen ist, mehr als verdoppeln, nämlich auf ca. 64 Millionen DM. Ich erkläre für die Landesregierung, dass wir – und zwar die gleichen Träger wie bisher zusammen – auch die Kofinanzierung für diese Verdoppelung der Mittel bereitstellen, sodass von Baden-Württemberg jede Mark in Brüssel abgeholt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle fest: Bisher ist nichts verfallen, und künftig wird nichts verfallen.

(Ministerpräsident Teufel)

Dann sagte Kollege Maurer, wir würden unbeirrt an der Kernenergie festhalten. Herr Kollege Maurer, ist Ihnen denn nicht geläufig, dass 60 % des Stroms in Baden-Württemberg aus Kernenergie kommen? Sollten Sie dann nicht hier einmal sagen, wie Sie denn diese 60 % Kernenergie kurzfristig und mittelfristig ersetzen wollen? Sollten Sie das nicht einmal sagen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sollten Sie nicht vielleicht einmal ein Wort zu den Betriebsräten der Unternehmensstandorte sagen, die sich regelmäßig treffen und die Ihnen und mir regelmäßig schreiben und daran interessiert sind, dass die Kernkraftwerksstandorte in Baden-Württemberg erhalten werden? Wo nehmen Sie denn hier die Rechte der Arbeitnehmer in unserem Land wahr? Auch das überlassen Sie uns!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Eines finde ich ganz besonders bemerkenswert: Heute sagte Herr Maurer – und übrigens auch Herr Kuhn –, es sei doch unerhört, dass die Landesregierung noch schnell vor Jahresschluss die Stiftung gegründet und im Januar den Vertrag mit der EdF abgeschlossen habe. Als ich vor drei Monaten eine Regierungserklärung zum Thema Verkauf dieses 25%-Anteils abgegeben habe, war es in der anschließenden Debatte der gleiche Herr Maurer, der an diesem Pult gesagt hat, wir hätten das ganze Jahr hindurch gewartet, bis nur noch ein Bieter übrig geblieben sei; wir hätten sehr viel früher verkaufen müssen. Wie macht man es Ihnen denn eigentlich recht, Herr Maurer? Wie macht man es Ihnen denn eigentlich recht?

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Im Oktober oder November wird gesagt, wir hätten schon im Juli oder März verkaufen müssen, und jetzt ist es im Januar noch zu früh. Sie wissen ganz genau: Was von der Bundesregierung vorgelegt wird, ist noch lange nicht Gesetz, und das, was Sie hier erwähnt haben, ist noch nicht einmal von der Bundesregierung vorgelegt. Es gibt noch nicht einmal einen Referentenentwurf, geschweige denn einen Regierungsentwurf, und es wird noch lange dauern, bis der durch beide Kammern – den Bundestag und den Bundesrat – gegangen ist. Und selbst dann müssten wir noch mindestens 400 Millionen DM Steuern zahlen, nicht eingerechnet die Leistungen im Länderfinanzausgleich. Es bleibt vernünftig, was wir getan haben. Es bleibt vor allem unter energiepolitischen Gründen vernünftig, was wir getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Denn wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit unseres einheimischen Unternehmens jetzt sichern und nicht dann, wenn der Markt verteilt ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Wo ist jetzt der strategische Mehrwert?)

Meine Damen und Herren, jetzt haben Sie breit die Vorgänge des Parteispendenskandals der CDU auf Bundesebe-

ne angesprochen, und ich möchte diesem für uns außerordentlich schwierigen Thema nicht ausweichen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Ich bin von den Vorkommnissen in der CDU auf Bundesebene und in Hessen wie alle Bürger in Deutschland tief betroffen. Ich bedaure sie sehr. Für einzelne Vorgänge schäme ich mich. Von Schwarzgeld- oder Anderkonten – diesen Begriff habe ich nicht einmal dem Namen nach gekannt –, die in den letzten zwei Monaten bekannt wurden, habe ich vorher nie etwas erfahren. Obwohl es Schuld nur als persönliche Schuld gibt, bekenne ich mich zur gemeinsamen Verantwortung, zur wahrheitsgemäßen Aufklärung aller Fakten und zu einem Neuanfang, der notwendig ist. Bei alledem helfe ich mit, und bei alledem hilft die CDU Baden-Württemberg mit.

Die CDU hat nicht nur eine reiche Geschichte im Nachkriegsdeutschland und große Verdienste um den Aufbau und die soziale Marktwirtschaft, um die europäische Einigung und die Einheit Deutschlands; sie besteht aus vielen, vielen Mitgliedern und Mandatsträgern, die auch weiterhin uneingeschränkt das Vertrauen der Bürger verdienen. Sie wird als große Volkspartei der Mitte in der deutschen Politik auch weiter gebraucht. Sie wird in dieser Legislaturperiode als große Oppositionspartei im Bund gebraucht, denn die derzeitige Bundesregierung ist durch die Krise der CDU in ihrer Politik ja um keinen Deut besser geworden.

Wie man als Oppositionspolitiker in Baden-Württemberg, im Unterschied zu Herrn Maurer und Herrn Kuhn, auch verantwortlich mit dem Problem des politischen Gegners umgehen kann, zeigte der Kollege Kretschmann in einem Namensartikel der „Welt“ vor einigen Tagen. Er ist lesenswert und bedenkenswert für jeden in der CDU und für jeden Demokraten in allen Parteien.

Meine Damen und Herren, Spenden für politische Parteien sind notwendig. Legitime Spenden dürfen deshalb auch nicht diskriminiert werden. Die Finanzierung der Parteien allein über Mitgliedsbeiträge ist unrealistisch. Die alleinige Staatsfinanzierung der Parteien halte ich für unerwünscht. Für Spenden, die das Parteiengesetz ermöglicht, ja, die es sogar belohnt, gibt es klare Regelungen im Parteiengesetz. Sie müssen in den Rechenschaftsbericht eingehen. Soweit 20 000 DM überschritten sind, müssen sie offen gelegt und im „Bundesanzeiger“ veröffentlicht werden. Im Umkehrschluss gilt, dass bei Spenden unter 20 000 DM der Spender einen Schutz vor Offenlegung hat.

Ich erkläre hier für den Landesverband der CDU Baden-Württemberg, den ich seit acht Jahren führe, nach bestem Wissen und Gewissen und gestützt auf Aussagen der zuständigen Funktionsträger:

Erstens: Ich habe nie eine Spende angenommen, die nicht unmittelbar danach von mir an den Landesverband weitergegeben und dort ordnungsgemäß verbucht wurde.

Zweitens: Alle beim Landesverband Baden-Württemberg eingegangenen Spenden wurden entsprechend den Vorschriften des Parteiengesetzes behandelt.

Drittens: Die CDU Baden-Württemberg hat vier Bezirksverbände, 41 Kreisverbände und 1 561 Ortsverbände und

(Ministerpräsident Teufel)

also eine entsprechende Zahl von Vorsitzenden und Schatzmeistern. Es ist ausgeschlossen, dass ich in jeden dieser Verbände Einblick habe; aber ich habe Vertrauen zu diesen Vorsitzenden und Schatzmeistern und zu ihrer Rechtstreue.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Zu Herrn Schaufler zum Beispiel!)

– Was Sie zu Herrn Schaufler gesagt haben, finde ich deshalb ungehörig, weil ein Abgeordneter, meine ich, nicht mehr Rechte haben soll als ein anderer Bürger, aber bitte auch nicht weniger Rechte als ein anderer Bürger

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

und deshalb die Unschuldsvermutung für jeden Abgeordneten wie für jeden Bürger bis zum Zeitpunkt einer rechtskräftigen Verurteilung gilt. Darum möchte ich bitten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, entsprechend dieser Aussage bitte ich darum, uns gegebenenfalls mit Fakten zu konfrontieren, wenn Sie meiner Aussage widersprechen sollten. Aber ich bitte genauso darum, den Landesverband der CDU Baden-Württemberg und mich nicht grundlos zu verächtigen und zu verunglimpfen, wie das Tag für Tag geschieht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir haben uns an Recht und Gesetz gehalten und deshalb das Vertrauen der Bürger bisher nicht enttäuscht. Ich habe den Landesverband Baden-Württemberg als Landesvorsitzender nicht durch unzulässige Einnahmen oder durch unzulässige Spenden saniert, sondern durch harte Sparmaßnahmen, durch sparsame Wahlkämpfe,

(Lachen bei der SPD)

durch die Reduzierung der Zahl der Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle während meiner Amtszeit von 22 auf 11 – von der Landesgeschäftsführerin über den Drucker bis zur Buchhalterin 11 Mitarbeiter – und durch den Verkauf des Gebäudes der Landesgeschäftsstelle, das uns gehört hat. Seitdem sind wir in einem anderen Gebäude, das wir angemietet haben. Ich will dafür keine Anerkennung. Aber ich will bei diesem Sachverhalt auch keine unzulässigen Vorwürfe auf der Grundlage von Unterstellungen, von reinen Unterstellungen.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem die SPD und auch die Grünen, meine Damen und Herren, nichts gegen uns in der Hand haben, was auf eine Verletzung des Parteiengesetzes hindeutet,

(Zuruf von den Republikanern: Seien Sie da nicht so sicher!)

verlegen sich Teile der SPD – teilweise auch die Grünen – jetzt auf eine besonders perfide Art der Verleumdung. Sie unterstellen, dass Spenden an die CDU im Zusammenhang mit willfährigem Verwaltungshandeln oder Regierungshandeln gegenüber Spendern stehen könnten.

Vor zwei Jahren betrieben Sie das gleiche Spiel und unterstellten vermutete Vortragshonorare als getarnte Spenden für die CDU. Keinen einzigen Fall konnten Sie mir damals nachweisen, weil ich überhaupt noch nie Honorare für die CDU angenommen habe.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

Ich sage Ihnen heute, dass ich noch nie in meinem Berufsleben oder in meiner politischen Arbeit einen Einsatz, einen Rat, eine Hilfe oder ein Handeln von der Gewährung einer Spende oder einer anderen Leistung abhängig gemacht habe. Nie habe ich einen Bürger nach seiner politischen Überzeugung gefragt, bevor ich ihm geholfen habe.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Noch nie habe ich nachträglich Spenden oder Belohnungen entgegengenommen. Anerkennungen oder Gesten der Dankbarkeit habe ich vielfältig gefunden, aber keine Gegenleistungen für Leistungen.

Ich bin ein Mensch, der sich um Recht und Gerechtigkeit gegenüber jedermann bemüht – bei allen menschlichen Unzulänglichkeiten. Ich bin ein Mensch, der weiß, dass politische Macht und Entscheidungsbefugnis nur auf Zeit gegeben sind, dass sie an das Recht gebunden sind, dass sie geliehen sind, dass sie Verantwortung bedeuten und dass sie Rechenschaft vor dem eigenen Gewissen, vor dem Parlament und vor den Bürgern erfordern.

Mit 16 Jahren habe ich als Beamtenanwärter den ersten Amtseid geleistet und ihn später mehrfach wiederholt. Ihn einzuhalten fiel mir deshalb nicht schwer, weil in 16 Jahren meiner Arbeit in Rathäusern und Landratsämtern, weil in 28 Jahren als Abgeordneter und in 9 Jahren als Ministerpräsident noch nie ein Bürger auf mich zukam, der mir irgendetwas geboten hätte, damit ich ihm willfährig sei. Er wäre übrigens schneller wieder aus dem Zimmer draußen gewesen, als er hereingekommen ist.

Aber Sie, Herr Maurer, dürfen mir dies ungestraft unterstellen, indem Sie Verwaltungshandeln von mir in den Zusammenhang mit Spenden von Betroffenen bringen.

(Abg. Haas CDU: Ungestraft!)

Zwei Beispiele haben Sie auch vorhin mit Namen genannt, ohne dass Sie irgendeinen Beleg gebracht hätten. Da wird einfach ein Name angeführt,

(Zurufe von der CDU: So ist es! Unverschämtheit!)

der der Firma Schwenk-Zement. Dazu will ich Ihnen sagen: Als ich hier im Plenarsaal bei einer Finanzausschusssitzung Rede und Antwort gestanden habe, als es vor zwei Jahren um die Unterstellungen zu Honoraren ging, war noch nie eine einzige Mark an Honorar auf meinem Konto oder auf dem Konto der CDU gelandet. Sie haben nichts Gegenteiliges beweisen können. Da ist dann am Rande dieses Beispiel Schwenk-Zement gekommen. Ich habe spontan dazu Stellung nehmen können. Ich habe jedem Akten-einsicht angeboten.

(Ministerpräsident Teufel)

Ich gewähre jedem, jedem Oppositionsabgeordneten, jedem Journalisten und jedem, der es will, im Staatsministerium volle Akteneinsicht in den Gesamtvorgang. Dann werden Sie erstens sehen, dass der Unternehmer Dr. Schleicher ein Ehrenmann ist, und zweitens, dass ich in gar keiner Weise unzulässig in dieses Verfahren eingegriffen habe, sondern lediglich darum gebeten habe, das Vorgehen des Unternehmers zu prüfen.

Gestern ist das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen den Regierungspräsidenten von Tübingen in dieser Sache eingestellt worden. Aber heute nennen Sie im Landtag von Baden-Württemberg erneut diesen Fall und diesen Namen.

(Pfui-Rufe von der CDU – Kopfschütteln und Lachen bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich möchte Ihnen nur sagen: Herr Maurer, bitte, machen Sie doch Gebrauch – ich habe es dem Finanzausschuss vor zwei Jahren angeboten; ich biete es Ihnen heute wieder an – von der Möglichkeit zur Akteneinsicht.

(Abg. Herrmann CDU: Das interessiert die doch gar nicht!)

Das zweite Beispiel ist Herr Aurenz. Meine Damen und Herren, da will dieser Mann ein Gespräch mit mir. Das Gespräch im Staatsministerium ist so konspirativ angelegt gewesen, dass ich zwei Mitarbeiter gebeten habe, an dem Gespräch teilzunehmen. Die können Sie also gegebenenfalls auch fragen, wie das Gespräch abgelaufen ist. Auch zu diesem Punkt habe ich sofort, als die erste Frage kam, den anfragenden Journalisten den Originalbrief zur Verfügung gestellt. Auch zu diesem Punkt biete ich volle Akteneinsicht an. Sie können, solange Sie wollen, die Akten im Staatsministerium einsehen.

Meine Damen und Herren, was habe ich als Ergebnis dieses Gesprächs geschrieben? Ich habe dem Regierungspräsidenten von Tübingen geschrieben, dass Herr Aurenz wegen einer Betriebserweiterung des Erdenwerks in Argenthal-Eisenharz zu mir kam. Ich schrieb weiter:

Ich halte es aber für wichtig, dass baden-württembergische Firmen in unserem Land eine Perspektive finden. Mir ist an einer Lösung in Eisenharz gelegen, die sowohl den Interessen des Naturschutzes als auch den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Firma Aurenz gerecht wird. Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie sich um den Fortgang der Angelegenheit kümmern. So, denke ich, könnten sich Vertreter des Regierungspräsidiums Tübingen, des Landratsamts Ravensburg und der Firma Aurenz bei einer Besprechung im Regierungspräsidium oder im Landratsamt über das weitere Vorgehen verständigen.

Herr Landrat Blaser erhält eine Kopie dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

Das ist meine Intervention. Nichts ist dem gefolgt. Nichts! Meine Damen und Herren, ich komme gleich noch darauf zurück, dass das im Rahmen des normalen Verwaltungshandelns liegt.

Damit Sie nicht einen neuen Fall ausgraben, der auch schon in einer Zeitung stand: Im gleichen Gespräch hat mir Herr Aurenz gesagt, er habe ein Wildgehege bei seinem Anwesen dort. In diesem Wildgehege habe er zusammen Rotwild und Damwild. Man untersage ihm das gemeinsame Halten von Rotwild und von Damwild.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Da ich mich auf diesem Gebiet – vielleicht im Unterschied zu Herrn Maurer, der sich im Bereich Rotwild etwas besser auskennt als ich –

(Abg. Wieser CDU: Vielleicht! Vielleicht!)

überhaupt nicht auskenne, habe ich Herrn Aurenz vorgeschlagen, ob man nicht dadurch zu einer Befriedung kommen könne, dass man die renommierte Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg in Freiburg um ein Gutachten bittet, an das sich dann vielleicht beide halten können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wie war dieses Gutachten?)

Unser Haus – nicht ich selber – hat dann diese forstwissenschaftliche Versuchsanstalt gebeten, sich dazu gutachtlich zu äußern. Das ist geschehen, und diese Äußerung hat dann unser Haus ohne mein Zutun den Beteiligten zugestellt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

So sehr habe ich mich in diese Sache eingemischt.

Jetzt will ich dazu ein paar Bemerkungen machen, meine Damen und Herren.

Wöchentlich bekomme ich – ohne Übertreibung – 50 Briefe, in denen Bürger aus dem ganzen Land, auch Unternehmer, sich über irgendein Verwaltungshandeln beklagen und um meine Hilfe bitten. Übrigens: Jede Woche – und das halte ich für völlig in Ordnung – sind zwei Briefe von SPD-Abgeordneten dabei – jede Woche –, die mich auch um Hilfe bitten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Mit Bitte um Gutachten? – Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Bei jedem Brief mache ich mir nicht das Anliegen zu Eigen, denn ich habe ja noch nicht die zweite Seite gehört – *audiatur et altera pars* –, sondern ich referiere das Anliegen.

(Oh-Rufe von der SPD – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Da kann man noch etwas dazulernen. Das ist vielleicht denkbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich referiere das Anliegen, indem ich entweder den Brief direkt zuschicke – in aller Regel –, oder ich referiere es und schließe den Brief jeweils – wirklich seit 28 Abgeordnetenjahren, darunter auch Jahre als Fraktionsvorsitzender und als Ministerpräsident – mit der Bitte um wohlwollende Prüfung des Anliegens des Bürgers. Wäre es denn in Ihrem

(Ministerpräsident Teufel)

Sinne, dass ich die Behörden bitte, auf Ablehnung hin zu prüfen, oder ist es etwa nicht sinnvoll, wenigstens um eine wohlwollende Prüfung des Anliegens des Bürgers zu bitten?

Meine Damen und Herren, ich habe vor zwei Jahren auf dem Killesberg eine Dienstbesprechung aller Amtsleiter gemacht und habe allen Amtsleitern in Baden-Württemberg gesagt: Wenn Arbeitsplatzsicherung das wichtigste Anliegen der Politik in Baden-Württemberg ist, dann darf man dies nicht nur dem Wirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten überlassen, sondern dann muss das ein Anliegen jeder Behörde und Dienststelle im Land Baden-Württemberg sein.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen bin ich ausgesprochen daran interessiert, wenn es irgendwo Probleme gibt, davon zu erfahren. Ich meine damit nicht, dass man sofort dem Petenten Recht geben sollte, im Gegenteil; aber ich muss dem Anliegen doch nachgehen. Dies tue ich jedoch nicht einseitig, ohne dass die zuständige Behörde ihre Auffassung über den Sachverhalt, über die rechtliche Situation, über ihre Lösungsansätze sagen kann.

Nicht immer kann man helfen, weil das Gesetz oder klare Rechte Dritter dagegen stehen. Auch dann ist in der Regel das Vorgehen nicht nutzlos, weil man vielleicht in einem Brief an den betroffenen Bürger ein bisschen mehr Verständnis für die rechtliche Situation und das Handeln der Verwaltungsbehörde wecken kann. Damit bleiben auch Rechtstreue und Treue zu diesem Staat erhalten.

Meine Damen und Herren, so weit zu diesen Vorgängen mit dem Hinweis darauf, dass es vergleichbare Vorgänge nicht dutzendweise, sondern hundertfältig gibt, dass ich aber bereit bin, in jedem Einzelfall, den Sie an mich herantragen, die Originalakten des Staatsministeriums zur Verfügung zu stellen. Dann bitte ich aber darum, mir künftig nichts zu unterstellen, bevor irgendetwas nachgewiesen ist. Ich glaube, darauf habe ich einen Anspruch.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Nun noch eine Bemerkung zu Spenden landesbeteiligter Unternehmen. Meine Damen und Herren, wir sprechen bei landesbeteiligten Unternehmen nicht über Nordrhein-Westfalen, sondern über Baden-Württemberg. Da stellt sich in diesen Tagen heraus, dass die WestLB eine Filiale der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist

(Abg. Hauk CDU: Oder umgekehrt! – Abg. Oettinger CDU: Umgekehrt!)

und in manchen Fällen es vielleicht sogar umgekehrt ist, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Filiale der WestLB ist. Aber es geht nicht um das Thema Nordrhein-Westfalen, sondern in Baden-Württemberg

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es! Genau!)

greift die gleiche Partei dieses Thema auf.

Ich möchte zunächst einmal sagen: Parteispenden landesbeteiligter Unternehmen sind kein Problem Baden-Württembergs. Im Gegenteil: Baden-Württemberg ist das erste und bislang das einzige Land, das seitens der Landesregierung klare Regelungen getroffen hat, und dies vor zwei Jahren. Im Augenblick gibt es Überlegungen in Nordrhein-Westfalen, in Bayern, in anderen Ländern, einen ähnlichen Beschluss zu fassen, wie ihn die Landesregierung von Baden-Württemberg vor zwei Jahren gefasst hat.

(Zuruf des Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen)

Am 21. Januar meldete die dpa – ich zitiere wörtlich –:

Erstes Bundesland, das das Problem anpackte, war 1998 Baden-Württemberg. Auf Bundesebene gibt es bislang keine derartige Initiative.

(Beifall bei der CDU)

Zweite Bemerkung: Spenden landesbeteiligter Unternehmen sind zulässig und, wie sich gerade in den letzten Tagen gezeigt hat, auch in anderen Ländern üblich. Der beste Gewährsmann ist wohl der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Wolfgang Clement. Er hat am 21. Januar ausdrücklich festgestellt, dass Spenden landesbeteiligter Unternehmen nicht gegen Rechtsvorschriften verstoßen.

Meine Damen und Herren, dritte Bemerkung: Der Finanzminister unseres Landes hat ausweislich der Landtagsdrucksache 12/3594 vom 16. Dezember 1998, also bereits vor über einem Jahr, auf einen Antrag der Grünen geantwortet:

Das Finanzministerium hat die Prüfungsberichte der Unternehmen, an denen das Land mit mindestens 50 % beteiligt ist oder war, für die 10., 11. und 12. Legislaturperiode ausgewertet. Anhaltspunkte für Parteispenden ergeben sich daraus nicht. Weiter gehende Informationen über etwaige Parteispenden von Unternehmen mit einer Landesbeteiligung von mindestens 50 % liegen der Landesregierung nicht vor.

Ich halte hier zu den landesbeteiligten Banken fest: Im Unterschied zur Praxis in anderen Ländern hat die CDU Baden-Württembergs keine Mark von der alten Landeskreditbank bekommen. Wir haben keine Mark von der neuen Landeskreditbank bekommen. Die CDU Baden-Württembergs hat keine Mark von der neuen Landesbank Baden-Württemberg bekommen. Die CDU Baden-Württembergs hat keine Mark von der früheren SüdwestLB bekommen. Die CDU Baden-Württembergs hat keine Mark von der früheren LG bekommen – obwohl dies alles rechtlich zulässig wäre. Sie aber haben Spenden von landesbeteiligten Banken in Nordrhein-Westfalen noch im Dezember des letzten Jahres angenommen, in Bayern und auch in anderen Bundesländern und halten dies selbstverständlich für rechtens und denken nicht an eine Rückzahlung.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hoppla!)

Fordern Sie doch hier im Landtag, Herr Maurer,

(Abg. Haas CDU: Wer ist das? Ist er noch Mitglied?)

(Ministerpräsident Teufel)

und im Bundesvorstand der SPD, dessen Mitglied Sie sind, Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen auf, Spenden der WestLB und aller anderen landesbeteiligten Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zurückzuzahlen. Fordern Sie doch hier im Landtag und im Bundesvorstand der SPD Ihre Parteifreunde in Bayern auf, die Spenden der Bayerischen Landesbank und aller anderen landesbeteiligten Unternehmen in Bayern zurückzuzahlen. Fordern Sie doch Ihre Parteifreunde in Niedersachsen auf, die Spenden von den landesbeteiligten Unternehmen Niedersachsens – es gibt dort ein besonders großes – zurückzuzahlen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Schröder! – Abg. Pfister FDP/DVP zur SPD: Da habt ihr was zu tun!)

Fordern Sie doch Ihre Bundesregierung und die in der Bundesregierung vertretenen Parteien auf, Spenden von bundesbeteiligten Unternehmen zurückzuzahlen. Kommen Sie dann, so schlage ich vor, wieder hierher nach Baden-Württemberg und fordern uns anschließend auf, die viel niedrigeren Spenden an die CDU Baden-Württembergs wieder zurückzuzahlen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Christine Rudolf SPD: Welche denn? Also entscheiden müssen Sie sich eigentlich schon!)

Meine Damen und Herren, im Übrigen verweise ich auf eine Stellungnahme – ich habe mich darüber gefreut, als ich zurückgekommen bin – des Sprechers des Rechnungshofs, die ich in der „Stuttgarter Zeitung“ und anderen Blättern am 28. Januar gelesen habe – Zitat –:

Wir haben in nur einem einzigen Fall bei unseren Prüfungen Spenden an Institutionen oder Parteien feststellen können . . . Bekannt sind die Spenden der landeseigenen Südwestdeutschen Verkehrs-AG (SWEG/Lahr) . . . Der Landesrechnungshof prüft . . . kontinuierlich die Geschäftsberichte aller landesbeteiligten Unternehmen.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend: Die CDU hat in Deutschland viel gutzumachen. Die Bürger ärgern sich zu Recht. Die Presse greift zu Recht Missstände auf.

(Abg. Capezzuto SPD: Zahlen Sie doch zurück!)

Aber wir werden die ganzen Vorgänge aufklären, so schlimm sie sind. Dann werden wir einen Neuanfang machen, uns erneuern und versuchen, neues Vertrauen zu gewinnen. Allen Oppositionsparteien und uns sage ich: Schlag nach bei Goethe:

Ein jeder kehrt vor seiner Tür,  
und sauber ist das Stadtquartier.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Maurer das Wort.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war sehr bemerkenswert, Herr Ministerpräsident, wie Sie sich mit dem auseinander gesetzt haben.

(Zuruf von der CDU: Im Gegensatz zu Ihnen! – Abg. Haas CDU: Sie haben noch nichts Bemerkenswertes gesagt heute! Machen Sie ruhig weiter! – Unruhe)

– Sie sind wirklich nicht satisfaktionsfähig.

(Abg. Haas CDU: Außer den Beleidigungen, die Sie von sich gegeben haben!)

Wir haben jetzt erlebt, Herr Ministerpräsident,

(Abg. Dr. Birk CDU: Der hat kein Konzept!)

dass Sie inmitten einer beispiellosen Häufung von Rechtsbrüchen und Verfassungsverstößen und immer neuen Enthüllungen und immer neuen Lügen als herausragender Repräsentant Ihrer Partei auf Bundesebene gesagt haben: „Ich bin tief betroffen, bedaure das, für Einzelnes schäme ich mich.“ Und im Übrigen haben Sie Attacken gegen Ihren politischen Gegner geritten.

(Abg. Haas CDU: Ist doch nicht wahr!)

Lesen Sie einmal Ihre eigene Rede nach.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ohren verstopft!)

Ich sage Ihnen eines – und das ist ein sehr vorläufiges Resümee –: Ich habe das, wie Sie sich hier präsentiert haben, als das Bekenntnis eines Menschen empfunden, der über ein unglaubliches Maß an Selbstgerechtigkeit verfügt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Moralapostelei hier!)

– Hören Sie gut zu!

Ich sage Ihnen eines: Herr Ministerpräsident, nach diesem Auftritt darf wirklich nichts, aber auch wirklich gar nichts, was Sie betrifft, nachkommen.

(Abg. Fleischer CDU: Jetzt überlegt er schon wieder! – Unruhe)

Das ist Ihnen wohl klar.

Und jetzt hören Sie gut zu! Sie haben ja selbst, glaube ich, auch eine Vorstellung – jedenfalls habe ich eine –, wie das in den politischen Führungsgremien von Parteien ist, auch in den engsten Führungsgremien.

Bei Herrn Teufel haben wir gerade erlebt und gehört, dass er gesagt hat: „Ich war zwar in diesen allerhöchsten Führungsgremien.“ Er war sehr eng sowohl mit Herrn Kohl als auch mit Herrn Schäuble. Er hat das ja oft genug erlebt.

(Abg. Zeiher CDU: So wie Sie mit dem Lafontaine!)

– In der Tat, Herr Kollege. Deswegen verstehe ich ja von diesem ganzen Zeug eine ganze Menge.

(Abg. Pfisterer CDU: Jetzt kommt die Erfahrung! – Unruhe)

(Maurer)

Der Herr Ministerpräsident hat sich hier hingestellt und gesagt: „Ich habe von alledem nie etwas gehört, nie etwas gewusst, nie etwas erfahren.“ Wissen Sie, es gehört zu den ganz großen Geheimnissen Ihrer Partei,

(Abg. Fleischer CDU: Die für Sie sehr ärgerlich sind! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Peinlich!)

dass es alle möglichen Leute gibt, die von Helmut Kohl und anderen Geld bekommen haben, aber interessanterweise nie danach gefragt, sich nie dafür interessiert haben, woher das kommt, nie darüber gesprochen haben. Ich glaube Ihnen das nicht.

Ich lese von Weihnachtsfeiern, bei denen Herr Kohl Herrn Schäuble und auch andere anschreit mit der Fragestellung: „Du hast doch auch etwas bekommen.“ Vielleicht war es nicht Herr Schäuble, vielleicht war es ein anderer. Aber diese Weihnachtsfeiern geistern schon durch die „Spiegel“-Interviews.

Sie wissen doch, wie es in Parteien zugeht. Sie wollen allen Ernstes sagen?: Zustand der totalen Unschuld, nie gehört! Die ganze CDU Deutschlands hat nur bestanden aus Dr. Helmut Kohl, Weyrauch und Leisler Kiep. Der Rest befindet sich ausnahmslos im Zustand der Unwissenheit und Unschuld.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Peinlich!)

Das ist das, was hier seit Tagen und Wochen dargeboten wird.

Ich wünsche Ihnen gute Reise mit dieser Legende. Sie stellen den Bundesschatzmeister in Person der Frau Baumeister aus Ihrem Landesverband, jetzt in Person des Herrn Wissmann, und Sie haben nie etwas gewusst und nie etwas gehört, Zustand der totalen Unschuld. So kenne ich Parteien, und so kenne ich Spitzengremien von Parteien, in der Tat.

Lassen wir das jetzt einmal. Es ist eine Sache der Öffentlichkeit, ob sie Ihnen diese Geschichte abnimmt und Ihnen das glaubt oder nicht, Herr Fleischer. Das, was wir da hören, widerspricht jedenfalls aller Lebenserfahrung. Im Übrigen – da bin ich ganz sicher – wird letztlich alles herauskommen, und zwar nicht deswegen, weil ich so einen überragenden Glauben an die ungeheure investigative Kraft hätte – nein, nein –, sondern es wird deswegen herauskommen und kommt ja auch nur deswegen heraus, weil sich Leute in Ihrer Partei gegenseitig bekämpfen.

(Abg. Haasis CDU: Da wird auch herauskommen, dass wir nichts haben, trotz Ihrer Verdächtigungen!)

– Herr Kollege Haasis, zum Thema WestLB sage ich Ihnen auch noch etwas.

(Abg. Fleischer CDU: Wie war denn Ihr Verhältnis zum Herrn Nau?)

Was ich im Moment erlebe und was wir alle erleben, ist: Heraus kommt bisher nur etwas aufgrund der internen Machtkämpfe innerhalb der CDU. Das ist die Realität. He-

raus kommt etwas, weil es einen Machtkampf zwischen Kohl und Schäuble gibt, und heraus kommt etwas, weil jetzt Frau Baumeister in diesen Machtkampf einbezogen ist. Deswegen kommt etwas heraus. Herausgekommen ist etwas, weil sich ein ehemaliger Mitarbeiter der CDU Hessen, der eine Schweigepremie erhalten hatte und herausgeworfen worden ist, gegenüber dem „Spiegel“ offenbart hat und dann Ihr Generalsekretär dort mit der Wahrheit konfrontiert wurde. Dann gab es eine Pressekonferenz des Ministerpräsidenten. So kommt es heraus.

Herausgekommen ist etwas, weil aus Ihrem Machtkampf heraus andere Abläufe über die Spendenübergabe an Schäuble in die Presse denunziert worden sind. Deswegen ist etwas herausgekommen. So sind die Abläufe. Und dann gibt es jeweils unter dem Druck dieses Ereignisses ein kleines Teilgeständnis. Das ist diese brutalstmögliche aller Aufklärungen, die da stattfindet.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie wirklich die brutalstmögliche Aufklärung wollten, dann würden Sie überall einen unabhängigen Ermittler einsetzen, und zwar einen wirklich unabhängigen Ermittler und nicht einen Beauftragten mit Rechenschaftspflichten. Dann würden Sie das untersuchen lassen und anschließend wirklich aufklären.

Ich sage Ihnen: Unser Misstrauen ist durch diese Art von Einlassung, durch diese Art von Selbstgerechtigkeit, die wir hier erlebt haben, nicht im Geringsten erschüttert, ganz im Gegenteil.

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

– Wissen Sie, Herr Kollege: Ihr Erinnerungsvermögen. Ich habe Herrn Teufel bei jeder auch nur vermeintlichen oder tatsächlichen Schwäche seiner politischen Konkurrenz in diesem Parlament geradezu als Ausbund von Häme erlebt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Zeller SPD: So ist es! Das ist die christliche Häme! – Gegenruf des Abg. Göbel CDU: Ihr Armen! Ihr tut mir Leid!)

Jemand – das sage ich Ihnen –, der es nötig hat, dann, wenn man seine Regierungspolitik kritisiert und den Begriff der Möglichkeiten verwendet, auf Regionalwahlergebnisse in Stuttgart zurückzugreifen, der ist so kleinkariert, dass man das Karo schon gar nicht mehr sieht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Fleischer CDU: Laden Sie doch nicht Ihren Unrat bei uns ab, sondern bei Ihrer eigenen Partei! – Abg. Capezzuto SPD: Das tut weh!)

Jemand, der, wenn sein Kanzler Kohl Verfassungsbruch begeht und auch noch stolz darauf ist, dies mit einem Gegenangriff auf die Protestaktionen von Grünen in Mutlangen beantwortet, wie das der Herr Ministerpräsident hier gemacht hat, der zeigt, dass er von der Situation, in der sich seine Partei befindet, überhaupt nichts begriffen hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

(Maurer)

Dann unterschätzen Sie natürlich unser aller Lebenserfahrung, Herr Teufel. Das hat schon etwas rührend Märchenhaftes. Wenn man Herrn Teufel glaubt, dann kommt Herr Aurenz so zu ihm wie Hunderte, Tausende von Unternehmern, von Handwerksmeistern.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wollen Sie jetzt noch seinen Terminkalender sehen?)

Die staunende Öffentlichkeit erfährt bei dieser Erzählung natürlich nicht,

(Abg. Dr. Birk CDU: Zu Ihnen kommt halt niemand, das wird es sein!)

dass es sich immerhin um den Schatzmeister a. D. der CDU Nordwürttemberg und um den Besitzer eines Hotels, in dem viele von Ihnen sich in erlauchtem Kreis immer wieder getroffen haben und treffen, handelt.

(Abg. Haasis CDU: Das ist ein Unternehmer, der Arbeitsplätze hat und Steuern bezahlt!)

Der kommt zu ihm. Das ist aber nur ein ganz gewöhnlicher, x-beliebiger Handwerksmeister.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Was soll denn das jetzt?)

– Hören Sie doch zu. Ich rede über das, wie Sie Ihre Geschichten darbieten.

(Abg. Haasis CDU: Unglaublich ist das!)

Es gibt einen Verwaltungsbeamten vor Ort – jetzt reden wir wirklich einmal Klartext –, der eine Verwaltungsentscheidung treffen soll. Der kriegt zum ersten Mal in seinem Leben plötzlich einen Brief des Ministerpräsidenten, einen richtigen Brief des Ministerpräsidenten.

(Unruhe bei der CDU – Abg. Haasis CDU: Wer hat denn den Brief gekriegt?)

So machen Sie es dauernd.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das war der Regierungspräsident! – Abg. Haasis CDU: Das ist doch wohl ein politischer Beamter!)

– Nein, nein, so einfach geht das nicht. Sie wissen ganz genau, was im Kopf dieses Verwaltungsbeamten, der den Brief des Ministerpräsidenten bekommt,

(Anhaltende Zurufe)

vor sich geht, wie das bei dem ankommt, welche Erwartungen er aus dieser Einschaltung von Ihnen herausliest.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Gerd Scheffold: Sie machen sich doch lächerlich!)

– Ja, ja. Erzählen Sie mir – –

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU – Gegenruf des Abg. Heiler SPD: Ganz ruhig! Immer ans Herz denken!)

– Ja, ja. Ist schon okay.

(Anhaltende Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Kiefl: Nur weiter so!)

Es wird Ihnen in der ganzen Geschichte nicht helfen.

(Abg. Rech CDU: Sie sind ein Tatbestandsverfälscher!)

In Ihrem politischen System weiß jeder, wie es funktioniert, wenn die oberste Heeresleitung

(Abg. Dr. Birk CDU: Also, Entschuldigung!)

einen Wunsch oder eine Erwartung oder eine Bitte äußert,

(Abg. Weiser CDU: Das ist bei Ihnen so!)

dass man diesen Brief nicht weglegt. Wissen Sie, das setzt sich nach unten fort.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was meinen Sie denn mit „oberster Heeresleitung“? Wollen Sie damit das Staatsministerium bezeichnen?)

Wenn ich in der Zeitung lese, dass ein Förster vom Ersten Landesbeamten die Ankündigung eines Disziplinarverfahrens wegen einer Äußerung zu diesem Wildgehege bekommt, stelle ich fest: Das setzt sich alles schön nach unten fort.

Ich sage Ihnen: So einfach, wie Sie es hier erklären wollen, so märchenhaft und selbstverständlich sind die Dinge nicht. Ich glaube, das wissen auch alle Beteiligten. Laufen Sie also mit dieser Mär ruhig herum, vor allem in Oberschwaben. Die Bevölkerung weiß ganz genau, wie „überparteilich“, wie „neutral“ und wie sonst das alles verläuft.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Deshalb sind Ihre Wahlergebnisse so gut! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weimer?

**Abg. Weimer SPD:** Herr Kollege Maurer, kann es sein, dass der Beamte, den Sie gerade angesprochen haben, früher parlamentarischer Berater der CDU-Fraktion war in der Zeit, als Ministerpräsident Teufel Fraktionschef war?

(Unruhe bei der CDU und Zurufe – Abg. Dr. Birk CDU: Was wollen Sie damit sagen? – Abg. Göbel CDU: Jetzt saht der auch noch ab! – Abg. Fleischer CDU: Was machen wir jetzt?)

**Abg. Maurer SPD:** Es ist so.

(Abg. Weiser CDU: Und er war parlamentarischer Geschäftsführer und ist jetzt Bürgermeister! – Weitere Zurufe von der CDU)

Es trifft also zu und ist bekannt, was der Kollege Weimer gesagt hat.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Das ist so erbärmlich, dass Sie dafür schon Entwicklungshilfe bräuchten!)

(Maurer)

– Ach Gott, ach Gott. Was ist das für eine ungeheure Aufregung bei Ihnen.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Wir machen uns Sorgen um die Opposition!)

– Nein, nein. Was ist das für eine ungeheure Aufregung bei Ihnen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie haben sich verrannt!)

Ich sage Ihnen, ich kenne Ihre Partei so gut, dass ich weiß, dass sich ein alter Vertrauter des Ministerpräsidenten, der jetzt Regierungspräsident ist und von diesem einen Brief mit Anregungen bekommt, verpflichtet sieht, etwas zu unternehmen. Und er hat danach etwas unternommen, nicht wahr?

(Abg. Rau CDU: So funktioniert es bei Ihnen! – Abg. Dr. Birk CDU: Bei Ihnen ist es so und in Nordrhein-Westfalen vielleicht, aber nicht bei uns!)

So schlicht ist das. So ist es bei Ihnen.

(Zurufe von der CDU)

– Aber natürlich.

(Anhaltende Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Birk: Sie unterstellen hier etwas, was so einfach nicht zutrifft! – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, unternehmen Sie einmal etwas!)

Jetzt passen Sie einmal gut auf: Wie viele Handwerksmeister in Baden-Württemberg, bei denen auf Veranlassung des Herrn Ministerpräsidenten kostenlose Gutachten von Landesanstalten erstellt werden, können Sie denn anbieten? Wie viele können Sie denn anbieten?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für wen machen Sie denn sonst noch solche Verrenkungen?

(Zuruf von der CDU)

– Ja, mein Gott! Sie tun hier so, als sei das das Normalste von der Welt. Er erzählt uns, wie er sich um jeden einzelnen Handwerksmeister kümmere, und vergleicht das mit diesem Vorgang.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Zeller SPD: Seid doch einmal ruhig da drüben! – Glocke des Präsidenten)

Jetzt weiter, Herr Kollege. Sie helfen mir da wirklich.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Maurer, einen Moment, bitte.

Meine Damen und Herren, seien Sie doch bitte etwas ruhiger, damit der Redner verstanden werden kann.

(Zurufe von der CDU)

Bitte, Herr Abgeordneter, fahren Sie fort.

**Abg. Maurer** SPD: Dann haben wir jetzt noch einen Schlussakkord des Herrn Teufel gehört. Da muss man sich unter der Fragestellung – –

(Zurufe von der CDU – Gegenrufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bewahren Sie doch etwas mehr Ruhe; sonst ist ein geordneter Ablauf der Debatte nicht möglich.

(Abg. Bebbler SPD: Etwas mehr Haltung!)

Herr Abg. Maurer, bitte.

**Abg. Maurer** SPD: Der Kollege Teufel hat zum Schluss das Thema „Spenden von landesbeteiligten Unternehmen“ abgehandelt. Ich will das nur festhalten, weil das für mich eine einzige Offenbarung einer bestimmten Moralvorstellung war, die er offen legt – eine einzige Offenbarung! Der Kollege Teufel hat schon früher gesagt:

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

„Dass mein Koalitionspartner da zurückgezahlt hat, interessiert mich nicht.“ Dass ein SPD-Abgeordneter zurückgezahlt habe, hat er gesagt, sei geradezu dumm und unanständig von diesem. Er hat ihn als ertappten Dieb bezeichnet, weil der Abgeordnete zurückgezahlt hat. Das war die erste Lektion über die spezifischen Moralvorstellungen.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

– Hören Sie gut zu! Ich lerne aus solchen Äußerungen ja immer Ungeheures.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU – Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Herr Weiser, seien Sie besser ruhig! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

– Herr Weiser!

Dann fasst man damals in Baden-Württemberg unter öffentlichem Druck – so wie jetzt übrigens auch in Nordrhein-Westfalen; das räume ich ganz locker ein – den Beschluss, dass es so etwas nicht mehr geben soll.

(Zuruf des Abg. Hehn CDU)

Warum fasst man denn einen solchen Beschluss? Fasst man ihn etwa, weil man der Auffassung ist, dass vorher alles in Ordnung war? Nein, man fasst einen solchen Beschluss, weil es offensichtlich nicht in Ordnung ist.

Ich sage Ihnen – das ist jedenfalls unser Verständnis von politischer Moral –: Wenn man beschließt, dass etwas nicht in Ordnung ist, ist klar, dass es auch in der Vergangenheit nicht in Ordnung war und man es deswegen dann zurückgibt. Das ist unser Verständnis. Das mag nicht in Nordrhein-Westfalen, in Bayern und bei Herrn Teufel so sein, aber bei uns jedenfalls ist es das Verständnis, und das teilen wir mit vielen Bürgerinnen und Bürgern.

(Maurer)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Wie gesagt: Ich lerne. Deswegen bin ich dann auch so misstrauisch.

Der Herr Ministerpräsident sagt – das ist seine Vorstellung von Moral –: „Wenn ihr alle in Nordrhein-Westfalen und in Bayern“ – da sind ja Ihre auch dabei; das wissen Sie – „dazu bringt, ihre Spenden zurückzuzahlen, dann zahle ich meine auch zurück.“

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Das muss man sich einmal überlegen. Das ist bauerntheaterhaft, was da abläuft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Dieser Ausbund von Moral sagt: „Jetzt bring du einmal andere dazu, dass sie zurückzahlen. Dann zahle ich auch zurück.“ Mit Moral hat das gar nichts zu tun. Das ist eine Mentalität, die heißt: Was wir mal gekriegt haben, das behalten wir, Moral hin oder her. Was wir rechtmäßig gekriegt haben, das behalten wir. Moral interessiert nicht. Das ist die Moral, die uns hier entgegnet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Vor diesem Hintergrund – jetzt verstehen Sie das vielleicht – dieser Erfahrungen von Moral, die wir aktuell erleben, dürfen wir dann alles, was Sie uns sagen, glauben: Nix gehört, nix gewusst, nie was erfahren. Das dürfen wir dann alles glauben.

Wie gesagt: Die Dinge werden sich weisen. Ich habe auch sehr genau zugehört und gehört, dass der Herr Ministerpräsident hier eine eingeschränkte Erklärung abgegeben hat. Die war eingeschränkt, unter ausdrücklicher Ausnahme seiner vier Bezirksverbände. Wir alle wissen, dass bei Ihnen der wesentliche Teil der Spendenzugänge über die Bezirksverbände erfolgt – das wissen wir –, und wir wissen auch, dass der wesentliche Teil Ihrer Personalausgaben über die Bezirksverbände erfolgt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was wissen Sie denn über die CDU?)

Und wir wissen, wie gedrechselt der Herr Ministerpräsident immer seine Erklärungen abgibt. Ich sage das ohne jede Wertung, nur damit die Öffentlichkeit den Umfang dieser Erklärung einschätzen

(Unruhe)

und erkennen kann, wie bedeutsam gegebenenfalls diese Erklärung war oder nicht war.

Nun – Herr Kollege Teufel, jetzt kann ich überleiten zu Ihren sonstigen Ausführungen, die für mich auch etwas Märchenhaftes hatten – haben Sie in diesem Zusammenhang auch noch den Begriff WestLB thematisiert. Sie haben am Anfang Ihrer Ausführungen auch gesagt, wie ungeheuer

stolz Sie auf die Fusion im Bankenbereich seien. Ich will Ihnen nur sagen: Das, was Sie hier in Baden-Württemberg gegen unseren ausdrücklichen Rat und Willen gemacht haben, ist die Einführung des Modells WestLB in Baden-Württemberg. So schlicht ist das. Das ist die vollkommene Nachahmung des nordrhein-westfälischen Modells, übrigens hier von Ihnen verkündet im Brustton – –

(Abg. Fleischer CDU: Ja, sollen wir jetzt auch Flugreisen machen?)

– Hören Sie doch zu! Herr Fleischer, so dumm sind Sie doch gar nicht. Wir reden in Deutschland doch gerade über die Frage – der Herr Ministerpräsident hat sich dazu verstiegen –, dass machtpolitisch

(Abg. Dr. Birk CDU: Sie reden vorbei!)

– ich zitiere ihn – die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine Filiale der WestLB sei. Das hat er gesagt. Aber gleichzeitig verkündet er hier im Landtag voller Stolz, dass er das Modell Nordrhein-Westfalen in Baden-Württemberg nachgemacht hat, die gleiche Machtkonstellation.

(Abg. Döpper CDU: Doch nicht in diesem Punkt! – Weitere Zurufe)

– Jetzt hören Sie doch zu! Sie denken in diesem Zusammenhang immer nur an Flieger.

(Unruhe – Abg. Fleischer CDU: Nicht den Vogel zeigen!)

Wir reden jetzt über etwas anderes, Herr Fleischer. Wir reden über die Frage, ob es gut und richtig ist, solche Machtkonzentrationen im öffentlich-rechtlichen Bankenbereich zu organisieren, ja oder nein. Begreifen Sie das nicht?

(Beifall bei der SPD)

Wir können auch noch über die Frage reden, ob es gut ist, wenn der mächtigste Mann bei einer solchen Konzentration einer Partei angehört. Das können wir für Nordrhein-Westfalen und für Baden-Württemberg diskutieren.

(Abg. Fleischer CDU: Sie haben mir schon seit fünf Sekunden keinen Vogel mehr gezeigt!)

Für Nordrhein-Westfalen und für Baden-Württemberg können wir diskutieren, ob es gut ist, wenn jeweils der mächtigste Mann in einem solchen Institut eine herausgehobene politische Position hat.

(Abg. Döpper CDU: So ein Schwachsinn! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Nein! – Das ist wirklich die staatspolitische Frage, und Herr Teufel ist stolz darauf, dass er das Modell WestLB in Baden-Württemberg gemacht hat.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich sage es Ihnen – – Ich sage Ihnen – –

(Abg. Rech CDU: Ja, wenn Sie nur etwas sagen würden!)

(Maurer)

Ich sage Ihnen: Es wäre richtig gewesen – und ich sage es zum wiederholten Male –, keine allmächtige Staatsbank zu schaffen. Es wäre richtig gewesen, stattdessen den privat-rechtlich verfassten Sektor im Bankenbereich zu stärken, wie wir das vorgeschlagen haben.

Ich sage Ihnen: Auch in dieser Frage sind Sie Ihren Machtinteressen gefolgt und nicht dem, was objektiv für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema WestLB, Herr Haasis, bitte

(Abg. Hehn CDU: Wird die jetzt aufgelöst?)

keine große Klappe, wirklich nicht, Sie nicht und nicht Ihr Ministerpräsident.

(Abg. Haasis CDU: Sie haben schon Phantombilder vor sich!)

– Aber ich sehe Sie gerade, und Sie sind ja so ein unbedeutender Funktionsträger innerhalb der CDU und im öffentlichen Bankenbereich.

Dann hat der Herr Ministerpräsident hier zum Besten gegeben – Sie haben es wirklich geschafft, Herr Ministerpräsident, das zu sagen –, es sei Ausweis Ihrer herausragenden Bildungspolitik, dass Sie jede durch Pension frei werdende Lehrerstelle wieder mit einem jungen Lehrer besetzen. Wörtliches Zitat. Und dann haben Sie gesagt – wieder wörtlich –: viel besser als in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Wie erklären Sie sich dann eigentlich, dass Sie in den Statistiken – jetzt wirklich im Ländervergleich – bei den Bildungsinvestitionen pro Kopf am Schluss rangieren? Wie erklären Sie es sich dann eigentlich, dass nach den Aussagen Ihrer eigenen Kultusministerin die Versorgung bei der Grundschule am schlechtesten ist, wenn Sie das so toll gemacht haben? Da kann doch etwas nicht wahr sein. Da kann etwas nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Wie schafft man es denn – das ist doch offensichtlich ein ganz besonderes System Teufel –, wenn man so ungeheuer engagiert ist, bei der Bildungspolitik in der Statistik so weit hinten zu liegen? Deswegen ist es halt in sich nicht stimmig, sondern eine Märchenstunde, Herr Ministerpräsident, übrigens nur noch übertroffen durch die Abteilung Märchen bei dem Thema Stuttgart 21. Dem muss ich mich also jetzt schon intensiv widmen.

Herr Ministerpräsident Teufel, Sie haben gesagt, bei der Bundesbahn habe es einmal Schwierigkeiten gegeben, das sei aber jetzt in Ordnung, jetzt sei Mehdorn da, und jetzt liege es wieder an der Bundesregierung. Das war die Suggestion Ihrer Darstellung.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Wenn es halt so ist! Es ist so!)

Herr Teufel, wessen Ludewig war denn Herr Ludewig, und wessen Mehdorn ist denn Herr Mehdorn? Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen, was Sie gesagt

haben, und zwar im Wissen und angesichts der Tatsache, dass es Herr Ludewig, das CDU-Mitglied und der Vertraute des Kanzlers, war, der die Deutsche Bahn AG geführt hat und der Herrn Teufel, wie er selber sagt, die Schwierigkeiten bei Stuttgart 21 gemacht hat. Ludewig wurde von der rot-grünen Regierung ersetzt und abgelöst durch einen anderen Manager. Sie bringen es fertig, diesen Vorgang, dass Ihr Spezi verschwindet und einer von uns berufen wird, von dem Sie selber sagen, der bringe es jetzt in Ordnung, in einen Angriff auf die Bundesregierung umzumünzen. Das ist sagenhaft.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Absolut ist das! – Abg. Fleischer CDU: An wem liegt es denn, Herr Maurer? – Abg. Haasis CDU: Man muss einmal zitieren, was die Aufsichtsratsmitglieder gesagt haben!)

Das sind bei der Deutschen Bahn AG Ihre personalpolitischen Besetzungen gewesen. Das wissen Sie doch.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Dadurch wird das Fehlverhalten der Bundesregierung nicht besser!)

Das macht mir jetzt wahnsinnigen Spaß. Passen Sie gut auf. Wer war denn in der politischen Verantwortung dafür, dass bei der Deutschen Bahn AG niemals ein Beschluss des Aufsichtsrats für dieses Projekt herbeigeführt worden ist? Ihre Leute waren es.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ihr Bundesverkehrsminister hat es unterlassen.

(Abg. Haasis CDU: Sie haben doch gerade gesagt, der Minister habe nichts zu sagen!)

Nachdem Sie etwas so betreiben, wie Sie das betrieben haben, auch hier hinstehen und sagen: „Jetzt geben wir der neuen Bundesregierung eine an die Backe“, stelle ich fest: So scheinheilig muss man es erst einmal hinkriegen. Wer hat denn zu verantworten, dass die Bayerische Staatsregierung ihre konkurrierenden Strecken bekommen hat, die für die Bahn AG das eigentliche Problem darstellen? Wer hat denn da in Deutschland regiert, als die Entscheidungen dafür getroffen worden sind, dass es in Bayern auf der Schiene läuft, und anschließend der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG das Problem hat, zu klären, wie er betriebswirtschaftlich die parallel laufenden Strecken in Ordnung halten soll? Das haben doch alles Sie bewirkt und verantwortet, und Sie haben bewirkt und verantwortet, dass die Spatenstichpolitik in Deutschland bei den Verkehrsbauten gemacht worden ist. Sie haben den Wahnsinn der Privatfinanzierung des Engelbergtunnels eronnen, mit allen Kosten.

(Abg. Haasis CDU: Der Engelbergtunnel ist gebaut!)

Jetzt rennen Sie in der Gegend herum und sagen, es sei kein Geld mehr da. Das ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Teufel mit seinen berühmten Tricks für die uninformierten Fernsehzuschauer

(Maurer)

(Lebhafte Zurufe von der CDU, u. a.: Oh! Machen Sie weiter so! Ein Eigentor nach dem anderen! – Unruhe)

– hören Sie doch zu! – stellt sich hierhin und sagt, trickreich wie er ist, auf die entsprechenden Vorhaltungen zum Thema Landesstiftung, das sei ein Produkt der großen Koalition. Diesen Versuch hat er hier unternommen. Lieber Gott, Herr Teufel, haben wir im „Ochsen“ – Sie haben es noch nicht begriffen –

(Ministerpräsident Teufel: Ja, Sie haben es nicht begriffen!)

etwa Ihre Landesstiftung erfunden?

(Lachen bei der CDU – Ministerpräsident Teufel: Zukunftsoffensive!)

Ich versuche, Ihnen klarzumachen – das machen wir jetzt auch Herrn Pfister klar –:

(Ministerpräsident Teufel: Gebäudebrandversicherung! Daran wird er sich vielleicht nicht mehr erinnern!)

Sie machen eine Operation, die darin besteht, dass Sie Geld, das Sie haben, nicht dazu verwenden, Schulden abzubauen, sondern dazu verwenden, eine Landesstiftung zu gründen. Was hat das mit der großen Koalition zu tun? Was?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haasis CDU: Darüber ist im „Ochsen“ beim Vespers sicher auch schon gesprochen worden! – Zuruf von der CDU: Mittagspause!)

Sie machen hier Folgendes: In einer einmaligen Situation, in der Sie Geld hätten, um die Schulden des Landes zurückzuführen, Herr Kollege Pfister, geben Sie das Geld aus, erfinden neue Ausgabenwünsche und kreieren neue Ausgabenprogramme. Das ist das Geheimnis dieser Haushaltsberatungen, Herr Kollege Pfister, nicht irgendeine Kleinigkeit, die Sie da entdeckt haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: 1,5 Milliarden DM!)

Sie als FDP/DVP müssen der staunenden Öffentlichkeit einmal erklären, warum Sie Unsummen an Privatisierungserlösen nicht zum Schuldenabbau in diesem Land verwenden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

Der Unterschied zwischen Ihrer Haushaltslinie und unserer Haushaltslinie ist ganz einfach: Wir wollen die Erlöse aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen zum Abbau von Schulden verwenden. Wir wollen Bildung aus den eingesparten Zinsausgaben für nicht mehr vorhandene Schulden finanzieren. Sie schmeißen das Geld für Neues zum Fenster hinaus, anstatt es zum Schuldenabbau zu verwenden. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist der Unterschied! – Abg. Fleischer CDU: Jetzt haben Sie die Einschaltquote verbessert!)

So schlicht ist das. Da hilft auch kein Drumherumreden. Ich sage Ihnen, staatspolitisch: Wer in einer Zeit, in der zum ersten Mal seit vielen Jahren die Steuereinnahmen steigen, die haushaltspolitische Situation relativ entspannt ist und man dazu sogar noch Erlöse aus dem Verkauf von Landesbeteiligungen hat, nicht die Trendwende in der Staatsverschuldung schafft und stattdessen in einer solchen Zeit neue Ausgaben kreierte, wird die Trendwende bei der Staatsverschuldung nie schaffen. Da können Sie reden und beschließen, was Sie wollen, Sie werden das nie schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das ist die Realität. Das ist der Unterschied. Dieser Ministerpräsident gibt mehr Geld aus, als notwendig wäre, und gibt es auch noch in den falschen Bereichen aus: nicht in der Grundlast, nicht in den Schulen, wo wir es wirklich bräuchten, sondern neue Dinge werden erfunden.

Die zentrale Auseinandersetzung mit Herrn Teufel ist die: Er ist jemand, der gern Schulden macht und der gern mit neuen Ausgabenwünschen herumläuft, mit denen er sich dann präsentieren kann. Er ist keiner, der die Korrektur in diesem Landeshaushalt herbeiführt.

Sie, Herr Kollege Pfister, hatten einmal mit Ihrer FDP/DVP zu alldem andere Ansichten.

(Widerspruch des Abg. Pfister FDP/DVP)

Sie hatten andere Ansichten zum Thema „Neuordnung der Bankenlandschaft“ – das kann ich Ihnen vorlesen –, nämlich unsere. Sie hatten andere Ansichten zum Thema „Privatisierung und Verringerung der Staatsverschuldung“. Im Moment sind Sie nur noch der willfähige Hinterherläufer einer Politik, die Sie selbst tausendmal für falsch erklärt haben. So werden sie die CDU nie beerben, Herr Pfister.

(Beifall bei der SPD)

Die Alternativen sind also sehr einfach: Entweder man folgt Ihrem Weg, Geld, das man erlöst, in neue Kassen zu deponieren, wie es Herr Teufel macht, natürlich darauf spekulierend – ich merke auch schon, wie das losgeht –, dass viele gesellschaftliche Gruppen jetzt in der Erwartung leben, davon könnte vielleicht für sie etwas abfallen. Das ist ja die Suggestion, die damit auch im Hinblick auf die Wahlen erzeugt werden soll. Also man geht entweder Ihren verhängnisvollen Weg und macht aus 60 Milliarden Schulden 63 Milliarden und dazu noch eine neue Kasse, mit der man dann viele Menschen und viele Gruppen bedienen kann, oder man folgt dem anderen Weg, der heißt: Wenn jetzt die Chance besteht, Schulden zu verringern, dann verringern wir Schulden, und das, was wir dadurch an Zinsen und Tilgung einsparen, geben wir für die Bildung unserer Kinder aus. Da, so finden wir, ist unsere Linie überlegen, und sie trifft und deckt sich mit den Wünschen unserer Bevölkerung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Kuhn das Wort.

**Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Teufel, ich fand Ihre Ausführungen zu der Parteifinanzierungsaffäre der CDU sehr seltsam. Ich will Ihnen schildern, warum. Sie haben sich wortreich gegen Vorwürfe verteidigt, die jedenfalls ich und, wenn ich es richtig gehört habe, auch Herr Maurer nicht erhoben haben. Ich habe in meiner Rede – das können Sie nachlesen – nicht den Vorwurf erhoben, Sie hätten in Baden-Württemberg schwarze Kassen, weil ich die Eigenschaft habe, Vorwürfe erst dann zu erheben, wenn ich sie belegen kann

(Abg. Weiser CDU: Oje!)

oder wenn sie nachzuweisen sind.

(Unruhe bei der CDU)

Sie haben eine halbe Stunde darüber geredet. Aber Sie haben auf einen Punkt nur knapp geantwortet, nämlich auf meine Frage an Sie und auf meinen Vorhalt: Wie konnte es eigentlich sein, dass Sie sechs Jahre lang stellvertretender Bundesvorsitzender waren und nichts von der Praxis und von dem System Kohl, das in der Bundespartei der CDU stattgefunden hat, gemerkt haben wollen? Dazu haben Sie keinen Ton gesagt. Sie haben nur gesagt, Sie hätten nicht gewusst, was Anderkonten sind. Aber ich habe Ihnen die Äußerung Schäubles vorgehalten, die mehrfach gefallen ist, der gesagt hat: „Es war in Präsidium und Vorstand bekannt, dass Kohl über Eigenmittel verfügt.“ Das hat er gegebenenfalls auch immer wieder angezeigt, nach dem Muster: Da haben wir schon eigene Mittel.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Sie, Herr Teufel, haben nie nachgefragt, welche Eigenmittel der Vorsitzende einer demokratischen Partei hat und wie dies im Verhältnis zu Artikel 21 des Grundgesetzes steht. Sie haben nie gefragt: Woher hat er die? Haben wir im Vorstand oder im Präsidium über die Verwendung dieser Mittel beschlossen? Das sind alles normale Dinge, die in demokratischen Parteien üblich sind. Dazu haben Sie kein Wort gesagt. Ich finde es bei Ihnen immer interessant, wozu Sie sich hier wortreich, witzig und lustig auslassen und wozu Sie einfach wegducken und schweigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Immer die Sachen, wozu Sie schweigen, sind es, die eigentlich hier in dieses Haus und an diesen Tisch gehören und worauf Sie auch Antworten geben müssten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was Sie mit dem Artikel meines Kollegen Kretschmann in der „Welt“ gemacht haben – so nach dem Muster, bei Kuhn und Kretschmann wäre etwas anders –, das stimmt einfach nicht. Sie haben den Artikel nicht richtig gelesen. Ich will einmal darstellen, welche Behauptung Kretschmann aufgestellt hat. Ich finde es hochinteressant, dass Sie diese Behauptung bemerkenswert finden. Ich finde sie nämlich auch bemerkenswert. Kretschmann schreibt:

Dass man sich das in der CDU nicht traut, enthüllt einen patriarchalen, autoritären und paternalistischen Bodensatz, der zwar als traditionell konservativ gelten kann, jedoch einem Konservatismus verbunden ist, der

die Grundprinzipien der Aufklärung – Ausgang des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit – noch immer nicht rückhaltlos akzeptiert hat. Ohne Zivilcourage hat die Demokratie keine Seele und ist der Verführung der Macht ausgeliefert. Wenn „gestandene Männer“ oder „junge Wilde“ alle vor Kohl kuschten, wirft das kein gutes Licht auf die demokratische Kultur der CDU.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Auch ich finde das bemerkenswert.

Und Sie haben nichts dazu gesagt, wie Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender versagt haben.

Meine Auffassung ist: Das System Kohl, mit allem, was wir bisher wissen, ist nur möglich gewesen, weil Leute wie Sie, Herr Ministerpräsident, um ihn herum in den Führungsgremien dieser Partei agiert haben. Dazu haben Sie kein Wort gesagt, und ich kann Ihnen diese Anmerkung an dieser Stelle nicht ersparen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das gipfelte in einem indirekten Vergleich – Sie haben es indirekt verglichen und offensichtlich nicht die Implikationen überblickt – dessen, was Kohl an Verfassungsbruch begangen und an Rechtsverständnis geäußert hat, mit den Blockaden der Friedensbewegung in Mutlangen, an denen auch viele von uns teilgenommen haben.

Wollen Sie denn damit sagen, dass Helmut Kohl und Kanther und wie sie alle heißen Ihre Parteiaffäre als eine Art zivilen Ungehorsam gegen das Parteiengesetz und die Verfassung praktiziert haben?

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Teufel, ich muss wirklich sagen, dass Sie da in die falsche Kiste gegriffen haben. Diejenigen, die in Mutlangen blockiert haben, haben ganz bewusst den Rechtsverstoß begangen, die Sanktionen offen in Kauf genommen,

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

in dem Kalkül, damit auf die besonderen Legitimationsprobleme der Nachrüstung hinzuweisen. Sie haben also als Demokraten gesagt: Wir nehmen die Sanktionen des Rechtsstaats völlig auf uns. Wir bekennen uns öffentlich dazu und wollen diese äußerste Demonstrationsform wahrnehmen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ist das bei den Maisfeldern auch so?)

Das ist doch ein gewaltiger Unterschied zu der Frage, ob jemand heimlich, an der Verfassung vorbei, an den Gesetzen vorbei die Rechte verletzt und hinterher noch ein Ehrenwort höher stellt als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. So viel zum Rechtsverständnis, das hier vorliegt.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(Kuhn)

Was Sie zu Herrn Schaufler gesagt haben, fand ich schlicht und einfach komisch. Sie haben mir vorgehalten, es sei nicht in Ordnung, Ihnen vorzuwerfen, dass Herr Schaufler bei alledem, was er im Zusammenhang mit der SWEG zu verantworten habe, noch immer Bezirksvorsitzender der an Aufklärung interessierten Union in Südwürttemberg sei.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann sagen Sie, das gehe nicht. Da muss ich Sie schon fragen, Herr Teufel: Warum haben Sie ihn denn als Umwelt- und Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg nicht mehr für tolerabel gehalten, wenn Sie argumentieren, Schritte seien erst möglich, wenn die Staatsanwaltschaft entschieden habe? Bereits vor Monaten haben Sie die Notleine gezogen, weil Sie gemerkt haben, dass das Ansehen dieser Regierung, wenn Herr Schaufler noch weiter im Amt geblieben wäre, massiv verletzt worden wäre. Aber bei der CDU Südwürttemberg schadet es offensichtlich nicht. Diese Argumentation fällt auf Sie zurück.

(Abg. Fleischer CDU: Aber er redet immer erst, wenn er Beweise hat, hat er gesagt! – Abg. Hauk CDU: Das ist das Demokratieverständnis der Grünen! Dirigismus von oben!)

Jetzt will ich etwas zu der Art und Weise sagen, wie Sie hier den Fall Aurenz oder den der Zementwerke Schwenk in Ulm dargestellt haben. Herr Teufel – lassen Sie mich das ganz ruhig und nüchtern sagen –, selbstverständlich bekommen Sie viele Briefe, und Sie müssen diese Briefe auch beantworten. Das ist nicht der Gegenstand des Streits. Aber es ist eine ganz spannende Frage, in welchen Fällen – ich will das am Fall Aurenz deutlich machen – Sie wie antworten.

Noch einmal zum nicht bestreitbaren Sachverhalt: Die Firma Aurenz ASB hat in Argenbühl bei Ravensburg – dort baut sie Torf ab – 1997 begonnen, einen Lkw-Parkplatz in ein Landschaftsschutzgebiet respektive Naturschutzgebiet zu bauen bzw. darin Lagerstätten zu erweitern. Dies sind nach unseren Gesetzen gravierende Eingriffe und schwere Umweltstraftaten.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Deswegen hat beim RP in Tübingen der für Naturschutz Zuständige auch eine Strafanzeige empfohlen. So war der Sachverhalt.

Dann kam „Kollege“ Aurenz zum Ministerpräsidenten, und der Ministerpräsident hat dann einen Brief an den Regierungspräsidenten in Tübingen geschrieben. In diesem Brief, den Sie noch voller Stolz vorgelesen haben – das fand ich entzückend –, schreiben Sie sinngemäß,

(Abg. Haasis CDU: Er möge abwägen!)

man möge ein wichtiges Abwägen zwischen Naturschutz und den Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft zustande bekommen.

(Zurufe von der CDU: Richtig!)

Herr Haasis, wenn Sie kein Problem darin sehen, dass ein Ministerpräsidenten in diesem Sinne um wohlwollende

Prüfung bittet, obwohl schwere Umweltstraftatbestände erfüllt sind – –

(Abg. Drexler SPD: So ist es! Das ist eine strafbare Handlung! – Abg. Hauk CDU: Das ist doch die Unwahrheit!)

Es ist doch eine völlige Absurdität, zu sagen, das sei schon alles in Ordnung, und er schreibe immer wieder solche Briefe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Haasis CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Nein, Herr Haasis.

Herr Ministerpräsident, Sie müssen doch Verständnis dafür haben, wie ein solcher Brief in der entsprechenden Behörde praktisch wirkt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Übrigens: Der zuständige Sachbearbeiter, der die Genehmigung zur Müllverbrennung bei Schwenk-Zement versagen wollte, ist später versetzt worden. Wir haben dazu eine Korrespondenz mit dem Staatsministerium geführt und erfahren dann von Herrn Menz – der Brief liegt mir vor –, dass Versetzungen im Verwaltungsdienst eine ganz normale Sache sind.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was meinen Sie denn, welche Auswirkungen auf Mitarbeiter, auf Sachbearbeiter, auf Abteilungsleiter und wen auch immer es haben wird, wenn Sie feststellen: „Wenn du dich hinstellst und sagst, so muss man es machen, und der danach zum Ministerpräsidenten geht, dann wirst du versetzt“? Was glauben Sie, was das für Auswirkungen auf die Courage der baden-württembergischen Verwaltung insgesamt haben kann?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Das darf doch nicht wahr sein! Was haben Sie für ein Verständnis von Verwaltungsarbeit? – Abg. Haasis CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kuhn, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Haasis?

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Bitte, Herr Haasis.

**Abg. Haasis** CDU: Herr Kuhn, Sie haben vorhin gesagt, Sie würden sich immer erkundigen, bevor Sie Vorwürfe erheben, und haben dann gesagt, dass Umweltstraftatbestände im Falle von Herrn Aurenz vorlägen. Haben Sie denn auch gelesen, dass ein Verfahren dazu eingestellt worden ist, weil ausdrücklich festgestellt wurde, dass keine Straftatbestände vorgelegen haben?

Und die zweite Frage, die ich gleich anschließen will: Da Sie das Zementwerk Schwenk angeführt haben, ist Ihnen doch sicher auch bekannt, dass für dieselben Verfahren, wie sie beim Zementwerk Schwenk angewandt werden, bei

(Haasis)

denen es hier um die Genehmigung ging und wo der Beamte des Regierungspräsidiums zuerst Schwierigkeiten gemacht hat, zwei Jahre zuvor in einem anderen Bundesland, nämlich in Nordrhein-Westfalen, Zementwerke bereits Genehmigungen erhalten hatten und es darum ging, dass in Baden-Württemberg beim gleichen Sachverhalt zwei Jahre später auch eine Genehmigung erteilt wird. Und dann sprechen Sie von Strafversetzung?

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Ja und?  
Was soll das?)

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Haasis,

(Abg. Haas CDU: Das weiß der Herr Kuhn nicht!)

mir ist sehr wohl bekannt, was normalerweise in Baden-Württemberg geschieht, wenn Sie zum Beispiel als Privatmann in einem Naturschutzgebiet irgendein Gebäude errichten.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Das können Sie übrigens, wenn Sie Ihre Kollegen im Petitionsausschuss einmal danach fragen, was bei solchen Fällen geschieht, ganz genau erfahren. Ich stelle fest, dass hier ein Betriebsgelände in ein Landschaftsschutzgebiet und zum Teil auch in ein Naturschutzgebiet verlagert worden ist,

(Abg. Drexler SPD: Ohne Genehmigung!)

und zwar ohne Genehmigung. Nach meiner Überzeugung ist es völlig klar, dass damit die Umweltgesetzgebung dieses Landes und der Bundesrepublik Deutschland verletzt worden ist.

(Abg. Haasis CDU: Das Verfahren dazu ist doch schon abgeschlossen!)

Bei Schwenk-Zement war eine ganz interessante und wichtige Frage aufzuklären; denn wir haben ja eine langjährige Sondermülldiskussion im Land hinter uns. Diese haben Sie, Herr Haasis, vielleicht verschlafen; aber einige haben sie mitbekommen.

(Abg. Haasis CDU: Nein, ich habe sie nicht verschlafen! Aber Sie offenbar!)

Es war ganz klar, dass die Verbrennung von Müll in Zementwerken – deswegen hat sich der Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Tübingen dagegen aufgelehnt –

(Abg. Haasis CDU: Sie haben ja keine Ahnung! Es ist doch überhaupt nicht um Müll gegangen!)

– natürlich! –

(Abg. Haasis CDU: Keine Ahnung, um was es da gegangen ist! Lesen Sie doch mal die Akten!)

nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bislang nicht zulässig war. Deswegen hat der Beamte Einspruch erhoben, und dann kam der Brief des Ministerpräsidenten.

(Abg. Haasis CDU: Das war schwach, Herr Kuhn!)

Jetzt will ich Ihnen noch etwas vom Herrn Aurenz vorlesen, der das Ganze ja ein bisschen anders sieht. Ausweislich der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ vom 18. Januar hat Herr Aurenz auf die Frage, ob er eigentlich an den Bezirksverband Südwürttemberg der CDU gespendet hat, ausgeführt – ich zitiere –:

Ich habe zwar der CDU in Nordwürttemberg, in Niedersachsen oder in Hessen gespendet, aber nie der CDU Südwürttemberg.

Dann heißt es weiter in dem Artikel: Wenn er der dortigen CDU, also Südwürttemberg, gespendet hätte, dann – jetzt wieder Zitat Aurenz – „hätte ich doch die Genehmigung für die Betriebserweiterung seit zwei Jahren in der Tasche“.

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

„Ludwigsburger Kreiszeitung“ vom 18. Januar 2000.

(Abg. Haasis CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage mehr zu, Herr Kollege Haasis, weil ich finde, dass Sie einmal ganz in Ruhe darüber nachdenken sollten.

(Abg. Haasis CDU: Zitieren Sie den Tag danach, wo der Herr Aurenz das dementiert hat, Herr Kuhn! Am Tag danach kam die Berichtigung in derselben Zeitung! Am Tag danach! Das liegt Ihnen genauso vor!)

– Jetzt geben Sie doch mal Ruhe!

(Glocke des Präsidenten)

Herr Ministerpräsident, ich glaube, dass Sie sich – –

(Abg. Fleischer CDU: Sie sagen die Unwahrheit! – Abg. Haasis CDU: Das liegt Ihnen genauso vor! Am Tag danach kam die Berichtigung in derselben Zeitung! – Weitere Zurufe)

– Mir wäre es recht, wenn es ein bisschen leiser wäre, Herr Präsident.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bewahren Sie bitte etwas mehr Ruhe.

(Anhaltende Unruhe)

**Abg. Kuhn** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Ministerpräsident, wenn ich mir anschau, wie Sie insgesamt mit dem Problem umgegangen sind, finde ich, dass Sie sich das zu einfach gemacht haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das war unvollständig, und das wissen Sie!)

Ich finde übrigens Ihr Amtsverständnis als oberster Empfänger der Petitionen auch falsch. Sie haben vorher selbst

(Kuhn)

vom Petenten gesprochen. Dafür haben wir im Landtag den Petitionsausschuss.

(Abg. Behringer CDU: Wir haben genug Petitionen!)

Und Sie müssen, auch im Namen Ihrer Verwaltung, ganz ruhig und bei bestimmten Briefen ganz klar zurückhalten der sein,

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

sagen, dass Sie es prüfen werden.

(Anhaltende Unruhe)

Aber Sie dürfen nicht, wenn es Konflikte mit Gesetzen gibt, mit wohlwollendem Interessenausgleich – in diesem Fall von Naturschutz und Belangen der Wirtschaft insgesamt – argumentieren.

(Anhaltende Unruhe)

Ich will ganz wenige Punkte ansprechen, Herr Teufel, die Sie angesprochen haben, die aber nicht stimmen.

(Abg. Haas CDU: So ein Kleinwüchsiger da vorn!  
– Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie sagen beim Thema Stuttgart 21, die Bahn sei jetzt uneingeschränkt dafür, es gebe nur noch Probleme beim Bund. Sie wissen, dass dies so nicht stimmt. Herr Mehdorn hat gesagt – das ist aber auch in den Gremien der Bahn zum Ausdruck gebracht worden; das ist auch mit Ihnen in Berlin besprochen worden –:

(Ministerpräsident Teufel: Nur von Vertretern der Bundesregierung!)

Na ja, wenn die ein Städtebauprojekt machen wollen und die finanziellen Risiken zwischen Stadt und Land aufteilen und nicht zusätzlich bei der Bahn abladen, dann haben wir nichts dagegen.

Wissen Sie, Herr Teufel: Wenn man aus solchen Aussagen ableitet, die wollten das jetzt, dann informiert man die Leute und das Parlament falsch und betreibt eine gezielte Desinformation. Sie wissen ganz genau, dass es an dieser Frage liegt, dass die Bahn – weil jetzt anders gerechnet wird – zusätzliche Risiken sieht, weil die Fahrgastzahlen nämlich falsch angesetzt sind und

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

beim Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken zusätzliche Risiken bestehen. Genau aus diesem Grund wird verhandelt und gefragt, ob Stadt und Land bereit sind, mehr in Vorhand zu gehen. Ich finde, dies sollten Sie fairerweise einfach dazu sagen.

Bei der Unternehmensteuerreform haben Sie offensichtlich keine Ahnung von dem, was auf dem Tisch liegt, was Ihre Klage angeht, der Mittelstand werde nicht entlastet. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, zum Beispiel durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Unternehmensteuerschuld den Mittelstand weit zu entlasten.

(Abg. Keitel CDU: 80 % wurden nicht berücksichtigt! Das stimmt doch gar nicht!)

Zweitens wird der Eingangssteuersatz bei der Einkommensteuer für diejenigen, die das nicht in Anspruch nehmen können, zusätzlich gesenkt auf in einigen Jahren 15 %, was die beste Entlastung für diejenigen ist, die keine 25 % Unternehmensteuern zahlen würden. Dies sollte man halt zur Kenntnis nehmen. Aber offensichtlich nehmen Sie alles Mögliche zur Kenntnis, klammern jedoch das, was Ihnen nicht gefällt, aus.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was tun Sie denn die ganze Zeit?)

Ich will noch einmal sagen: Es ist ein großer Erfolg, weil die ursprünglichen Entwürfe zur Steuerreform nicht so waren, dass der Mittelstand und die Kleinbetriebe zusätzlich entlastet würden.

Wenn Sie, Herr Teufel, sagen, die Steuerreform werde und solle kommen, jedoch noch besser, dann machen Sie das mit! Bisher ist es ja so, dass Sie den Eingangssteuersatz, den die Regierung vorgeschlagen hat, nicht bestreiten. Es gibt allerdings eine Differenz beim Spitzensteuersatz. Sie sagen, 35 % seien möglich, wir sagen, 45 % seien finanzierbar. Sie haben allerdings für die Differenz – 10 % beim Spitzensteuersatz ergeben 30 Milliarden DM – bisher keinen Finanzierungsvorschlag vorgelegt, aus dem sich ergibt, wie Sie dies decken wollen. Deswegen müssten Sie dabei konkreter werden. Aber Sie haben ja spätestens im Bundesrat dazu die Chance.

Ein letzter Punkt, zum Thema Verkehrspolitik. Sie haben sich darüber mokiert, dass ich sage, wir hätten zwar schöne Landschaften, aber die Leute, die durchfahren wollten, stünden im Stau. Herr Ministerpräsident, Sie haben offensichtlich nach 20 Jahren verkehrspolitischer Diskussion nur eine Geschichte im Kopf. Die heißt: Wenn es irgendwo einen Stau gibt, dann musst du eine Straße bauen.

Die Praxis – wir haben ja einige Straßen gebaut – hat Sie aber faktisch widerlegt. Durch viele Gutachten und Studien wird deutlich: Wenn wir Straßen bauen, dann lösen wir da, wo wir sie bauen, Staus auf, aber wir schaffen dafür an vielen anderen Stellen zusätzliche Staus, weil mit dem Straßenbau immer auch ein Verkehrswachstum einhergeht. Wer Straßen baut, mobilisiert auch zusätzlichen Verkehr. An vielen einzelnen Bauprojekten im Land Baden-Württemberg können wir täglich studieren, dass dies so ist.

Deswegen lautet das zukunftssträchtige Verkehrskonzept, mehr von diesem Verkehr auf die Schiene, auf die Busse, auf die Bahnen zu verlagern, insbesondere auch beim Güterverkehr. Dass Sie hier nur über Straßenbau reden und in Ihrer ganzen Rede kein Wort zur Ökologie und kein Wort zu einem vernünftigen Verkehrskonzept gesagt haben, spricht nicht für Sie als Ministerpräsident dieses Landes, sondern macht deutlich, dass Ihnen die Ökologie nichts wert ist. Sie haben eine Stunde und zehn Minuten geredet, aber kein Wort zur Ökologie gesagt.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Zum Schienenverkehr kommt von der Bundesregierung auch nichts!)

(Kuhn)

Das ist, finde ich, auch ein Beleg dafür, dass dieses Land weit weg davon ist, ein ökologisches Musterland zu sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte noch eine kurze Bemerkung zur Technologiepolitik machen. Ich glaube, Herr Teufel, dass Sie da genauer hinschauen müssen. Wir sind Schlusslicht bei den neuen Umwelttechnologien im Solarbereich, und zwar nicht bei der Forschung, aber sehr wohl in der Anwendung und in der Produktion. Da haben Sie ja alles heruntergefahren. Das ist ein ganz klarer Beleg dafür, dass die Zukunftstechnologie dieses Jahrhunderts am Standort Baden-Württemberg vorbeigeht. Ich werde dies so lange sagen, bis es sich hier ändert, weil Sie da Zukunftschancen im Hightechbereich – da geht es ja um Hightech – für das Land vergeigen.

Wir haben keinen Schwerpunkt bei der Materialtechnik, wo es darum geht, neue Werkstoffe systematisch für den Umweltschutz einzusetzen. Dies wird da und dort gemacht und erforscht, aber ein Kompetenzzentrum, wie es etwa Bayern bei anderen Technologien hat, haben Sie bei diesen Technologien insgesamt nicht geschaffen.

(Abg. Haas CDU: Wir haben vier oder fünf!)

Dann steht es noch immer schlecht um den Medienstandort Stuttgart. Da können Sie, Herr Palmer, mir erzählen, was Sie wollen. Aber wenn Sie die Stadt Stuttgart und die Region Stuttgart – trotz Ludwigsburg, was ich für eine positive Entwicklung halte – mit anderen Medienstandorten wie München, Köln, Hamburg und demnächst auch Berlin vergleichen, dann sieht es zappenduster aus, weil wir da etwas zu spät und insgesamt zu wenig gemacht haben. Ich werde nicht müde, auch darauf hinzuweisen.

Dann gibt es ein Problem, dem Sie sich in dieser ganzen Vorleserei von Firmenteugründungen und davon, wo wir überall Spitze sind, einfach entziehen: Wir schaffen es nicht, im Bereich moderner und neuer Dienstleistungen Fuß zu fassen.

(Abg. Oettinger CDU: Wie?)

Mit Dienstleistungen meine ich vor allem auch die so genannten produktionsnahen Dienstleistungen.

(Zurufe der Abg. Deuschle REP und Dr. Birk CDU)

Das ist ja das Herzstück bei uns: produktionsnahe Dienstleistungen, also Konstruktionen, CAD, CID. Da gibt es ein Problem, Herr Birk. Vielleicht werden Sie es erst in einigen Jahren zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Jetzt bin ich einmal gespannt, was kommt! Seit wann wollen Sie etwas von Produktion wissen? – Zuruf des Ministerpräsidenten Teufel)

– Herr Teufel, hören Sie sich das einfach in Ruhe an. – Gerade die produktionsnahen Dienstleistungen, die bei vielen unserer Firmen im Maschinenbau und bei Werkzeugma-

schinenherstellern in einer direkten Verbindung stehen, sind aufgrund der neuen Techniken massiv verlegbar. Sie können CAD-Dienstleistungen für Daimler-Benz oder für Bosch von überall auf der Erde und auf der Welt machen, von Irland, von Indien oder von wo auch immer, und dies geschieht.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wollen Sie damit eine Strukturdebatte über die Region Stuttgart lostreten?)

Meine Frage und mein Punkt ist, dass Sie zu wenig – –

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kuhn, da haben Sie keine Ahnung!)

Seien Sie doch jetzt einmal ruhig und hören sich das einfach an.

(Abg. Dr. Birk CDU: Lesen Sie doch einmal den Strukturbericht über die Region Stuttgart!)

– Seien Sie doch jetzt einmal ruhig. Sie können ja, wenn Sie nicht selbst reden dürfen, nachher noch über Ihren Vorsitzenden reden. Das ist doch nicht so schwierig.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber Sie verbreiten etwas, was schlichtweg nicht der Wahrheit entspricht!)

Mein Vorwurf heißt, dass es keine systematische Anstrengung des Landes gibt, dieser Gefahr der wirtschaftlichen Strukturkrisen, die für den heutigen Standort besteht, eines Tages Herr zu werden. Schauen Sie sich einmal an, was in Nordrhein-Westfalen oder in anderen Ländern der Fall war.

(Abg. Dr. Birk CDU: Aber da sind wir stark!)

Diese Krisen entstehen doch immer dann, wenn man zu lange glaubt, dass die Stärken eines Standorts immer wahren werden und keine Gefährdung für diese Stärken insgesamt kommt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Bei der produktionsnahen Dienstleistung sind wir noch immer stark!)

Damit möchte ich zum Schluss kommen.

Herr Teufel, wir haben ja heute viel über Ihr Staatsministerium und über Ihren Regierungsstil sowie über Ihre Arbeit als Ministerpräsident geredet. Ich muss abschließend sagen: Ich bin bei der zentralen Frage, die die Debatte ja dominiert hat, enttäuscht über Ihre Ausführungen. Sie haben die wesentlichen Fragen der Opposition nicht beantwortet, sondern sind ihnen ausgewichen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Sie haben andere Fragen beantwortet, die niemand gestellt hat. Ich glaube, Sie sind der Verantwortung, die Sie als Vorsitzender der CDU in Baden-Württemberg haben, nicht gerecht geworden. Vielleicht werden Sie das an anderer Stelle nachholen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Dr. Schlierer das Wort.

(Zuruf von der SPD: Was ist mit Mittagspause?)

– Außer der Wortmeldung von Herrn Dr. Schlierer liegt noch eine Wortmeldung des Herrn Kollegen Oettinger vor, ebenfalls nach § 82 Abs. 4. Dann kann, denke ich, über die Anträge abgestimmt werden, und danach treten wir in die Mittagspause ein.

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich drei Punkte der Debatte noch einmal aufgreifen. Zunächst zur Frage, wie in der Spendenaffäre seitens der CDU-Führung agiert wurde bzw. wie die Dinge heute vom Herrn Ministerpräsidenten in Bezug auf seine frühere Tätigkeit als stellvertretender Bundesvorsitzender dieser Partei dargestellt wurden.

(Abg. Deuschle REP: Hören Sie doch einmal zu, Herr Ministerpräsident!)

Herr Teufel, ich will Ihnen – vielleicht im Gegensatz zu einigen anderen Rednern – nicht unterstellen, dass Sie möglicherweise von Vorgängen in der obersten CDU-Führung gewusst haben. Es ist durchaus möglich, dass Sie davon nichts gewusst haben. Aber eine Frage lässt sich nur schwer beantworten, auch von Ihnen: Glauben Sie, dass mit einer solchen Darstellung draußen beim Bürger noch ein Rest von Glaubwürdigkeit bewahrt werden kann, wenn Sie sich bewusst machen, dass das ja nicht der erste Vorgang dieser Art war? Es war ja nicht das erste Mal, dass es Probleme im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung gab.

Die Flick-Affäre mag zwar von dem einen oder anderen schon vergessen worden sein, aber es gab ja auch hier im Land Baden-Württemberg Probleme mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung. Auch hier im Land sind damals Mittel regelrecht „gewaschen“ worden, um sie dann beispielsweise der CDU zukommen zu lassen.

Die Menschen draußen haben das nicht vergessen, und ich sage Ihnen eines voraus: Das Hauptproblem wird sein, dass man einem Politiker inzwischen gar nicht mehr abnimmt, dass er genügend Sensibilität entwickelt, um im eigenen Bereich mit Sorgfalt genau auf jene Dinge zu achten, die eben aufgrund dieser Vorgänge bei jedem Normalbürger nur Kopfschütteln auslösen können.

Allerdings – das möchte ich einräumen – ist das Verhalten der SPD absurd, wenn sie hier im Land so tut, als dürfe sie Chefankläger sein. Das, was wir in Nordrhein-Westfalen erlebt haben, ist ein Vorgang, der mindestens genauso schwerwiegend ist, wenn man eines beachtet: Diese schwarze Reisekasse, die Sie sich dort gebildet haben, war ein glatter und vorsätzlicher Umweg um das Parlament herum. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat sich regelrecht einen Nebenhaushalt in Form der WestLB geschaffen und dort mit ihrem „Reisebüro“ die Rechnungskontrolle des Landes und des Parlaments umgangen. Ich sage bloß eines: Da bilden Sie selber Maßstäbe, an denen wir Sie dann auch messen werden.

(Beifall bei den Republikanern und des Abg. Behringer CDU)

Zu der Frage von Spenden von Unternehmen mit Landesbeteiligung – Herr Ministerpräsident, Sie haben das vorhin auch angesprochen und auf Ergebnisse von Untersuchungen hingewiesen – will ich nur Folgendes sagen: Es mag ja sein, dass die Annahme solcher Spenden nach § 25 des Parteiengesetzes rechtmäßig war. Aber es stellt sich noch eine andere Frage: Ist die Annahme solcher Spenden akzeptabel?

§ 25 des Parteiengesetzes listet in einem gewissen Katalog jene Fälle auf, in denen Spenden von juristischen Personen nicht zulässig sind. Es wird so sein, dass dieser Katalog nie vollständig wird. Wir selber sind deswegen auch der Ansicht, dass man juristische Personen als Spendengeber generell herausnehmen sollte. Es ist doch so, dass ein solches Unternehmen, das mehr oder weniger eigentlich im Eigentum der Bürger steht,

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

die Finanzierung von Parteien betreibt,

(Abg. Deuschle REP: Von einzelnen!)

obwohl der Bereich der staatlichen Teilfinanzierung, die über den Staat an die Parteien fließt, nach § 18 des Parteiengesetzes klar und abschließend geregelt ist.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Also hätte ich normalerweise erwartet, dass jede Partei sagt: Wenn ich eine Spende von einem Unternehmen bekomme, an dem der Staat beteiligt ist, nehme ich diese Spende nicht an, weil das de facto eine Umgehung des Rechts ist, das wir im Parteiengesetz festgelegt haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch etwas erwähnen. Sie sagten vorhin – und da stimme ich Ihnen zu –, dass die Unschuldsvermutung für jeden gilt, auch für jeden Abgeordneten. Aber so, wie ich es sehe, geht es in diesem Zusammenhang weniger darum, dass man Herrn Kollegen Schaufler vor Abschluss eines Verfahrens irgendetwas unterstellen will. Es geht vielmehr um die Äußerungen von Herrn Schaufler selbst. Wenn er in den Raum stellt, dass da noch anderes Geld geflossen sein soll, dürfen Sie sich nicht wundern, dass nachgefasst wird.

Ich nehme zwar zur Kenntnis, dass es hier einen Widerspruch zwischen der Aussage von Herrn Schaufler und der von Ihnen erwähnten Landtagsdrucksache und zu den Ausführungen des Landesrechnungshofs gibt. Aber ich glaube nicht, dass Herr Kollege Schaufler hier fantasiert hat. Vielmehr muss ich leider davon ausgehen, dass es hier doch noch Zuwendungen gegeben hat. Solange dies nicht abschließend geklärt ist, werden wir nachfassen. Das darf man nicht im Raum stehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Nun eine Anmerkung der besonderen Art. Ich fand es hochinteressant, dass sich Herr Kollege Kuhn vorhin wie-

(Dr. Schlierer)

der zum Thema „Legalität und Legitimität“ geäußert hat. Er ist schon wieder flüchtig, oder?

(Abg. Kiel FDP/DVP: Was? – Abg. Deuschle REP: Er sitzt auf der Hinterbank!)

– Er hat sich in eine der hinteren Bänke gesetzt. Herr Kuhn, vielleicht wissen Sie, warum. Sie haben sich vorhin auf einen Artikel Ihres Kollegen Kretschmann bezogen, haben allerdings nur die erste Spalte dieses Artikels herangezogen. Sie haben bei Ihren Ausführungen vergessen, folgenden Absatz dieses durchaus lesenswerten Artikels mit zu berücksichtigen. Herr Kretschmann schreibt nämlich:

Vor zweieinhalbtausend Jahren hat Sokrates gegenüber seinen wohlmeinenden Freunden begründet, warum man sich in einer Demokratie unbedingt an Gesetze halten müsse. Damit meinte er besonders die Gesetze, die man nicht für richtig hält, die einem nicht passen. Hielte man sich nur an Gesetze, die einem zupass kommen – dann bräuchte es gar keine Gesetze und Regeln.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Genau das ist die Antwort auf Ihre Ausführungen. Hätten Sie den Artikel von Herrn Kretschmann einmal gelesen, was ich eigentlich erwartet hätte, wenn ein Fraktionskollege von Ihnen einen solchen Artikel verfasst, hätten Sie Ihre Ausführungen besser sein gelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Denn Ihr Versuch, den zivilen Ungehorsam nachträglich wieder zu rechtfertigen, steht in glattem Widerspruch zu dem, was Herr Kretschmann hier ausgeführt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Ein dritter Punkt: Herr Ministerpräsident, was mich nach wie vor nicht überzeugt und was Sie heute auch nicht erklären oder als Widerspruch ausräumen konnten, war die Frage des Verkaufs der EnBW-Anteile des Landes. Sie haben die Fusion der verschiedenen Unternehmen mit Landesbeteiligung, die zunächst stattgefunden hat, gelobt. Sie haben die Fusion als ein gutes Ergebnis dargestellt, weil hier auf dem nationalen Markt das viertstärkste Energieversorgungsunternehmen entstanden sei, und dessen Konkurrenzfähigkeit in den Vordergrund gehoben. Nun stelle ich aber die Frage, wenn das eine so gelungene Fusion war, wenn das Unternehmen so konkurrenzfähig ist: Warum wird dann der strategische Nachteil in Kauf genommen, hier jede Möglichkeit der Standortsicherung zu verlieren, und dieser Anteil an die EdF verkauft? Mit dem Argument der Konkurrenzfähigkeit und deren Sicherung können Sie das nicht erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Der Markt ist jetzt weitgehend arrondiert. Alle Fachleute sagen: Diese Fusionswelle ist abgeschlossen. Die EVUs stehen da, sie haben ihre Marktposition. Auch die EnBW hat ihre Position, so wie sie bis zum Verkauf dastand. Ich sehe überhaupt nicht ein, weshalb der Verkauf des Aktienanteils des Landes unbedingt notwendig gewesen sein soll. Die EnBW war konkurrenzfähig, sie wäre es auch mit einer Landesbeteiligung geblieben, und wir hätten uns gerade in

einem Schlüsselsektor die Möglichkeit bewahrt, mit darauf hinzuwirken, dass künftig Interessen des Landes Baden-Württemberg im Vordergrund stehen. Künftig werden die Interessen der EdF im Vordergrund stehen. Ich verstehe bis heute nicht, dass wir die Lehren, die wir aus anderen Vorgängen in der Vergangenheit hätten ziehen müssen – ich erinnere nur an Dual oder an SEL –, bis heute nicht ziehen und hier stattdessen blauäugig in eine Zukunft hineingehen, die eben nicht so rosig ist, wie Sie sie versprochen haben.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält Herr Abg. Oettinger das Wort.

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, meine Herren Kollegen! „Die Jäger sind los“, schreibt Gabriele Renz im „Südkurier“ vom letzten Samstag. Sie schreibt weiter:

In der südwestdeutschen Parteienlandschaft wird zur Jagd geblasen. Im Zielfernrohr: Die CDU.

... Als eifrigster Verfolger tut sich in diesen Tagen jedoch die SPD mit ihrem Generalsekretär Wolfgang Drexler hervor. Beinahe täglich vermeldet er aus den Zahlenhelden der CDU-Rechenschaftsberichte neue Funde.

... Die SPD liefert selbst. Und je mehr und intensiver sie dies tut, desto angreifbarer wird sie.

So weit Frau Renz im „Südkurier“.

(Zuruf: Lesen Sie weiter!)

In der „Badischen Zeitung“ schreibt Wulf Rüsckamp:

Die Opposition hat zwar nichts Festes in der Hand gegen die CDU, aber mit dem Wenigen hantiert etwa Drexler virtuos.

Und wiederum am Samstag die „Südwest Presse“, Ulm:

In der Spendenaffäre konnte der baden-württembergischen CDU bisher nichts Illegales nachgewiesen werden.

Darauf legen wir Wert.

(Abg. Schmiedel SPD: Eine willkürliche Auswahl!)

Sie haben das Recht, Fragen zu stellen, aber wir haben die Chance, Antworten zu geben. Bislang konnten wir zu allen Fragen Antworten geben und können deswegen behaupten, dass die Landespolitik und die CDU Baden-Württemberg Recht und Gesetz eingehalten haben, einhalten und auch künftig einhalten werden.

(Beifall bei der CDU)

Davon nicht unberührt, aber doch zu trennen ist die Aufarbeitung des strafrechtlichen Komplexes auf Bundesebene. Der Rechtsstaat hat dafür Instrumente, aber er braucht Zeit, und wir brauchen Geduld. Die Staatsanwälte brauchen Zeit und Geduld, der Untersuchungsausschuss braucht Zeit und

(Oettinger)

Geduld, und die Vernehmung des Bundeskanzlers a. D. ist ja von Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt angesetzt worden. Wir respektieren es. Aber Kohl hätte früher Antwort geben können, wenn es nach unserem Zeitplan gegangen wäre. Darüber hinaus gehe ich fest davon aus, dass alle strafrechtlichen Belange auf Bundesebene abgearbeitet und einem Ergebnis zugeführt werden und dass sich dann zeigen wird, dass Politik im Verborgenen nicht möglich ist und dass der, der im Verborgenen arbeitet, nicht begünstigt bleibt.

Meine Damen und Herren, ich gestehe auch zu, dass möglicherweise die Gremienarbeit der CDU auf der Bundesebene nicht dem entspricht, was man als Mitglied und Bürger erwartet hätte. Da halte ich es mit Biedenkopf: Punkt 1 „Bericht des Vorsitzenden“ und Punkt 2 „Verschiedenes“ ist zu wenig. Wenn dem so ist, dann müssen wir uns alle an die Nase fassen, wenn es darum geht, eine offene Debatte zu befördern und nicht zu verhindern, sondern zu aktivieren. Ich schließe mich persönlich darin ein.

Aber hier im Grunde genommen so zu tun, als ob man das, was strafrechtlich relevant gemacht worden ist, automatisch kennen müsse, wenn man im Bundesvorstand war, halte ich für eine Unverschämtheit und weise es deswegen nachdrücklich zurück.

Ich glaube, dass wenige im System des alten Parteivorsitzenden die zweiten Finanzierungswege kannten und nutzten und dass ein Vorwurf gegen Gremienmitglieder schlichtweg abwegig ist.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Deswegen: Entweder Beweise her oder Vorwürfe zurück! Das ist die Alternative: Beweise her oder Vorwürfe zurück!

(Beifall bei der CDU)

Kollege Weimer hat dann erwähnt, dass der Regierungspräsident in Tübingen parlamentarischer Berater im Dienst des Landtags, bei der CDU-Fraktion, gewesen war. Das stimmt. Da kann ich nur sagen: Na und? Soll man dann nicht mehr in ein führendes Verwaltungsamt, in eine Behördenleitung kommen können? Ich glaube, dass die Tätigkeit hier beim Landtag ein wichtiger Baustein für eine Beamtenlaufbahn in diesem Sinne ist. Wenn Sie sich einmal – lieber Herr Weimer, Sie sind doch ortskundig – in Tübingen umhören und Ihre Frau Oberbürgermeister oder andere Behördenleiter fragen, erfahren Sie: Wicker hat dieses Amt bisher hervorragend ausgefüllt. Er erfüllt es untadelig, objektiv und unparteiisch, und deswegen verwahre ich mich dagegen, dass Hubert Wicker für dieses Amt in irgendeiner Form nicht geeignet sein soll.

(Beifall bei der CDU)

Überhaupt: Hier wird doch der Eindruck vermittelt, dass ein Beamter automatisch funktioniere, wenn von einem Vertreter der Regierung eine Prüfung erbeten wird. Was für ein Zerrbild haben Sie denn von einem Staatsdiener im höheren Dienst, einem Akademiker, einem Staatsbürger? Ich traue unseren Beamtinnen und Beamten – allen! – deutlich mehr zu, und ich traue ihnen zu, dass sie Rückgrat haben, um Recht und Gesetz – und nur Recht und Gesetz – als Grundlage für ihre Ermessensentscheidungen zu neh-

men. Wer etwas anderes konkret behaupten will, soll es tun, aber er beleidigt damit im Grunde genommen unsere Staatsbediensteten insgesamt, weil man nachweisen kann, dass unsere Staatsdiener zwar der Regierung dienen, dem Staat dienen, der Gesellschaft dienen, aber dabei nicht beugsam sind und Recht und Gesetz für sie die alleinige Entscheidungsgrundlage ist und bleibt.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang sind die beiden Fälle schon wichtig, wenn man sie konkret beleuchtet.

Helmut Aurenz, Unternehmer in Baden-Württemberg, Arbeitgeber, einer landeseigenen Universität verbunden, dort als Senator ehrenhalber – nicht von uns – berufen, eine untadelige Persönlichkeit, eine Persönlichkeit, die in Baden-Württemberg und in anderen Ländern Europas investiert. Was würden Sie denn sagen, wenn der Ministerpräsident die Bitte um einen Gesprächstermin abgelehnt hätte? Es wäre eine Amtsverfehlung gewesen, einem Unternehmer, der hier investiert und ihn sprechen will, zu sagen: Nein, kommt nicht infrage.

(Abg. Kuhn Bündnis 90/Die Grünen: Das ist nicht der Punkt!)

Übrigens, Kollege Brechtken, ich bin sicher, Spöri hätte ihn auch empfangen, wenn ihm damals als Wirtschaftsminister dieser Gesprächswunsch entgegengebracht worden wäre. Ich weiß, dass Herr Spöri zu Recht immer genauso gehandelt hat. Wenn dann die Klage kommt, dass es zwei Probleme gibt und dass er eine Verlagerung nach Bayern überlegt, muss doch die Bitte um wohlwollende Prüfung die notwendige Handlungsweise, die richtige, die angemessene Handlungsweise als Konsequenz aus dem Gespräch sein. Deswegen ist meine Bitte: Sagen Sie uns konkret, was daran falsch gewesen sein soll, wo das Mandat des Regierungschefs falsch angewandt worden sein soll oder wo der Beamte Recht und Gesetz missbraucht haben soll. Ich glaube, dieser Fall ist lückenlos von vorn bis hinten erklärbar. Er war im Ablauf nicht nur möglich, sondern so notwendig, sowohl in der Regierung wie im Verwaltungsapparat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Haas CDU: Deswegen sind Kuhn und Maurer in keiner Regierung!)

Dann das Thema Schwenk. Entscheidend ist doch, dass Schwenk einen Antrag gestellt hat, eine Genehmigung für ein technisches Verfahren beantragt hat, das bei gleichen Grenzwerten, bei gleichen Medien, bei gleichen Abläufen in einem anderen Bundesland, nämlich in Nordrhein-Westfalen, genau so genehmigt worden ist. Entweder hat die Verwaltung in NRW das Ermessen falsch angewandt, Recht und Gesetz gebrochen, oder aber muss die Frage erlaubt sein, ob nicht innerhalb des Ermessens zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, im Interesse der Ökonomie in der Einhaltung der Grenzwerte und der Grundlagen der Ökologie eine andere Handhabung in Baden-Württemberg zumindest einer wohlwollenden Prüfung bedarf.

Ich glaube, aus den beiden Fällen wird deutlich, dass Sie blindlings durch die Gegend jagen, und zwar nach dem Motto „aliquid haeret“, irgendetwas wird schon hängen bleiben.

(Oettinger)

Noch etwas zum Brief des Kollegen Maurer, in der Tat ein Abgeordnetenbrief; Frist: Montag nächster Woche. Ich gehe davon aus, dass dieser Brief wie alle Briefe parlamentarisch innerhalb der gegebenen Frist beantwortet wird. Warten Sie deswegen ab, üben Sie sich in Geduld, und sorgen Sie bitte dafür, dass sich Ihr Jagdfieber nicht wie ein Virus in Ihrer Fraktion, in Ihrer Partei und in der Partei der Grünen verbreitet. Denn eines sage ich Ihnen auch: Der Ablauf ist „same procedure as every year“. Im Wahljahr, im Jahr vor der Wahl immer das Gleiche. Im Grunde genommen ziehen Sie die Geschäftsordnung 1991, 1987, 1983/84 heraus, wo Sie immer das Gleiche versucht haben, nämlich zu einem geeigneten Zeitpunkt, wenn der Untersuchungsausschuss I verbraucht ist, einen zweiten herauszuziehen und bewährte Kämpen wie Birzele oder Bebbler oder diesmal Drexler oder andere zu nehmen und dann eine Schlammschlacht zu versuchen. Ich gestehe zu: In der Schlammschlacht sind Sie erprobt. Spritzer mögen herüberkommen; aber ich sage Ihnen: Der Treffer wird nicht erfolgen; es wird ein Rohrkrepierer, der gegen Sie geht.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Justizminister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich nur aus einem einzigen Grund zu Wort gemeldet und darf auf etwas zurückkommen, was der Fraktionsvorsitzende der Republikaner hier in den Raum gestellt hat, indem er vor kurzer Zeit angedeutet hat, es habe zumindest für einen Moment in diesem Land die Möglichkeit geben können, dass ein Staatsanwalt aus unserer Staatsanwaltschaft auf politischen Druck von seinem Amt entbunden werde.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das habe ich nicht gesagt!)

– So ähnlich haben Sie sich hier ausgedrückt.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Nein! Lesen Sie das Protokoll nach, Herr Kollege!)

– Sie haben vielleicht Ihre Rede schriftlich da und können es anschließend noch einmal sagen.

Ich sage jedenfalls nur eines deutlich: Es mag in einem solchen Strafprozess sicher auch einmal zwischen dem Verteidiger und dem Staatsanwalt verbal härter zur Sache gehen, aber eines sage ich Ihnen ganz klar: In Baden-Württemberg gibt es den Fall nicht und wird ihn niemals geben, dass ein Staatsanwalt aus politischen Motiven von der Wahrnehmung seiner Amtsverrichtung entbunden wird.

Ich muss Ihnen auch sagen, ich weiß von keinem einzigen auch nur versuchten Fall während meiner Amtszeit, politisch auf so etwas Einfluss zu nehmen – diesen Fall natürlich eingeschlossen. Das gab es nicht. Wenn es ein Versuch der politischen Einflussnahme wäre, dann hätte er mich in irgendeiner Weise erreichen müssen, über eine Berichtspflicht oder Ähnliches. Das gab es nicht und gibt es nicht.

Die gegenteilige Behauptung, meine sehr geehrten Damen und Herren, oder auch nur die Andeutung einer solchen

Möglichkeit ist schlechterdings absurd. Sie wäre im Übrigen natürlich auch eine Beleidigung für den zuständigen Leitenden Oberstaatsanwalt oder den Generalstaatsanwalt. Ich wundere mich ein bisschen, Herr Schlierer –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Justizminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schlierer?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich gestatte sie gerne, natürlich.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Minister, können Sie mir erklären, wieso Herr Staatsanwalt Holl, ausweislich einer Veröffentlichung in der heutigen Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten“, damit zitiert wird: „In diesem unseren Lande ist es kein Vergnügen, die Frau des Generalsekretärs der regierenden Partei zu verfolgen“, und warum er als Staatsanwalt habe überredet werden müssen, den Fall zu Ende zu bringen?

(Abg. Oettinger CDU: Können Sie es ganz vorlesen, Herr Kollege? – Weitere Zurufe)

– Das ist die Bewertung in Justizkreisen.

(Unruhe)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Justizminister.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich habe Ihnen am Anfang angedeutet: Es wird in diesem Haus und an dieser Stelle schwierig zu bewerten sein, was in dem dortigen Verfahren im Einzelnen gesagt wurde.

Wenn Sie meine Meinung dazu hören wollen, gilt zunächst einmal, dass es in einem solchen Fall, der sich in der Öffentlichkeit abspielt, für einen Verteidiger natürlich nahe liegt, zu sagen: „Ihr geht da besonders hart heran, weil die Person in der Öffentlichkeit steht.“ Solche Andeutungen kommen in derlei Fällen regelmäßig von der Verteidigung.

(Zuruf von den Republikanern: Aha! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist nicht gerade angenehm!)

Ich verstehe übrigens auch den Staatsanwalt, der sagt: Einen solchen Fall zu führen, der sich in der Öffentlichkeit abspielt, ist in keinem Fall ein Vergnügen.

Ob die Äußerungen, die gemacht wurden, alle glücklich waren oder unglücklich, kann ich hier nicht beurteilen, weil ich sie auch nur aus der Zeitung kenne. Es geht aber nicht um diese Geschichte, sondern es geht um die Frage: Hat es auch nur den Versuch einer politischen Einflussnahme gegeben, einen Staatsanwalt abzulösen? Oder hat ein solcher Versuch gar irgendwo Eindruck gemacht? Ich kann Ihnen nur sagen: Es hat schon keinen Versuch gegeben. Er würde auch nirgendwo Eindruck machen.

Ich sage noch einmal mit Nachdruck: Sie können sicher sein – dafür garantiere ich –, dass es in unserem Bundesland dergleichen nicht gibt und auch in Zukunft nicht geben wird.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Aber ich darf noch etwas anderes hinzufügen: Was ist eigentlich politische Einflussnahme? Ist es zum Beispiel politische Einflussnahme, wenn ein Abgeordneter, der diesem Landtag angehört und Rechtsanwalt ist, mir einen Brief schreibt, ein Verfahren solle möglichst einen bestimmten Ausgang haben? Das haben Sie gemacht.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Ja!)

Ist das politischer Einfluss? Also, von dieser Einflussnahme kann ich berichten, von einer anderen, Gott sei Dank, nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Schlierer REP: Ich bin ja nicht der Justizminister!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4802. Den vorliegenden Änderungsantrag und die Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0201

##### Staatsministerium

und hierzu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4831-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0202 bis 0204

zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte – –

(Abg. Brechtken SPD: 0201 und 0202 bitte getrennt abstimmen!)

Ich lasse über Kapitel 0201 – Staatsministerium – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit so beschlossen.

Ich lasse über Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich lasse über Kapitel 0203 – Staatsgerichtshof – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich lasse über Kapitel 0204 – Vertretung des Landes beim Bund, Informationsbüro Baden-Württemberg sowie Beobachter der Länder bei der Europäischen Union – abstim-

men. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0205

##### Landeszentrale für politische Bildung

und dazu den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4831-4. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0205 – Landeszentrale für politische Bildung – abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf

#### Kapitel 0208

##### Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die weiteren Entschließungsanträge. Zunächst stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4831-1 – Altersteilzeit für Landesbedienstete –, ab. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4831-5 – Altersteilzeit für Landesbeamte –, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4831-3, der die Einzelpläne 02 bis 10 und 14 betrifft, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung des Einzelplans 02, Tagesordnungspunkt a. Ich unterbreche die Sitzung bis 15:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:27 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:14 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe **Buchstabe b** der Tagesordnung auf:

### **Einzelplan 07: Wirtschaftsministerium**

Beschlussesempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4807

Berichterstatter: Abg. Veronika Netzhammer, Abg. Kurz

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Bitte schön, Frau Abg. Netzhammer.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württembergs Wirtschaft befindet sich im Aufschwung, der Landeshaushalt ist konsolidiert, und unser Land ist – –

**Stellv. Präsident Birzele:** Darf ich Sie kurz unterbrechen: Ihr Beginn legt bei mir die Vermutung nahe, dass Sie als Sprecherin der CDU-Fraktion das Wort ergriffen haben.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Ja.

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich hatte gefragt, ob Sie als Berichterstatterin das Wort ergreifen möchten.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Nein, das nicht.

**Stellv. Präsident Birzele:** Dann will ich noch bekannt geben, dass das Präsidium für die Beratung des Einzelplans 07 – Wirtschaftsministerium – eine Gesamtredezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt hat, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Frau Abg. Netzhammer, Sie haben das Wort.

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württembergs Wirtschaft ist im Aufschwung, der Landeshaushalt ist konsolidiert, unser Land ist Tabellenführer im finanzpolitischen Ranking des Instituts der deutschen Wirtschaft. Mit diesen Daten sind wir gut gerüstet für das neue Jahrtausend.

Sowohl der Landeshaushalt als auch der Haushalt des Wirtschaftsministeriums haben finanziellen Spielraum gewonnen. Das Wirtschaftsministerium hat die Einsparauflage beim Personalabbau erfüllt und den Berg der Verpflichtungsermächtigungen des Amtsvorgängers deutlich abgebaut.

Diesen Gestaltungsspielraum müssen wir nutzen, um Kernkompetenzen zu stärken, den Strukturwandel positiv zu begleiten, die Innovationsfähigkeit unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen zu fördern, die Entwicklung neuer Unternehmen zu unterstützen und die Exportfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft zu verbessern.

Herr Kollege Kuhn hat heute Morgen von dem Ausbaupotenzial gesprochen. Ich bin mit ihm der Meinung, dass unsere Wirtschaft natürlich noch mehr wachsen und gedeihen könnte, wenn die Bundesregierung bei den Reformen in der Arbeits- und Sozialpolitik endlich vorwärts käme und eine Steuerreform auf den Weg brächte,

(Abg. Hauk CDU: Sehr richtig!)

die nicht nur Großunternehmen entlastet, sondern auch die vielen kleinen und mittelständischen Betriebe, die das Herzstück der baden-württembergischen Wirtschaft bilden

(Abg. Brinkmann SPD: Haben Sie zwei Monate keine Zeitung gelesen?)

und der Motor bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Tatsächlich wurde die Wirtschaft 1999 steuerlich belastet und nicht entlastet – durch die Ökosteuer, durch das Gesetz zu 630-DM-Jobs und die Reform der Scheinselbstständigkeit. All dies können Sie nachlesen in der Prognose 2000 des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages. Herr Brinkmann, Sie sind ja Mitglied der Mittelstandsdenquetekommission. Dort hört man durchgängig diese Klage der mittelständischen Unternehmer.

Eine qualifizierte Ausbildung ist der Schlüssel für die Einkommenschancen unserer jungen Menschen und für die Wachstumschancen unserer baden-württembergischen Wirtschaft. Deshalb freuen wir uns, dass wir bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen ein gutes Stück weitergekommen sind, wie dies heute Morgen schon thematisiert wurde.

77 953 Ausbildungsplätze, 3,4 % mehr als im Vorjahr, sind eine stattliche Anzahl. Hier möchte ich den Kammern und den ausbildenden Betrieben herzlich danken, aber ich glaube, auch die Arbeit der vom Land mitfinanzierten Lehrstellenbewerber hat sich bewährt. Nach dem Wehgeschrei der Opposition in den Vorjahren hätte ich eigentlich heute Vormittag hierzu ein positives Wort vonseiten der Opposition erwartet.

(Abg. Brinkmann SPD: Dazu sage ich gleich etwas Positives! – Abg. Deuschle REP: Das reicht doch auch noch heute Nachmittag, oder?)

Die Chance, Fachkräfte zu gewinnen, wird in naher Zukunft der Engpassfaktor sein. Umso unverständlicher ist deshalb die rot-grüne Politik in Berlin bei der Förderung des Meister-BAföG. Die Schröder-Regierung hat die Mittel gekürzt. Für junge Menschen, die sich zum Techniker, Meister oder staatlich geprüften Betriebswirt weiterbilden könnten, ist diese Förderung nicht mehr interessant. Die Zahl der Antragsteller geht zurück und dementsprechend auch die Mittel im Landeshaushalt.

Sie von der Opposition reden von Bildung und handeln dagegen.

(Abg. Hauk CDU: So ist es! – Abg. Schmiedel SPD: Märchenstunde, oder was?)

Nutzen Sie die Chance zur Umkehr, unterstützen Sie die Bundesratsinitiative von Baden-Württemberg und Bayern zur Verbesserung des Meister-BAföG. Sorgen Sie für die erforderliche Mehrheit, damit schon in diesem Jahr fortbildungswillige junge Menschen in den Genuss des Meister-BAföG gelangen können.

(Veronika Netzhammer)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Weil Mobilität der Arbeitnehmer . . .

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Gestatten Sie, Frau Kollegin Netzhammer –

**Abg. Veronika Netzhammer** CDU: . . . ohne Weiterqualifizierung oft nicht möglich ist

(Glocke des Präsidenten)

– nein;

(Heiterkeit)

ich weiß, was Sie fragen wollten –, wollen wir insbesondere den Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, Qualifizierungsmaßnahmen anbieten und auch finanziell ermöglichen. Deshalb nehmen wir entgegen der Behauptung von Herrn Maurer die Mittel des Europäischen Sozialfonds sehr wohl auch im Bereich des Wirtschaftsministeriums mit 2 Millionen DM jährlich in Anspruch.

(Abg. Brinkmann SPD: Das ist doch zu wenig!)

Allerdings müssen hier auch tragfähige Konzepte aus der Region vorliegen.

Um die Innovationsfähigkeit mittelständischer Unternehmen zu fördern, haben wir die Haushaltsansätze für das CI-Programm und das MT-Programm deutlich erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Existenzgründungen sind zur Erneuerung einer Wirtschaft unerlässlich. Wir sind froh, dass inzwischen die Risikobereitschaft bei der Privatbevölkerung deutlich gestiegen ist, sich an jungen Unternehmen oder am Risikokapitalfonds zu beteiligen. „In Deutschland herrscht Gründerzeit“, schrieb die FAZ gestern. Doch beileibe nicht alle Existenzgründer können von diesen privaten Kapitalgebern profitieren, insbesondere jene nicht, bei denen entweder das Risiko zu groß oder die Ertragsaussichten nicht interessant sind. Deshalb muss sich das Land weiterhin in der Risikofinanzierung engagieren. Bio-Valley Freiburg, Heidelberg, Ulm, Reutlingen, Tübingen sind inzwischen Markenzeichen baden-württembergischer Zukunftsregionen. Sie sind der Nukleus der Wirtschaftsstrukturen des 21. Jahrhunderts. Wir wollen diesen Ausbau weiter fördern und werden deshalb im kommenden Doppelhaushalt 10,5 Millionen DM zur Erweiterung der Bioparks Freiburg und Heidelberg einstellen.

Viele Gemeinden werden es begrüßen, dass endlich wieder die Erschließung interkommunaler Gewerbegebiete bewilligt werden kann, nachdem der Stau von Verpflichtungsermächtigungen abgebaut wurde. Der Messestandort Südwürttemberg wird durch die Verlegung der Messe Friedrichshafen gestärkt und vom Land mit je 5 Millionen DM unterstützt.

Wir begrüßen auch, dass in den kommenden Jahren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Hochrhein und am Oberrhein stärker gefördert wird. Diese Projekte helfen, die Märkte im angrenzenden Ausland Frankreich und Schweiz zu erschließen, und schaffen damit Wachstumschancen in den baden-württembergischen Grenzregionen.

Der Export ist der Wachstumsmotor unserer baden-württembergischen Wirtschaft. Auch die kleinen und mittelständischen Betriebe müssen sich diese Märkte erschließen durch Messebeteiligungen, technische Symposien oder Kooperationsbörsen. Sie scheitern aber oft an den Finanzen, wie uns wiederholt bei den Anhörungen der Mittelstandsenquetekommission geschildert wurde. Deshalb wollen wir uns hier in Zukunft stärker engagieren mit erhöhten Zuschüssen an die GWZ und der Förderung von Projekten, insbesondere zur Erschließung der Märkte Mittel- und Osteuropas und der wirtschaftlich interessanten Regionen in den Staaten der GUS.

Der Fremdenverkehr in Baden-Württemberg trägt wesentlich zum Volkseinkommen bei und ist nach unserer Meinung ausbaufähig. Doch der Gast des dritten Jahrtausends ist anspruchsvoll und hat ein weltweites Angebot zur Verfügung. Deshalb muss die Attraktivität des Angebots erhöht werden. Wir wollen weiterhin mit rund 25 Millionen DM jährlich die Infrastruktur im Fremdenverkehr verbessern, behalten aber die pauschale Förderung mit 15 Millionen DM an die Fremdenverkehrsgemeinden bei.

Orkan Lothar hat am zweiten Weihnachtsfeiertag unglaubliche Schäden in den Wäldern unseres Landes angerichtet.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das Wirtschaftsministerium beteiligt sich im Rahmen des 100-Millionen-DM-Pakets der Landesregierung an einer schnellstmöglichen Aufarbeitung der Schäden und unterstützt gewerbliche Investitionen durch ein Liquiditätshilfeprogramm von 5 Millionen DM.

Die CDU begrüßt auch die Stärkung der Verbraucherzentralen. Sie haben in den vergangenen Jahren einen Prozess der Konzentration und Modernisierung durchlaufen müssen. Die Customer-Case-Offensive, in die jetzt noch inhaltlich und technisch investiert werden muss, entspricht unseren Vorstellungen eines modernen Verbraucherschutzes und kann als Muster für den Einsatz neuer Medien gelten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg, Musterland im finanzpolitischen Ranking aller deutschen Bundesländer, die baden-württembergische Wirtschaft auf Wachstumskurs, Baden-Württemberg Hightechregion Europas – mit diesen handfesten Standortvorteilen im Tornister und einer Wirtschaftspolitik, die den Mittelstand fördert, auf Innovation, Qualifizierung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und weltweite Wettbewerbsfähigkeit setzt,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Genau so ist es!)

sind wir zu Beginn des dritten Millenniums gut gerüstet und können den vor uns liegenden Herausforderungen mit Zuversicht ins Auge blicken

(Veronika Netzhammer)

(Abg. Brechtken SPD: Dem Orkan ins Auge blicken! Lothar ins Auge blicken!)

und den Menschen in unserem Lande Einkommens- und Zukunftschancen bieten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Freie Rede und das Parlament! Furchtbar!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie, Frau Kollegin Netzhammer, sagen, Baden-Württemberg befinde sich im Aufschwung, dann ist dieses schwerlich zu widerlegen. Ich will dies auch nicht versuchen; denn diese Analyse stimmt. Nur: Ihre Schlussfolgerung, dass dies eine Folge der Politik der baden-württembergischen Landesregierung sei,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Unter anderem!)

stimmt natürlich nicht. Die baden-württembergische Landesregierung und der Wirtschaftsminister – –

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Veronika Netzhammer CDU: Trotz der Leistungen von Rot-Grün! – Abg. Brechtken SPD: Herr Kollege, das hat aber der Döring ganz allein gemacht! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Herr Kollege Drautz, hören Sie doch bitte einmal zu.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ganz genau, Herr Oberlehrer! – Lebhaftes Unruhe)

Der Herr Wirtschaftsminister behauptet dies ja auch immer, aber ich sage: Baden-Württemberg und seine Landesregierung profitieren hier von einer eindeutig positiven Politik der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Keitel CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Glauben Sie das etwa selbst?)

Drei Beispiele, Herr Kollege Keitel, belegt durch einen unverdächtigen Zeugen:

Erstes Beispiel: Entspannung auf dem Arbeitsmarkt.

(Abg. Keitel CDU: Oh liebe Zeit!)

Ich zitiere das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, ja nun sicher keine Einrichtung, die sozialdemokratisch unterwandert ist: „Baden-Württemberg in Wort und Zahl“, Ausgabe Januar 2000: Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Grund sei die Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, mehr Leute in Weiterbildungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Steuerfinanziert!)

Zweitens: Auch Sie haben sicher die Reform der Unternehmensbesteuerung noch nicht mitbekommen, wie die Kollegin Netzhammer:

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber ja, das dürfen Sie mir glauben!)

17 Milliarden für den Mittelstand.

(Abg. Hauk CDU: Was? Mark, oder wie?)

Zweites Beispiel: Überdurchschnittlicher Rückgang der Zahl jugendlicher Arbeitsloser. Kommentar des Statistischen Landesamts dazu:

(Abg. Hauk CDU: Demographie, Herr Kollege Brinkmann! – Unruhe)

Grund ist das Sofortprogramm der Bundesregierung für Jugendliche.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Drittes Beispiel: Positive Lehrstellenbilanz. Zitat des Statistischen Landesamts: Einen Ausbildungsstellenüberschuss gibt es in der Gesamtheit der westlichen Bundesländer. Nur in den östlichen Bundesländern ist es anders. Da bildet Baden-Württemberg keine Ausnahme.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Nirgends so viel wie bei uns! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ohnehin, Herr Kollege, nimmt Baden-Württemberg unter den westlichen Bundesländern in vielen Punkten wirtschaftlich sicher keinen Spitzenplatz mehr ein. Sie, Herr Kollege, sind wie ich Mitglied in der Mittelstandsenquete, und Sie werden es auch dort gehört haben: Der Lack vom Mittelstandsland Baden-Württemberg ist ab.

(Abg. Fleischer CDU: Was? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Hightechregion!)

Der Saldo zwischen Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen ist immer noch positiv,

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Ja!)

aber der Saldo zwischen Gewerbeanmeldungen und Gewerbeabmeldungen nimmt seit dem Ende der großen Koalition kontinuierlich ab und ist nunmehr auf dem geringsten Stand seit 1986.

(Minister Dr. Döring: Neue Bundesregierung! – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Nimmt aber wieder zu! – Unruhe)

Bei der Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten schneidet Baden-Württemberg in allen Größenklassen bis 500 Beschäftigte – das ist ja der Bereich, den Sie Mittelstand nennen, also nicht die europäische Definition – schlechter ab als der Durchschnitt der alten Bundesländer.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Wirtschaftsminister, der eigentlich etwas dagegen tun sollte, beschränkt sich in seiner Politik auf Ankündigun-

(Brinkmann)

gen. Und ich sage: Er verzichtet auf Gestaltung, und wenn er einmal versucht, den Kopf aus der Deckung zu strecken, dann ist gleich ein Ministerpräsident da, der ihn wieder zurückstutzt.

Auch hier einige Beispiele.

(Abg. Fleischer CDU: Worthülsen! – Abg. Rapp REP: Das ist aber hart!)

Im Dezember 1998 kündigte der Wirtschaftsminister ein Fünfjahresprogramm zur Förderung regenerativer Energien mit einem Volumen – ich zitiere – „von gut 200 Millionen DM vom Jahr 2000 an“ an. Im Januar 1999 nennt er schon keine Zahlen mehr, sondern spricht nur noch von einem Förderprogramm für alternative Energien. Fünf Monate später spricht der Ministerpräsident nur noch von der halben Summe, von 100 Millionen DM. Und einen halben Monat später nennt auch dieser keine Summe mehr.

Als wir dann in einem Landtagsantrag einmal Aufklärung über dieses Spiel haben wollten, hieß es in der Stellungnahme der Landesregierung lapidar:

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Förderung der erneuerbaren Energien wesentlich zu verstärken.

Nähere Aussagen über die Höhe und den Zeitraum von Förderprogrammen können erst nach der Beschlussfassung durch die Landesregierung gemacht werden.

Dies, Herr Minister, war im Juli des letzten Jahres. Ich frage mich: Braucht eine Landesregierung eigentlich wirklich länger als ein halbes Jahr für einen solchen Beschluss? Zumindest steht für dieses Förderprogramm „Regenerative Energien“ nichts im Haushalt drin.

Zweites Beispiel: Der Initiativkreis „Mittelstand und Handwerk 2000“ hat vor mehr als einem Jahr Empfehlungen vorgelegt. Umsetzungen gibt es bis heute nicht.

Drittes Beispiel: Hier ist eine Änderung des Gemeindeförderungsgesetzes von der Mehrheit dieses Landtags beschlossen worden. Nachdem dieses Gesetz, wie die meisten inzwischen eingesehen haben, den Interessen des Handwerks und des Mittelstands nicht gerecht wird, was die kommunalen Vergaben durch Gesellschaften in privater Rechtsform betrifft,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

wird offensichtlich im Wirtschaftsministerium daran gearbeitet, dies in ein novelliertes Mittelstandsförderungsgesetz einzubauen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da gehört es auch hin!)

Es ist bis heute noch nicht absehbar, wann dies je vorgelegt wird.

Viertes Beispiel: Landesentwicklungsplan. Der Landesentwicklungsplan ist Jahrzehnte alt. Jeder weiß, dass er novelliert werden muss. Man hört ab und zu, es gäbe inzwischen

einen Referentenentwurf. Herr Minister, legen Sie hier doch endlich einmal eine Novellierung des Landesentwicklungsplans auf den Tisch.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Dies alles sind Beispiele dafür, dass der Wirtschaftsminister – ich will nicht sagen: unter der Knute – unter dem Diktat des Ministerpräsidenten steht und nicht die Wirtschaftspolitik machen kann, die er für dieses Land eigentlich tun müsste.

(Beifall bei der SPD)

Im Haushalt fehlen positive Akzente für die Wirtschaftspolitik dieses Landes. Wir haben dazu Anträge vorgelegt. Wir möchten den sozialen Wohnungsbau besser ausstatten. Der Kollege Schmiedel wird nachher noch etwas dazu sagen.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Wir möchten eine Energiewende fördern. Wir müssen mehr Geld für das Programm Altbausanierung sowie für die Forschung, für den Mittelstand und für die berufliche Bildung aufwenden.

(Abg. Keitel CDU: Mietrecht!)

Herr Minister Döring, auch Sie versprechen dem Handwerk und den Organisationen des Handwerks seit Jahren immer wieder ein größeres Engagement für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Der vorgelegte Haushaltsentwurf lässt die Realisierung leider vermissen.

Schließlich noch ein versöhnliches Wort zum Schluss.

(Minister Dr. Döring: Hoi! – Abg. Bebber SPD: Warum das?)

Herr Minister, ich habe gehört, dass wir in Änderung des ursprünglich vorgesehenen Programms Ihren Etat heute behandeln, weil Sie sich einer gesundheitlichen Behandlung unterziehen müssen. Wir wünschen Ihnen von ganzem Herzen – namens meiner Fraktion und ich persönlich – alles Gute. Kommen Sie recht bald gesund und mit gestärktem Rückgrat wieder.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Deuschle REP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Hildebrandt.

(Abg. Rosely Schweizer CDU: Jetzt kommt ein Wirtschaftsexperte!)

**Abg. Dr. Hildebrandt** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass Wirtschaft in der Wirtschaft stattdessen, war die erklärte Meinung eines vor kurzem noch bekannten FDP-Wirtschaftsministers. Es ist ja ein merkwürdiger Umstand, dass ausgerechnet diese wirtschaftsliberale Partei, die nicht genug über die Bedrückung der Wirtschaft durch den Staat klagen kann, in allen Regierungen, an denen sie beteiligt ist, immer auf dem Posten des Wirtschaftsministers besteht. Die Führung dieser Ministerien ist dann so, als sollte damit bewiesen werden, dass es eine Wirtschaftspolitik nicht geben könne.

(Dr. Hildebrandt)

Begibt man sich auf die Suche nach einem erkennbaren, überzeugenden Konzept der Wirtschaftspolitik in diesem Land, so wird man nicht fündig. Durchwursteln auf hohem Niveau ist die Devise – hohes Niveau deshalb, weil Baden-Württemberg ein Land von hoher wirtschaftlicher Leistungskraft ist,

(Abg. Fleischer CDU: Das stimmt aber nur, wenn Sie von planwirtschaftlichen Vorstellungen ausgehen!)

durchwursteln, weil die Landesregierung damit zu wenig anzufangen weiß. Immer noch gilt: Diese CDU-FDP/DVP-Landesregierung profitiert von den Vorzügen des Landes mehr als das Land von irgendwelchen Vorzügen dieser Regierung.

(Beifall der Abg. Dr. Schäfer und Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wird aber nicht müde, sich die Vorzüge dieses Landes als ihre Verdienste anzurechnen, und versäumt dabei die Aufgabe, etwas für die Überwindung der Schwächen zu tun.

Die entscheidende Herausforderung für die Wirtschaftspolitik im Land ist der Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft,

(Abg. Wieser CDU: Was ist das für ein Begriff: „nachhaltig“?)

und der Kern dieses Strukturwandels ist der Abschied von den fossilen Energien, Kollege Wieser.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das ist richtig!)

Gerade bei der Förderung der regenerativen Energien ist dieses Land weit, weit zurückgefallen. Dazu wird der Kollege Witzel gleich noch mehr vortragen.

Wenn der Ministerpräsident heute Morgen auf die Zahl der Patente verwiesen hat, bei der das Land in der Statistik, wie jeder nachlesen kann, pro Kopf der Bevölkerung oben liegt, dann muss man, wenn er auf andere nicht hört, vielleicht den Präsidenten des Statistischen Landesamts zitieren, der eindeutig und verständlich darauf hingewiesen hat, dass die Zahl der eingereichten Patente noch nichts Ausreichendes darüber aussagt, wie dann in der Produktion und in der Wirtschaft des Landes der technische Fortschritt angewendet wird.

(Abg. Wieser CDU: Wer hat das behauptet? – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Aber es ist doch mal ein erster Schritt! Ohne Patente würde es noch weniger funktionieren!)

Von Modernisierung und Innovation wird viel gesprochen, und es wird ja auch daran gearbeitet. Viele Firmen in Baden-Württemberg haben damit begonnen, nach der Perfektionierung der End-of-Pipe-Technologien ihre Produkte und Produktionsverfahren daraufhin zu überprüfen, wie sie mit den Anforderungen der Erhaltung der natürlichen Grundlagen besser in Übereinstimmung gebracht werden können. Große, kleine und mittlere Unternehmen arbeiten daran, auf dem Weg zu einer Nullemission bei Produktionsverfahren und Produkten voranzukommen.

Aber mit diesen kreativen Potenzialen der Wirtschaft und der Wissenschaft hält die Technologiepolitik des Landes nicht Schritt. Technologie braucht eine Richtung, und das muss man Ihnen angesichts Ihrer unterschiedslosen Lobpreisungen der Biotechnologie spätestens dann klarmachen, wenn Sie sehen, dass die nicht absetzbaren Produkte der Gentechnik zum wirtschaftlichen Ruin derjenigen führen, die sie blind verfolgt und produziert haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Drautz FDP/DVP: Das ist ja abenteuerlich! – Abg. Wieser CDU: Sie sind der Nostradamus von Baden-Württemberg!)

Technologie braucht eine Richtung, die alte humane Frage nach dem Nutzen für wen. Der alte Imperativ, dass technische Entwicklung zu nichts anderem nutzen soll, als die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern, ist eben nicht veraltet. Wer die Antwort darauf verweigert, schneidet sich auch die Möglichkeit ab, den wirtschaftlichen Erfolg zu fördern, der durch den ökologischen Umbau möglich wird. Denn nach Technologie, die ökologisch nützt, besteht eine große Nachfrage.

Wir wollen diese enormen Potenziale, die sich im ökologischen Umbau verbergen, für die Wirtschaft Baden-Württembergs nutzbar machen. Der globale Umweltmarkt hat 1998 770 Milliarden DM umgesetzt, und verschiedene Beobachter erwarten eine enorme Steigerung in den nächsten Jahren. Ich sehe nicht, dass die Landesregierung Ausreichendes dafür tut, dass sich die Wirtschaft in Baden-Württemberg an diesem Erfolg beteiligt.

Der Wirtschaftsminister hat kein Konzept für diesen entscheidenden Kern heutiger Wirtschaftspolitik. Ich entnehme dem Bericht des Wirtschaftsministeriums zum Staatshaushaltsplan ein Zitat, das man als Eingeständnis dieses Fiaskos werten könnte:

Gerade jedoch in zukunftssträchtigen Gebieten, in denen das Land zum Beispiel durch das Verbundforschungsprogramm als Teil der „Zukunftsoffensive Junge Generation“ erfolgreich Projekte auf den Weg gebracht hat, wird es ohne entsprechende Mittelausstattung kaum mehr präsent sein, beispielsweise in den Bereichen „Neue Medien“ ... oder „Softwareentwicklung“.

Zusätzliche Impulse aus neuen Forschungsprojekten zur Jahrtausendwende können aber nur mit neuen Projektmitteln aus weiteren Privatisierungserlösen gesetzt werden.

Somit kann derzeit,

– so lese ich dort weiter –

zumindest aus den regulären Haushaltsmitteln, eine gerade im Übergang zur Informations- und Wissensgesellschaft erforderliche, kontinuierliche Technologiepolitik nicht im gebotenen Maß betrieben werden. Technologiepolitische Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich mittlerweile fast nur noch ad hoc aus den Privatisierungserlösen.

(Dr. Hildebrandt)

Dann heißt es als Fazit:

Eine Verstärkung der Technologie- und Innovationsförderung einschließlich zuverlässiger, innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen ist daher dringend geboten.

Meine Damen und Herren, seit Beginn dieser Legislaturperiode fordern wir eine stetige, überprüfbare, evaluierte Technologieförderung. Nach vier Jahren sagt der Wirtschaftsminister in seinem Bericht,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

sie sei dringend geboten. Wir hätten erwartet, dass in diesen vier Jahren ein Teil davon schon verwirklicht worden wäre.

Noch eines: Die Hoffnung des Wirtschaftsministers auf sprudelnde neue Privatisierungsmittel ist ein weiterer Hinweis darauf, wie verfehlt die Konstruktion der Stiftung mit den Milliardenlösen aus dem Verkauf der EnBW-Anteile ist, eine Stiftung, die eine dringende staatliche Aufgabe an die juristische Konstruktion der Gemeinnützigkeit knüpft. Im Übrigen: Meine Gesprächspartner haben früher immer gedacht, das Handeln einer Landesregierung stehe ohnehin immer unter dem Gebot der Gemeinnützigkeit, aber sie denken nicht juristisch.

Es ist auch darauf hinzuweisen: Die Technologiepolitik ist auch für die kleineren und mittleren Unternehmen ein entscheidender Vorteil. Der Rechnungshof rügt doch nicht ohne Grund, dass das mit der Förderung der Institute für die wirtschaftsnahe Forschung verfolgte Ziel, den Technologietransfer vor allem in die mittelständischen Unternehmen, die die Wirtschaft des Landes prägen, zu unterstützen, durchweg nicht erreicht worden sei. Dabei geht es nicht nur darum, Geld aufzubringen und in die verschiedenen Fördertöpfe zu werfen. Dabei geht es auch darum, dass man ein Konzept für die Entwicklung dieser Technologiepolitik haben muss.

Der entscheidende Hebel dafür ist eine Politik, die die Regionen stärkt. Die Landesregierung hat dazu kürzlich sehr viel Beherzigenswertes gesagt. Das heißt, Regionalpolitik, Stärkung der Netzwerke in den Regionen ist bei der Landesregierung oder zumindest bei den Beamten in der Landesregierung, die die Texte schreiben, als Konzept, als Vorstellung schon angekommen, nicht aber in den Vorschlägen der Landesregierung selbst.

Es gibt eine Erklärung dafür, dass die Landesregierung den in den Ministerien von Beamten formulierten Einsichten nicht folgt: Es liegt wohl daran, dass sich die CDU wie ein Mehltau über das Land legt und ihre Machterhaltung an ein entsprechendes Netzwerk von Macht und nicht von Regionen knüpft.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: Das sind ja kühne Konstruktionen! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

– Herr Wieser, das wird bei denen, die entsprechende Erfahrungen damit machen, schon sehr einsichtig sein.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Arbeitslosen wird in unserem Land im kommenden Jahr zurückgehen. Die Voraussetzungen für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit gut. Die konjunkturellen und bundespolitischen Rahmenbedingungen verbessern sich.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Es gibt also Chancen für einen Strukturwandel zum Vorteil der Wirtschaft in Baden-Württemberg. Wenn aber die absolute Zahl der Arbeitslosen sinkt, so verschwinden die spezifischen Probleme der Arbeitslosigkeit in unserem Land nicht. Sie verschärfen sich vielmehr noch: mehr Langzeitarbeitslose, eine größere Zahl weniger qualifizierter Arbeit Suchender, mehr Frauen, die Arbeit suchen, Branchen, denen es schlechter geht als anderen, und Regionen mit größeren Schwächen in der Beschäftigung als bei anderen. Gerade hier könnte das Land mehr tun als bisher. Eine Politik, die die Regionen stärkt, ist im Vorteil. Sie kann die regionale Wirtschaftsförderung mit aktiver Beschäftigungspolitik in der Region verbinden.

Was macht die Landesregierung? Sie setzt das Bündnis für Bildung und Beschäftigung mutwillig aufs Spiel. Statt hier im Bündnis mit den Akteuren in Baden-Württemberg und mit der Gewerkschaft zu vereinbaren, was in den Regionen zur Qualifizierung von Beschäftigung getan werden kann, statt einen Fonds für Bildung und Beschäftigung einzurichten, in dem die von Arbeitslosigkeit Bedrohten schon im Vorfeld aufgefangen, qualifiziert und für den Arbeitsmarkt wieder befähigt werden können – eine Politik, die gerade den kleinen und mittleren Unternehmen nützt –, lässt die Landesregierung mutwillig zu, dass das Bündnis für Bildung und Beschäftigung nicht erfolgreich ist.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Grau, grau ist alle Theorie!)

– Das ist sehr praktisch. Fragen Sie einmal den DGB.

Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten sind nach wie vor unterfinanziert.

Die Ausbildungsverbände sind nach wie vor nicht ausreichend gefördert, es gibt immer noch zu wenig Kontaktstellen Frau und Beruf. Das Land sollte sich endlich dazu entschließen, die angekündigte Stiftung für Weiterbildung auf den Weg zu bringen. Sie sollten sich darauf verständigen, ein Sanierungsmanagement im Land einzuführen, damit es, wenn es mal zum Schwur kommt, nicht bloß bei den großen Unternehmen zu Hilfen kommt, sondern dass auch die kleineren und mittleren Unternehmen – die Beschäftigten und Unternehmer – dieses Sanierungsmanagement in Anspruch nehmen können.

(Minister Dr. Döring: Also, so ein Unsinn, den Sie da erzählen!)

Dazu sollten auch die von der EU bereitgestellten Fördermittel des Europäischen Sozialfonds wirklich genutzt werden. Diese Mittel sind ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument.

Meine Damen und Herren, Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt.

(Dr. Hildebrandt)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: So weit sind Sie schon! Doll ist das! – Weitere Zurufe: Sehr richtig!)

Aber Sie sehen: Es gibt genug zu tun für eine Wirtschaftspolitik, wenn man sie will, und es gilt auf genügend Vorschläge einzugehen, die es gibt, wenn man sie sieht. Dazu braucht es eine Wirtschaftspolitik, zu der der FDP/DVP-Wirtschaftsminister allerdings offensichtlich nicht fähig oder nicht willens ist. Dazu braucht es einen Wirtschaftsminister, dessen Talent in mehr besteht als darin, Aufmerksamkeit zu erregen. Ich meine, sein vorzügliches Arbeitsinstrument scheint die Posaune zu sein, mit der er sich auf allen möglichen Feldern – man ist versucht, es so zu sagen – „betätigt“. Ich glaube, dass dieses Land diese Wirtschaftspolitik nicht verdient hat, und wir werden nicht aufhören, daran zu arbeiten, dass sie sich ändert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Fauser.

(Abg. Schmiedel SPD: Jetzt wird es schwer!)

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Hildebrandt, was Sie gerade ausgeführt haben, war ein Beschäftigungsprogramm

(Abg. Deuschle REP: Für Akademiker!)

für noch mehr Beamte. Das, was aus Ihnen sprach, war wahrscheinlich der Neid der Nichtbesitzenden. Es ist natürlich zugegebenermaßen für eine Opposition schwierig, bei einer solch hervorragenden Wirtschaftspolitik und bei einem solch hervorragenden Ergebnis

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Anhaltspunkte zu finden und im Grunde genommen mühsam zu versuchen, alles, was hier an Positivem geleistet wurde, kaputtzureden.

Meine Damen und Herren, wir haben einen ganz hervorragenden Standort, und dies nicht wegen der neuen rot-grünen Regierung in Berlin. Wir haben Glück, wir haben trotzdem noch eine florierende Wirtschaft, und man kann hoffen, dass in Berlin nicht noch mehr Unsinn, als es im letzten Jahr der Fall war, angestellt wird, um uns diesen wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen.

Die Ökosteuer, die Neuregelungen zur Scheinselbstständigkeit und zu den 630-DM-Jobs, die extreme Verlängerung von Abschreibungszeiten wirken auf jeden Fall investitionshemmend. Wir, meine Damen und Herren, sind der Meinung, dass wir selbstverständlich unseren großen Erfolg hier im Land auch unserer guten mittelständischen Wirtschaftsstruktur verdanken.

(Abg. Deuschle REP: Das sowieso!)

Ohne die vielen kleinen und mittelgroßen Unternehmen, die Unternehmerpersönlichkeiten im Land hätten wir weniger Innovation, weniger Wachstum und mehr Arbeitslose.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dazu brauchen wir auch in Zukunft faire Chancen für den Mittelstand, eine Deregulierungsoffensive, die Unterstützung kleinerer Firmen, zumal beim Einstieg in internationale Märkte, eine weitere Exportoffensive, wir brauchen eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. All dies, meine Damen und Herren, machen wir hier im Land mit großem Nachdruck.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU)

Der Mittelstand steht an erster Stelle unserer Politik, und das sieht man an den Rahmenbedingungen, aber auch an den Förderprogrammen des Landes. Wenn Sie hier sagen, das sei alles noch nicht genug, da müssten noch ein paar Millionen drauf, andererseits nach einer geringeren Verschuldung rufen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wir können natürlich nicht alles, was wünschbar wäre, machen, weil Sie hiermit die Quadratur des Kreises verlangen würden.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Altbaumodernisierungsprogramm; das liegt uns sehr am Herzen, weil es wirklich das Handwerk hier im Lande unterstützt.

(Abg. Brinkmann SPD: Am Herzen liegen reicht aber nicht!)

– Ach, kommen Sie! Ihnen reicht immer alles nicht.

Das CI-Programm, dessen Dotierung wir im vorliegenden Haushalt noch einmal erheblich verbessert haben, kommt direkt dem Technologietransfer zugute. Die Intensivierung von Marketingmaßnahmen zugunsten des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg im internationalen Bereich hilft gerade Mittelständlern auf ausländischen Märkten.

Wer hier hinsteht und sagt, das Land tue nichts, das sei alles zu unbekannt und wir müssten mehr für die Regionen machen, aber gleichermaßen fordert, die Imagekampagne sofort einzustellen, ist inkonsequent.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Wieser CDU)

Ich darf Ihnen sagen: Auf die Initiative des Wirtschaftsministers ist in diesem Land erstmals eine Mittelstandsenquêtekommission eingerichtet worden.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? Wo ist die Chefin?)

– Ja, aber auf dessen Initiative.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Wirtschaftsminister war der Übeltäter! – Abg. Brinkmann SPD: Jetzt hat sie sich verraten!)

Diese Kommission arbeitet hervorragend. Ich darf Ihnen sagen: Herr Schmiedel, Sie brauchen eben auch Leute mit Ideen. Sie dürfen versichert sein, dass wir solche Leute haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Der Minister braucht Rat! – Abg. Brinkmann SPD: Sondersitzung der Enquete-kommission!)

(Beate Fauser)

Bei allen Diskussionen – meine Damen und Herren, das gilt besonders für Rot-Grün – wird sichtbar, dass wir inzwischen den Unternehmen mit überzogenen Sicherheitsauflagen und nicht unbedingt immer sachdienlichen Umweltvorschriften das Leben schwer machen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

Abgaben und Bürokratiekosten erhöhen. Ich kann nur darauf hinweisen, dass es nicht sonderlich gut ist, dass zukünftig im Grunde genommen Zweimannbetriebe auch noch eine medizinische und technische Betreuung brauchen, also zum Beispiel jeder Buchhändler. Es ist ein Verdienst der FDP/DVP-Fraktion und des Wirtschaftsministers, dass endlich die Deregulierung aktiv aufgegriffen wurde. Der Bürokratiekosten-TÜV hat schon einiges erreicht: die Aufhebung der Preisprüfung beim Strom, die Änderung der Kehr- und Überprüfungsverordnung der Schornsteinfeger und den Abbau der Landesstatistiken. Aber die Deregulierung muss noch beschleunigt werden.

(Abg. Wieser CDU: Aber für die Schornsteinfeger sind die Schwarzen zuständig! Das müssen Sie lassen!)

Hierbei müssen alle Ministerien eingebunden werden.

Ein Erfolg ist zweifellos die Einbringung der Subsidiaritätsklausel in das neue Gemeindefinanzrecht. Dies ist für die Unternehmen ein wichtiger Zusatz, und wie wir an dem Offenburger Gerichtsurteil sehen, bringt es auch erste Erfolge. Der Vorstoß der rot-grünen Opposition, beim Vergaberecht noch mehr Regelungen einzuführen, macht deutlich, dass Rot-Grün anscheinend keine Ahnung von den bereits in diesem Bereich bestehenden Auflagen hat.

(Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Es gibt heute schon Unternehmen, die es ablehnen, sich überhaupt an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen, weil diese einfach viel zu kompliziert sind.

(Abg. Brinkmann SPD: Haben Sie etwas gegen die VOB?)

Es war außerordentlich wichtig und verdienstreich, dass vonseiten der FDP/DVP und des Wirtschaftsministers zur VOB und VOL nachdrücklich unterstrichen und auch zugesagt wurde, dass diese im Mittelstandsförderungsgesetz berücksichtigt werden sollen.

(Abg. Schmiedel SPD: Noch eine Richtlinie? – Abg. Pfister FDP/DVP: Was sein muss, muss sein!)

Völlig unverständlich und mittelstandsfeindlich ist der Vorschlag der Grünen, die Sonderabfallabgabe nicht zurückzuzahlen.

Eine florierende Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern braucht Vertrauen. Sie schafft Arbeitsplätze. Zur Reduktion der Arbeitslosenzahlen hat vor allem die Existenzgründungsoffensive des Landes beigetragen. In einer globalisierten Kommunikations- und Wissensgesellschaft brauchen wir innovative mobile Unternehmer und Unternehmerinnen, die sich den neuen Herausforderungen stellen. Wir

brauchen eine neue Unternehmenskultur. Dies setzt allerdings die entsprechenden Rahmenbedingungen voraus und keine Planwirtschaft, die einzelne Produkte fördert,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Unglaublich!)

keine halbherzige Steuerreform, die Personengesellschaften kaum entlastet und eine weitere Verkomplizierung des Steuerrechts befürchten lässt. Wir wollen die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen stärken. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Diese wird auch in Zukunft weiter beschleunigt.

(Abg. Schmiedel SPD: Klar!)

Die vom Wirtschaftsministerium geförderte Verbundforschung hat eine bemerkenswert gute Resonanz. Die Unternehmen bewerten die Projekte zu 97 % als positiv. Im Mittelpunkt der Verbundforschung steht die schnellere Realisierung von Forschungsergebnissen bei der Produkt- und Verfahrensentwicklung, ob Lasertechnik, Medizintechnik, Materialforschung oder Umwelttechnik. In Baden-Württemberg gibt es die meisten Max-Planck-Institute und die meisten Fraunhofer-Institute. Wir haben 260 Technologiezentren. Die Verbesserung der Förderung von wirtschaftsnahen Instituten,

(Abg. Schmiedel SPD: Ihr regiert aber erst seit drei Jahren!)

die die Ausstattung mit zeitgemäßer Technologie ermöglicht, um den Technologietransfer voranzutreiben, gehört ebenso zur modernen Wirtschaftspolitik von Baden-Württemberg wie die Einrichtung von Gründerzentren an Universitäten. Sie sollten wirklich an die Universitäten gehen und sich darüber informieren, dass diese Gründerzentren hervorragend ankommen. Ob Biotechnologieregion oder Business-Plan-Wettbewerb, ob Jungunternehmen oder Cyber-One-Wettbewerb, dies alles sind Mosaiksteine für eine moderne, zukunftsweisende Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, dadurch haben diese Jungunternehmen erstmalig die Gelegenheit, auch Venture Capital zu erhalten.

(Zuruf von der CDU: Was ist denn das?)

In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren in Baden-Württemberg sehr viel getan. Wer den Markt auch nur annähernd beobachtet, weiß, dass wir hier eine wirkliche Revolution erleben.

(Abg. Schmiedel SPD: Wann ist denn die?)

Selbstverständlich ist mehr immer besser. Aber wir haben die modernste Photovoltaikfabrik in der Bundesrepublik überhaupt. Sie ist in keinem rot-grünen Land zu finden, sondern in Baden-Württemberg.

(Zuruf von der SPD: Wo?)

Im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik steht die Schaffung zukunftsweisender Technologien wie die Solarfabrik

(Beate Fauser)

in Marbach. Wir haben auch Solarzentren in Freiburg und in Ulm.

(Zuruf von der SPD: Die steht aber noch nicht!)

– Sie ist aber demnächst in der Produktionsphase.

(Abg. Schmiedel SPD: Zwei Jahre noch!)

– Herr Schmiedel, gehen Sie hin und helfen Sie bauen, dann geht es schneller.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit)

Wir müssen tatsächlich unter dem Gesichtspunkt der demnächst in Baden-Württemberg anstehenden Unternehmensübergaben einiges tun. In rund 7,5 % der Unternehmen, so rechnet das Institut für Mittelstandsforschung, werden Betriebsübergaben zu einer Stilllegung des Unternehmens führen. Dies könnte zu einem Abbau von etwa 28 000 Arbeitsplätzen führen. Dies gilt es zu vermeiden. Deshalb ist es ein Skandal, dass Großunternehmen Industrieanteile steuerfrei veräußern dürfen,

(Abg. Deuschle REP: Aber der Mittelstand nicht! –  
Abg. Wieser CDU: Das ist die Partei des Großkapitals!)

dass aber der Mittelstand bzw. kleine und mittlere Unternehmen erhebliche Steueraufschläge hinzunehmen haben. Das wird bei der Übergabe von Firmen zu weiteren Problemen führen.

Meine Damen und Herren, der Abbau der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenzahl um 27 000 ist der stärkste Rückgang in der gesamten Bundesrepublik. Jetzt frage ich, wo die fortschrittliche Wirtschaftspolitik der SPD-regierten Länder ist. Wir hoffen, dass durch eine weiterhin prosperierende Wirtschaft die Zahl unter 300 000 sinkt und wir die Arbeitslosenquote im Jahre 2000 auf 6 % drücken können.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Wie Sie wissen, belastet uns die Arbeitslosigkeit junger Menschen ganz besonders. Junge Menschen sollten dringend den Einstieg in den Arbeitsmarkt finden. Das Angebot von Lehrstellen ist deshalb von großer Bedeutung. Es gibt überhaupt niemanden, der sich mehr darum bemüht, Ausbildungs- und Lehrstellen zu finden, als das Wirtschaftsministerium in Baden-Württemberg.

(Abg. Wieser CDU: Doch, der Döring!)

Wir können darauf hinweisen, dass wir im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 3,4 % Ausbildungsplätzen haben. Das Lehrstellenangebot wurde nicht durch eine Zwangsabgabe erreicht, sondern stattdessen wurde auf die Bereitschaft der Akteure im Bündnis für Ausbildungsplätze gesetzt – und dies sehr erfolgreich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Es ist wirklich allen Unternehmen zu danken, die hierbei ihre gesellschaftspolitische Verantwortung übernommen haben. Die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung,

wofür die Mittel im Rahmen des vorliegenden Doppelhaushalts erhöht werden konnten, und der Ausbildungsverbünde sowie das Programm für Lehrlinge aus Konkursbetrieben waren hierbei von Bedeutung. Angesichts der weiter steigenden Zahl der Schulabgänger dürfen wir in unseren Anstrengungen natürlich nicht nachlassen.

Besonders positiv war für uns, meine Damen und Herren, die erfreuliche Entwicklung im Tourismus. Die Tourismusförderung konnte strukturell verbessert und im Volumen erhöht werden. Durch die gezielte Projektförderung werden neue Attraktionen mit überregionaler Anziehungskraft unterstützt.

Da dieser wichtige Dienstleistungsbereich besonders arbeits- und lohnintensiv ist, sollte die Regierung in Berlin dringend ihre Politik überdenken, unsere Bundesratsinitiative vom letzten Jahr aufgreifen und die Abschaffung der Trinkgeldbesteuerung sowie die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Dienstleistungen mit Nachdruck vorantreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum vorliegenden Doppelhaushalt – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Brinkmann?

**Abg. Beate Fauser FDP/DVP:** Nein.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist aber unkollegial! – Abg. Pfister FDP/DVP: Setzen, Brinkmann! –  
Abg. Brinkmann SPD: Dann sagen Sie die Wahrheit! – Heiterkeit)

Zum vorliegenden Doppelhaushalt möchte ich zum Schluss zwei zentrale Punkte ansprechen.

Meine Damen und Herren, der Verkauf der Landesanteile an der Energie Baden-Württemberg AG sichert die Zukunftsfähigkeit des Landes in einem sich international entwickelnden Energiemarkt. Ein großer strategischer Partner war unabdingbar. Die Liberalisierung des Strommarkts war und ist für unsere energieintensiven Branchen im Land von großer Bedeutung. Die Preise konnten erheblich gesenkt werden. Herr Brinkmann, Herr Dr. Witzel und einige andere, die seit Jahren predigen, dass die Verbraucher keinerlei Preisreduktionen zu erwarten hätten, haben sich alle gründlich getäuscht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Diese Unkenrufe konnten alle widerlegt werden. Auch für die Normalverbraucher sanken die Preise um bis zu 10 %.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Da brauchte man nicht einmal zu Yello Strom zu wechseln.

Meine Damen und Herren, soziale Marktwirtschaft ist etwas Positives. Was Sie zum Teil anstreben, scheint mir mehr eine Art Planwirtschaft zu sein. Erfreulich ist, dass in Baden-Württemberg auch in diesem Jahr der Primärenergieverbrauch deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt zu-

(Beate Fauser)

rückgegangen ist. Der Gesamtenergieverbrauch, die Relation zwischen Primärenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum, ist um 3,3 % gesunken. Energieeffizienz und Energieeinsparung werden weiter vorangetrieben, und es werden hier, falls Gelder vorhanden sind, selbstverständlich auch noch Mittel aufgestockt. Unter anderem möchte ich das Altbausanierungsprogramm nennen.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Allerdings sehen wir im Moment keine Notwendigkeit, direkte Subventionen für regenerative Energien zu gewähren. Der Bund gibt in Zukunft 99 Pfennig für eine Kilowattstunde Solarstrom aus. Ich denke, das reicht an Subventionen, zumal vom ZSW gesagt wurde, dass langfristig eine Kilowattstunde für 70 Pfennig produziert werden könne.

Meine Damen und Herren, die Verbraucherzentrale – das möchte ich noch zum Schluss sagen – hat sich in den vergangenen Jahren durch Umstrukturierung massiv auf neue Gegebenheiten des Marktes umstellen müssen. Ich muss sagen: Als verbraucherpolitische Sprecherin meiner Fraktion bin ich froh, dass die Verbraucherzentrale dies außerordentlich positiv bewerkstelligt und überstanden hat und die Neustrukturierung auch für die Verbraucher sehr gut gelungen ist. Deshalb ist es positiv, dass die Zuschüsse an die Verbraucherzentrale zur Verbesserung der technischen Ausstattung, die für eine zeitgemäße Beratung unabdingbar ist, aufgestockt wurden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wirtschaftsministerium erwartet, dass im Jahr 2000 die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wieder an Tempo gewinnt und ein Wirtschaftswachstum von rund 3 % erreicht werden kann. Ob dadurch die Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann, vor allem die strukturell bedingte Sockelarbeitslosigkeit, muss bezweifelt werden, da wir eine höhere Beschäftigungsschwelle als andere Länder haben. Sollten wir hier jetzt keine Erfolge erzielen können, gehen wir mit einem sehr hohen Sockel an Arbeitslosen in die nächste Rezession.

Was sind die Gründe dafür, dass wir in Baden-Württemberg mit 2 % eine höhere Beschäftigungsschwelle, das heißt ein Wirtschaftswachstum, bei dem neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, haben, die erheblich über der in den USA mit rund 0,4 % liegt? Dazu ist ein kurzer Blick auf die unterschiedlichen Beschäftigungsordnungen notwendig. Da gibt es hauptsächlich zwei Modelle: das deutsche oder baden-württembergische Modell einer Hochproduktivitätsordnung, dem ein angelsächsisches oder auch skandinavisches Modell einer Hochbeschäftigungsordnung gegenübersteht.

Unsere Ordnung ist vom Normalarbeitsverhältnis geprägt. Sie ist industriell orientiert, setzt weitgehend auf die Trennung von Erwerbs- und Hausarbeit und wird noch durch einen Flächentarifvertrag abgesichert.

Das angelsächsische Hochbeschäftigungssystem ist dagegen dadurch charakterisiert, dass verschiedene Aufgaben, die bei uns zum Beispiel unter Hausarbeit organisiert sind, zur Erwerbsarbeit zählen, dass der Dienstleistungssektor stärker ausgebaut ist und dass es mehr individuelle Arbeitsverträge und auch betriebliche Vereinbarungen gibt.

Sind nun die Amerikaner auf das Zeitalter des digitalen Kapitalismus, wie Peter Glotz dies nennt –

(Abg. Roland Schmid CDU: Oh!)

– Peter Glotz ist Ihnen doch hoffentlich bekannt. Er ist ein intelligenter Sozialdemokrat – davon gibt es nicht so viele, aber immerhin –, der in Erfurt Wegweisendes geschaffen hat.

Sind also die Amerikaner für dieses Zeitalter besser gewappnet als wir? Die Entwicklung der Kommunikationstechnologie wird, so sagt uns Glotz voraus, ein weiteres Auseinanderdriften unserer Gemeinschaft zur Folge haben und eine Vollbeschäftigung in der gewohnten Form immer unmöglicher machen.

Glotz spricht auch davon, dass wir eine beschleunigte Gesellschaft erhalten, die dadurch gekennzeichnet ist, dass zwei Drittel der Bevölkerung, die so genannten Beschleunigten, die Chancen von Internet und anderem offensiv nutzen, gut bezahlte Arbeitsplätze haben und mit den Eliten anderer Länder global kommunizieren.

(Abg. Schmiedel SPD: Das Thema ist der Landeshaushalt!)

– Herr Kollege Schmiedel, ich muss hier schon auf solche Fragen eingehen. Dass Sie das natürlich nicht verstehen, ist eine andere Sache. Deswegen können Sie heute von meinem Diskussionsbeitrag einiges lernen, Herr Kollege.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Roland Schmid CDU: Einbildung ist auch eine Bildung!)

Daneben gibt es ein Drittel der Bevölkerung, das mit den technologischen Anforderungen nicht mehr fertig wird. Diese Menschen sind zum Teil arbeitslos und werden psychisch krank. Wir Republikaner fordern Sie, Herr Minister, und die Landesregierung insgesamt, eigentlich auch die SPD, auf, sich mehr dieser Menschen anzunehmen und diese Menschen nicht als Modernisierungsverlierer zu denunzieren und in die Ecke zu stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Veronika Netzhammer CDU: Das macht doch auch niemand!)

In Baden-Württemberg existiert ein Arbeitsplatzdefizit bei sozialen und personenbezogenen Dienstleistungen, nicht, wie Herr Kuhn von den Grünen fälschlicherweise heute Morgen gesagt hat, bei den unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Hier sind wir recht gut organisiert. Dass hier bei den personenbezogenen Dienstleistungen ein Defizit besteht, liegt daran, dass diese Dienstleistungen nicht so produktiv sind wie die der Industrie oder die produktionsnahen Dienstleistungen.

(Deuschle)

Daraus folgt, dass persönliche und soziale Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialwesen, in der Unterhaltungs- und Freizeitindustrie nur dann als Erwerbsarbeit organisiert werden können, wenn sie entweder staatlich mitfinanziert oder niedriger bezahlt werden. Welches Konzept, Herr Wirtschaftsminister, haben Sie, um diese wohl nicht wegzudiskutierende Dienstleistungslücke bei öffentlichen und privaten Dienstleistungen und auch im Gaststättengewerbe zu schließen?

Dies ist umso dringlicher, als der Strukturbericht zur wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Lage der IHK Stuttgart und der IG Metall ergeben hat, dass allein in der Region Stuttgart über 212 000 Menschen gering qualifiziert sind und deren Arbeitsplätze kurz- und mittelfristig stark gefährdet sind.

So mussten Sie ja, Herr Minister, auch in der Antwort auf eine Große Anfrage von uns einräumen, dass zwischen 1992 und 1999 die Zahl der Beschäftigten mit Abitur und Berufsausbildung zwar leicht zugenommen habe, aber bei Haupt- und Realschülern ohne Berufsausbildung oder mit nur geringer Ausbildung ein starker Beschäftigungsabbau von immerhin 240 000 Stellen zu beobachten war.

Interessanterweise hat sich dieser starke Arbeitsplatzabbau sowohl im produzierenden Gewerbe als auch bei den einfachen Dienstleistungen vollzogen. Wenn man nun weiß – was Sie ja auch eingeräumt haben, Herr Wirtschaftsminister –, dass das verarbeitende Gewerbe mit über 220 000 ausländischen Arbeitnehmern der Hauptarbeitgeber für diese Zuwanderer ist, ergibt sich hier durchaus eine gewisse Dramatik.

Statt gut ausgebildete Arbeitskräfte ins Land zu holen, leistet sich Baden-Württemberg eine Sozialhilfezuwanderung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Drautz  
FDP/DVP: Jetzt sind wir wieder beim Thema!)

– Herr Kollege Drautz, ja, das ist schon ein Thema. Auch der Herr Wirtschaftsminister hat diese Fragen in verschiedenen Interviews sehr deutlich angesprochen. Sie müssen vielleicht einmal in einer Fraktionssitzung mit ihm darüber reden. Ich billige ihm hier schon mehr Sachverstand zu als Ihnen.

(Beifall bei den Republikanern)

Dies zeigt sich, Herr Kollege Drautz, sehr deutlich daran, dass unter den staatlichen Unterstützungsleistungen der Sozialhilfe eine überproportionale Inanspruchnahme durch Nichtdeutsche eingeräumt werden muss, was ja auch die Landesregierung hier zugegeben hat.

(Abg. Roland Schmid CDU: Das hätten Sie auch gleich sagen können! Darum hätten Sie nicht herumreden müssen!)

– Herr Kollege Schmid, auch Sie sollten Drucksachen der von Ihnen getragenen Landesregierung ernsthaft lesen und im Übrigen auch verstehen. Dann würden Sie zu den gleichen Erkenntnissen wie ich kommen.

(Abg. Roland Schmid CDU: Nein, das glaube ich nicht!)

Ich stelle fest: Die Eingliederung ausländischer und deutscher Arbeitsloser bzw. Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt ist vor dem Hintergrund der Tatsache, dass laut eigener Aussage der Landesregierung ein weiterer Abbau von staatlichen „Nichtwettbewerbsreservaten“ – da denkt man an städtische Bauhöfe und Ähnliches – unumgänglich ist, nicht möglich. Das heißt, dass dadurch eine Eingliederung dieser Menschen so gut wie ausgeschlossen werden kann. Deshalb muss alles getan werden, um eine weitere Einwanderung von gering qualifizierten Zuwanderern nach Baden-Württemberg zu verhindern.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Landesregierung sieht die Entwicklungszusammenarbeit als entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern und bekennt sich zu einer globalen Strukturpolitik. Abgesehen davon, dass wir Republikaner die Entwicklungshilfepolitik hauptsächlich als Bundesaufgabe einschätzen, kann die Landesregierung mit ihrem bescheidenen Etat ihrem eigenen, etwas großspurigen Anspruch bei weitem nicht gerecht werden. Die Konferenz von Seattle hat durchaus gezeigt, dass man eine Grundsatzdebatte über Entwicklungszusammenarbeit auch hier im Landtag führen muss. Im Kern ging es ja bei den dortigen Demonstrationen und beim Scheitern der Konferenz um eine sehr gefährliche Ideologisierung einer globalen sozialen Frage, auf die bisher von den Regierungen keine ausreichenden Antworten gegeben worden sind.

William Pfaff, Essayist der „Los Angeles Times“, hat dies deutlich gemacht. Ich zitiere:

Der Ruf nach allgemeiner globaler Deregulierung, heute allgemein Globalisierung genannt, den viele ernsthafte Leute nachdrücklich kritisieren, ist ein ideologischer Kreuzzug.

Es stellen sich dann Fragen, auf die auch die Landesregierung einmal Antwort geben sollte: Wo ist eigentlich, Herr Wirtschaftsminister, in Zukunft die zivile Verantwortung aufgehoben, wenn die Staaten schwächer als die globalen Firmen werden? Es stellt sich hier schon die Frage, wer eigentlich in einem Land wie Saudi-Arabien oder Nigeria oder in anderen Ländern Schwarzafrikas das Sagen hat: einige multinational organisierte Großkonzerne oder die dortigen nationalen Regierungen. Haben wir es, wenn wir dies etwas kritisch sehen, bei der Globalisierung in diesen Ländern nicht mit so etwas wie einer Feudalordnung zu tun, wo Manager von Großfirmen einen Begriff einer weltweiten globalen Elite durchsetzen, ohne Rücksicht auf die kulturellen Gegebenheiten der kleinen Nationen zu nehmen?

Um diesen Entwicklungsländern eine wirkliche Chance für eine eigenständige Entwicklung zu geben, ist es auch notwendig, den Begriff, die Ideologie der einen Welt doch sehr kritisch zu hinterfragen.

(Beifall bei den Republikanern)

Dazu fordere ich alle entwicklungspolitisch Interessierten auch aus den Kirchen auf. Wir sollten nicht zulassen, dass allmächtige Kapitalinteressen in diesen Ländern besser durchgesetzt werden können, weil man hier die Ideologie der einen Welt lebt.

(Deuschle)

Wir Republikaner unterstützen die Landesregierung auch weiterhin darin, den Schwerpunkt der Wohnungsbaupolitik bei der Eigentumsförderung zu belassen. Die Sanierung und Modernisierung des bestehenden Wohnungsbestandes ist für unsere Fraktion auch aus ökologischen Gründen sehr wichtig. Deshalb wollen wir die Mittel für das Landesmodernisierungsprogramm im Doppelhaushalt um 20 Millionen DM erhöhen und das Stadtqualitätsprogramm, das für den heimischen Arbeitsmarkt und das ortsansässige Gewerbe von hoher Bedeutung ist, mit ebenfalls 20 Millionen DM wieder aufleben lassen.

(Abg. Rapp REP: Sehr gut!)

Der von der Landesregierung durchgeführte Verkauf des EnBW-Anteils des Landes lässt den energiepolitischen Mehrwert für das Land völlig außer Acht. Ein Verkauf an den staatlichen französischen Strommonopolisten EdF ist die schlechteste Lösung, weil dieser Verkauf das Land in die Abhängigkeit von der französischen Energie- und Atompolitik führt. Der Verkauf an ein Staatsunternehmen spricht ja auch der ursprünglich propagierten Privatisierung Hohn.

Darüber hinaus entsprechen die Sicherheitsvorkehrungen in französischen Kernkraftwerken nicht in allen Punkten den deutschen Standards. Der Verkauf an die EdF wird auch negative Folgen für die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg haben. Die zurzeit auf dem europäischen Energiemarkt herrschenden Überkapazitäten und der bevorstehende Kapazitätsabbau werden eher in Baden-Württemberg als in Frankreich zu einem Stellenabbau führen.

Haben wir, Herr Wirtschaftsminister, denn nicht mit Firmen wie Thomson oder Alcatel schlechte Erfahrungen gemacht? Wo nehmen Sie den Glauben her, dass dies jetzt bei EnBW und EdF besser werden soll, Herr Wirtschaftsminister?

Darüber hinaus möchte ich darauf hinweisen, dass ein europäischer Wettbewerb nur sinnvoll ist, wenn in allen Teilnehmerstaaten die gleichen Bedingungen herrschen. Bisher hat vor allem Deutschland die EU-Richtlinie zur Liberalisierung umgesetzt, Frankreich hat dagegen damit noch nicht wirklich begonnen.

Die Warnungen von uns Republikanern vor der Weichwährung Euro haben sich bestätigt.

(Beifall bei den Republikanern)

Auch an dieser Stelle wurde den Bürgern von den Verantwortlichen zugesichert, der Euro sei genauso stabil wie die D-Mark. Jetzt ist der Außenwert des Euro sogar unter die Dollarparität gesunken und hat 20 % seines Wertes verloren. Jeder Bürger, der vor einem Jahr sein Vermögen nicht in Dollar angelegt hat, ist faktisch um ein Fünftel enteignet worden, meine Damen und Herren.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Das stimmt doch nicht!)

Der Bürger bemerkt dies nun langsam. – Natürlich! Wenn er sein Geld nicht in Dollar angelegt hat, stimmt das doch. Wenn er es nicht gemacht hat, hat er es verloren.

(Abg. Rapp REP: Eine Schrottwährung! – Unruhe)

Der Bürger, meine Kollegen von den Liberalen, bemerkt dies nun auch langsam bei seiner erhöhten Benzin- und Heizölrechnung sowie bei Preiserhöhungen von aus dem Dollarraum eingeführten Waren. Aber anstatt den freien Fall des Euro zu stoppen, haben die EU-Verantwortlichen nichts anderes zu tun, als sich massiv in die inneren Angelegenheiten eines kleinen Mitgliedslandes einzumischen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Wilhelm REP: Bravo! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Die angedrohte Isolation Österreichs in der EU stellt eine nicht hinnehmbare Erpressung eines souveränen Staates dar.

(Beifall bei den Republikanern)

Mit Haider in Österreich droht weder ein Abschied von rechtsstaatlichen Prinzipien noch ein Abschied von der parlamentarischen Demokratie.

(Anhaltende Unruhe)

Der wahre Grund für Attacken gegen Haider und die 1,2 Millionen Wähler der FPÖ ist, dass Haider Themen anspricht wie zum Beispiel die Folgen der EU-Ausweitung nach Osten oder zur Türkei oder den Zuwanderungsdruck auf die EU, also Themen, die bestimmte Kreise in der EU mit aller Macht tabuisieren wollen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Krisch REP)

Auch wir Republikaner sind bekannt dafür, meine Damen und Herren,

(Abg. Weimer SPD: Das ist wahr!)

dass wir solche Tabuthemen gerne auf die Tagesordnung des Landtags setzen. Wir versprechen Ihnen, dies auch weiterhin zu tun.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Brenner.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

**Abg. Dr. Carmina Brenner** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt reden wir nicht von Österreich, sondern von Baden-Württemberg.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Man kann den Mittelstand auch schlecht reden, so, wie es einige Vorredner vor mir getan haben. Das hat unser Mittelstand allerdings nicht verdient.

(Beifall des Ministers Dr. Döring)

Fakt ist jedenfalls, dass der Mittelstand bei der vorgelegten Steuerreform noch immer auf Regelungen wartet, die auch ihm nützen und nicht nur den Großbanken.

(Abg. Brinkmann SPD: 17 Milliarden DM!)

Wenigstens sinken die Stromkosten.

(Dr. Carmina Brenner)

Somit wäre ich beim Thema dieser zweiten Runde, bei der Energiepolitik. Die Landesenergiepolitik bewegt sich am Gängelband der Bundesregierung. Das war allerdings schon immer so. Das weiß ich.

(Abg. Schmiedel SPD: „Gängelband“!)

Wir haben in Baden-Württemberg einen breit diversifizierten Energiemix, und diesen will die Landesregierung auch beibehalten. Beim von Berlin geforderten Ausstieg aus der Kernenergie muss man sich vor Augen halten, dass dieser nicht allein mit erneuerbaren Energien aufgefangen werden kann. Man braucht für einen Ersatz der Atomkraftwerke vor allem Kraftwerke, die für die Abdeckung der Grundlast geeignet sind, zum Beispiel Kohle- oder Gaskraftwerke. Diese führen nach dem heutigen technischen Stand zwangsläufig zu mehr Emissionen beim CO<sub>2</sub>.

Das Wirtschaftsministerium schreibt in seinem Bericht auch, technisch seien die regenerativen Energien mittel- und langfristig in der Lage, ca. ein Drittel des Primärenergieverbrauchs abzudecken. Ich sage: Dies gilt nur, wenn alle Beteiligten, insbesondere auch möglichst viele Privathaushalte, mitmachen. Ein schlüssiges Konzept für den Ersatz der Kernkraft ist aus Berlin noch immer nicht da, sondern lediglich ein frommer Wunsch.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Jemand muss die Kosten des Ausstiegs bezahlen. Im Zweifel sind das immer die Verbraucher, auf die alles abgewälzt wird.

(Beifall des Abg. Hauk CDU – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Auch Subventionen sind im Übrigen Steuergelder, die die Bürger bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die Haushaltsansätze des Wirtschaftsministeriums orientieren sich an den Anfragen der vergangenen Jahre. Im Bereich der erneuerbaren Energien werden in den Jahren 2000 und 2001 Anlagen zur thermischen Solarnutzung gefördert. In den beiden Haushaltsjahren sind jeweils 3,6 Millionen DM eingestellt. Mit Verpflichtungsermächtigungen sind es noch etwas mehr. Diese Beträge sind für Zinszuschüsse vorgesehen.

Für Gutachten, Tagungen und Veröffentlichungen zusammen sind es weitere 0,8 Millionen DM. Ebenso werden wieder Demonstrationsvorhaben für rationelle Energieverwendung und die Nutzung erneuerbarer Energien gefördert. Hierfür sind 2,05 Millionen DM bzw. 2,1 Millionen DM vorgesehen.

Die Förderung im Bereich Hackschnitzel und Biomasse läuft nicht im Wirtschaftsministerium, sondern – aufgestockt – im Landwirtschaftsministerium.

Im Bereich der erneuerbaren Energien sind wir bei der diesbezüglichen Forschung auf einem vorderen Platz in

Deutschland. Zu diesem Vorsprung wird bald auch die bereits erwähnte Solarfabrik in Marbach beitragen, die Dünnschichtmodule herstellt und bei der die Pilotanlage noch in diesem Frühjahr in Betrieb gehen soll. Dies wird mit Sicherheit dazu führen, dass der Preis für photovoltaische Anlagen sinken und diese Technologie größere Verbreitung finden wird. Der Bund und das Land fördern diese Anlage mit zusammen 8 Millionen DM.

Diesen Monat wird in Berlin entschieden, ob das 100 000-Dächer-Programm fortgeführt werden soll. Es soll zu modifizierten Bedingungen aufgelegt werden,

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Es bleibt auf jeden Fall erhalten, Frau Kollegin Brenner!)

sodass künftig zum Beispiel eine parallele Landesförderung möglich sein wird. Ich halte dies für ein Thema für einen Nachtragshaushalt.

Das Energiewirtschaftsgesetz ist novelliert worden, um Wettbewerb in einem bisher monopolistisch strukturierten Bereich einzuführen. Dieser Wettbewerb betrifft natürlich grundsätzlich alle Beteiligten: Das sind die konventionellen Energien, die erneuerbaren Energien, die Kommunen als Anbieter und vor allem auch die Technologien im Energiebereich, die sich beweisen müssen. Nationale Schutzzäune dürften nur noch eine begrenzte Zeit halten. Auch darauf müssen wir uns rechtzeitig einstellen.

Seit dem Sturm Lothar haben wir leider mehr Holz, als wir wollen. Die Grünen fordern ja in ihrem Antrag mehr Förderung von Holzhackschnitzelanlagen. Das gab es bisher schon.

(Abg. Brinkmann SPD: Dank der großen Koalition, ja!)

Diese Förderung wird jetzt verstärkt, allerdings im Etat des Ministeriums Ländlicher Raum.

Die Erdwärme wird meiner Meinung nach bei uns noch viel zu wenig genutzt. Hier ist im letzten Jahr, allerdings im UVM, das Genehmigungsverfahren stark erleichtert worden.

Eine wichtige Rolle spielt das Energiesparen. Das größte Volumen liegt dabei zweifellos im Gebäudebestand. Die neue Wärmeschutzverordnung gilt für Neubauten, aber sehr wichtig sind natürlich auch die Dämmung und die energetische Sanierung von Altbauten. Das bedeutet folgerichtig, dass Energiesparmaßnahmen in Wohngebäuden gefördert werden sollen. Die SPD fordert in einem Antrag 1 Million DM für Energiediagnosen. Diese Mittel gibt es bereits, allerdings im Haushalt des Umwelt- und Verkehrsministeriums. Dort ist etwas mehr als 1 Million DM pro Jahr für Energiechecks eingestellt – das ist mehr oder weniger dasselbe.

Darauf aufbauend gibt es im Wirtschaftsministerium zwei Programme. Das Ziel des Einsparens von CO<sub>2</sub> wird nachhaltig gefördert durch das Impulsprogramm Altbau mit jeweils 2 Millionen DM pro Jahr und das Energiesparprogramm Altbau mit jeweils 13 Millionen DM.

(Dr. Carmina Brenner)

Was die Durchsetzung der Niedrigenergiebauweise betrifft, so geht diese meiner Meinung nach schleppend vor sich. Das Wirtschaftsministerium hat im letzten Jahr die Kommunen in einer sehr guten Broschüre informiert. Ich habe allerdings das Gefühl, dass zwar die Bauämter informiert sind, die meisten Gemeinderäte jedoch nicht. Die Bauleitplanung ist noch kaum an Energiegesichtspunkten ausgerichtet. Natürlich gilt hier die kommunale Selbstverwaltung, aber, meine Damen und Herren, Grünordnungspläne sind vorgeschrieben, die Ausgleichsflächen sind vorgeschrieben. Auch die Berücksichtigung von Energiegesichtspunkten könnte man sicherlich noch nachhaltiger durchsetzen. Ich bin auch gerne bereit, darüber mit den Energiepolitikern aus den anderen Fraktionen zu diskutieren. Vielleicht finden wir gemeinsam eine Lösung.

Insgesamt stehen in verschiedenen Programmen jährlich über 21 Millionen DM im Haushalt des Wirtschaftsministeriums, dazu noch Mittel im Ministerium Ländlicher Raum und im UVM. So schlecht, wie vieles dargestellt wurde, ist das gar nicht. Man muss halt richtig zusammenzählen; dann muss sich der Herr Wirtschaftsminister überhaupt nicht verstecken.

Lieber Herr Döring, auch ich wünsche Ihnen persönlich und im Namen der CDU-Fraktion für morgen alles erdenklich Gute. Wir hoffen, dass Ihre Gesundheit bald wieder hergestellt sein wird.

Danke.

(Beifall bei der CDU, den Republikanern und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Brinkmann.

**Abg. Brinkmann SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen, an Herrn Maurer gerichtet, die Frage gestellt, wie man die 60 % Kernenergie kurzfristig ersetzen könne. Zu seinen Gunsten unterstelle ich, dass dies eine rhetorische Frage war; denn wenn er das nicht wüsste, wäre es umso schlimmer.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Tatsache ist, dass wir in Baden-Württemberg über Jahre hinweg einen Stromüberschuss in großen Mengen hatten. Nachweislich des Energieberichts des Wirtschaftsministers hatten wir über Jahre hinweg selbst an den kältesten Wintertagen, an denen der meiste Strom in Baden-Württemberg gebraucht wurde, immer noch einen so gewaltigen Stromüberschuss, dass wir zwei unserer fünf Atomkraftwerke hätten abschalten können, und der Strom hätte immer noch ausgereicht.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Eines!)

– Nein, zwei. Sie müssen die Reserve mit einrechnen, die vorher notwendig war, aber nach der Liberalisierung des Energiemarktes nicht mehr notwendig ist.

(Abg. Deuschle REP: Aha!)

Die Energiewende ist also möglich, und sie ist notwendig.

Die Bundesregierung hat das Ihre dazu getan. Ich will nicht alles aufzählen, sondern nur stichwortartig erwähnen: 100 000-Dächer-Programm, verbesserte Verbändevereinbarung, Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Ich gestehe zu, die erneuerbaren Energien sind nicht alles. Es müssen neue Maßnahmen hinzukommen, zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung. Darum bin ich sehr froh darüber, dass sich die Regierungsfractionen in Berlin am Freitag letzter Woche auf Grundsätze für ein Gesetz zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung geeinigt haben. Künftig werden in das Bonussystem für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen auch gasbetriebene Anlagen einbezogen. Die Regierungsfractionen in Berlin haben sich vorgenommen, bis zum Sommer dieses Jahres die Quote für Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sichergestellt zu haben.

Ich sage: Dies ist ein Durchbruch zur Sicherung der Kraft-Wärme-Kopplung und ein Durchbruch für den Fortbestand der Stadtwerke bei uns, die in der Eigenerzeugung mit drin sind.

Was tut die Landesregierung stattdessen? Sie löst das Breitenprogramm auf, mit dem früher, zur Zeit der großen Koalition, einmal regenerative Energien gefördert wurden, sie verkauft die EnBW an den französischen Atomgiganten, und der Wirtschaftsminister gebraucht in diesem Zusammenhang immer das Wort Privatisierung. Ich sage, Herr Minister: Der Verkauf der Landesanteile an der EnBW war keine Privatisierung; das war eine Verstaatlichung, allerdings keine Verstaatlichung bei uns, sondern in Paris an den Champs-Élysées.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Republikaner)

Notwendig ist eine Neuauflage des Breitenprogramms, mit dem Forschung, Markteinführung, Anwendung und Produktion aller regenerativen Energien – Windkraft, Wasserkraft, Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung – gefördert werden.

Notwendig ist mit Sicherheit eine bessere Ausstattung des Demonstrationsprogramms. In den Erläuterungen zum Haushaltsplan steht, die Landesregierung habe dieses Demoprogramm – Demonstrationsanlagen zum Energiesparen und für regenerative Energien – als einen neuen Schwerpunkt entdeckt. Herr Minister, dies war schon einmal ein Schwerpunkt, nämlich zur Zeit der großen Koalition, und war ungefähr mit doppelt so viel Geld ausgestattet, wie Sie es jetzt vorhaben. Es freut einen natürlich, wenn Sie zu der späten Erkenntnis kommen, dass hier wieder eine Förderung notwendig ist.

Notwendig ist darüber hinaus aus energiepolitischen und handwerkspolitischen Gründen eine bessere Ausstattung des Altbaumodernisierungsprogramms. Wir legen Ihnen hier einen Haushaltsantrag vor, mit dem wir für die Jahre 2000 und 2001 20 Millionen DM mehr an Zinszuschüssen für die Altbaumodernisierung in den Haushalt eingestellt wissen wollen.

Die energiepolitische Ursache ist, dass die Energieverschwendung, gerade beim Heizen von Altbauten, immer noch zu groß ist. Aber bedenken Sie einmal: 20 Millio-

(Brinkmann)

nen DM an Zinszuschüssen bedeuten umgesetzt ein Volumen von etwa 800 Millionen DM an Handwerkeraufträgen. Das sind Aufträge in einer Größenordnung, die dafür sorgt, dass diese Beträge, weil es ja Zuschüsse gibt, schon nicht in die Schwarzarbeit gehen können. Herr Minister, dies würde einen enormen Schub auch für unsere Handwerker bedeuten.

Forschung und Anwendung der sich natürlich erneuernden Energien und das Altbaumodernisierungsprogramm sind also energiepolitisch geboten und nutzen der Wirtschaft unseres Landes, allerdings nicht bei diesen minimalen Ansätzen. Wer es, wie diese Landesregierung bisher, beim Alten lässt, der, sage ich, handelt verantwortungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Haasis  
CDU: Schwacher Beifall bei drei SPD-Abgeordneten!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** Bündnis 90/Die Grünen: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Für die grüne Landtagsfraktion ist die Förderung der erneuerbaren Energien – also Solarenergie, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse, Biogas – ein Schwerpunkt ihrer Haushaltsanträge. Während die Landesregierung hierfür im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums für die Jahre 2000 und 2001 nur etwa 10 Millionen DM bereitstellen will, fordern wir eine massive Aufstockung auf ca. 80 Millionen DM. Dafür gibt es gute Gründe.

Zum einen sind die erneuerbaren Energien die Basis einer umweltverträglichen Energieversorgung. Sie sind zudem ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wer sich die Schäden durch den Orkan Lothar einmal konkret angesehen hat, weiß, dass allein schon das Argument Klimaschutz ausreichen müsste, um für erneuerbare Energien wesentlich mehr zu tun.

(Zuruf von den Republikanern)

Hinzu kommen noch eine Reihe von Gründen für die erneuerbaren Energien, die speziell einen Wirtschaftsminister interessieren müssten. So ist Baden-Württemberg bei den Forschungsinstituten zur Solarenergie derzeit Spitze. Aber wir laufen Gefahr, dass diese Forschungsinstitute abwandern, wenn wir nichts für die Umsetzung dieser Forschungen tun.

Die Technik der erneuerbaren Energien ist zudem in weiten Teilen hoch innovativ. So haben zum Beispiel bei der Windkraft die Leistungen der einzelnen Anlagen in den letzten Jahren ähnlich stark zugenommen wie bei den PCs. Solche innovativen Produkte bilden die Grundlage für zukunftssichere Arbeitsplätze hier in Baden-Württemberg, und sie stellen auch Exportchancen dar, die wieder hier im Lande Arbeitsplätze sichern.

Ein Gutachten, das für unsere Landtagsfraktion erstellt wurde, zeigt zudem, dass jede Mark, die zur Förderung von erneuerbaren Energien eingesetzt wird, das Zehnfache an Investitionen zur Folge hat.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Es gibt eine ganze Reihe von Gründen für den Ausbau der erneuerbaren Energien, speziell für einen Wirtschaftsminister und nicht nur auf umweltpolitischer Seite, aber die Bilanz von fast vier Jahren Wirtschaftsminister Döring ist in diesem Bereich deprimierend.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Was?)

Herr Döring, Sie haben die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg schlicht und einfach an die Wand gefahren. Sie haben mit Ihrer Ankündigungspolitik der Branche Schaden zugefügt, und Sie haben es trotz Ihrer großen Ankündigung nicht geschafft, in diesem Haushalt substanziiell Geld dafür einzustellen. Ich möchte dies Punkt für Punkt belegen.

Vor der letzten Landtagswahl standen zur Förderung der erneuerbaren Energien im Haushalt jeweils 25 bis 30 Millionen DM zur Verfügung, was dann auch zu ersten Erfolgen führte. Unter Ihrer Regie wurden diese Mittel auf unter 10 Millionen DM gesenkt, und prompt sank zum Beispiel die geförderte Sonnenkollektorfläche zwischen 1995 und 1997 um über 50 %, und das in einer Zeit, in der die Solarenergie bundesweit Zuwächse von 20 % und mehr pro Jahr aufwies. Das meine ich, wenn ich sage: Sie haben die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg gegen die Wand gefahren.

1998 kam dann auch bei Ihnen die Einsicht, dass es so nicht weiter geht. Sie taten das, was Sie sonst auch gern tun: Sie traten vor die Presse und kündigten etwas an. 200 Millionen DM, so Ihre Botschaft Ende 1998, sollten für die erneuerbaren Energien bereitgestellt werden, aber – und das war der Pferdefuß – erst ab dem Jahr 2000. Sie hatten vielleicht gedacht, dass das ein Aufbruchsignal sei, aber die Branche hat es als ein Signal für die Ankündigung einer Durststrecke verstanden. Denn wer investiert heute in eine Solaranlage, wenn Sie für nächstes Jahr einen Zuschuss versprechen? Für manch eine junge Firma hätte das den wirtschaftlichen Ruin bedeutet, wenn nicht im letzten Jahr die rot-grüne Bundesregierung die Förderung von Solaranlagen massiv hochgefahren hätte. Herr Döring, das meine ich, wenn ich sage: Sie haben mit Ihrer Ankündigungspolitik der Branche Schaden zugefügt.

Jetzt hat das Jahr 2000 begonnen, und es wäre an der Zeit, Ihre Ankündigung von 1998 umzusetzen. Aber in diesem Haushalt ist in Ihrem Bereich davon nichts zu finden. Um den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln – und das ist ja auch das Ziel der Landesregierung; das kann ich nur unterstützen –, müssten pro Jahr 30 bis 40 Millionen DM Landesförderung fließen. Das hat ein Gutachten gezeigt, das im Auftrag der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion erstellt wurde und das wahrscheinlich von Ihnen hier auch nicht bestritten wird. Wir legen daher einen entsprechenden Antrag vor, und ich bin gespannt, Herr Döring, ob Sie sich bei der Abstimmung über diesen Antrag noch an Ihre Ankündigungspolitik von 1998 erinnern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kurz.

**Abg. Kurz** CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Dr. Hildebrandt sprach in seinem Statement davon, dass die baden-württembergische Wirtschaft durchaus eine leistungsfähige und effiziente Wirtschaft darstelle. Auf der anderen Seite sprach er, was die Politik anbelangt, von „durchwursteln“. Sie müssen sich meines Erachtens schon entscheiden.

Die baden-württembergische Wirtschaftspolitik ist durchaus eine handwerklich hervorragende und qualifizierte Politik,

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

die im Ergebnis eine leistungsfähige Volkswirtschaft hervorbrachte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Dr. Witzel, „erneuerbare Energien“, „Politik an die Wand gefahren“: Wir müssen uns einmal von der Vorstellung trennen, dass in einem Land nur das laufe, was vom Staat gefördert werde.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Wenn Sie im Handwerk und in der gesamten Industrie all das sehen, was an innovativen Technologien, die mit erneuerbaren Energien zusammenhängen, auf den Weg gebracht wurde, dann stellen Sie fest, dass wir in Baden-Württemberg einen sehr hohen Standard in Wirtschaft und Wissenschaft haben, der sich durchaus sehen und mit all dem messen lassen kann, was sich in anderen Bundesländern der Republik abspielt.

Noch einen Punkt möchte ich ansprechen; das ist der Wohnungsbau. Im Ausschuss und auch hier wird durch verschiedene Redner dargestellt, das Land Baden-Württemberg wolle sich jetzt vom sozialen Wohnungsbau völlig verabschieden.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Das wäre recht!)

– Darüber kann man diskutieren, verehrter Kollege Kiel, denn der Markt hat sich positiv im Interesse der Mieter entwickelt. Der Markt hat vieles von dem ausgeglichen, was früher noch Mangelerscheinung war. Er hat aber ausgeglichen, weil sich Angebot und Nachfrage weitgehend angeglichen haben. Aber auch hier ist es so, dass nicht alles, was vom Staat gefördert wird, das allein selig Machende ist. Wir haben in der Vergangenheit nur etwa 20 % aller fertig gestellten Wohnungen gefördert. Also werden 80 % mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt, als der Staat durch finanzielle Förderung wirklich beeinflusst.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Was heißt das für den, der eine bezahlbare Wohnung sucht? Dem sagen Sie: 80 % werden privat finanziert! Gerade die kann er nicht bezahlen! Mietwohnungsbau wird praktisch in diesem Programm eingestellt!)

– Genau für diesen Personenkreis haben wir ein Programm, Herr Dr. Witzel, durch bundesgesetzliche Grundlage, nämlich das Wohngeld, geschaffen, die so genannte Subjekt-

förderung – an sich ein fürchterliches Wort, aber es trifft den Kern der Sache. Hier kann eine Familie entsprechend ihrem Bedarf, ihrer Größe, der Zahl der Familienangehörigen, am freien Markt eine Wohnung unter Berücksichtigung des Familieneinkommens mieten, und dies zu tragbaren Bedingungen. Das bringt sehr viel mehr Lebendigkeit in den Wohnungsmarkt. Ich meine, das ist auch der richtige Weg. Für das Wohngeld, Herr Dr. Witzel, sind im Haushalt pro Jahr etwa 140 Millionen DM mehr eingesetzt. Diese direkte Förderung des einzelnen Wohnungsuchenden bringt sehr viel mehr Möglichkeiten und eine sehr viel höhere Flexibilität.

Was ich noch ansprechen will – ich mache jetzt eine Tour d’Horizon – ist das Kapitel „Risikokapital“, weil mir die erkennbare Entwicklung etwas Sorge macht. Es ist die Tatsache, dass wir über die EU eine Richtlinie bekommen, die die Kreditfähigkeit der einzelnen Unternehmen einem neuen Rating unterzieht. Das ist der so genannte Baseler Akkord. Wir kennen die Eigenkapitalausstattung unserer Unternehmen, insbesondere die Ausstattung der kleinen Familienbetriebe, der Personengesellschaften, die ja im europäischen Vergleich doch etwas nachhinkt. An was das liegt, kann man separat untersuchen. Aber nach dieser neuen Rating-Methode fallen viele kleine Handwerksbetriebe, viele Familienbetriebe aus der Kreditwürdigkeit bei den örtlichen Banken heraus.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das ist ein riesiges Problem!)

Das ist ein gewaltiges Problem, das die Strukturen innerhalb unseres Landes, in dem der Mittelstand wesentlich zur wirtschaftlichen Blüte beiträgt, durcheinander bringen kann. Deshalb möchte ich die Landesregierung bitten, sich in dieser Frage sehr konzentriert mit der EU auseinander zu setzen, damit wir in der Zukunft nicht nur noch von Risikokapital sprechen müssen.

Wie ist heute die Kreditvergabe? Wenn einmal ein Bankangestellter etwas zu großzügig die Richtlinien auslegt und nach eigener Überzeugung entscheidet und dann etwas schief geht, dann kommt sofort der Staatsanwalt, und der Angestellte hat mit ernsthaften Konsequenzen zu rechnen. Deswegen findet man kaum mehr einen Bankbeamten, der auch noch etwas Risiko auf sich nimmt. Das ist meines Erachtens völlig katastrophal.

Meine Redezeit geht zu Ende. Aber ich möchte vielleicht ganz am Schluss doch auch noch etwas zur Steuerreform sagen. Das Steuerentlastungsgesetz – Herr Präsident, ich hoffe, dass Sie mir noch einen kleinen Spielraum geben – brachte tatsächlich für den gewerblichen Mittelstand 4,5 Milliarden DM Mehrbelastung. Diese Mehrbelastung wird hauptsächlich von den kleinen Betrieben aufgebracht. Da 80 % unserer Betriebe in Baden-Württemberg weniger als 20 Mitarbeiter haben und in der Rechtsform von Einzelinhabern oder Personengesellschaften geführt werden, können sie eben nicht für den günstigeren Steuersatz optieren, weil sie Gefahr laufen, zum Zeitpunkt der Auflösung in eine Steuerfalle zu laufen.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kurz, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, bevor Sie abschließen?

**Abg. Kurz** CDU: Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, Herr Präsident.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Auf welche Redezeit?)

**Stellv. Präsident Birzele:** Sie haben schon keine Redezeit mehr. Sie haben Ihre Redezeit schon um über eine Minute überzogen. – Bitte schön, Herr Abg. Brinkmann.

**Abg. Brinkmann** SPD: Herr Kollege Kurz, wenn Sie diesen Betrag der Mehrbelastung nennen, sind Sie dann auch bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass nach dem Konzept, das der Bundesfinanzminister am 23. Dezember 1999 vorgestellt hat, der Mittelstand mit 17 Milliarden DM entlastet wird?

(Abg. Rosely Schweizer CDU: Ja, wo denn?)

**Abg. Kurz** CDU: Das ist allenfalls Zukunftsmusik, wenn sich all dies bewahrheiten würde, was der Finanzminister plant. Aber sehen Sie, allein die Einschränkung der AfA, dieser degressiven AfA von 30 % auf 20 %, ist eine enorme Belastung für die Betriebe, die Abschreibungsminde- rung von vier auf drei Jahren für Betriebsgebäude.

Frau Fauser führte vorhin die unterschiedliche Behandlung bei Betriebsveräußerungen an. Alles eine Katastrophe! Der Schuldzinsenabzug wird entgegen der bisherigen Rechtsprechung angelegt. Ich habe 32 Punkte, die zu echten Nachteilen des gewerblichen Mittelstands und zu komplizierten Steuersachverhalten führen werden.

Ich stelle mir unter einer Steuerreform vor: Vereinfachung statt Verkomplizierung, Systematisierung statt Chaotisierung, Steuerentlastung statt Umbuchung und Belastung – und vielleicht zur Vorbereitung mehr Sachverstand und weniger Ideologie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Frau Abg. Fauser.

**Abg. Beate Fauser** FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch ganz kurz bemerken: Ich halte es für relativ unseriös, wenn einerseits dauernd gefordert wird, wir sollten den Haushalt konsolidieren, und andererseits dann Beträge von 200 Millionen DM allein für regenerative Energien in den Raum gestellt werden.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Pro Jahr 40 Millionen DM, und das ist gedeckt, Frau Fauser!)

– Sie dürfen versichert sein, Herr Dr. Witzel: Nichts würden wir lieber tun, als hierfür mehr Geld auszugeben, wenn wir schon diese hervorragende Technik haben.

Was ich aber auch noch betonen möchte: Da Sie massiv für den Ausstieg aus der Atomenergie plädieren und Sie ganz genau wissen, dass wir bei einem raschen Ausstieg ungefähr 160 Millionen Tonnen Kohlendioxid mehr verkräften müssten, sollten Sie eigentlich dafür eintreten, dass man Überlegungen für einen langsamen Ausstieg anstellt, um diese höhere Belastung der Umwelt zu vermeiden.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Dazu liegen unsere Konzepte vor! Sie müssen nur lesen können!)

Ich halte es für ganz wichtig – das ist auch eher der Ansatz der FDP –, ein verbessertes Marketingkonzept zu entwickeln, sprich weitere Demonstrationsobjekte in Baden-Württemberg zu installieren, um die neuen, regenerativen Energien, die ja einen Markt haben, richtig zu präsentieren, damit sie vom Markt abgenommen werden.

Ich möchte noch einmal sagen: Seit Jahren wird die regenerative Energie durch das Einspeisegesetz massiv gefördert. Das wird auch in Zukunft gemacht. Dafür werden die Milliarden massiv erhöht. Wir haben für Geothermie 14,5 Pfennig, für die Windenergie 14,5 bis 17,5 Pfennig. Das trägt sich, weil wir inzwischen moderne Energietechniken haben. Ich darf Ihnen versichern, die Geothermie läuft ohne Subventionen, seit wir in Baden-Württemberg die „Windfibel“ herausgegeben haben, weil es möglich ist, die Genehmigungsverfahren erheblich zu beschleunigen.

Ich halte es für wichtig, dass Herr Witzel demnächst seine Kollegen vom Naturschutz etwas zurückpfeift, wenn es darum geht, Windräder auch tatsächlich zu bauen und die Genehmigung zu bekommen. Da scheint es auch intern erhebliche Auseinandersetzungen zu geben.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Keine Diskussion gibt es!)

Dann können wir das auch tatsächlich vorantreiben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Schmiedel. Ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie noch fünf Minuten Redezeit haben.

(Abg. Bebbler SPD: Plus zwei Minuten vom Kurz! Gleiches Recht für alle!)

**Abg. Schmiedel** SPD: Danke, Herr Präsident. Das reicht mir auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch ein Kapitel aus dem Haushaltsentwurf des Wirtschaftsministeriums ansprechen, ein besonders trübes Kapitel. Es betrifft die Wohnungsbauförderung. Herr Minister Döring, Sie haben es in Ihren vier Jahren Amtszeit geschafft, die Wohnungsbauförderung im Land Baden-Württemberg fast auf null zu bringen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mit Zutun der Bundesregierung!)

Die Kritik des Städtetags ist berechtigt, dass es eine eigenständige Wohnungspolitik des Landes Baden-Württemberg unter Ihrem Regiment nicht mehr gibt; es ist nichts mehr erkennbar.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

120 Millionen DM werden eingesetzt.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

(Schmiedel)

Es ist, solange man in die Landeshaushalte zurückschauen kann, ein Tief, das noch nie da gewesen ist.

Ich möchte auf zwei Gründe eingehen, mit denen Sie sozusagen das Nichtvorhandensein einer eigenständigen Wohnungsbauförderung begründen.

Erstens: Sie sagen, der Wohnungsmarkt sei ausgeglichen. Auch Herr Kollege Kurz hat in den Raum gestellt, dass der Markt die Bedürfnisse weitgehend befriedige. Das stimmt statistisch allgemein, aber es gab schon einmal Ende der Achtzigerjahre im Land Baden-Württemberg eine Phase, in der der damalige Ministerpräsident Späth behauptet hat, der Wohnungsmarkt sei ausgeglichen, und sozialer Mietwohnungsbau nicht mehr betrieben wurde. Er hat ihn eingestellt – mit der ganz raschen Folge eines Wohnungsmangels, einer krassen Wohnungsnot mit einer Mietpreisexplosion und sozialen Verwerfungen ohne Ende. Dies hat schon während der CDU-Alleinregierung zu einer massiven Korrektur geführt. Man hat wieder gefördert, die große Koalition dann auf einem Rekordniveau, weil es notwendig war. Das heißt, Sie haben nichts aus dem damaligen Vorgang gelernt, dass Wohnungsbaupolitik wie keine andere Politik eine Stetigkeit verlangt; denn man kann nicht bei der Wohnungsförderung rein in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln. Das führt zu Verwerfungen und schadet vor allem der Bauwirtschaft.

Der zweite Punkt, den Sie als Begründung anführen, ist, die Bundesregierung habe die Mittel gekürzt.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Veronika Netzhammer CDU)

Das hat nicht erst die jetzige Bundesregierung getan. Als Ihr Freund Kohl die Mittel gekürzt hat, haben Sie in der ersten Reaktion gesagt: Wenn der Bund jetzt die Mittel kürzt, muss das Land diese Kürzungen auffangen und einen noch stärkeren eigenen Beitrag als früher leisten. Das waren wolkige Ankündigungen.

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

Tatsächlich haben Sie in der Realität die Kürzungen des Bundes nachvollzogen; Sie machen es jetzt auch.

Werfen wir einmal einen Blick über die Landesgrenzen; man muss nicht gerade nach Nordrhein-Westfalen blicken, wo 2,3 Milliarden DM für die Wohnungsbauförderung eingesetzt werden – 9 000 Mietwohnungen und 11 000 Einfamilienhäuser. Und im Land Baden-Württemberg werden 200 Mietwohnungen gefördert, über das ganze Land verstreut; das heißt, in jeder fünften Stadt wird noch eine Wohnung gefördert.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ein Armutszeugnis ohnegleichen! Man kann auch nach Bayern schauen. Die Bayern haben nicht die Kürzungen des Bundes mitgemacht, sondern auf einem Niveau von 700, 800 Millionen DM verstetigt.

Die Ergebnisse sind schlimm. In Stuttgart sind 3 500 Menschen in der Notfallkartei. Immer noch gibt es Familien, die die hohen Mietpreise nicht bezahlen können, und die Mietpreise ziehen bereits wieder an.

Im Bauhauptgewerbe haben wir mittlerweile einen Beschäftigtenstand wie Mitte der Fünfzigerjahre. Sie beschädigen die Bauwirtschaft auf Dauer. Wenn Ihre Regierungszeit abgelaufen ist, wird die nächste Regierung vor der Notwendigkeit stehen, wieder kräftig zu puschen. Dies wird automatisch zu Preissteigerungen führen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie tatsächlich das niedrigste Niveau in der Bundesrepublik Deutschland haben wollen. Wir haben das Angebot einer moderaten Erhöhung gemacht, damit wir wenigstens das Niveau des letzten Jahres in diesem Jahr fortsetzen können. Die Bauwirtschaft, das Bauhandwerk wartet auf ein Signal. Geben wir es.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Wirtschaftsminister Dr. Döring.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst vielen Dank dafür, dass die Beratung heute stattfinden kann. Auch für alle ehrlich und gut gemeinten Wünsche besten Dank.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Man hilft ja gern!)

Ich darf beim Kollegen Schmiedel beginnen. Verehrter, lieber Herr Schmiedel, so geht es doch nicht. Sie können doch nicht auf Bundesebene

(Abg. Dr. Puchta SPD: Rheinland-Pfalz!)

um die 50 Millionen DM bei der Wohnungsbauförderung herunterfahren

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

und dann, wenn wir das nachvollziehen, weil die Regel besteht, dass komplementär finanziert wird, hier hinstehen und sagen: Die Landesregierung macht den Wohnungsbau kaputt. Das ist in der Argumentation unredlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Sie kennen doch die Zahlen, lieber Herr Schmiedel. Wir überkomplementieren ja auch. Im Jahr 2000 haben wir 58 Millionen DM vom Bund und 67 Millionen DM vom Land. Diese Überkomplementierung verstärkt sich im Jahr 2001. Da bekommen wir 44 Millionen DM vom Bund, und wir als Land zahlen 72 Millionen DM.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Also!)

Das heißt, wir machen weit mehr, als Sie von Bundeseite aus herunterfahren. Wir überkomplementieren, weil wir ja sehen, dass etwas gemacht werden muss. Aber es passt nicht zusammen und ist nicht seriös, wenn man auf der einen Seite die Mittel herunterfährt und auf der anderen Seite dazu, dass es hier halbwegs nachvollzogen wird – in vollem Umfang wäre das wirklich nicht mehr zu verantworten –, der Landesregierung den Vorwurf macht, sie tue nicht genug. Das passt einfach nicht zusammen. Deswegen sollten Sie diese Vorwürfe bleiben lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kurz CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

**Stelly. Präsident Weiser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kurz?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Nein, lieber Herr Kurz. Ich weiß, dass Sie mir nur Gutes tun wollen, aber ich will jetzt hier weitermachen.

Es kommt ein weiterer Punkt hinzu: Das Statistische Landesamt hat seine Wohnungsbedarfsprognose aufgrund der Wohnungsbausituation in den Vorjahren, in denen mächtig gebaut wurde, nach unten korrigiert. Vom Statistischen Landesamt war in der Wohnungsbauprognose für das Jahr 1999 ein Bedarf von 40 000 Wohnungen vorgesehen. 1999 sind in Baden-Württemberg 50 000 Wohnungen auf den Weg gebracht worden, das heißt 10 000 mehr als in der Prognose. Wir reagieren also auf den Bedarf und nicht auf das, was Sie nach Ihren Vorstellungen hier der Reihe nach herunterbeten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht in der Großstadt!)

Lassen Sie mich zum nächsten Punkt kommen. Ich möchte Ihre Anmerkungen Punkt für Punkt sauber, fair und seriös abhandeln, wie Sie es von mir gewohnt sind.

Herr Kollege Brinkmann hat das Altbaumodernisierungsprogramm angesprochen. Lieber Herr Brinkmann, ich bin froh, dass wir das Altbaumodernisierungsprogramm auf den Weg gebracht haben. Sie haben sich heute wieder hier hingestellt und gesagt, wir bräuchten 20 Millionen DM mehr für Zinszuschüsse. Dazu habe ich Ihnen doch schon im Ausschuss etwas gesagt.

Das Altbaumodernisierungsprogramm halte ich für ein hervorragendes Programm. Es ist dringend notwendig. Wir haben lange dafür gekämpft, bis wir es endlich durchgesetzt haben. Es kommt auch gut an. Aber im Moment werden die Mittel nicht in dem Maße abgerufen, wie sie vorgehalten werden. Deswegen glaube ich nicht, dass wir obendrauf noch Zuschüsse geben sollten. Wir bemühen uns ja im Moment darum, das Vorhandene überhaupt in Abruflung zu bringen.

Wenn wir in einem halben Jahr einmal eine erste Bilanz ziehen, wie das Altbaumodernisierungsprogramm insgesamt gelaufen ist, vermute ich, dass wir uns in die Richtung Gedanken machen müssen, ob wir nicht mit Zuschüssen arbeiten sollten, um das Programm noch attraktiver auszugestalten, als es bisher der Fall ist. Diesen Schluss wird man dann, meine ich, aus den Erfahrungen ziehen müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Im Übrigen bleibe ich bezüglich des Altbaumodernisierungsprogramms dabei – das wird von Ihnen auch unterstützt –: Herr Kollege Witzel, wenn wir Energie sparen wollen und die Umwelt schonen wollen, dann ist das Altbaumodernisierungsprogramm mit Abstand das Beste. Das müssen wir möglichst breit einbringen, denn durch keine andere Maßnahme können Sie so viel Energie sparen und dadurch die Umwelt so sehr schützen, wie wir es durch das Altbaumodernisierungsprogramm tun. Deswegen ist es der richtige Weg, und wir werden diesen selbstverständlich fortsetzen.

(Beifall der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU und Beate Fauser FDP/DVP)

Ich habe an verschiedenen Stellen gehört, man sollte noch mehr machen, zum Beispiel beim Stadtmodernisierungsprogramm. Heute Morgen hat auch Ihr Fraktionsvorsitzender gesagt, hier passiere zu wenig, es werde wieder nichts getan. Der Minister sagte völlig richtig, dass 1 DM einen Multiplikatoreffekt von 7 bis 8 DM hat. Wir sind doch froh darüber, dass wir in den Jahren 2000 und 2001 einen Bewilligungsrahmen von jeweils 275 Millionen DM haben. Das ist fast eine Verdoppelung gegenüber 1999.

Das heißt doch, dass wir in einem zentralen Punkt für die Städtebausanierung, für das heimische Handwerk und die heimische Bauwirtschaft entscheidend nachlegen und damit genau das tun, was jetzt dringend gefragt ist, nämlich Programme aufzulegen, die für die heimische Bauwirtschaft, für das heimische Handwerk genau das Richtige sind. Mit der deutlichen Verstärkung in der Städtebausanierung wird genau das auf den Weg gebracht. Das kann man dann auch anerkennen. Ich halte das für genau die richtige Maßnahme und bin froh, dass wir dies in diesem Ausmaß machen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drautz FDP/DVP zu Abg. Brechtken SPD: Rainer, da kannst du auch mitkatschen!)

Zum Kollegen Hildebrandt: Entweder schläft er im Ausschuss, oder er will bewusst nicht wahrnehmen, was an Fakten genannt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Oder Sie brauchen einfach Munition, um herumzuballern. Ich vermute, bei Ihnen kommt alles zusammen.

Alles, was Sie angesprochen haben, war Punkt für Punkt haarscharf daneben. Sie können nicht Baden-Württemberg gemeint haben. Das war völlig daneben. Sie haben ein Sanierungsmanagement gefordert und wörtlich gesagt – da habe ich gedacht, das musst du dir sofort notieren –: „damit nicht immer nur den Großen geholfen wird.“ Einen solchen Unsinn hier zu erzählen ist eine Beleidigung für das gesamte Wirtschaftsministerium, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will Ihnen das mal sagen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

– Reden Sie nicht so einen Unsinn raus, Mensch. – Es geht darum, dass die Liquiditätshilfen, die wir auf den Weg bringen, die Tagesarbeit im Wirtschaftsministerium sind: 256 allein im Jahr 1999. 97 % der davon Betroffenen sind die kleinen und mittleren Betriebe. Wo sind da nur Hilfen für die Großen? Hören Sie doch auf mit diesem Märchen, und orientieren Sie sich an den Fakten! Das wäre das, was Sie endlich einmal machen sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Hildebrandt?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Nein, der hat mich heute schon sehr genervt.

Wir gehen jetzt einmal der Reihe nach die Zahlen durch, und dann kann man zu denen Stellung nehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hildebrandt Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Der Herr Minister gestattet keine Zwischenfrage. Ich darf Sie bitten, sich zu mäßigen.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Wen meinen Sie jetzt?

**Stellv. Präsident Weiser:** Ihn.

(Heiterkeit)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Meine Damen und Herren, um Ihnen die Zahlen noch einmal zu nennen, die Sie eigentlich kennen müssten: Wir haben im Jahr 1999 256 Liquiditätshilfedarlehen im Gesamtumfang von 190 Millionen DM vergeben. Der Anteil der Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten ist von 74 % im Jahr 1996 auf über 84 % im Jahr 1999 gestiegen. Die größte Steigerung haben die kleinen Betriebe bis neun Mitarbeiter verbuchen können. Ihr Anteil hat sich von 34,6 % auf 46,7 % gesteigert. Insgesamt 97 bis 98 %.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Na also!)

Das ist doch genau das, was man machen muss, wenn man tatsächlich Hilfestellung leisten und dort eingreifen will, wo das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft ist, nämlich in Handwerk und Mittelstand. Das geschieht mit dem Liquiditätshilfeprogramm, und das geschieht mit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft und der Bürgschaftsbank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Die Zahlen haben wir im Ausschuss gehabt!)

Herr Deuschle, ich verstehe wirklich nicht, warum Sie hier mehrfach hintereinander in verschiedenen Diskussionen, die wir schon hatten, sich immer wieder hinstellen und so tun, als ob ausländische Firmen in Baden-Württemberg mindestens etwas Unanständiges wären.

(Abg. Deuschle REP: Habe ich nicht gemacht! Die Debatte vor zwei Jahren!)

Ich bin froh darüber, dass wir 2 000 internationale Firmen bei uns in Baden-Württemberg mit 290 000 Beschäftigten und 434 Milliarden DM Umsatz haben. 290 000 Beschäftigte in international tätigen Firmen bei uns hier im Land! Wir brauchen diese. Ich habe auch Vertrauen in diese Firmen und lasse das Vertrauen nicht unterminieren, wie Sie das vorhin hier getan haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir haben von unserer Seite aus – –

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Nein, nachher. Ich will jetzt in einem Zug durchmachen. Ich sitze hier zwei Stunden und höre zu. Jetzt werden Sie halt auch einmal ein bisschen zuhören müssen.

(Abg. Deuschle REP: Das stimmt nicht! – Abg. Krisch REP: Der traut sich nicht!)

Wir haben einen weiteren Punkt, den ich für wichtig erachte, weil da nicht erkannt wird, in welche Richtung das geht und was für wirtschaftspolitische Vorstellungen hier bestehen. In keinem anderen Bundesland gibt es eine solche innovative Existenzgründungsinitiative wie in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben von 1996 bis 1999 über 10 000 Gründer gefördert. Das schafft und sichert Arbeitsplätze. Dann muss man sich nicht gefallen lassen, dass hier gesagt wird: „Die tun nichts zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.“ Nirgendwo sonst ist eine solche Existenzgründungsinitiative im Gang wie hier in Baden-Württemberg mit hervorragenden Ergebnissen und über 10 000 Geförderten. Wer hat den Gründerverbund auf dem Campus ins Leben gebracht und in die Welt gesetzt? Wir hier in Baden-Württemberg als Erste.

(Zuruf des Abg. Brinkmann SPD)

Innerhalb eines Jahres 180 Gründungen, hervorragende Ergebnisse mit einem ganz innovativem Ansatz, wo man neue, junge erfolgs- und zukunftsorientierte Unternehmen auf den Weg bringen kann. Wir werden diesen Weg fortsetzen, und wir werden damit die Erfolgsliste aller Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor anführen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Mir wird von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD vorgehalten, bei den technologieintensiven Existenzgründungen würde Baden-Württemberg versagen. Baden-Württemberg hat bei den technologieintensiven Existenzgründungen im Gegenteil eindeutig die Nase vorn. Eine von der Akademie für Technikfolgenabschätzung beim ZEW in Mannheim beauftragte Studie über das Gründungsgeschehen kommt zu dem Ergebnis, dass Baden-Württemberg bei Gründungen neuer Existenzen im verarbeitenden Gewerbe und in den technologieintensiven Dienstleistungssparten deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. So sind im verarbeitenden Gewerbe mit Firmengründungen je 10 000 Erwerbspersonen fast ein Fünftel mehr Gründungen in Baden-Württemberg als im Bundesdurchschnitt zu verzeichnen. Das sind die Ergebnisse, die wir hier vorweisen können. Deswegen kann man auch nicht hingehen, Herr Brinkmann – da haben Sie es sich wirklich etwas einfach gemacht –, und sagen: „Da kommt ein Aufschwung; der liegt an der Bundesregierung.“ Ausgerechnet an Ihrer Bundesregierung!

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Dr. Döring)

Das ist ja wirklich eine Nummer, die Sie da abgezogen haben.

(Abg. Herrmann CDU: Wir haben halt Faschingszeit!)

Ich bewundere Sie für diese Dreistigkeit, Herr Brinkmann, mit der Sie dies behaupten. Das muss ich schon sagen.

Wenn Sie sich einmal die Zahlen der vergangenen Jahre anschauen, stellen Sie fest, dass wir vier Jahre hintereinander bezüglich der Arbeitsmarktentwicklung die beste Position im Ländervergleich hatten. Wir werden im Jahr 2000 das fünfte Mal hintereinander die besten Zahlen haben. Sie regieren im Bund seit einem Jahr, erschweren Existenzgründungen, erschweren Betriebsübernahmen und beschädigen damit die mittelständische Politik auch in Baden-Württemberg. Gegen diesen Unsinn müssen wir uns mit unseren Maßnahmen durchsetzen, und wir sind trotz der Bundesregierung die Nummer 1.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sagen, das liege an der Bundesregierung. Schauen wir uns doch einmal an, woher es kommt, dass wir zum Beispiel bei der Zahl der Insolvenzen, bezogen auf 10 000 Unternehmen, so gut dastehen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 101, der Wert in Baden-Württemberg beträgt 61. Es gibt halt länderspezifisch gute und bessere Rahmenbedingungen. Hier in Baden-Württemberg sind sie sehr gut, und deswegen können wir diese guten Ergebnisse vorweisen.

(Unruhe)

Sie führen von Ihrer Seite aus, hier würde zu wenig Innovatives und Zukunftsorientiertes auf den Weg gebracht. Dazu kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Nehmen Sie einmal das Verbundforschungsprogramm. Das läuft ausgezeichnet, bringt hervorragende Ergebnisse. Es ist nahezu ausschließlich auf den Mittelstand konzentriert, zum Beispiel in den Bereichen neue Materialien, Umwelttechnologien und vielen anderen Bereichen mehr, die zukunftsorientiert sind. Das Verbundforschungsprogramm ist ein Erfolgsprogramm der Landesregierung von Baden-Württemberg.

(Abg. Brinkmann SPD: Anerkannt!)

Zweites Beispiel: CI-Programm. Zugegebenermaßen dringend notwendig gewesen ist die Unterstützung des Landtags, um dieses wichtige CI-Programm wieder auf den Weg zu bringen. Sie sagen: „Anerkannt!“, und das ist auch gut so. Das CI-Programm ist 1998 und 1999 so ausgestattet worden, dass wir im Moment keinen zusätzlichen Bedarf haben. Auch im Jahr 2000 werden wir mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ausreichend bedient sein. Das bedeutet aber auch wieder: Forschung, Entwicklung für die kleinen und mittelständischen Betriebe, Unterstützungsmöglichkeiten über CI gewährleistet. Das steht und wird auch in Zukunft so fortgesetzt werden.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, noch einmal möchte ich zu Herrn Hildebrandt kommen. Ich bin froh darüber, Herr Hil-

debrandt, dass wir in Baden-Württemberg in den vergangenen zwei, drei Jahren im Bereich der Biotechnologie exzellente Fortschritte erzielt haben. Das, was in Heidelberg, Freiburg, Ulm und Stuttgart im Bereich der Bio- und Gentechnologie in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht worden ist, kann sich in der Weltspitze sehen und messen lassen. Und darauf sind wir stolz.

(Abg. Reddemann CDU: Sehr richtig!)

Wenn dann ein Abgeordneter dieses Landtags hier sagt, dies sei die falsche Richtung, weil „der Ruin“ dieser neuen Firmen unmittelbar bevorstehe, dann hat das mit einer realen Betrachtung der Wirtschaftspolitik hier in Baden-Württemberg überhaupt nichts mehr zu tun, sondern dann ist dies Ideologie und auch noch eine verbohrt hinzu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden an dem Weg festhalten, die Biotechnologie weiter zu unterstützen.

(Abg. Pfisterer CDU: Und der kommt aus Heidelberg, der Mann!)

Ich freue mich darüber, dass wir in nächster Zeit die Bioparks in Heidelberg und Freiburg weiter ausbauen und unterstützen können, weil dort die zukunftsorientierten Unternehmen entstehen, die wir brauchen, weil dort auch der Dienstleistungsbereich ausgebaut wird, der bei uns Nachholbedarf hat.

Wenn man sieht, dass wir in den vergangenen drei, vier Jahren diese entscheidenden neuen Schritte auf den Weg gebracht haben, erkennt man, dass die Landesregierung mit ihrer Wirtschaftspolitik, auch mit ihrer zukunftsorientierten Politik in den neuen Technologien auf dem absolut richtigen Weg ist, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Wenn Sie unterstützend tätig werden wollen, würde ich schon darum bitten – Kollege Brechtken hat dazu einiges in Zwischenrufen und Nachfragen angedeutet –, dass die Steuerreform, die sich bisher in Berlin andeutet – und ich will wirklich sagen: viel mehr als eine Andeutung ist es bisher noch nicht –, fortgesetzt wird und vor allem auch den Bereich erfasst, der für unsere Wirtschaft im Land besonders wichtig ist. Das sind die Personengesellschaften, das ist der Mittelstand, das ist das Handwerk, die unter der jetzigen Steuerreform nur zu leiden haben und überhaupt nicht davon profitieren. Diese Rahmenbedingungen müssen verbessert werden. Die müssen aber in Berlin verbessert werden; das können wir hier in Stuttgart nicht richten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil auch noch zwei Nachfragen – ich glaube, sie kamen von Herrn Brinkmann – nach ausstehenden Gesetzentwürfen gekommen sind: Wir werden den Landesentwicklungsplan im April – so ist unsere Planung – ins Kabinett einbringen. Wir werden die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes einbringen. Aber da müssen Sie auch sehen: Wenn wir sagen, wir wollen die Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes möglichst rasch einbringen, dann kommt von Ihrer Seite die Frage: „Wozu hat man die Mittelstandsenquete? Da könnte man ja noch Ergebnisse mit berück-

(Minister Dr. Döring)

sichtigen und Initiativen auf den Weg bringen.“ Jetzt werden wir die Novellierung einbringen und damit dafür Sorge tragen, dass das, was wir in dem Initiativkreis „Mittelstand und Handwerk 2000“ angesprochen und vereinbart haben, so rasch wie möglich umgesetzt wird.

Ich sehe, meine Damen und Herren, unter dem Strich eine Vielzahl von sehr guten Ergebnissen, die wir erreicht haben, sei es bei der Arbeitsmarktstatistik, sei es bei der Lehrstellensituation oder bei der Schaffung neuer Berufsbilder, die wir dringend brauchen, oder in den zukunftsorientierten Technologien, die wir ebenfalls dringend brauchen und sehr gut unterstützen. Damit sind wir auf dem richtigen Weg. Baden-Württemberg wird mit dieser Politik auch am Ende des Jahres 2000 – so, wie am Ende des Jahres 1999 – die Nummer 1 in Deutschland im Vergleich der Bundesländer untereinander sein. Darum geht es uns, und daran arbeiten wir.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 07 – Wirtschaftsministerium – auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4807 Abschnitt I.

Ich rufe auf

Kapitel 0701

Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel 0701 ist bei Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

(Unruhe)

Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten, meine Damen und Herren.

Ich rufe auf

Kapitel 0702

Allgemeine Bewilligungen

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4832-1. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4832-2, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/4832-3, auf. Wer zustimmen möchte, den

bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4832-4, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4832-5, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4832-7, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4832-8, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4832-9, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4832-10, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0702 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0703

Landesgewerbeamt

und dazu den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4832-11. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 0703 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0703 ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0704

Denkmalpflege

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Dieses Kapitel ist einstimmig verabschiedet.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

### Kapitel 0705

Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4832-6. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4832-12, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Brechtken SPD: Was? Den sozialen Wohnungsbau lehnt ihr ab?)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4832-13, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt bei Nichtbeteiligung einiger Abgeordneter an der Abstimmung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie haben weder bei der Zustimmung noch bei der Ablehnung, noch bei den Enthaltungen die Hände gehoben.

(Zuruf des Abg. König REP)

– Herr König, das überlassen Sie meiner Beurteilung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, damit lasse ich über das Kapitel 0705 abstimmen. Wer dem Kapitel 0705 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel 0705 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

### Kapitel 0706

Vermessungswesen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0706 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

### Kapitel 0709

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel 0709 ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

### Kapitel 0710

Forschungs- und Materialprüfungsanstalt Baden-Württemberg (Otto-Graf-Institut)

Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Dieses Kapitel ist einstimmig angenommen.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Ich darf Sie bitten, vom Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 17. November 1999 – Wohnungsbau 2000 – Bericht und Leitlinien zur Wohnungsbauförderung – Kenntnis zu nehmen. – Sie haben Kenntnis genommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Zweiten Beratung des Einzelplans 07 – Wirtschaftsministerium.

Ich rufe nunmehr **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

### Einzelplan 11: Rechnungshof

#### Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4811

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Wünscht die Berichterstatterin das Wort?

(Abg. Ursula Lazarus CDU: Für die Fraktion! –  
Abg. Hauk CDU: Als Fraktionssprecherin!)

– Frau Kollegin Lazarus erhält das Wort für die Fraktion der CDU und hat als Berichterstatterin auf eine Wortmeldung verzichtet.

Gestatten Sie mir aber zunächst, nachdem wir die Zweite Beratung des Einzelplans des Wirtschaftsministeriums beendet haben, dass ich dem Herrn Wirtschaftsminister einen guten Verlauf der anstehenden Operation wünsche. Wir wünschen ihm alle baldige Genesung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Kollegin Lazarus, Sie haben das Wort.

**Abg. Ursula Lazarus** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich freue mich zwar immer, wenn die Leute miteinander und nicht übereinander reden,

(Heiterkeit des Abg. Brechtken SPD)

aber es wäre der Beratung sicher nicht undienlich, wenn die Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals verlegt werden würden.

Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

**Abg. Ursula Lazarus** CDU: Der Einzelplan 11, der Haushalt des Landesrechnungshofs, hat unter den insgesamt 14 Einzelplänen den kleinsten Ansatz im Gesamthaushalt. Es sind gerade 0,04 %. Ich ziehe den Schluss, dass die mathematisch ausgedrückte Proportionalität „Je teurer, desto besser“ auf den Rechnungshof nicht zutrifft. Wenn man den Bundesvergleich heranzieht, ist eher das Gegenteil richtig.

Der Landesrechnungshof von Sachsen-Anhalt hat im Herbst 1999 eine vergleichende Analyse der Haushalte der

(Ursula Lazarus)

Landesrechnungshöfe vorgelegt. Interessant ist dabei der Vergleich zwischen den drei größten Bundesländern: Nordrhein-Westfalen mit 18 Millionen Einwohnern, Bayern mit 12 Millionen Einwohnern und Baden-Württemberg mit etwa 10,5 Millionen Einwohnern.

Für seinen Landesrechnungshof gibt Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von fast 0,07 % am Landeshaushalt nahezu das Doppelte – ich rede über Prozente, also nicht über absolute Zahlen – und Bayern mit 0,09 % sogar mehr als das Doppelte wie Baden-Württemberg aus.

Der geringe finanzielle Anteil des Einzelplans 11 am Gesamthaushalt hat natürlich eine wesentliche Ursache in der äußerst sparsamen Personalausstattung. Mit 270 Stellen – und die noch verteilt auf die vier staatlichen Rechnungsprüfungsämter und den Rechnungshof – überwacht der Landesrechnungshof das finanzielle Gebaren des Landes – verteilt auf immerhin 216 000 Stellen im Dienst des Landes. Wenn man das einmal ausrechnet, entspricht das Verhältnis 270 : 216 000 exakt 1 : 800.

Es ist eigentlich eine Mammutaufgabe, die unser Landesrechnungshof mit großer Effektivität angeht und löst. Auch dabei ist er mustergültig im Vergleich zu den anderen 15 Landesrechnungshöfen, die alle mehr Personal zur Verfügung haben, zumindest was die genannte Quote angeht. In Zahlen ausgedrückt sind das, wie ich gesagt habe, in Baden-Württemberg 1 : 800 oder 0,125 %. In Nordrhein-Westfalen sind es mit 0,133 % etwas mehr, und in Bayern sind es immerhin 0,150 %. Das heißt, auch was das Personal betrifft, sind wir der Quote nach das sparsamste Land.

Eine Vorbildfunktion übernimmt der Landesrechnungshof Baden-Württemberg auch in der Anwendung der neuen Steuerung. Nach der Einführung der dezentralen Budgetverantwortung, verbunden mit Kosten- und Leistungsrechnung und auch mit einem kostenorientierten Führungssystem, soll nun für vier Jahre als weiterer Pilotversuch eine Ausdehnung auf den Personalbereich erfolgen.

Insbesondere für den Finanzausschuss ist diese Erprobung neuer Haushaltsinstrumente interessant, ganz besonders für die Beantwortung der Frage, was man mittelbewirtschaftenden Dienststellen an Spielräumen geben kann, was man dagegen einschränken muss und in welchem Umfang man neue Regeln einführen muss.

Wir sehen also: Der Landesrechnungshof erprobt selbst das, was er anschließend bei der Umsetzung der neuen Steuerung in der gesamten Landesverwaltung in Zukunft kritisch beobachten und beurteilen wird. Das ist richtig, und das ist konsequent. Wir können aus den Erfahrungen des Landesrechnungshofs nur Nutzen ziehen.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, wenn man berücksichtigt, dass der Landesrechnungshof trotz dieses Aufgabenpakets vorhat, weitere sieben Stellen einzusparen, so sind die Begriffe sparsam, schlank und effizient höchst zutreffend. Allerdings ist, was den Personalbereich betrifft, damit wohl eine untere Grenze erreicht, die nicht mehr unterschritten werden kann. Das zeigt uns der gerade angeführte Vergleich mit den anderen Bundesländern.

Ich spreche für die CDU-Fraktion und im Augenblick gleichzeitig auch als Berichterstatterin, wenn ich, sehr geehrter Herr Präsident Frank, Ihnen und Ihrem Haus für Ihre Arbeit Dank sage.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Seltenreich.

(Abg. Wieser CDU: Ach Gott, jetzt kommt der!)

**Abg. Seltenreich SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tag ist schon fortgeschritten, und deswegen wollen wir versuchen, die Reden auch kürzer zu machen.

Zunächst einmal: Sparen ist für normale Bürger meist der Versuch, sich an seinem eigenen Einkommen zu bereichern.

(Heiterkeit der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Das jedenfalls sagt ein erfahrener Banker.

Für Parlament und Regierung ist es allerdings in den heutigen Zeiten eine große Notwendigkeit. Die SPD-Landtagsfraktion dankt daher dem Landesrechnungshof mit seinen vier Rechnungsprüfungsämtern für die große Hilfe, die Landesregierung zu kontrollieren, und auch für den Versuch, im Landeshaushalt sinnvoll zu sparen. Auch in diesem Jahr ist die Zustimmung zum Haushalt des Rechnungshofs für uns unproblematisch.

(Unruhe auf der Zuhörertribüne – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren auf der Tribüne, ich darf darum bitten, dass der Wechsel der Besucher auf der Tribüne etwas geräuschloser abläuft.

**Abg. Seltenreich SPD:** Wie schon gesagt: Auch in diesem Jahr ist die Zustimmung zum Haushalt des Rechnungshofs für uns unproblematisch, trotz der veranschlagten Steigerung des Staatszuschusses. Es ist zu bedenken, dass der Staatszuschuss, der im Jahr 1999 bei 24,9 Millionen DM gelegen hat, im Jahr 2000 auf 27,1 Millionen DM anwächst und im Jahr 2001 27,4 Millionen DM erreicht, allerdings, wie hier schon gesagt wurde, bei der gleichen Stellenzahl von 270.

Nach Angaben der Berichterstatterin ist der Landesrechnungshof von Baden-Württemberg dennoch der sparsamste der Republik – wir haben es ja gehört – beim Anteil am Gesamthaushalt. Aber auch bei den Stellen sind wir ähnlich Spitze. Hier liegt Baden-Württemberg bei 0,125 %, die Bayern folgen später mit 0,150 %, Schlusslicht ist Brandenburg mit 0,326 % aller Stellen im Gesamthaushalt. Nordrhein-Westfalen, das ja normalerweise von der CDU immer negativ zitiert wird, liegt allerdings auch recht günstig, und zwar bei 0,133 %. Damit ist der Rechnungshof Baden-Württemberg Spitze.

(Seltenreich)

(Abg. Wieser CDU: Die wollen keine Kontrolleure in Nordrhein-Westfalen!)

– So ist es nicht.

Das ist unter anderem die Folge des Umstandes, dass der Landesrechnungshof die Organisation der Finanzkontrolle in den vergangenen Jahren einer modernen Prüfung angepasst hat, wie das auch im Haushaltsplanentwurf nachzulesen ist.

Der Rechnungshof mit seinen vier Rechnungsprüfungsämtern befindet sich weiter im Wandel. Die qualitativen Anforderungen an die Rechnungsprüfer werden mit der Einführung von neuen Steuerungselementen in der Landesverwaltung höher. Der Rechnungshof entwickelt neben seinem bewährten Standbein Prüfung eine rege Beratungstätigkeit und eine hohe Beratungskompetenz.

Dieses gewandelte Selbstverständnis erkennt man auch im Wandel des Outfits des Rechnungsprüfungsberichts von 1999. Vom etwas depressiven packpapierbraunen Prüfbericht geht man nun zum glänzenden Weißbuch über. Herzlichen Dank für diese neue Aufmachung. Das zeigt auch eine große Spur Optimismus.

Der Rechnungshof geht in der Anwendung der neuen Steuerungsmodelle selbst voran. Wir hoffen mit dem Präsidenten des Landesrechnungshofs, Herrn Frank, dass die Möglichkeiten der dezentralen Budgetverantwortung zu einer budgetneutralen Verbesserung der Personalstruktur beim Landesrechnungshof führen werden. Wir gehen davon aus, dass gerade der Landesrechnungshof fleißig und kritisch die Möglichkeiten der neuen Budgetverwaltung erprobt und daraus vermutlich finanziell und auch konzeptionell Folgerungen für seine zukünftige Arbeit ziehen wird.

Die SPD-Landtagsfraktion ist bereit, diesen Prozess wohlwollend zu begleiten und gegebenenfalls einem sinnvollen Umbau des Rechnungshofs nicht im Wege zu stehen. Gut wäre es, wenn der Rechnungshofpräsident, wie die Minister, im Parlament Ausführungen zu seiner Arbeit machen dürfte. Er hat immer noch nicht das Recht, hier zu seinem Haushalt zu reden. Diese Forderung stellen wir ja bei allen Haushaltsberatungen wieder wie der alte Cato. Wir sind auf die Ergebnisse, die die neuen Steuerungsmodelle beim Rechnungshof zeitigen, gespannt.

Zum Schluss: Der Landesrechnungshof ist bei vielen gefürchtet, weil er die Wahrheit sucht. Seine Prüfberichte lösen meist keine Freude, sondern höchstens Ärger und Proteste bei den Ministerien, Ämtern und Einrichtungen aus. Der ehemalige Beichtvater von Helmut Kohl, ein Herr Basilus Streithofen, soll vor kurzem im Fernsehen philosophiert haben, wo die Wahrheit sei, sei der Teufel nicht weit.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir wissen, der Landesrechnungshof fürchtet den Teufel nicht, und wir unterstützen ihn voll und ganz dabei, auch in Zukunft den Teufel auszutreiben.

Herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Frau Abg. Erdrich-Sommer.

**Abg. Marianne Erdrich-Sommer** Bündnis 90/Die Grünen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorgelegte Rechnungshofbericht ist ungewöhnlich, und dabei ist er nicht, wie das vor einiger Zeit der Fall war, ein Alternativentwurf zu dem Entwurf, den das Finanzministerium und die Regierung vorgelegt hat, sondern es ist diesmal eine sehr moderne Form, die diesen Rechnungshofbericht ungewöhnlich macht, nämlich die Budgetierung nicht nur im Sachbereich, sondern auch in der Personalbewirtschaftung. Das gibt dem Planansatz des Rechnungshofs innerhalb der Beratungen einen ganz besonderen und wichtigen Stellenwert.

Dabei war die Beratung des Einzelplans 11 erstaunlich kurz. Es war die kürzeste der Einzelplanberatungen im Finanzausschuss. Das hat sicherlich etwas mit dem besonderen Vertrauen zu tun, das der Rechnungshof genießt. Aber, meine Damen und Herren, nach den Beratungen blieb auch das schale Gefühl, wenn alle Haushalte in dieser Form vorgelegt werden, keinen Einfluss mehr auf das nehmen zu können, was in den Haushalten tatsächlich drinsteht.

Nun ist der Rechnungshof ein besonderer Teil der Verwaltung, weil die Aufgaben gesetzlich vorgeschrieben sind und der Rechnungshof gleichzeitig weitgehend unabhängig von Regierung und politischer Zielsetzung arbeitet. Er ist für die Korrektheit, Glaubwürdigkeit und Genauigkeit in der Einhaltung von Vorschriften bekannt. Trotzdem fehlt für meine Wahrnehmung die Information darüber, welche Ziele der Rechnungshof mit dem vorgelegten Haushaltsansatz eigentlich erreichen will.

Denn auch die Aufgabenstellung des Rechnungshofs ändert sich derzeit sehr stark. Bei den Privatisierungen war der Rechnungshof zur Beratung dabei. Auch bei der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente bedarf es seiner Begleitung, sowohl beim Landtag als auch bei den Verwaltungseinheiten.

Die Entwicklung des Rechnungshofs zu einer Dienstleistungsbehörde, weg von der reinen Kontrollbehörde, ist augenscheinlich, wenn man sieht, wo der Rechnungshof überall mit berät. Das gehört aber meines Erachtens in eine Zielvereinbarung, die vom Landtag verabschiedet werden muss. Es kann nicht dem Rechnungshof allein überlassen werden, woran er denn jetzt arbeiten will und was er als neue Aufgabe ansieht.

Dabei will ich aber noch einmal deutlich sagen, dass der Präsident des Rechnungshofs im Ausschuss zu Recht darauf hingewiesen hat, dass eine Vorgabe von Prüfungszahlen für die Aufgabenerfüllung nicht hilfreich sei. Dennoch wird das Parlament zur Erfüllung seiner Aufgaben – Aufgaben des Parlaments – auf Zielvorgaben beim Rechnungshof nicht verzichten können.

Frau Lazarus hat eigentlich die Fragen schon gestellt, die wir gern vom Rechnungshof beantwortet hätten. Ich finde, es gehört zu einem budgetierten Haushalt, zu sagen: Wir erwarten vom Parlament, dass ihr uns mit dem vorgelegten Haushalt, in der bestimmten Größenordnung der Finanzierung, in diesen Fragen zur Seite steht. Es darf doch nicht

(Marianne Erdrich-Sommer)

dem Rechnungshof überlassen werden, ob er das als Aufgabe ansieht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Jawohl! – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich finde, dass der vorgelegte Haushalt zeigt, was wir als Parlament in den nächsten beiden Jahren, bis zum nächsten Doppelhaushalt leisten müssen. Wir müssen uns überlegen, was Budgetierung eigentlich für uns bedeutet und was wir von den einzelnen Ministerien in den Haushaltsplänen an Zielvereinbarungen für die nächsten beiden Jahre verlangen. Welche Grundlagen müssen sie uns liefern, damit wir ihnen einen budgetierten und nach neuen Steuerungsinstrumenten bearbeiteten Haushalt überhaupt abnehmen können? Denn im Moment besteht schon die Gefahr, dass das Recht des Landtags ausgehöhlt wird, wenn wir jetzt nicht aufpassen, dass die richtigen Wege eingeleitet werden.

Ich will aber nicht verhehlen, dass ich auch die Chancen sehe. Wenn die Zielvereinbarungen in die richtigen Wege geleitet werden, können wir nämlich tatsächlich Einfluss nehmen. Ich denke, dass uns der Rechnungshof als Vorreiter mit seiner Erfahrung und mit seinem Fachwissen, das er jetzt erwirbt, bei diesem budgetierten Haushalt mit Rat und Tat zur Seite stehen kann.

Weil ich hoffe, dass uns der Rechnungshof hierbei massiv unterstützt, wünsche ich ihm, dass er mit seinem budgetierten Haushalt sehr viele Erfolge hat – und mehr Zeit und mehr Manpower hat, um uns in den nächsten beiden Jahren bei unserer wichtigen Aufgabe zu unterstützen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Rapp REP: Nur „Manpower“?)

– Das ist mit „m-e-n“ geschrieben, Herr Rapp.

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP/DVP-Landtagsfraktion dankt dem Rechnungshof, dem Präsidenten, den Direktoren und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die konstruktive, gute Zusammenarbeit und Beratung, sowohl hinsichtlich der Beratung und Zusammenarbeit im Parlament als auch in Bezug auf die Ausschüsse und auf unsere Fraktion.

Der Rechnungshof ist längst, wie Frau Kollegin Erdrich-Sommer sehr richtig festgestellt hat, zu einer unverzichtbaren Beratungs- und Kontrollinstanz geworden. Er ist nicht mehr nur eine reine Rechnungsprüfungsanstalt. Um kurz auf Sie einzugehen, Frau Erdrich-Sommer, möchte ich sagen: Sie haben Recht, die Zielvorgaben müssen durch das Parlament erfolgen. Aber wir sind für Anregungen, die von außerhalb kommen, zum Beispiel vom Landesrechnungshof, natürlich immer dankbar.

Um einige wenige Beispiele zu nennen, gerade was die Beratung und Kontrolle betrifft: Wir waren bei der Novellie-

rung des Studentenwerkgesetzes im Sommer letzten Jahres dankbar für die Empfehlung des Rechnungshofs zur Finanzierung der Studentenwerke. Ich erinnere an die Umstellung der Finanzierung auf Finanzhilfen, die im Haushalt durch Verpflichtungsermächtigungen auf fünf Jahre abgesichert sind. Damit konnte eine deutlich höhere Planungssicherheit erreicht und konnten bessere Rahmenbedingungen für eigenverantwortliches unternehmerisches Handeln geschaffen werden.

Ich erinnere an die Reduzierung der Zahl der Dienstwagen und der Dienstfahrer.

Erforderlich ist auch, meine Damen und Herren, die fortlaufende Beratung des Parlaments beim Prozess der Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung, speziell bezüglich der Umsetzung des mit dieser Reform verbundenen Effizienzpotenzials von über 600 Millionen DM pro Jahr.

Es gibt – das muss hier auch erwähnt werden – allerdings auch Fälle, in denen das Parlament den Empfehlungen, Anregungen und Bedenken des Rechnungshofs nicht oder nicht in vollem Umfang folgte, weil die Politik die Schwerpunkte etwas anders setzte. Ich erinnere an die Kreisbeschreibungen/Landesarchivverwaltung; ich erinnere auch an die Bedenken des Rechnungshofs gegen die Beteiligung des Parlaments im Aufsichtsrat der gemeinnützigen GmbH Landesstiftung Baden-Württemberg. Dennoch auch Dank dafür, Herr Frank, dass Sie uns hinsichtlich dieser Dinge sensibilisiert haben.

Bleibt zum Schluss neben dem Dank der Wunsch auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die FDP/DVP-Landtagsfraktion stimmt dem Einzelplan 11 zu.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Rapp.

**Abg. Rapp REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte namens meiner Fraktion nicht versäumen, dem Rechnungshof zu danken. Die Kolleginnen und Kollegen haben eben schon all seine Leistungen aufgezählt. Ich glaube, ich kann es recht kurz machen, weil das ein Thema ist, bei dem man unter den Fraktionen ohnehin keinen Krach bekommt.

Der Rechnungshof hat viel Hervorragendes und auch Aufklärungsarbeit geleistet, und dann, wenn es einmal nicht so ganz gerade lief, hat er die Finger in offene Wunden gelegt. Ich nenne nur SWEG, Affäre Schaufler, Affäre CDU-Parteispenden, Affäre SSV Reutlingen – alles Dinge, bei deren Überprüfung der Rechnungshof, der ja keine Weisungen erhält, der Unabhängigkeit bedarf.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen um die Wichtigkeit einer solchen Einrichtung im Ganzen – ich spreche hier alle Bundesländer an –, wenn es darum geht, korrupte Funktionäre in irgendeiner Form zu überführen. Ich spreche jetzt nicht von Baden-Württemberg, sondern von

(Rapp)

Nordrhein-Westfalen, wo es mit Sicherheit bei der Überprüfung sehr viel Arbeit für den dortigen Rechnungshof geben wird. Es gibt noch manch anderes zu leisten. Ich glaube, so manchen Trägen in der Verwaltung hat allein das Dasein des Rechnungshofs schon dazu bewegt, Kosten genauer zu kontrollieren und darauf zu achten, dass bei der Vergabe Angebote eingeholt werden, dass ausgeschrieben wird usw.

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

All das halten wir für wichtig, und all das möchten wir auch in Zukunft unterstützen. Deshalb werden wir dem Einzelplan 11 des Rechnungshofs gern zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4811.

Ich rufe auf

Kapitel 1101

Rechnungshof

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Ich rufe auf

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Auch das war einstimmig.

Ich rufe auf

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Auch diesem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich darf mich für das hohe Haus insgesamt den anerkennenden Worten der Redner der Fraktionen anschließen und Ihnen, Herr Präsident Frank, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihre außerordentlich gewissenhafte Arbeit sehr herzlich danken. Wir werden auch in Zukunft auf Ihre objektive Berichterstattung bei der Lösung vieler Probleme angewiesen sein, und wir freuen uns insofern auch auf eine erfolgreiche und freundschaftliche Zusammenarbeit in der Zukunft. Ich gratuliere Ihnen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie bei Abgeordneten aller übrigen Fraktionen)

Buchstabe c der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Buchstabe d** der Tagesordnung auf:

### **Einzelplan 03: Innenministerium**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4803**

Berichtersteller: Abg. Kielburger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – eine Gesamtreizeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt. Dazu kommt ein nach der Fraktionsstärke gestaffelter Reizeitzuschlag.

Ich darf zunächst den Herrn Berichtersteller fragen, ob er das Wort wünscht. – Dies ist nicht der Fall. Dann gehe ich davon aus, dass zunächst auch über diesen Einzelplan eine Allgemeine Aussprache geführt wird.

Ich erteile hierzu Herrn Abg. Haasis das Wort.

**Abg. Haasis** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Innenministerium hat für uns als Land zwei außerordentlich wichtige Verantwortungsbereiche: Als Kommunalressort ist es in vielfacher Weise zuständig für die Kommunen, für die Kreise, für unsere kommunale Selbstverwaltung, und natürlich hat es als ganz besonderen Schwerpunkt die Polizei und die innere Sicherheit.

Wir messen der inneren Sicherheit eine große Bedeutung bei. Der Staat hat seinen Bürgerinnen und Bürgern die innere Sicherheit zu garantieren oder sie wieder herzustellen, wo sie nicht gegeben ist.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Dies gehört zu den wichtigsten und vornehmsten Aufgaben eines Staates. Denn vieles andere kann der Markt, kann der Wettbewerb regeln,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Da bin ich mal gespannt!)

können sich die Menschen kaufen; innere Sicherheit muss auf jeden Fall der Staat garantieren.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das klingt im Moment ziemlich schal!)

– Es ist gut, wenn Sie sich das einmal anhören, Herr Hackl.

Die CDU in Baden-Württemberg ist seit Jahren Garant dafür, dass die Polizei gut ausgestattet ist, und Baden-Württemberg ist auch ein sicheres Land. Wir wissen, welches Sicherheitsbedürfnis die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land haben. Deshalb ist seit einigen Jahren neben der Bildungspolitik die Sicherheitspolitik ein weiterer Schwerpunkt in der Landespolitik. Wir haben diese Prioritäten mit Erfolg gesetzt. Seit Jahren haben wir in Baden-Württemberg die geringste Kriminalitätsquote und dank einer ausgezeichneten Arbeit der Polizei auch mit die höchste Aufklärungsquote im gesamten Bundesgebiet.

(Haasis)

Deshalb möchte ich heute namens der CDU-Fraktion auch allen Beamtinnen und Beamten bei der Polizei für die engagierte Wahrnehmung ihrer Aufgabe danken, ebenso dem Innenminister als dem politischen Führungsressort für unsere Polizei.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser  
FDP/DVP – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen:  
Schwacher Beifall bei der CDU-Fraktion!)

Herr Innenminister Schäuble hat in seiner Politik auch viel für die Polizei getan: in der Anpassung der Organisationsform, in der polizeifachlichen Ausbildung, aber auch was die Ausstattung der Polizei anbelangt, sowohl auf das Persönliche bezogen als auch auf die Sachmittel. Mit „auf das Persönliche bezogen“ meine ich nicht nur die Zahl von 24 600 Polizistinnen und Polizisten in diesem Land, sondern ich will dabei vor allem auf die beträchtlichen Strukturverbesserungen verweisen, die wir in den letzten Jahren erreicht haben.

So haben wir im letzten Doppelhaushalt, in den Jahren 1998 und 1999, jeweils 450 Stellen vom mittleren Dienst in den gehobenen Dienst umgeschichtet und auch nach A 10 durchgeschlüsselt, was bedeutet, dass von den 900 Stellen, die in diesen zwei Jahren umgeschichtet wurden, 86 % in A 10 sind. Wer sich im Beamtengefüge auskennt, weiß, welche enormen Verbesserungen dies vor allem für junge Polizisten bedeutet hat, die schon seit sieben, acht oder neun Jahren auf ihre Beförderung warten mussten.

Wir haben gerade mit diesem Programm erreicht, dass der Stellenanteil des gehobenen Dienstes in der Polizei wesentlich vorangebracht worden ist.

(Lachen des Abg. Redling SPD)

Das ist ein Ziel, das die CDU seit einigen Jahren verfolgt. So haben wir, Herr Kollege Redling – lesen Sie es einmal nach –, 1999 bei der Schutzpolizei 33 % im gehobenen Dienst und bei der Kriminalpolizei 74 %, das heißt insgesamt über 40 % Angehörige des gehobenen Dienstes. Wir waren im Jahr 1991 noch bei 18 %. Herr Kollege Redling, im Anhang des Berichts des Innenministeriums können Sie das nachlesen. Das heißt, wir haben von 1991 bis 1999 die Zahl der Polizeibeamten im gehobenen Dienst mehr als verdoppelt. Deshalb können Sie sicher sein, dass wir unser Ziel auch erreichen werden, bis zum Jahr 2005 50 % aller Beamtinnen und Beamten der Polizei im gehobenen Dienst zu haben. Das ist unser Ziel, und dies werden wir auch erreichen. Deshalb haben wir als eines der wenigen Länder sofort, nachdem der Bund die Stellenobergrenzenverordnung freigegeben hat, auch alle Möglichkeiten der Beförderung eingeleitet, die diese Veränderung ergeben hat.

Das Innenministerium hat aber gleichzeitig auch eine Organisationsreform durchgeführt, die sich von den Plänen der großen Koalition unterscheidet, nämlich eine ständige Anpassung und Fortschreibung im Hinblick auf Bürgernähe und auf Basisorientierung und eine stärkere Vernetzung der Polizeidienststellen mit allen übrigen Behörden. Es war gerade Herr Innenminister Schäuble, der die ursprünglichen Pläne wieder verändert hat, sodass wir mit einer Polizeidirektion in jedem Landkreis dieses Landes präsent

sind. Sie wissen, dass es ursprünglich in der großen Koalition einmal andere Pläne gegeben hat.

(Abg. Behringer CDU: Genau!)

Es ist ihm auch wirkungsvoll gelungen, gleichzeitig interne Organisations- und Arbeitsabläufe zu rationalisieren und optimale Voraussetzungen von der Organisationsform her zu schaffen.

Gleichzeitig sind wir bestrebt, den Technikeinsatz bei der Polizei zu optimieren. Wir haben ein Technikzukunftsprogramm bis zum Jahr 2005, das mit 680 Millionen DM ausgestattet ist. Sie wissen, dass der Fahrzeugpark bei der Polizei – 4 500 Fahrzeuge – erneuert werden soll. Nahezu alle Dienststellen werden in wenigen Jahren mit neueren Fahrzeugen ausgestattet sein. Es werden neue Hubschrauber, neue Waffen und über 10 000 Schutzwesten zur Sicherheit unserer Polizei angeschafft werden,

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

gleichzeitig aber auch eine moderne EDV und neue Kommunikationstechniken und auch eine neue Kriminaltechnik.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Zielrohre!  
Sind die von Heckler & Koch, oder wo kommen  
die her?)

Wir haben im Nachtrag zum letzten Haushalt bereits 30 Millionen DM bereitgestellt, um diese Maßnahmen einzuleiten. Im jetzt vorliegenden Haushalt, über den wir nachher abstimmen, sind es 139 Millionen DM in diesem Jahr und 158 Millionen DM im Jahr 2001. Es sind auch die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen eingestellt, sodass wir sagen können: Innere Sicherheit ist nicht nur Schwerpunkt und prioritär in diesem Haushalt, sondern sie hat den Stellenwert, der ihr zukommt. Wir werden einen neuen Funk für den veralteten Polizeifunk einführen, abhörsicher, weitgehend störungsfreie Digitaltechnik. Ich meine, das sind alles Maßnahmen, die dazu geeignet sind, unsere Polizei in Baden-Württemberg zu einer der modernsten Polizeien im Bundesgebiet zu machen. Ich kann Sie von der Opposition nur auffordern, dabei mitzumachen und diesen Weg mit uns zu gehen.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich gehört zu dem Thema innere Sicherheit auch die Feuerwehr als ein Fundament der öffentlichen Sicherheit. Nun wissen Sie alle, dass wir seit drei Jahren mit rückläufigen Zahlen beim Feuerschutzaufkommen kämpfen und weniger Geld für die Feuerwehren zur Verfügung steht, weil das Feuerschutzaufkommen an die Prämien der Feuerversicherer gekoppelt ist und die Prämien aufgrund des Wettbewerbs in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Deshalb hatten wir im Nachtrag 1999 mit 40 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen dafür gesorgt, dass im Innenministerium über 60 % der Anträge bewilligt werden konnten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Hervorragend!)

Im jetzt vorliegenden Haushalt für 2000 und 2001 sind erstmals seit Jahren jeweils 10 Millionen DM originäre Fi-

(Haasis)

nanzmittel des Landes über die Feuerschutzmittel hinaus bereitgestellt, damit unsere Feuerwehr gut ausgestattet ist. Wir haben über 100 000 aktive Feuerwehrleute in diesem Land, die ehrenamtlich tätig sind und denen heute ebenfalls unser Dank gilt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte abschließend auch das Verhältnis zwischen Land und Kommunen noch kurz erwähnen, das ein zentraler Punkt der CDU in diesem Land ist. Wir haben im letzten Jahr das Finanzausgleichsgesetz geändert und einen verbesserten Soziallastenausgleich geschaffen, was dazu geführt hat, dass wir eine gerechtere Lastenverteilung haben. In vielen Landkreisen, vor allem in den Ballungsräumen um Stuttgart herum, konnten die Sozialhilfefaufwendungen, die der Kreis originär zu tragen hat, durch höhere Einnahmen vermindert werden. Einige Landkreise können deshalb die Kreisumlage senken.

Ich denke, es kommt den Kommunalhaushalten, den Kreisen und Gemeinden auch sehr zugute, dass wir eine Rückführung von 500 Millionen DM vornehmen, die in früheren Jahren gekürzt worden sind. Die kommunalen Haushalte in den Jahren 2000 und 2001 sind spürbar entlastet, sehen viel, viel besser aus, als das in früheren Jahren der Fall gewesen ist.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das waren Schulden des Landes bei den Kommunen!)

Wir haben diese Änderung im Finanzausgleichsgesetz im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden durchgeführt. Ich weiß, Herr Hackl, dass Ihnen nicht sehr gefallen hat, dass das im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden lief.

(Abg. Rech CDU: Wieso? Hat der im Hintergrund geschürt? – Abg. Redling SPD: Ja, doch! Dem Hackl doch sicher auch! – Abg. Brechtken SPD: Dem ist nichts anderes übrig geblieben! Hätten die klagen sollen, oder wie?)

Aber wir sind stolz darauf, dass wir dies miteinander zustande gebracht haben.

Auch die Finanzausgleichskommission, die jetzt eingesetzt wurde und über alle Finanzbeziehungen des Landes und der Gemeinden entsprechend den Vorgaben des Staatsgerichtshofs beraten soll, ist im letzten Monat ja einvernehmlich eingesetzt worden. Sie wird dazu beitragen, dass das Verhältnis Land/Kommunen störungsfrei bleibt.

Wir danken dem Innenminister, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Innenministerium für engagierte Arbeit im abgelaufenen Jahr und wünschen ihm,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Einen guten vorgezogenen Ruhestand!)

dass er diese Aufgaben der inneren Sicherheit und der kommunalen Seite auch im neuen Jahr genauso gut bewältigen wird wie bisher, auch im Bereich der Aussiedler, der Umsiedler und der Rückführung, wo wir ja in Baden-Würt-

temberg gute Erfolge vorweisen können, auf die nachher im zweiten Beitrag der CDU-Fraktion mein Kollege noch eingehen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Was, ein zweiter auch noch?)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Redling.

**Abg. Redling SPD:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden Verständnis haben, dass der Tenor meiner Rede etwas anders ist als der meines Kollegen Haasis.

Wenn ich berücksichtige, welchen Elan das Innenministerium in der Zeit von 1992 bis 1996 hatte, und feststellen muss

(Lebhafte Unruhe – Abg. Haasis CDU unterhält sich mit anderen Abgeordneten.)

– Herr Haasis! –, dass dieser Elan nicht in die neue Legislaturperiode herübergerettet wurde, dann muss ich zu einer anderen Bewertung kommen.

Ein Paradebeispiel dafür ist die Reorganisation als Teil der Verwaltungsreform. Das Innenministerium hat mehr als drei Jahre gebraucht, um diese Reorganisation bei der Polizei auf die Beine zu stellen.

Ich möchte, bevor ich auf die Reorganisation zu sprechen komme, ein paar Worte zur Verwaltungsreform allgemein sagen.

Der Finanzminister hat in seiner Haushaltsrede ausgeführt, die landesweite Einführung der neuen Steuerungselemente sei das mit Abstand größte Projekt in Deutschland, damit habe Baden-Württemberg in Deutschland einen Spitzenplatz. Hierzu möchte ich nur die Werbung zitieren: „Wir können alles außer Hochdeutsch.“ Denn hätte der Herr Finanzminister seine Kollegen verstanden, mit denen er wohl ab und zu zusammen ist, dann hätte er erfahren, dass man in anderen Bundesländern mit der Verwaltungsreform zum Teil viel weiter ist, dass es zum Teil schon Gesamtbudgets und nicht nur einzelne zusammengefasste Haushaltstitel gibt, dass man ein modernes Personalmanagement hat und eben nicht nur eine Stelle, wo alle freien Stellen angemeldet werden müssen. Dann hätte er erfahren, dass in anderen Bundesländern die Kennziffernermittlung schon sehr weit vorangeschritten ist, viel weiter als in Baden-Württemberg.

Wenn man den tief greifenden Veränderungsprozess, der auch in der Verwaltung vonstatten gehen soll, aktiv mitgestalten will, dann muss man mehr tun. Wenn man dies nicht aktiv tut, dann wird man zum Spielball der Veränderungen, Herr Innenminister.

Veränderungen machen den meisten Menschen Angst. Angst stelle ich auch fest, wenn ich anschau, was im Bereich der Landesregierung geschieht. Vor wirklichen Verwaltungsreformen hat die Regierung Angst. Denn parteipolitische Erbhöfe und Pfründe würden dadurch ja wegfallen. Eine wirkliche Verwaltungsreform würde bedeuten, eine Verwaltungsebene abzuschaffen, weitere Eingliederungen von unteren staatlichen Verwaltungsbehörden, eine Zusam-

(Redling)

menlegung dieser Behörden, zum Beispiel von Oberschulamt und Schulamt, die Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter, der Flurordnung in die Vermessung, um nur einige Beispiele zu nennen. Solange Sie aber politisch nicht bereit sind, etwas zu tun, wird die Verwaltungsreform in der Praxis nur ein Reförmchen bleiben.

(Abg. Rech CDU: Hackl ist auch skeptisch!)

Die Verwaltungsreform ist auch nichts, wenn das Personal und die Mitarbeiter nicht in der notwendigen Schnelligkeit eingewiesen, geschult und fortgebildet werden. Zu den Ausgaben für Aus- und Fortbildung darf ich hier einmal einige Zahlen nennen: 1994 wurden für rund 4 600 Teilnehmer knapp 2,3 Millionen DM ausgegeben, 1995 für rund 5 500 Teilnehmer 2,3 Millionen DM, 1996 für rund 5 400 Teilnehmer knapp 2,2 Millionen DM. Jetzt passen Sie auf: 1997 wurden für rund 4 100 Teilnehmer 1,8 Millionen DM ausgegeben, 1998 für rund 4 400 Teilnehmer über 1,8 Millionen DM. Für 1999 hat das Innenministerium diese Zahlen verschwiegen. Es hat allerdings ausgeführt, man sei bemüht gewesen, den Stand der Veranstaltungsangebote zu halten, allerdings sei die Teilnehmerzahl gesunken.

(Abg. Haasis CDU: Freilich! Auf Seite 28 steht das alles! Man muss es bloß lesen!)

Wenn man die Aus- und Fortbildung für Jung und Alt als langfristig gesicherte Chance sieht, am Berufsleben teilzunehmen, aber die Entwicklung hier nicht mitmacht, dann versäumt man das Wesentliche in Beziehung auf eine Modernisierung unserer Verwaltung.

Zur inneren Sicherheit. Wir hatten 1999 einen Etat des Innenministeriums von 3,366 Milliarden DM. Im Jahr 2000 haben wir 3,441 Milliarden DM bzw. etwa 5,8 % des Landeshaushalts beim Innenministerium. Im Jahr 2001 sind dies nur noch 3,434 Milliarden DM bzw. 5,5 % des Landeshaushalts. Das ist also ein relativer Rückgang. Davon sind für öffentliche Sicherheit und Ordnung 2,5 Milliarden DM gleich 4,3 %. Für politische Führung allerdings gibt dieses Land ebenfalls knapp 2,5 Milliarden DM gleich 4,1 % aus. Das heißt, die innere Sicherheit ist diesem Land lediglich 90 Millionen DM mehr wert als das Staatsministerium.

Innere Sicherheit zu gewährleisten, sagt der Herr Innenminister, sei die erste und vornehmste Aufgabe des Staates, „das heißt, seine Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität und Kriminellen zu schützen, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten und zu garantieren“. Dem kann ich und kann sicher auch die Polizei voll zustimmen und das voll und ganz unterschreiben. Dann heißt es allerdings:

Seit Beginn dieser Legislaturperiode räumt deshalb die Landesregierung dieser Aufgabe auch höchste Priorität ein.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Das Besoldungsstrukturprogramm ist ein Paradebeispiel hierfür. In den Zeiten der großen Koalition wurde es eingeführt und aufgelegt. Obwohl wir – die SPD – wussten, dass es unsere Strukturprobleme nicht zu lösen vermag, haben wir ihm aber – da standen wir dahinter – als Minus, als we-

niger gegenüber unserer Forderung der zweigeteilten Laufbahn zugestimmt. Damals hat ein CDU-Politiker im Wahlkampf gesagt:

Trotz der ungünstigen finanziellen Rahmenbedingungen tritt die CDU dafür ein, das Besoldungsstrukturprogramm in den Jahren nach 1996 konsequent fortzusetzen.

Weiter heißt es:

Dort, wo andere Länder von einer zweigeteilten Laufbahn reden und vollmundig Beförderungen ankündigen, haben wir die Beförderungen trotz knapper Kassen konsequent umgesetzt.

In der gleichen Schrift heißt es dann weiter zu den Zielen:

1997 bis 2002 sollen als Ziel 50 % der gesamten Polizei im gehobenen Dienst sein.

Und dann steht da noch: Aus der CDU-Landtagsfraktion garantieren dieses Versprechen Herr Oettinger, Herr Ruder und Herr Zimmermann

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wo sind die?)

und aus der Regierung damals Herr Teufel, Herr Schäuble und Herr Vetter. Sie garantieren diese Umsetzung. Dies hätte jährlich 630 Hebungen bedeutet. Und was haben Sie getan? 450 Hebungen haben Sie jährlich vollzogen. Wo da die Erfüllung und konsequente Umsetzung ist, frage ich mich. Allerdings müssen Sie sich auch selbst fragen, wo diese konsequente Umsetzung Ihrer Versprechungen geblieben ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Zudem haben Sie diese Hebungen dann nicht voll durchgeschlüsselt, sondern nur bis A 10. Das heißt, Sie haben den Leuten aus W8-Lehrgängen oder den Fachhochschulabsolventen die Chance genommen, aufgrund ihrer Leistung auch wirklich höher aufzusteigen.

In der Zwischenbilanz vom Dezember 1998 hat Herr Oettinger, nachdem er einen entsprechenden Antrag gestellt hatte, gesagt:

Wir müssen wissen, wo wir stehen, um in der zweiten Hälfte der Periode die noch offenen Felder zügig und konsequent abarbeiten zu können.

Die CDU-Landtagsfraktion sei bereit, auch zusätzliche Mittel bereitzustellen. Und was ist geschehen? Sie haben nur dort weitergemacht, wo Sie angefangen hatten: 450 Hebungen pro Jahr, keine Stelle mehr. Dies nennen Sie konsequent die Beschlüsse, die man gefasst hat, und die Koalitionsvereinbarung umsetzen.

Der Kollege Haasis, der jetzt leider draußen ist, ist auch in Statistiken verliebt. Ich möchte hier einige anführen. Baden-Württemberg nimmt, was Laufbahnanteile anbetrifft, den zehnten Platz im mittleren Dienst und den zehnten Platz im gehobenen Dienst ein.

(Redling)

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Also noch kein Abstiegsplatz!)

40 % der Beamten sind heute im gehobenen Dienst; wir sind von 50 % noch weit entfernt. Nach einer anderen Statistik, Herr Kollege Haasis, beträgt die Polizeidichte 1 : 422, und dies auch nur deshalb, weil wir in der großen Koalition viermal 400 zusätzliche Stellen geschaffen haben, Sie und wir als Koalitionäre.

Der Herr Innenminister hat in seiner Vorschau neue Versprechen aufgelegt. Er will die Besoldung weiter verbessern. In wenigen Jahren sei dann die Hälfte aller Beamtinnen und Beamten im gehobenen Dienst.

(Abg. Haasis CDU: Richtig!)

Das sollen die Polizeibeamten glauben, nachdem Sie vier Jahre Ihre Versprechen nicht eingehalten haben?

(Abg. Haasis CDU: Was? Die haben wir schon eingehalten!)

Nun zu etwas Positivem, jedenfalls auf den ersten Blick: Technikzukunftsprogramm, 680 Millionen DM insgesamt bis 2005, nachdem in den letzten vier Jahren fast nichts gelaufen ist mit Ausnahme der zusätzlichen Fahrzeuge. Das heißt, die Polizei kriegt jetzt das, was sie braucht, um arbeiten zu können. Sie können von den Polizeibeamten nicht verlangen, dass sie in Jubelorgien ausbrechen. Die Polizeibeamten kriegen nur das, was Sie, was wir, was das Innenministerium als Dienstherr seinen Beamten bereitstellen muss, damit diese Leute ihre Leistung erbringen können, nicht mehr und nicht weniger. Wir werden 2005 bei weitem keinen Spitzenplatz einnehmen, sondern genau den Zustand haben, den wir brauchen, damit die Beamten auch dann noch ihre Arbeit richtig ausführen können.

Auch zum Tarifbereich gab es große Versprechungen. Nach der Koalitionsvereinbarung sind Sie zu einer Neubewertung der tariflichen Einstufung bereit. Was haben Sie in diesen vier Jahren getan? Nichts, gar nichts, die Leute immer nur hingehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haasis CDU: Oje!)

Im Bericht des Innenministeriums werden wiederum Versprechungen gemacht, dass 50 % des Geldwertes der eingesparten 230 Stellen beim Werkstattpersonal für Hebungen angesetzt werden. Es wird behauptet, sie seien schon als Vermerk im Haushalt. Man möge mir das zeigen; ich habe nachgeschaut, es aber nicht gefunden. Ich habe lediglich zehn zusätzliche Leistungszulagen im Schreibdienst gefunden, mehr nicht. Im Stellenplan wird auf Seite 460 darauf hingewiesen, dass dieses Geld für den Tarifbereich verwendet werden kann, allerdings erst mit Zustimmung des Finanzministers, und es kann auch erst im Nachtrag etatisiert werden. Im jetzigen Haushalt ist also nichts dafür drin. Auch hier haben Sie wieder etwas versprochen und nichts gehalten.

(Abg. Brechtken SPD: So ist es!)

Auch bei der Reorganisation gab es viel Getöse; ein kleines Reförmchen kam dabei heraus. Sie haben es noch nicht einmal hingekriegt, dass man die kleinen Polizeidirektionen aufgelöst und dafür Polizeidirektionen geschaffen hat, die leistungsfähig sind, damit sie die neuen Aufgaben auch erfüllen können.

nen aufgelöst und dafür Polizeidirektionen geschaffen hat, die leistungsfähig sind, damit sie die neuen Aufgaben auch erfüllen können.

(Abg. Haasis CDU: Wir wollen sie gar nicht auflösen!)

– Zusammenlegen. – Die Fachleute werden Ihnen sagen, dass man in diesen kleinen Polizeidirektionen die neuen Aufgaben, zum Beispiel Budgetierung, nicht erfüllen kann.

Zum Dienstrechtsreformgesetz: Durch Veränderungen der Besoldungsstufen der Beamten wurden dem Land einige zig Millionen DM Ausgaben erspart. Vorgesehen war, Leistungsstufen und Leistungsanreize einzuführen. Auch hier ist bis zum heutigen Tag nichts geschehen. Geben Sie wenigstens den Leuten, denen Sie zig Millionen DM an Lohn vorenthalten haben, diese wieder zurück, indem Sie zum Beispiel Beförderungssperren aufheben und Wiederbesetzungssperren reduzieren.

Zum Thema Mutterschaft, Mutterschaftsurlaub: Hier haben wir Ihnen noch einmal Gelegenheit gegeben, die notwendigen Ausbildungsstellen zu schaffen, damit die Frauen, die in Mutterschaftsurlaub gehen, im Dienst ersetzt werden können. Wir haben bei der Polizei eben keine Personalreserve. Das heißt, eine Frau, die in Mutterschaftsurlaub geht, kann im Dienst nicht ersetzt werden. Dadurch ist die Präsenz sehr gefährdet. Meinen Kollegen aus dem Finanzbereich möchte ich sagen: Es ist teurer, wenn die innere Sicherheit durch mangelnde Präsenz nicht gewährleistet werden kann, als wenn ich die paar Mark – so will ich einmal sagen – zusätzlich für neue Ausbildungsstellen ausbebe.

(Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss, Herr Präsident, zwei, drei Sätze zur Feuerwehr. Hierzu möchte ich den Herrn Innenminister zitieren: „Ich sage nur: 40 – 20 – 10 – 0.“ Sie erinnern sich an Ulm, wo Sie dies gesagt haben. Gemeint war die Abschöpfung des Aufkommens aus der Feuerschutzsteuer für Zwecke des allgemeinen Haushalts: 40 Millionen, 20 Millionen und 10 Millionen DM. 17 Millionen DM hatte man bereits im Jahr 1996 und 40 Millionen DM im Jahr 1997 abgeschöpft. Wenige Tage, nachdem Herr Schäuble versprochen hat, lediglich 20 Millionen DM abzuschöpfen, hat er den Feuerwehren dann 27 Millionen DM vorenthalten.

Nachdem man beim Aufkommen unheimlich daneben lag, weil man den Ansatz einfach fortgeschrieben und die Realität nicht berücksichtigt hat, hat man bereits im Jahr 1998 ein Fiasko erlebt. Man musste dann im Jahr 1999 zusätzliche Mittel, Verpflichtungsermächtigungen, einstellen, die allerdings in den nächsten Jahren diesen Haushalt belasten.

Wir haben auch durch die Verpflichtungsermächtigungen, Herr Haasis, im letzten Jahr 60 % der beantragten Summe bewilligen können. Allerdings haben wir in den Jahren zuvor, 1997 und 1998, jeweils 84 bzw. 82 % bewilligen können. Das heißt, Sie haben die Situation bei den Feuerwehren drastisch verschlechtert.

(Abg. Haasis CDU: Wir?)

– Sie, weil Sie nicht richtig gerechnet haben.

(Abg. Haasis CDU: Was?)

(Redling)

Sie haben den Feuerwehren in drei Jahren 84 Millionen DM vorenthalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt geben Sie ihnen zweimal 10 Millionen DM aus originären Landeshaushaltsmitteln zurück.

(Abg. Bebbler SPD: Haasis, wo ist das Geld? – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie sind zwar bei der Sparkassenorganisation, Herr Haasis, aber rechnen kann ich auch: Eins und eins ist nämlich zwei.

(Abg. Haasis CDU: Aber Sie rechnen mit falschen Zahlen!)

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich bedanken bei den Polizeibediensteten, den Angehörigen der Feuerwehren, den Bediensteten der Verwaltung und den Bediensteten des Innenministeriums, die mehr könnten, wenn man sie nur lassen würde, Herr Schäuble.

(Zuruf des Abg. Behringer CDU)

Zum Schluss noch etwas Versöhnliches an Sie: Das Innenministerium ist auf dem richtigen Weg, Herr Schäuble –

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das würde ich nie sagen!)

leider halbherzig und zwei, drei Jahre zu spät.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hackl.

**Abg. Hackl** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 03 bietet die willkommene Gelegenheit, sich mit der Politik des Innenministeriums, des Polizei- und Feuerwehrministeriums, des Kommunalministeriums, des Aussiedlerministeriums, des Ministeriums für Asylbewerber, auseinander zu setzen.

Ich habe mich bemüht, den Versuch zu unternehmen, die verschiedenen Politikfelder gemeinsam zu charakterisieren. Was sind die Eigenschaften, die die verschiedenen Politikfelder von Herrn Schäuble miteinander verbinden? Gibt es ein Muster, das in all diesen verschiedenen Politikfeldern erkennbar ist?

(Abg. Rech CDU: Das sind ja philosophische Betrachtungen!)

Ich bin auf folgendes Muster gekommen: Die Lösungen, die Herr Schäuble und das von ihm geführte Ministerium anbieten, können alle unter folgendes Label gefasst werden: Die Lösungen sind zum Ersten bürokratisch, zum Zweiten technokratisch und zum Dritten, meine Damen und Herren, in der Regel kalt. Die menschliche Seite ist in der Regel unterbelichtet.

(Widerspruch bei der CDU)

Das möchte ich Ihnen an vier Beispielen belegen.

Meine Damen und Herren, der erste Bereich ist der Asylbereich. Nehmen wir zum Beispiel das Thema Altfallregelung für geduldete Asylbewerber. Da kann ich nur sagen: Die Altfallregelung gilt in allen Bundesländern. Nur, die Art, wie sie in Baden-Württemberg praktiziert wird, ist für die Menschen, die davon betroffen sind, mehr als schikanös.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Behringer CDU: Das stimmt hinten und vorne nicht!)

Lassen Sie mich das an zwei Beispielen belegen. Erstens: Asylbewerber mit Kindern haben in der Bundesrepublik ein Bleiberecht, wenn sie vor dem 1. Juli 1993 eingereist sind. In Nordrhein-Westfalen werden aber beispielsweise auch Kinder berücksichtigt, die nach diesem Stichtag geboren sind, bei uns in Baden-Württemberg nicht. Man sucht auch in diesem Bereich immer wieder nach Möglichkeiten, den Menschen, die hier sind und die geduldet sind und seit zehn Jahren und länger bei uns leben, möglichst das Leben schwer zu machen und ihnen keine Perspektive für das zukünftige Leben in unserer Gesellschaft zu geben.

Zweitens: Eine weitere Voraussetzung dafür, dass sie eine dauerhafte Aufenthaltsberechtigung bei uns bekommen, ist, dass sie am 19. November 1999 im Besitz eines dauerhaften Arbeitsverhältnisses waren. In Nordrhein-Westfalen genügt eine feste Arbeitsplatzzusage an diesem Termin. Bei uns muss es ein entsprechendes festes Arbeitsverhältnis sein.

(Abg. Roland Schmid CDU: Zusagen kann ich viel bringen! – Zuruf des Abg. Behringer CDU)

Auch hier versucht man, den Menschen das Leben und die Eingliederung möglichst schwer zu machen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Die CDU redet in Papieren von Integration und praktiziert das Gegenteil davon, und sie verweigert damit Menschen, die nachweislich nicht abgeschoben werden können, eine Perspektive in unserem Land. Das ist eine Politik, die meiner Meinung nach von der menschlichen Seite aus unterbelichtet ist.

(Abg. Wilhelm REP: Was? Unterbelichtet?)

Wir fordern hier Korrekturen.

Zweites Beispiel: der Kommunalbereich. In dieser Legislaturperiode wurde die Gemeindeordnung mehrfach reformiert. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden wurde neu geregelt. Zum Teil haben wir das auch mitgetragen, aber nicht alles, zum Beispiel nicht die Subsidiaritätsklausel. Ich denke, manche der Kommunalpolitiker der Union waren auch nicht sehr glücklich über diese Subsidiaritätsklausel. Das ist auch mehr dem Koalitionspartner geschuldet gewesen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Stamokap!)

Wo man sich bei der Reform aber sehr stark zurückgehalten hat, war die Reform der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, der Menschen am Gemeinwesen. Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist bei der Bürgerbeteiligung und beim Bürgerentscheid inzwischen

(Hackl)

das Schlusslicht aller Bundesländer. Alle anderen haben bessere Regelungen als wir. Inzwischen, meine Damen und Herren, nehmen Bürgerinnen und Bürger diese Angelegenheit selbst in die Hand. Sie haben die Hoffnung inzwischen aufgegeben, dass die CDU-FDP/DVP-Landesregierung eine fortschrittliche Regelung beschließt. Sie haben inzwischen ein landesweites Volksbegehren eingeleitet, und sie fordern mit diesem Volksbegehren, dass es mehr Möglichkeiten für Bürgerentscheide in Gemeinden bei Fragen gibt, bei denen sie bislang nicht möglich sind, nämlich zum Beispiel über Straßen, über Bebauungspläne oder über Haushaltsfragen. Sie fordern die Einführung von Bürgerentscheiden auch in Landkreisen, zum Beispiel über Müllfragen und über das Krankenhaus. Sie fordern die Abschaffung der bisher geforderten Mindestzustimmung bei Bürgerentscheiden.

Meine Damen und Herren, es ist doch absurd, dass ein Drittel aller Bürgerentscheide allein deshalb ungültig sind

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen unterhält sich mit Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen.)

– Thomas Oelmayer –, weil zu wenig Bürger zur Abstimmung gehen.

(Abg. Rech CDU: Thomas Oelmayer, hör zu!)

Wenn bei Bürgermeisterwahlen die gleiche Regelung gelten würde, hätte die Hälfte der Gemeinden keinen Bürgermeister. Ich meine, diese Forderung der Bürger, die in diesem landesweiten Volksbegehren erhoben wird – demnächst werden ja dem Innenministerium die entsprechenden Unterschriften übergeben –, ist vernünftig. Ich möchte heute schon ankündigen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Entwurf der Bürger hier im Parlament einbringen wird, und sie lädt alle anderen Fraktionen herzlich dazu ein, den Entwurf mit zu unterzeichnen und ihn in Baden-Württemberg zum Gesetz werden zu lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass die Politik in diesem Bereich in Baden-Württemberg eine große Chance hat. Wer Bürgern die Möglichkeit gibt, Sachentscheidungen selbst zu treffen, stärkt die Verantwortung für unser Gemeinwesen und tut etwas gegen das weit verbreitete Gefühl, dass die da oben ja doch machen, was sie wollen, und gibt den Bürgern das Gefühl, dass sie selbst etwas zu sagen haben. Ich kann Sie nur dazu aufrufen, auf die Menschen zuzugehen, die sich in diesen Zeiten von der Politik in unserem Land abgewandt haben.

Ich komme zum dritten Beispiel, zur Polizei. Hier möchte ich zunächst einmal mit einem Lob für die Landesregierung beginnen.

(Abg. Rech CDU: Das ist gefährlich!)

Mit dem Technikstrukturprogramm mit einem Volumen von 680 Millionen DM korrigiert sie die eigenen Versäumnisse der letzten 20 Jahre in diesem Bereich. Sie bringt der Polizei endlich das entsprechende Handwerkzeug, das sie in die Lage versetzt, ihre Aufgabe vernünftig zu erfüllen.

Jetzt komme ich allerdings zur Kritik. Die Landesregierung und die sie tragenden Parteien tun sehr viel für die Technik, aber wenig für die Menschen bei der Polizei.

(Abg. Haasis CDU: Was? – Abg. Behringer CDU: Das stimmt auch wieder nicht!)

Überall im Land redet man – und auch das Innenministerium tut das – ständig davon, wie wichtig die Präsenz der Polizei im Land ist, wie wichtig es ist, dass die Menschen in unserem Land in ihren Vierteln die Polizei als Ansprechpartner haben. Gleichzeitig lassen diese Landesregierung und die sie tragenden Parteien zu, dass inzwischen allein in Baden-Württemberg schon 200 Polizeistellen verwaist sind. Schon 200 Polizistinnen nehmen Erziehungsurlaub in Anspruch und können nicht ersetzt werden. Das Problem ist seit langem erkannt. Bündnis 90/Die Grünen und auch die SPD

(Abg. Behringer CDU: Die haben es erkannt!)

weisen schon seit Jahren darauf hin und drängen auf Abhilfe. Jahre, nachdem die entsprechenden Zahlen aufgrund von Grünen-Anträgen auf dem Tisch liegen, tritt die CDU jetzt in die Sachaufklärung ein. Vor 13 Jahren wurden die ersten Polizistinnen bei der Schutzpolizei eingestellt, die dort einen wichtigen Beitrag leisten. 13 Jahre später entdeckt die CDU, dass die Polizeibeamtinnen auch Kinder bekommen können. Da kann ich nur sagen: Guten Morgen!

(Lachen des Abg. Rech CDU)

In diesem Zusammenhang finde ich es einfach unverschämmt, dass die CDU in Pressemitteilungen davon spricht, dass die SPD und die Grünen mit ihren Anträgen populistische Schnellschüsse veranstalten. Ich kann dazu nur sagen: Die CDU hat die letzten 13 Jahre schlicht und ergreifend verschlafen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Wie immer!)

Ich muss auch sagen, dass ich ein bisschen enttäuscht darüber bin, wie die CDU dieses Problem behandelt hat.

(Abg. Nagel SPD: Die wachen nur auf, wenn es Bimbos gibt!)

Insbesondere bin ich auch darüber enttäuscht, wie der CDU-Polizeisprecher dieses Problem behandelt hat. Vor eineinhalb Jahren haben wir bei einem Gespräch mit der Gewerkschaft der Polizei mit allen Polizeisprechern der demokratischen Parteien in diesem Hause

(Abg. Deuschle REP: Werden Sie jetzt nicht frech!)

vereinbart, dass wir in diesem Doppelhaushalt dieses Problem in einer ersten Tranche angehen. Vor eineinhalb Jahren! Die CDU-Fraktion hätte eineinhalb Jahre Zeit gehabt, sich diesem Problem zu stellen. Eineinhalb Jahre ist in dieser CDU-Fraktion nichts passiert. Die entsprechende Zusage wurde nicht eingehalten. Ich finde das einen sehr, sehr schlechten Stil der CDU gegenüber den Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Hackl)

Ich komme zum vierten Beispiel, und zwar zu den anlassunabhängigen Polizeikontrollen. Das ist nicht nur ein Beispiel dafür, dass bei der Landesregierung menschliches Verhalten ab und zu ausgeblendet wird, sondern auch dafür, dass man im populistischen Übereifer auch einmal im Vorbeigehen Verfassungsrecht verletzt.

Meine Damen und Herren, mit den anlassunabhängigen Polizeikontrollen muss jeder Mensch, der auf Durchgangsstraßen in unserem Land unterwegs ist, Polizeikontrollen dulden, egal, ob er durch sein Verhalten dazu Anlass gegeben hat oder nicht.

(Abg. Behringer CDU: Was ist dabei?)

Schon bei der Einführung dieser Regelung hat unsere Fraktion die Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung bezweifelt, wie übrigens auch der Landesdatenschutzbeauftragte. Jetzt hat das Verfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern eine vergleichbare Regelung kassiert. Ich zitiere:

Auf Durchgangsstraßen außerhalb des 30 Kilometer tiefen Grenzgebiets dürfen ereignis- und verdachtslose Identitätsfeststellungen von jedermann nicht stattfinden. Denn ein jeder hat das Recht zu selbstbestimmtem Verhalten. Das schließt die beliebige Vereinnahmung zu staatlicher Zweckverfolgung aus. Vielmehr ist verfassungsrechtlich ein hinreichender Grund dafür erforderlich, dass der Einzelne zur vorbeugenden Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität in die Verantwortung genommen wird. Dafür genügt nicht allein der Umstand,

– Herr Schäuble –

dass jemand sich auf einer Durchgangsstraße befindet.

Bislang weigern sich die Landesregierung und das Innenministerium, dies zur Kenntnis zu nehmen und die auch hier im Land notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Auf entsprechende Anfragen von Grünen und SPD gibt es als Antwort nur halbseidene Ausflüchte.

Wir meinen, dass die Kontrollregelung ganz klar nicht verhältnismäßig ist, dass sie der Verfassung ganz klar widerspricht, dass Erfolge dieser Kontrollen nicht nachweisbar sind und dass die veröffentlichten Zahlen keinerlei Nachprüfung standhalten. Das habe ich Ihnen an dieser Stelle schon mehrfach vorgehalten. Wir sind davon überzeugt, dass diese Regelung bei einer Klage vor dem Staatsgerichtshof keinen Bestand haben könnte.

(Abg. Behringer CDU: Ja, dann macht es doch!)

– Wer hat das gerade gerufen?

(Lachen bei der CDU – Zuruf von den Republikanern: Der Herr Oberlehrer fragt!)

Wenn uns jemand zur Klage auffordert, dann soll er uns nur die entsprechende Anzahl an Abgeordneten geben, damit wir 25 % der Abgeordneten sind.

(Abg. Roland Schmid CDU: Das kann nur der Wähler!)

Dann klagen wir. Wir sind leider noch nicht so viele, aber wenn Sie weiterhin so Politik machen, schaffen wir das bestimmt beim nächsten Mal, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschland, Volker Rühle, beschließen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Wer ist das?)

Er sagt über die CDU:

Wir haben viele Mitglieder, für die Recht und Gesetz unheimlich wichtig sind.

Er sprach ausdrücklich von „vielen“, nicht von allen.

Nach seinem bisherigen Verhalten wissen wir jetzt nicht, ob der Innenminister dieses Landes in dieser Verfassungsfrage bei den vielen oder bei den wenigen anderen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Haasis CDU: Das ist ja billig! – Abg. Rückert CDU: Eine Frechheit! – Abg. Roland Schmid CDU: Irgendwie war der Schluss nicht mehr so gut! – Weitere Zurufe)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kluck.

**Abg. Kluck FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Zitat von Herrn Hackl stellt wieder einmal klar, wie Sie innerlich in Wirklichkeit mit unserer Rechtsordnung umgehen und wie Sie irgendwelche Dinge einfach an den Haaren herbeiziehen, ohne

(Abg. Haasis CDU: Substanz!)

den geringsten Grund dafür zu haben. Das weise ich zurück.

Ich will auch mit einem Zitat beginnen, und weil der Ministerpräsident heute Morgen mit Goethe aufgehört hat, fange ich mit Goethe an.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Oje! Das ist aber eine Anmaßung! – Abg. Brechtken SPD: Nicht jeder, der Goethe zitiert, ist gebildet!)

Der hat gesagt – und das sollten Sie, Herr Kollege Hackl, und auch Sie, Herr Kollege Redling, verinnerlichen –: „So fort, nun wende dich nach innen. Das Zentrum findest du da drinnen.“ Das hat er gesagt.

(Heiterkeit)

Für uns, meine Damen und Herren, stehen die inneren Angelegenheiten dieses Landes ganz selbstverständlich im Zentrum liberaler Politik für Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Ah! Goethe hat euch schon gekannt! Goethe kannte schon die FDP!)

– Goethe ist für vieles gut.

(Kluck)

(Abg. Brechtken SPD: War er möglicherweise bei euch schon Mitglied?)

Innenpolitik berührt die Menschen hautnah. Die Qualität der Innenpolitik ist immer auch ein wichtiger Standortfaktor. Potenzielle Investoren fragen nach dem Entscheidungsspielraum der Kommunen. Sie wollen wissen, ob, wie schnell und wie eine Verwaltung funktioniert. Sie wünschen sich einen hohen Standard an innerer Sicherheit. Sie interessieren sich dafür, wie wichtig der Staat seine Bürgerinnen und Bürger und sich selbst nimmt.

Wenn es nach Ihnen ginge, würde sich der Staat selbst sehr wichtig nehmen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aber außer Acht lassen. Wir Liberalen wollen einen einfachen und sparsamen Staat. Das hat Reinhold Maier schon bei der Gründung Baden-Württembergs festgestellt. Leider hat man das in den 30 Jahren – Herr Hackl, da kann ich Ihnen teilweise zustimmen –, in denen wir auf die Bänke der Opposition verbannt waren, nicht immer beachtet.

(Beifall des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind nun froh, 1996 einen Partner gefunden zu haben, der sich durch uns davon überzeugen ließ, dass es Zeit war, sich von der Staatsgläubigkeit der frühen Jahre zu verabschieden. Herzlichen Dank nochmals dafür.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Der Innenminister kann sich deshalb auf uns verlassen, wenn es darum geht, den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken, das heißt, die Aufgaben des Staates ebenso zu reduzieren wie seine Ausgaben.

(Zurufe von der SPD: Oje!)

Und das lassen Sie immer wieder außer Acht. Hier sind wir aber ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben den Wildwuchs bei Sonderbehörden gekappt. Wo ist das denn sonst geschehen, meine Damen und Herren? Überall wird die dezentrale Ressourcenverantwortung eingeführt. Wir sagen aber auch, dass das noch nicht reicht, aber das ist ein länger währender, ein dauernder Prozess.

(Abg. Veigel FDP/DVP: Sehr richtig! Sehr richtig!)

Die Regierungspräsidien, die Ministerien müssen weiter abspecken. Der Aufbau der Verwaltung muss noch überschaubarer werden,

(Abg. Veigel FDP/DVP: Sehr richtig!)

und die Einflussmöglichkeiten – auch da stimme ich Ihnen, Herr Hackl, in gewisser Weise zu, nur müssen wir dann über die Ausformung dieser Dinge reden – der Menschen müssen größer werden,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind doch an der Regierung und können Vorschläge machen!)

beispielsweise durch die Volkswahl der Landräte, durch Verbesserungen bei der Ortschaftsverfassung, durch die

Direktwahl der Ortsvorsteher, und auch ein eigenes Budgetrecht darf da kein Tabu sein. Das will ich hier ausdrücklich sagen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Machen Sie einen Gesetzentwurf! Wir stimmen zu bei der Volkswahl!)

– Das kommt darauf an, wie sie ausgestaltet ist. Das habe ich doch gerade gesagt. Wir haben jetzt den Jugendgemeinderat in die Gemeindeordnung aufgenommen, wir haben die Voraussetzungen für Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und den Bürgerantrag vereinfacht. Jetzt ignorieren Sie das doch nicht alles. Geben Sie doch einmal zu, was in dieser Richtung geschehen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben eine unwesentliche Hürde beseitigt!)

Ich habe gesagt, dass das noch nicht das Ende der Fahnenstange ist. Hier muss man immer wieder von neuem weitermachen,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Was ist mit der Gemeindegebietsreform, Herr Kluck?)

das heißt, wir brauchen auch eine Erweiterung des Katalogs für die Bürgerentscheide in der Gemeindeordnung, und wir brauchen sicherlich auf Landesebene auch einen erleichterten Volksentscheid. Unsere Demokratie ist – das wird immer deutlicher – auf mehr plebiszitäre Elemente angewiesen,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wir warten auf die Vorschläge der FDP!)

wenn sie nicht zum reinen Parteienstaat verkasten soll.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut! Machen Sie das!)

Da haben Sie unsere Zustimmung, Herr Hackl. Nur, wenn ich jetzt Ihren Finanzmissbrauch zwischen Europa und den nationalen Kassen bedenke, dann sollten Sie die Klappe halten und sich nicht über andere mokieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Rückert CDU: Jetzt aber! – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das ist aber Verleumdung, was Sie machen! – Unruhe)

Und Sie sollten dann auch mehr Energie – auch Sie, Herr Redling – darauf verwenden, diese stärkere Bürgermitwirkung zu verankern; denn die ist sehr viel wichtiger als die von Ihnen angezettelte

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

völlig fruchtlose Diskussion

(Abg. Bebbler SPD: Vorsicht, er platzt!)

über eine Erweiterung des Staatszielkatalogs in der Landesverfassung.

(Kluck)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lebhaftes Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Bebbler SPD – Weitere Zurufe von der SPD: Ahoi! Helau! – Heiterkeit bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, der Etat des Innenministeriums schafft die Grundlagen für die Fortsetzung der im Großen und Ganzen erfolgreichen Innenpolitik dieser Regierung.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Eine Tablette für den Kollegen Kluck!)

Ich habe „im Großen und Ganzen“ gesagt; das ist eine gewisse Einschränkung. Die muss ich machen, weil wir noch Handlungsbedarf haben, beispielsweise im Bereich der Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Wir haben immer noch im Bund keine Mehrheit – auch das ist Ihr Problem – für ein Zuwanderungsgesetz, um endlich die Zuwanderung wirksam begrenzen und in geordnete Bahnen lenken zu können.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Dazu hat doch der Minister Döring etwas gesagt! Ist das FDP-Politik?)

Arbeiten Sie doch daran mit. Kein Mensch, Herr Hackl, kapiert, kein Mensch, Herr Oelmayer, kapiert, dass hier arbeitende Ausländer, die hier Steuern zahlen, ihren Lebensunterhalt selber verdienen und hier Sozialversicherungsbeiträge abführen, hinausgeschmissen werden und Leute, die auf Kosten der Allgemeinheit leben, ein Bleiberecht haben. Das findet außer Herrn Hackl wahrscheinlich keiner richtig.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Birgit Kipfer SPD: Stellen Sie doch einmal einen Antrag!)

Hier muss die Landesregierung im Bundesrat aktiv werden.

Ich möchte den Koalitionspartner auch an die Kampagne erinnern – wie hieß das noch? –: Doppelpass nein, Integration ja. Wir haben jetzt ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, aber wir müssen in Sachen Integration noch mehr tun. Beispielsweise sollten wir uns bemühen, mehr Polizeibeamte einzustellen, die Russisch und Türkisch sprechen. Das ist ganz wichtig, weil wir da Problemfälle haben.

(Abg. Krisch REP: Selbst gemachte Problemfälle!)

Das darf nicht verschwiegen werden. Und wir brauchen auch eine Aufwertung der kommunalen Ausländervertretungen, solange wir kein allgemeines Wahlrecht haben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Stellen Sie doch einmal einen Antrag!)

Und wie steht es mit der Förderung der anerkannten nationalen Minderheiten der Roma und Sinti? Auch dort müssen wir etwas tun.

Ein gutes Stück vorangekommen sind wir bei der Polizei. Das ist selbst von der Opposition gelobt worden.

Das Technikstrukturprogramm ist wichtig. Es ist wichtig, dass wir gerade im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik immer auf dem neuesten Stand bleiben,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Machen Sie doch mal was! Wer ist denn in der Regierung? Sie reden ja wie die Opposition!)

damit die Polizei nicht den Ganoven auf der Datenautobahn mit Tempo 30 folgen muss. Wir haben bei der Kraftfahrzeugausstattung durch den Übergang auf das Leasing-system jetzt die Gewähr dafür. Lassen Sie uns hier weitermachen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was tun Sie denn dazu?)

Wir werden auch die notwendigen Verbesserungen in Tarifbereich schaffen. Das wissen Sie doch alles. Wider besseres Wissen behaupten Sie, hier würde nichts laufen. Wir werden durch die Reduzierung der Kraftfahrzeugwerkstätten hier Stellen bekommen, sodass wir mehr Stellen im Tarifbereich schaffen können und diese Stellen auch besser bewerten können.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch gar nicht! Überhaupt keine Stelle! Das ist verlogen! Keine Stelle! Er hat doch keine Ahnung!)

– Ach, Herr Hackl. Sie beklagen hier, dass Polizeibeamtinnen Kinder kriegen. Ich freue mich darüber. In diesem Zusammenhang von „Verwaisung“ zu sprechen, das ist irgendwie komisch. Denn wenn Kinder auf die Welt kommen, kommen sie doch nicht als Waisen auf die Welt.

Wir werden auch die Anstrengungen, den Anteil des gehobenen Dienstes auf 50 % zu heben, fortführen.

Einen hohen Stellenwert hat für uns die kommunale Kriminalprävention. Hier sind wir allerdings noch ein bisschen weit entfernt von der angestrebten Partnerschaft zwischen Polizei und Bürger. Den verstärkten Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes in diesem Bereich sehen wir positiv.

(Abg. Redling SPD: Vollmer würde sich im Grab umdrehen!)

Das ist ein erster Schritt weg von der einstigen Idee einer Bürgermiliz. Uns freut auch, dass in der CDU jetzt die Einsicht größer wird, dass der Einsatz, Herr Kollege Rech, von bewaffneten Amateurpolizisten im normalen Streifendienst eher eine Belastung als eine Entlastung ist. Wir werden also in diesem Bereich weitermachen.

Lassen Sie an dieser Stelle – es ist zwar schon dreimal gesagt worden, aber ich will da nicht hintanstehen – auch mich den Polizeibeamtinnen und -beamten für ihren Einsatz danken. Sie haben die schwerste Aufgabe in diesem Staat,

(Abg. Redling SPD: Trotz dieses Innenministers!)

und dafür haben sie unseren Dank verdient und nicht dauernde Kritik Ihrerseits.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das kann man auch für die gesamte Staatsverwaltung feststellen.

(*Gluck*)

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben uns für sie eingesetzt! Wir haben die Polizisten nicht kritisiert!)

– Sie haben doch unterstellt, dass sie jeden ehrbaren Bürger auf irgendeiner Durchgangsstraße aus Jux und Tollerei anhalten, um ihn dann zwei Stunden davon abzuhalten, weiterzukommen. Das tun Sie.

(Abg. Redling SPD: Thema nicht verstanden! Setzen!)

Schauen Sie sich doch mal an, wie die Praxis ist. Die Praxis ist ganz anders.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir können diesen Dank auch auf die gesamte staatliche Verwaltung, auf die dort Tätigen ausdehnen. Das mache ich gerne hier. Aber statt nur Worte des Dankes zu sagen, sollten wir dort auch einmal praktische Zeichen setzen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist FDP-Innenpolitik vom Feinsten!)

Leider gibt es die von uns gewünschten situativen Leistungsprämien – das wären die einzigen, die da wirklich greifen würden –, in einer besonderen Situation, wo Besonderes geleistet wird, auch etwas Besonderes dazuzugeben, nicht. Vielleicht fällt uns zusammen in diesem Bereich noch etwas ein.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das glaube ich nicht!)

Der FDP/DVP ist es auch wichtig, dass der öffentliche Dienst dem Nachwuchs offen steht. Wir brauchen deshalb in allen Bereichen Einstellungskorridore.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Und die Altersteilzeit!)

Wir können uns aber keine milliarden schwere Altersteilzeitregelung leisten. Meine Herren, wenn Sie uns finanzierbare Möglichkeiten aufzeigen, sprechen wir gerne darüber. Aber ich möchte hier noch einmal entschieden die von Ihnen immer wieder unterschwellig oder auch offen vorgebrachten Zweifel an der Leistungsfähigkeit, der Leistungskraft und am Leistungswillen der älteren Beamten und Beamtinnen zurückweisen.

(Abg. Redling SPD: Ist das ein Stuss, den der redet!)

Der Staat ist gerade auf das Wissen und Können der älteren Staatsbediensteten angewiesen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und wir werden nicht zulassen, dass dies von einer so jugendbewegten Partei, wie Sie das sein wollen – aber schauen Sie einmal in den Spiegel, Herr Hackl –, immer wieder zu einer allgemeinen Hatz auf Ältere missbraucht wird.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Der Entwurf für den Einzelplan 03 des Staatshaushaltsplans gibt der von uns ge-

wollten Innenpolitik für die Menschen in diesem Lande die solide Grundlage. Er findet deshalb die Zustimmung der Freien Demokratischen Partei/Demokratischen Volkspartei.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: FDP/DVP heißt die!)

Aber nicht nur Liberale können ihm zustimmen, sondern eigentlich alle, die guten Willens sind. Deshalb appelliere ich an die Opposition, sich nicht länger in den üblichen Ritualen zu bewegen. Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller sind dieser leider üblichen, aber eigentlich überflüssigen Spielchen überdrüssig.

Springen Sie über Ihren roten und grünen Schatten, und sagen Sie Ja zu dieser an der Vernunft und an der Machbarkeit und vor allem am Wohl der Menschen und des Landes orientierten Innenpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Käs.

**Abg. Käs REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus der Sicht der Republikanerfraktion lässt sich der Innenhaushalt für die kommenden zwei Jahre auch in dieser Haushaltsberatung in drei Teile gliedern: erstens die Polizei, die Innenverwaltung und die Kommunen, zweitens die Eingliederung der Aussiedler und die so genannte Eingliederung der verschiedenen Gruppen von Ausländern, die als Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge oder wie die weit überwiegende Mehrzahl als Wirtschaftsflüchtlinge zu uns kommen, und schließlich drittens den Verfassungsschutz.

Zur Polizei und den diesbezüglichen Vorschlägen der Landesregierung und der Fraktionen dieses Hauses wird nachher der Polizeisprecher der Republikanerfraktion, Kollege Wilhelm, Ausführungen machen,

(Abg. Nagel SPD: Die schrecken vor gar nichts zurück!)

sodass ich mich zu diesem Aspekt des Innenhaushalts pars pro toto zunächst auf einen Aufgabenbereich der Sicherheitspolitik der Landesregierung konzentrieren kann: die Sicherung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in Baden-Württemberg.

Eine Vielzahl von Gesprächen mit den Betroffenen der so genannten – ich betone: so genannten – Förderungspolitik der Landesregierung, nämlich der Feuerwehren draußen im Land, zeigen ohne viel Mühe, wie schlecht die Situation dort mittlerweile geworden ist. Die Zahlen sind heute hier schon genannt worden. Natürlich, Herr Innenminister, können Sie nachher auf die noch schlechteren Verhältnisse in anderen Bundesländern verweisen. Aber hier tragen Sie und trägt dieses Parlament Verantwortung, und dieser Verantwortung wird der Mittelansatz für die Feuerwehren im Entwurf dieses Doppelhaushalts nicht ausreichend gerecht.

Wir haben deshalb einen Antrag eingebracht, der die Mittel für die Feuerwehren im Land erhöhen soll, und stellen ihn heute hier zur Abstimmung, weil wir wollen, dass die Er-

(Käs)

neuerung des Fuhrparks und der sonstigen technischen Mittel schneller und hochwertiger möglich wird als aufgrund Ihres bisherigen Ansatzes. Wir fordern Sie alle auf, diese sinnvolle Initiative mitzutragen, und wir werden an Ihrem Abstimmungsverhalten sehen, wie wichtig Ihnen allen die Stärkung der Feuerwehren tatsächlich ist.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Haasis  
CDU: Richtig, ja!)

Ein anderer Schwerpunkt des Innenhaushalts ist die Eingliederung der nach Baden-Württemberg kommenden Fremden. Hierzu gibt es ja interessante Äußerungen des Wirtschaftsministers, Herrn Döring. Schon die Bezeichnung Eingliederung geht nach unserer Überzeugung fehl. Auch Baden-Württemberg muss sich ganz ähnlich, wie das jetzt Österreich tun will und wird, darüber klar werden, dass wir vor einer unlösbar gewordenen Integrationsaufgabe stehen und dass wir deshalb statt bloßer Eingliederung dringendst die Einwanderung unterbinden und für Integrationsunwillige die Rückkehr in deren Heimat vorsehen müssen.

(Beifall bei den Republikanern)

Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt die Konzeptionslosigkeit der aktuellen Ausländerpolitik. Wir finden dort eine Politik des Verwaltens und der bloßen Reaktion auf Entwicklungen, die der Einfachheit halber für naturgegeben erklärt werden. In diesem Politikfeld hat seit Jahren keine gestaltende Hand mehr gewirkt. Wer aber Wirtschaftsflüchtlinge duldet, statt sie abzuschieben, wer aber die Grenzen offen lässt, statt den Zuzug zu beenden, der erhält das Image unseres Landes als Zielort für Armutswanderungen vorsätzlich aufrecht und verpulvert damit Steuergelder, wie dies in anderen Ländern der EU nachweislich völlig undenkbar ist.

(Beifall bei den Republikanern)

Dieses Attest müssen wir dabei nicht nur der Landesregierung ausstellen – Herr Innenminister, Sie sind dabei nicht allein –, sondern dieses schlechte Zeugnis gilt auch der Regierung in Berlin.

Wir Republikaner setzen hier deutlich andere Schwerpunkte. Angesichts der Vielzahl der Fremden in unserem Land kann die Integration nicht gelingen, wenn zum Beispiel für jeden integrierten Spanier oder Griechen fünf bis zehn tatsächlich integrationsunwillige Türken oder Afrikaner nachrücken, die meist nur deshalb nach Deutschland kommen, weil unsere Regierung hier und in Berlin durch ihre verfehlte Ausländerpolitik unser Land in den Herkunftsländern wie das Schlaraffenland wirken lässt. Wir fordern deshalb einen lückenlosen Zuzugsstopp – wie ihn jetzt auch Österreich umsetzen will – auch für Deutschland und für Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Roland Schmid CDU: Wie wollen Sie es durchsetzen? –  
Abg. Nagel SPD: Lieber Mann! Die werden jetzt alle nach Österreich ziehen!)

Ein anderer Aspekt ist an dieser Stelle regelmäßig das Landesamt für Verfassungsschutz. Auch zu diesen Haushalts-

beratungen haben wir wieder einen Antrag eingebracht, der auf die Schließung des Landesamts hinwirken soll.

Natürlich sehen wir die wachsende Bedrohung unserer Wirtschaft durch Spionage aus Ost und West. Meine Fraktion hat dazu eine erfolgreiche Initiative eingebracht.

(Lachen bei der SPD – Abg. Nagel SPD: Bei was?)

Natürlich gibt es bedrohlichen Ausländerextremismus und anderes in unserem Land. Brauchen wir aber zu dessen Bekämpfung ein Landesamt, oder wäre es nicht besser, alle Abwehrmaßnahmen, statt sie zu provinzialisieren, im Bundesamt für Verfassungsschutz zu konzentrieren? Wir befürworten Letzteres, weil nach unserer Auffassung nur dies ein Schritt in die Richtung sein kann, den offensichtlichen Missbrauch des Landesamts zur Gesinnungsschnüffelei und zur Unterdrückung missliebiger Auffassungen zu beenden.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich muss es an dieser Stelle zum wiederholten Male sagen, und Sie können dazu heute ein Beispiel in der Zeitung nachlesen: In unserem Land werden untadelige, im Dienst und auch sonst menschlich untadelige Polizeibeamte nur deshalb nicht befördert, weil sie anders denken als das politische Establishment. Beamte werden bespitzelt, weil sie sich nicht in der CDU oder anderen Staatsparteien engagieren, sondern in einer Partei, die den Mehrheiten hier nicht passt. Und die Privatsphäre Glaubender wird durchleuchtet, nur weil sie nicht so glauben, wie man das anderenorts für richtig hält.

(Abg. Deuschle REP: Berufsverbot!)

Hätten diese Beobachtungen wenigstens greifbare Ergebnisse! Doch die bleibt man uns schuldig. Oder wo bleiben denn dann die Verbotsanträge als Ergebnis jahrelanger verblicher oder angeblich erfolgreicher Beobachtungen und Bemühungen des Landesamts? Es wird beobachtet und beobachtet und so fort, und es wird diskriminiert, und dabei belässt man es, weil man es genau so will.

Parteien genießen ein verfassungsrechtliches Privileg. Sie sollen an der Gestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens zuvörderst mitwirken. Dies ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht mit besonders hoher Verantwortung. Diese Pflicht gilt nicht nur im Konkurrenzkampf der Parteien untereinander, sondern auch bei der Vorbildfunktion der Politik dieser Parteien.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Sind aber Parteien, die sich verhalten wie die Cosa Nostra, ein Vorbild für unser Volk?

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Dort, meine Damen und Herren, wo die Verfassung geschützt werden soll, ist auch die Gefahr am größten, dass sie fundamental verletzt wird. Ich sage den Vertretern der sich selbst so gerne als demokratische Fraktionen bezeichnenden etablierten Gruppen in diesem Hause, dass es in einem Land für die Freiheit gefährlich wird, wenn der Ver-

(Käs)

fassungsschutz – egal wo – von Personen geführt wird, die im Verdacht stehen, selbst nach Lust und Laune Verfassung und Gesetz zu brechen, wie wir es am Fall Kanther sehen können

(Abg. Deuschle REP: Ja!)

und wofür es auch in Baden-Württemberg Anhaltspunkte aus früherer Zeit gibt. Der Staat als Beute und der Verfassungsschutz nicht mehr als Schutz der Verfassung, sondern als Schutz der Beutemacher – lassen Sie es bei uns so weit nicht kommen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den Republikanern)

Unserem Antrag auf Zurückführung des Landesamts wurde im Ausschuss nicht zugestimmt.

(Abg. Nagel SPD: Hat der Freigang?)

Die Begründung dafür war – und das ist immer dieselbe –, wir bräuchten den Verfassungsschutz, weil er ein elementares Werkzeug sei im Kampf gegen die Verächter unseres Grundgesetzes. Wir Republikaner werden diese Begründung aus dem Mund der etablierten Parteien erst dann ernst nehmen, wenn zum Beispiel die CDU dieses Werkzeug auch gegen sich selbst richtet.

(Abg. Deuschle REP: Richtig!)

Herr Innenminister, ich fordere Sie auf: Stellen Sie die CDU wegen des begründeten Verdachts auf Rechts- und Verfassungsbruch unter Beobachtung! Haben Sie getrost den Mut dazu.

(Beifall bei den Republikanern)

Wäre Herrn Kohls Telefon jemals schon abgehört worden, als er noch Kanzler war, hätten Sie jetzt sicherlich keine Probleme mehr, glaubhaft darzulegen, woher die Millionen stammen, aus denen Sie Ihre fughalen Wahlkämpfe finanziert haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Am Schluss noch einen Aspekt.

(Abg. Roland Schmid CDU: Das muss nicht sein!)

Achten Sie alle darauf – gerade das, was Herr Hackl vorhin zu den demokratischen Fraktionen gesagt hat,

(Abg. Roland Schmid CDU: Dazu gehören Sie nicht!)

animiert mich dazu –, dass die Bezeichnung „demokratische Fraktion“ draußen beim Wähler nicht mit korrupter Fraktion gleichgestellt wird. Sie alle hier von links bis Schwarz, und nicht nur die CDU allein, sind von diesem Abgrund nur noch einen ganz kleinen Schritt entfernt.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Nagel SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Rech.

**Abg. Rech** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will gleich an die Kollegen der Opposition ein

ernstes Wort richten: Lassen Sie uns doch nicht Technik und Menschen auseinander dividieren. Verfallen wir doch nicht in den Fehler, alles und möglichst alles auf einmal zu wollen. CDU und FDP/DVP tun auf beiden Seiten das, was möglich ist.

Zum einen sind 680 Millionen DM für die Ausrüstung in der Tat ja schon ein Wort. Zum anderen, wenn Sie sagen, es gehe Ihnen auch um die Menschen: Wenn es Ihnen auch darum geht, den einzelnen Polizeibeamten bei seiner Arbeit zu unterstützen, hätten Sie füglich beispielsweise auch dem rechtlichen Instrumentarium, das kein Geld kostet, nämlich den ereignisunabhängigen Kontrollen, zustimmen können. Das haben Sie aber nicht getan.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Immer dort, wo es darum geht, den einzelnen Polizeibeamten wirklich zu helfen, stehen Sie auf der anderen Seite. Sie stehen und standen –

(Abg. Mühlbeyer CDU: Heribert, gib's ihnen!)

ich halte Ihnen das ja auch nicht ad infinitum vor – auf der anderen Seite, wenn es bei Demonstrationen darum geht, Polizeibeamte auch einmal als das zu betrachten, was sie sind, nämlich in allererster Linie Menschen, die für Recht und Gesetz stehen und sich oft genug Beschimpfungen anhören müssen.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich will gar nicht so weit zurückgreifen. Das sage ich nur als Entgegnung zu Ihnen, Herr Kollege Redling, der Sie gebetsmühlenhaft immer wieder vorbeten, was wir noch alles hätten tun sollen.

(Abg. Redling SPD: Nein, wollen! Versprochen haben!)

Natürlich hätten wir auch alles tun wollen. Aber die Kasernenlage setzt halt eben auch uns Grenzen. Ich sage Ihnen: Das Besoldungsstrukturprogramm mit jetzt 500 Hebungen und 300 Durchschlüsselungen nach A 11 ist ein echter Durchbruch.

(Abg. Redling SPD: Aber Herr Rech!)

Das sage ich so. Und ich sage Ihnen zur Polizeidichte: Napoleon hatte auch ein Millionenheer und hat trotzdem den Krieg verloren.

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

– Ja, sicher. – Wir können heute nicht mehr allein mit Manpower argumentieren, sondern wir müssen, wenn wir schon keine Stellen zugehen lassen können – – Ich habe heute in der ganzen Diskussion niemanden gehört, der etwa geglaubt hätte, wir könnten in irgendeinem Bereich Stellenvermehrungen schaffen.

(Abg. Redling SPD: Ja, doch! 300 können Sie! – Gegenruf des Abg. Mühlbeyer CDU: Aber Sie wollen sparen! – Gegenruf des Abg. Redling SPD: Rechnen Sie!)

Deswegen sage ich Ihnen: Verbesserungen der Technik und der Effizienz sind geboten.

(Rech)

Jetzt noch ein Wort zu dem, was die Koalition versprochen hat. Herr Kollege Redling, nur ein Wort, damit das einfach einmal klar wird. Es gibt auch Dinge, die wir getan haben, obwohl wir sie nicht versprochen haben. Dazu zählt beispielsweise, dass wir von den Möglichkeiten, die die geänderte Stellenobergrenzenverordnung bietet, Gebrauch machen und dass wir als einziges Bundesland 2 000 Hebungen nicht nur geschaffen haben, sondern sie auch durchsetzen.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kollege, der Kollege Redling sitzt da drüben!)

Der Herr Redling weiß dies. Er will nur nicht zugeben, dass wir 2 000 Stellenhebungen geschaffen haben und diese auch durchsetzen, obwohl dies zum Teil von anderen Beamtengruppen nicht mit großem Wohlwollen betrachtet wird. Ich stelle mir zum Beispiel vor, dass wir dadurch auch die Beförderungssperre für die Polizei haben aufheben müssen. Wir haben das gern gemacht und stehen dazu. Aber kommen Sie dann doch nicht her und sagen, wir machten da nichts. Es ist nämlich auch ein Wort,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Da haben Sie zu viel versprochen!)

wenn wir von den eingesparten 16 Millionen DM 8 Millionen DM rübergeben, und dies, obwohl wir sie überhaupt noch nicht haben.

(Abg. Redling SPD: Ja, genau! Versprochen haben Sie sie!)

– Nein. Wir haben sie noch nicht auf der Einsparseite.

(Abg. Redling SPD: Eben! – Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Die Stellen sind ja noch da und werden geführt. Sie werden nur im Rahmen der natürlichen Fluktuation frei. Sie wissen dies alles. Tun Sie nicht so.

(Abg. Redling SPD: Ein nicht gedeckter Wechsel!)

Jetzt komme ich zum Schluss. Zum Mutterschaftsurlaub nur ein Wort, Herr Kollege Hackl. Ich bin gern bereit, dazu hier zu sagen, dass dies eine Forderung aller Fraktionen war.

(Abg. Redling SPD: Aber?)

Ich stehe auch dazu. Respice finem, warten Sie ab. Wir haben die Zahlen in Kürze vorliegen. Dann können wir handeln.

(Beifall des Abg. Haasis CDU – Abg. Haasis CDU: Sehr gut! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das könnt ihr! – Zuruf des Abg. Redling SPD)

Nur noch eines, weil Goethe heute schon oft zitiert worden ist. Ein letztes Wort.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das war Schiller!)

– Nein, das war Goethe, der in seinem „Faust“ einmal gesagt hat:

Ach, Welch Unheil muss auch ich erfahren!  
Wir wollen alle Tage sparen  
und brauchen doch alle Tage mehr . . .

Alles auf einmal geht halt nicht, Herr Redling.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: So ist es!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Schmid.

(Abg. Nagel SPD: Noch einer? Wieso? Kommen die jetzt tröpfchenweise? – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das geht aber nicht!)

**Abg. Roland Schmid** CDU: Wir haushalten halt auch mit der Redezeit.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausländerpolitik der CDU ist geprägt durch die Integration der bleibeberechtigten Ausländer und die konsequente Rückführung der nicht bleibeberechtigten Ausländer. Dazu gehört für uns nicht vorrangig, Herr Hackl, ständig neue Altfallregelungen zu schaffen. Das ist ja nicht die erste Altfallregelung, über die wir heute geredet haben, sondern das ist eine Folgealtfallregelung. Das ist für uns nicht vorrangig, wenn es darum geht, die Rückführung konsequent durchzuführen.

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen – ich finde, das müssten Sie auch irgendwo konstatieren – haben Sie heute Morgen eine Unterlage bekommen, aber sie vielleicht noch nicht gelesen. Da ist minutiös aufgeschrieben, nach welchen Kriterien die Rückführung stattfinden soll oder eine Bleibemöglichkeit gegeben wird. Klare Festlegungen sollten Sie halt einmal lesen. Da gibt es unter anderem folgende Regelung: Derjenige soll bleiben können, der faktisch integriert ist, dessen Lebensunterhalt gesichert ist. Das heißt eben nicht, dass er nur die Aussicht hat, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sondern dass sein Lebensunterhalt durch eine Erwerbstätigkeit gesichert sein muss.

(Beifall des Abg. Behringer CDU – Abg. Behringer CDU: So ist es!)

Das müssen Sie einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Daran hält sich Baden-Württemberg. Der eine hält sich eben an die Regelungen, so, wie sie festgelegt sind, und der andere nimmt sie ein bisschen lockerer.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Die anderen halten sich nicht daran, das ist wohl wahr!)

Baden-Württemberg nimmt sie so, wie sie festgelegt sind, und die anderen Bundesländer nehmen das etwas lockerer.

(Abg. Redling SPD: Oh nein, Herr Schmid!)

– Doch, so ist es. – Im Übrigen lassen Sie mich jetzt einfach noch sagen: Ich finde, wir können in der Ausländerpolitik auch Erfolge verbuchen. Wir haben eine neue Un-

(Roland Schmid)

terbringungskonzeption durchgeführt, haben die staatlichen Gemeinschaftsunterkünfte und das Sachleistungsprinzip eingeführt und haben damit die Politik der Anreizminderung erfolgreich durchgeführt.

(Abg. Döpfer CDU: Bravo!)

Wir haben die Verwaltungsverfahren verbessert. Wir haben konsequent abgeschoben, also die Aufenthaltsbeendigung durchgeführt. Das Ergebnis – wenn Sie das einmal verfolgen – ist ein Ausgabenrückgang in zwei Jahren von 300 Millionen DM. Wenn man es im Vergleich zu 1994 nimmt, dann ist das ein Ausgabenrückgang von 909 Millionen DM. Das sind Zahlen, an denen Sie doch nicht einfach vorbeigehen können. Das sind glasklare Erfolge.

Das Zweite: Gekommen sind nach Baden-Württemberg 53 900 Bosnienflüchtlinge, 45 400 wurden zurückgeführt. 8 500 sind noch da, davon wollen 3 100 ein Weiterwanderungsverfahren machen. Das sind doch klare Erfolge. Hier haben wir eine erfolgreiche Politik gemacht, daran kann man nicht vorbei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie jetzt noch die Zugangs- und die Abgangszahlen nehmen und dann feststellen müssen, dass wir bei den Asylbewerbern eine Nettoentlastung haben, dann ist auch das ein Erfolg. Sie sollten ab und zu auch einmal etwas zu den Erfolgen dieser Landesregierung sagen und nicht nur immer diese kleinen Ausschnitte nehmen, die Ihnen gefallen, bei denen Sie meinen, es sei nichts erreicht worden.

Eine letzte Bemerkung zur Landesverfassung. Herr Käs, ich finde, das Landesamt für Verfassungsschutz hat mit der Verfassung kein Problem. Sie haben ein Problem mit der Verfassung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Zurufe von den Republikanern, u. a. Abg. Käs: Sie haben doch ein Problem!)

Ich weiß nicht, ob Sie mit der Verfassung umgehen können. Ich vermute, eher nein. Ich war dabei, als die Ausstellung „Demokratie ist verletzlich . . .“ im Landtag

(Abg. Käs REP: Wir hätten den Kanther längst rausgeschmissen!)

– Herr Käs, jetzt ganz ruhig bleiben – eröffnet wurde.

(Abg. Deuschle REP: Was war da?)

Da habe ich Ihre Kollegen beobachtet, wie sie ganz aufgeregt rumgesaust sind und sich überlegt haben: Wie können wir verhindern, dass das Blättle in die Glasvitrine hineinkommt? Sie können mit den demokratischen Spielregeln nicht umgehen, das ist Ihr Problem.

(Abg. Rapp REP: Aber Sie! – Abg. Käs REP: Schauen Sie mal in die Zeitung!)

Weil Sie das nicht können, werden Sie beobachtet, und das werden Sie auch noch in Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Wilhelm.

**Abg. Wilhelm REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe nur noch eine kurze Redezeit, aber ich muss unbedingt noch eine Bitte an Herrn Redling richten: Herr Redling, seien Sie so gut und nehmen Sie den Begriff „zweigeteilte Laufbahn“ nie mehr in den Mund.

(Abg. Redling SPD: Abgelehnt!)

Ihre Partei war vier Jahre lang Regierungspartei.

(Abg. Redling SPD: Ja!)

Sie haben den Innenminister gestellt, und während dieser vier Jahre ist Ihnen der Begriff „zweigeteilte Laufbahn“ kein einziges Mal über die Lippen gekommen.

(Abg. Redling SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Und jetzt kommen Sie daher.

(Abg. Redling SPD: Sie sind ein Lügner! Das stimmt nämlich nicht!)

– Herr Redling, habe ich gerade richtig verstanden, dass Sie mich einen Lügner genannt haben?

(Abg. Redling SPD: Ja!)

– Danke, steht im Protokoll.

(Abg. Redling SPD: Das weise ich Ihnen nach!)

Meine Damen und Herren, wir haben heute Morgen von Herrn Oettinger ein paarmal gehört, dass die innere Sicherheit allerhöchste Priorität habe. Der Vertreter der CDU hat es vorhin bestätigt.

(Abg. Roland Schmid CDU: Schmid ist mein Name!)

– Nein, Herr Schmid, Sie waren es nicht. Sie haben Blödsinn geredet, aber das, was davor von Ihrer Fraktion gesagt worden ist, war gut.

(Abg. Rech CDU: Rech ist mein Name!)

Wir Republikaner begrüßen natürlich das Technikstrukturprogramm der Regierung, auch wenn wir sagen müssen: Es ist weder neu noch originell, und es kommt recht spät.

(Abg. Rech CDU: Aber es kommt gerade noch recht!)

Natürlich kann man mit Geld vieles machen. Man kann auch mit „schwarzen Koffern“ vieles machen. Nur eines kann man nicht: Man kann nicht damit Streife fahren. Das Geld muss auch einmal eingesetzt werden, damit müssen Anschaffungen getätigt werden. Wir haben hierfür in letzter Zeit gute Vorschläge gemacht, wie wir meinen, Beispiel: die Bewaffnung der Polizei. Wir sind der Überzeugung, dass nach über 20 Jahren die momentane Dienstwaffe, die Walther P 5, nicht mehr zeitgemäß ist. Es gibt bessere Waffen.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Heckler & Koch!)

(Wilhelm)

Weil es auch eine Diskussion über die Munitionierung gegeben hat: Anstatt Millionen und Abermillionen in die Versuche mit neuer 9-mm-Paramunition zu stecken, wäre es gescheiter gewesen, gleich das Kaliber zu ändern, auf Kaliber 45 ACP umzustellen.

(Abg. Nagel SPD: Wenn ich Sie angucke, brauchen wir Dumdumgeschosse! – Abg. Rech CDU: Mit schweren Eisenkugeln kann man auch werfen!)

Wir haben jetzt ein großes Technikprogramm. Allerdings sind wir der Meinung, dass die CDU-Fraktion immer noch in Denkstrukturen der Sechzigerjahre verhaftet ist.

(Abg. Rech CDU: Da war es schön!)

Ich nenne nur ein Beispiel: Polizeifreiwillige. Wir sind nicht so kompromisslos wie die Grünen, die sagen: Das muss man auf null zurückfahren. Aber ich habe oft den Eindruck, dass Sie gar nicht mehr wissen, vor welchem Hintergrund die Polizeifreiwilligen in den Sechzigerjahren eingesetzt worden sind. Das war vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Man hat gemerkt, dass es, wenn es zu einem Konflikt käme, zu wenig Polizeibeamte gäbe. Das sind wir mittlerweile los. Die Anforderungen an die Polizei sind gestiegen. Die Qualifikation ist besser geworden, und trotzdem gibt es Leute, die von der Uniform her nicht von aktiven Polizeibeamten zu unterscheiden sind. Der Bürger kann nicht unterscheiden, ob er es mit einem Polizeifreiwilligen oder mit einem Polizeibeamten zu tun hat. Kein vernünftiger Mensch – ich habe es im Innenausschuss einmal gesagt – würde heute in ein Flugzeug einsteigen, wenn er wüsste, dass die Lufthansa samstags, sonntags Hobby-piloten beschäftigt.

(Lachen des Abg. Rech CDU)

Noch ein Wort zu den Anträgen der Grünen und der SPD im Innenausschuss.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

**Abg. Wilhelm REP:** Ja, diesen Satz noch. – Sie von den Grünen und von der SPD haben offensichtlich nicht kapiert, dass die Polizei kein Dienstleistungsunternehmen ist.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Warum?)

Wenn Sie hier 110 DM für eine Unfallaufnahme verlangen möchten, haben Sie dies nicht kapiert. Wenn Sie verlangen, dass für Veranstaltungen Geld bezahlt werden muss, frage ich Sie, ob Sie überhaupt wissen, was Sie hiermit tun würden. Das Recht, sich friedlich und ohne Waffen unter freiem Himmel zu versammeln, ist ein Grundrecht. Wollen Sie tatsächlich, dass dieses Grundrecht zukünftig nur noch diejenigen, die auch das Geld dafür haben, in Anspruch nehmen können?

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

Dass sich die Grünen diesem Antrag, den sie beim letzten Mal auch eingebracht haben, dieses Mal nicht anschließen,

ist mir schon klar. Denn dann wären sie spätestens nach dem nächsten Castortransport pleite.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Rech CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Innenminister.

(Abg. Rech CDU: Der Herr Minister bringt ein ganzes Buch mit!)

**Innenminister Dr. Schäuble:** Ja, den Haushaltsplan. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die heutige Debatte scheint klarzumachen, dass der Konfliktstoff, jedenfalls was den Einzelplan 03 angeht, überschaubar ist.

Ich bedanke mich zunächst auch für die angemessene und faire Behandlung unserer Anliegen bei den Beratungen des Finanzausschusses vor wenigen Tagen. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch für die enormen Vorarbeiten, die im Innenministerium, vor allem im Haushaltsreferat unter der neuen Leitung von Herrn Arnold mit allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, erbracht worden sind. Ich bedanke mich auch für die vielfältige Unterstützung, die ich in diesem Haus für die Anliegen des Innenressorts gefunden habe.

Natürlich wäre es uns aus der Sicht des Ressorts – so will ich es ausdrücklich formulieren – auch angenehm gewesen, wenn wir noch mehr Mittel bekommen hätten.

(Abg. Haasis CDU: Ihr hättet etwas damit anfangen können!)

Aber wir wissen alle: In unserer Brust schlagen oftmals mehrere Herzen.

(Abg. Bebbler SPD: Wie denn das?)

Natürlich muss man auch immer die Gesamtsituation im Auge haben. Oftmals sind diejenigen Personen, die auf der einen Seite noch mehr Ausgaben für durchaus nützliche Anliegen verlangen, und diejenigen, die auf der anderen Seite sagen, mit dem Sparen müsse endlich einmal Ernst gemacht werden, sogar identisch. Beides passt eben nicht zusammen.

Das hat uns, glaube ich, schon zu dem Konsens geführt, dass wir überall, auf allen Ebenen und damit auch bei uns im Land Baden-Württemberg Prioritäten setzen müssen. Denn man kann eine Mark oder demnächst einen Euro eben nur einmal ausgeben. Beim Kampf um das Setzen von Prioritäten wird sich der politische Interessenstreit natürlich auch immer austoben.

Ich bin aber der Auffassung: Der Einzelplan 03, der jetzt in die abschließende Beratung geht, zeigt, dass wir im Land Baden-Württemberg in der Lage sind, die Prioritäten richtig zu setzen, und wir uns endlich auch daranmachen, dass sich der Staat im Wesentlichen auf seine Kernaufgaben konzentriert. Das ist der Punkt, der auch in diesem Einzelplan 03 zum Ausdruck kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Dr. Schäuble)

Ich darf auch einige Sätze zum Thema Polizei sagen, zu dem Bereich, der auch das größte Volumen einnimmt.

Verehrter, lieber Herr Kollege Redling, Sie haben die Reorganisation der Polizei angesprochen. Ich will es einmal so formulieren, nachdem Sie gesagt haben, da sei bis zum Jahr 1999/2000 jahrelang nichts passiert und in den Jahren zuvor, von 1992 bis 1996, sei alles Mögliche über die Bühne gegangen. Ich sage Ihnen ganz offen – ich denke, Sie werden es nachvollziehen können –: Mir wäre es außerordentlich angenehm gewesen, wenn ich bei meinem Amtsantritt als Innenminister im Jahr 1996 eine vollendete Reorganisation der Polizei vorgefunden hätte. Aber das war ja gerade nicht der Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir mussten uns in mühevoller Arbeit erst einmal daranmachen, die ganzen Gedanken, die teilweise auch widerstreitend waren, zusammenzubinden.

(Abg. Redling SPD: Fragen Sie einmal Herrn Teufel, warum!)

Wir sind jetzt in der Umsetzungsphase –

(Zuruf des Abg. Redling SPD)

das ist ein ganz wichtiger Punkt, der sicherlich auch wieder Ihr Einverständnis finden wird –, wir sind in enger Abstimmung mit der Personalvertretung dabei, die Reorganisation der Polizei in die Wirklichkeit umzusetzen.

Aber noch einmal: Es kann doch nicht die Rede davon sein, dass wir über Jahre hinweg die Hände in den Schoß gelegt hätten. Vielmehr musste, als ich als Innenminister begann, als, besser gesagt, diese Legislaturperiode begann, erst einmal alles zusammengebunden werden. Ich finde schon, dass wir da in der relativen Kürze der Zeit wirklich weit vorangekommen sind. Ich füge auch hinzu – und da, denke ich, sind wir uns vielleicht auch einig –:

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Wenn im Laufe dieses Jahres die Reorganisation der Polizei umgesetzt sein wird, dann ist es auch notwendig, die Polizei mal wieder einige Zeit von Reformen zu verschonen, damit sich alles wieder einspielt und seinen Gang finden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Rückert CDU: So ist es! Ja!)

Zum Thema Besoldung wurde das Notwendige gesagt. Ich gebe zu und sage dies nicht zum ersten Mal öffentlich: Natürlich ist mit dem Besoldungsstrukturprogramm etwas zu viel versprochen worden. Dies mag vielleicht eine Mahnung an uns alle sein – denn es ist ja offensichtlich eine Krankheit, der Politiker aller Couleure manchmal anheim fallen –, mit Versprechungen vorsichtig zu sein. Wenn Sie aber bedenken, was davon abgesehen in den letzten Jahren umgesetzt worden ist, und wenn Sie weiter daran denken, dass in diesem Doppelhaushalt die Zahl der umzuwandelnden Stellen auf 500 pro Jahr erhöht wird und dass auch 300 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten pro Jahr nach A 11 bestehen werden, dann ist dies wirklich aller Ehren wert, und die Zeit, die es etwas länger dauern wird, bis wir das

Ziel, 50 % der Beamtinnen und Beamten im gehobenen Dienst zu haben, erreicht haben werden, ist dadurch nicht unzumutbar verlängert worden.

(Abg. Redling SPD: Wann werden Sie das Ziel erreichen?)

Dem gegenüber steht, Herr Kollege Redling, das, was Herr Kollege Rech

(Abg. Redling SPD: Hat er das Weite gesucht?)

– „flüchtig“, in ein Gespräch verstrickt – vorhin schon gesagt hat: Wir haben ja in anderen Bereichen mehr getan, als überhaupt versprochen worden ist. Das ist das Thema, dass wir die Beförderungsmöglichkeiten durch die verbesserte Stellenobergrenzenverordnung in vier Jahrestanchen sofort umgesetzt haben bzw. derzeit umsetzen.

Das andere Thema – da komme ich gleich noch einmal zu Ihnen, Herr Kollege Redling – betrifft das Tarifpersonal. Dort haben ich und die Koalition 1996 die Situation vorgefunden, dass alle Welt schrie und schrieb, es müsse dringend – und das stimmt übrigens – etwas für das Tarifpersonal getan werden. Nur sagte niemand, wie es finanziert werden könnte. Es stand – auch im Koalitionsvertrag – immer alles unter dem so genannten Finanzierungsvorbehalt. Ich empfinde es schon als eine ganz entscheidende Verbesserung, dass es uns gemeinsam – beiden Koalitionsfraktionen und der Regierung – gelungen ist, hier jetzt doch den Durchbruch zu schaffen, und zwar einfach in der Weise – das ist ja vorhin gesagt worden –, dass die Hälfte des aufgrund der frei werdenden Stellen beim Kraftfahrzeugpersonal zur Verfügung stehenden Geldwertes für Verbesserungen im Tarif verwendet werden kann. Das macht in diesem Jahr einen Betrag von weit über 1 Million DM aus.

(Der Redner hustet mehrfach. – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Gute Besserung!)

– Ja, das kann ich brauchen. Es ist eine normale, hundsgeöhnliche, aber nicht so angenehme Grippe.

Nun haben Sie gesagt, Herr Kollege Redling, das seien alles nur leere Versprechungen. Sie sagten, wenn ich es mir richtig notiert habe: „nicht gehalten, was das Tarifpersonal angeht, was versprochen“. Ich darf Ihnen da einfach nur den Rat geben: Lesen Sie Seite 458 des Haushaltsplans. Dort ist der Planvermerk zu diesem Thema – Umwandlungen von Stellen bzw. Zur-Verfügung-Stellen des Betrages, der durch nicht mehr zu besetzende Stellen frei wird, für Verbesserungen des Tarifpersonals – expressis verbis dargestellt. Es kann also keine Rede davon sein, dass sich in diesem Haushaltsplan die Verbesserungen für das Tarifpersonal nicht wieder finden. Insofern kann ich nur sagen, dass Ihre Aussage von vorhin – ich drücke mich milde aus – schlicht und ergreifend unzutreffend war.

(Abg. Redling SPD: Ich habe die letzten zwei Sätze dieses Vermerks auch noch gelesen, die Sie nicht lesen!)

– Ja und?

(Abg. Redling SPD: Es ist die Absicht!)

(Minister Dr. Schäuble)

Es heißt: „Die Veränderungen sind jeweils im nächsten Staatshaushaltsplan oder in einem Nachtrag zu etatisieren.“ Das ist eine klare Erklärung.

(Abg. Redling SPD: Eben! Das habe ich doch auch gesagt! Genau das! In diesem Haushalt haben wir nichts drin!)

– Entschuldigung, der nächste Haushaltsplan kommt doch in absehbarer Zeit. Der Planvermerk nimmt ja hier konkret bereits darauf Bezug. Insofern sind wir hier absolut auf dem richtigen Weg. Sie müssen natürlich schon ein kleines bisschen warten. Wir haben jetzt Anfang Februar. Das Geld kann ja nach Adam Riese erst zur Verfügung gestellt werden, wenn auch Stellen nicht mehr besetzt werden. Das ist irgendwo logisch. Insofern wird es schon auch ein Thema des nächsten Nachtrags sein. Aber die Spur ist doch eindeutig über diesen Planvermerk im Einzelplan 03 abgesichert.

Ich darf mich zum Technikzukunftsprogramm ganz kurz fassen. Es ist normal, dass dies gelobt worden ist. Ich bin auch dafür dankbar, dass dieses große Programm insgesamt mitgetragen wird, vom ganzen Kabinett, aber auch insbesondere von den Fraktionen, die die Regierung tragen. Das ist schon ein erheblicher Kraftakt. Wenn Sie, Herr Kollege Redling, sagen – Sie haben einfach die Ehre, dass ich mich heute ganz besonders mit Ihnen befasse –, das sei –

(Abg. Birzele SPD: Er hat extra eine Weste angezogen!)

– Herr Kollege Birzele, Sie kennen mich so gut, dass Sie wissen, dass dieser Vergleich doch etwas überzogen ist. – Lieber Herr Kollege Redling, es ist, glaube ich, eine Ehre, dass Sie heute hier als der entscheidende Sprecher der Opposition herausgestellt werden. Sie haben gesagt, es sei ja ganz normal, dass man mit einem solchen Technikzukunftsprogramm auch der Polizei das an die Hand gibt, was sie braucht, und dass die Polizei dafür nicht noch dankbar sein muss. Das Letztere will ich gerne unterstreichen, weil die Polizei in der Tat ihr „Handwerkszeug“ braucht; aber dass es selbstverständlich ist, eine Polizei so auszurüsten, das will ich nun nicht so einfach übernehmen. Schauen Sie einmal, wie zum Beispiel die Bundesregierung mit der Bundeswehr umgeht,

(Abg. Redling SPD: Zum Beispiel Ludwigshafen!)

der sie auch vorenthält, was sie eigentlich dringend an Ausrüstung braucht. Wir setzen jedenfalls unsere Polizei durch eine angemessene Ausrüstung in die Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der entscheidende Unterschied.

(Abg. Redling SPD: Herr Schäuble! – Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Führen Sie auch Krieg auf den Straßen in Baden-Württemberg? Was soll das denn? Wo ist da der Vergleich?)

– Herr Hackl, Sie haben heute einen schlechten Tag. Das habe ich schon bei Ihrer Rede gemerkt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Deshalb will ich es heute bei Ihnen einfach lassen. Es ist zwecklos. Beim nächsten Mal wieder.

(Abg. Rückert CDU: Setzen!)

Zu den Feuerwehren ist auch etwas gesagt worden. Ich habe noch die Zahlen im Kopf, die wirklich irgendwo griffig sind. Wie hieß es?: 40 – 20 – 10 – 0.

(Abg. Redling SPD: Die habe ich mir gemerkt!)

Ich will Ihnen auch irgendwo ein kleines Erfolgserlebnis verschaffen. Der Eingriff in die Feuerschutzsteuer, in dieser Höhe, war falsch. Ich will jetzt nicht darstellen, an wem das innerhalb der Regierung lag usw. usf.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Das wäre aber interessant! Den würden wir dann abspritzen!)

Es war wohl auch schon problematisch, den Eingriff in geringem Umfang fortzuführen – aber immerhin –, als eigentlich hätte absehbar sein müssen, dass das Aufkommen der Feuerschutzsteuer mit starker Tendenz rückläufig sein würde. Wir machen dies auch im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten wieder gut.

(Abg. Redling SPD: Oh! 84 Millionen DM vorenthalten!)

– Das ist schon klar. Ich kenne die Zahlen. Sie können mich nachts wecken, dann habe ich die alle im Kopf. Das mit diesen Entnahmen aus der Feuerschutzsteuer ist schon klar.

(Abg. Bebber SPD: Nichts Besseres im Kopf! – Abg. Birzele SPD: Aber Herr Haasis hat die Zahlen bestritten!)

– Aber ich habe nicht nur diese Zahlen im Kopf. Wenn Sie meinen, ich hätte ausschließlich diese Zahlen im Kopf, wäre das ein Fehler. Ich meine unter anderem auch diese Zahlen.

(Abg. Redling SPD unterhält sich mit einem Fraktionskollegen.)

– Aber, Herr Kollege Redling –

(Abg. Redling SPD: Ich passe auf! Ich kann beides!)

– Ja, ich traue Ihnen das schon zu. Ich traue Ihnen überhaupt sehr vieles zu.

(Abg. Rech CDU: Alles ist dem zuzutrauen! Alles!)

– Scherz beiseite.

Soweit ich mich erinnern kann und soweit ich gehört habe, greifen wir zum ersten Mal in der Geschichte Baden-Württembergs sozusagen originäres Geld aus dem Haushalt an, um der Feuerwehr zu helfen.

(Abg. Haasis CDU: So ist es! – Abg. Rückert CDU: Das erste Mal!)

(Minister Dr. Schäuble)

Das ist schon ein entscheidender Durchbruch.

(Abg. Redling SPD: Wenn ich vorher jemanden bestehle und gebe dann einen Teil zurück – –)

Das wird uns auch in die Lage versetzen,

(Unruhe – Abg. Redling SPD: Stimmt das nicht? – Gegenruf des Abg. Rückert CDU: Und Sie hätten Schulden gemacht! – Abg. Behringer CDU: Heute Morgen habt ihr noch das Gegenteil geredet!)

das Förderniveau der Feuerwehren auf jeden Fall auf dem bisherigen Niveau fortzuführen. In Zeiten, die so schwierig sind, ist das schon ein ganz wichtiger Beitrag, den wir damit zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und zur Erhaltung der Leistungskraft der Feuerwehr überhaupt erbringen.

Es ist relativ wenig über den Bereich der Kommunalpolitik bzw. über das Verhältnis zwischen Land und Kommunen, auch zwischen uns als Gesetzgeber und den Kommunen gesprochen worden. Ich will mich auf einen Punkt beschränken. Nach den jahrelangen Vorüberlegungen empfinde ich es doch als einen bemerkenswerten Erfolg, dass uns im letzten Jahr beim Gemeindefortschrittsrecht ein erster Durchbruch gelungen ist,

(Abg. Redling SPD: So!)

dass wir es geschafft haben, zum einen den Wegfall des Vorrangs des Eigenbetriebs in das Gesetz aufzunehmen und zum anderen in sehr schwierigen Gesprächen, auch innerhalb der Koalition und auch innerhalb meiner Fraktion, zu einem Konsens über das Thema Subsidiaritätsprinzip zu kommen.

Nun stehen noch weitere Überlegungen aus, mit denen sich auch die Enquetekommission befasst, nämlich zur Frage: Werden die VOB oder die VOL auch auf kommunale Unternehmen anzuwenden sein? Ich denke, auch da wird es uns gelingen, zwischen den berechtigten Interessen der kommunalen Seite und des Mittelstands und des Handwerks einen vernünftigen Kompromiss zu finden, ähnlich wie beim Subsidiaritätsprinzip. Davon bin ich überzeugt.

Zur Verwaltungsreform: Ich will es mir ersparen, die ganze Erfolgsbilanz aufzulisten – hundert Sonderbehörden usw. Ein Kraftakt war, den Personalbestand der Regierungspräsidien ganz wesentlich zu reduzieren.

Ich will noch einige Sätze dazu sagen, dass Sie immer wieder fordern, es müsse eine Verwaltungsebene wegfallen. Es gibt zwei Denkmodelle, die nach meiner Überzeugung – jedes für sich genommen – beide schlüssig sind. Das eine ist das bisherige: untere Verwaltungsebene, also Landratsämter bzw. Große Kreisstädte, Regierungspräsidien, Ministerien. Das andere ist: Wegfall der Kreise – wobei Kreise nicht wegfallen können, denn sie sind im Grundgesetz verankert. Aber sie müssten dann, wenn ich Sie richtig verstehe, so groß wie jetzt eine Region werden, also Regionalkreise – und dann noch Ministerien. Beides sind schlüssige Modelle.

Ich gebe aber zu bedenken: Wenn Sie auf das zweite Modell übergehen wollen, also Kreise so groß wie Regional-

kreise mit der Folge des Wegfalls der Mittelinstanz, muss man sich vor Augen halten, dass dies im Zweifel trotz aller Mittel der Informations- und Kommunikationstechnik nicht mit mehr, sondern mit weniger Bürgernähe verbunden wäre. Für mich ist das Entscheidende: Solch große Kreise, die dann die Größe von Regionen hätten, würden mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auch eine Gemeinde reform nach sich ziehen. Darüber muss man sich im Klaren sein.

(Abg. Haasis CDU: Ein Landkreis wäre dann größer als das Saarland!)

Deshalb muss das alles sorgfältig durchdacht werden.

Bei der Verwaltungsreform liegt es, glaube ich, nicht am Innenministerium, dass sich manches noch retardiert. Die Überlegungen sind ja da. Wir sind der Auffassung, aufgrund der vorhandenen Struktur werden Optimierungen durchgeführt. Dies ist bereits durch die erwähnte Schließung bzw. die Zusammenlegung von hundert Sonderbehörden und auch die entscheidende Reduzierung bei den Regierungspräsidien erfolgt. Ich habe immer wieder gesagt und will es auch heute nicht verschweigen: Was das Eingliedern von Behörden, von Sonderbehörden in Regierungspräsidien oder in Landratsämtern angeht, ist noch Weiteres denkbar.

Aber auch da gilt der alte Satz: Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden. Wir stehen jetzt quasi noch etwas mehr als ein Jahr vor dem Ende der Legislaturperiode. Deshalb muss man da, wie ich meine, klipp und klar erklären dürfen: Das wird auch ein Thema sein, das wir in der nächsten Legislaturperiode genauso konsequent wie in der ablaufenden Legislaturperiode vorantreiben werden. Aber es ist schlicht und ergreifend unwahr, zu sagen, es sei bei der Verwaltungsreform wenig geschehen.

Ich will mit der Ausländerpolitik schließen. Wir sind alle froh, dass zahlreiche Bürgerkriegsflüchtlinge schon in den letzten Jahren zurückgeführt werden konnten, in diesem Fall insbesondere aus Bosnien-Herzegowina. Wir wissen im Augenblick nicht, wie es mit der Rückführung der Menschen weitergeht, die aus dem Kosovo in Baden-Württemberg sind. Das sind immer noch knapp 50 000. Die Bundesregierung hat ja zusammen mit der Innenministerkonferenz beschlossen, dass man die Rückführung im Jahr 2000 in Angriff nehmen muss und will. Aber dies setzt bezogen auf den Luftweg voraus, dass insbesondere permanent und kontinuierlich nach Pristina geflogen werden kann, was bisher noch nicht der Fall ist, und dies setzt, was die freiwillige Rückkehr angeht, vor allem auch voraus, dass es die Bundesregierung schafft, mit den entsprechenden Staaten Transitabkommen abzuschließen, damit die Rückkehr auf dem Landweg überhaupt möglich ist.

Ich will hier auch ganz deutlich sagen: Nachdem wir schon in den letzten Jahren wirklich eine nicht harte, aber konsequente Rückführungspolitik betrieben haben, werden wir, sobald wir die Chance haben, auch die Kosovaren in verstärktem Maße in ihre Heimat zurückzuführen, auch diese Gelegenheit nutzen. Aber wir sind dabei von Vorgaben von außen abhängig, die wir selbst nur zum geringsten Teil bestimmen können. Bisher haben wir den Willen, aber bis-

(Minister Dr. Schäuble)

her ist die Rückführung eben nicht möglich, auch nicht die von Straftätern. Vor wenigen Tagen war wieder vorgesehen, dass ein Flugzeug nach Pristina fliegen sollte, mit dem wir auch einige Straftäter aus dem Kosovo aus Baden-Württemberg geschickt hätten. Dann ist der Flug aber doch in letzter Minute wieder abgesagt worden. Also, wir sind hier von Entwicklungen abhängig, die wir selbst nur zum geringsten Teil beeinflussen können.

Ich denke aber, dass auch klar sein muss: Wenn sich die Chance im Jahr 2000 ergibt, werden wir mit der Rückführung der Kosovaren beginnen. Wir werden sie sicherlich nicht in diesem Jahr abschließen können. Das ist bei einer Zahl von rund 50 000 reine Illusion. Aber wenn wir die Gelegenheit haben, werden wir einen ersten großen Schritt in Sachen Rückführung tun. Aber wir warten darauf, dass von der Bundesregierung und von der internationalen Staatengemeinschaft auch die Möglichkeiten dazu geschaffen werden. Bisher ist das sehr schwierig.

Ich darf zum Schluss noch einmal allen danken, die uns unterstützen. Ich bedanke mich ganz besonders bei allen Angehörigen der Polizei, bei allen Angehörigen der Feuerwehren, bei den ehrenamtlichen wie auch den Berufsfeuerwehrleuten. Ich bedanke mich – das will ich auch noch einmal sagen – bei all den Mitarbeitern in den Behörden. Ich denke besonders an diejenigen, die eine schwere Aufgabe für uns wahrnehmen, nämlich in den Ausländerämtern, eine Tätigkeit, für die es immer schwieriger wird, Personal zu gewinnen. Das will ich hier ganz offen sagen. Ihnen allen ein herzliches Dankeschön.

Ich bitte um Unterstützung für den Einzelplan 03.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4803 Abschnitt I.

Ich rufe auf

Kapitel 0301  
Ministerium

Wer dem Kapitel 0301 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel ist damit verabschiedet.

Ich rufe auf

Kapitel 0302  
Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Kapitel 0302 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Ich rufe auf

Kapitel 0304

Regierungspräsidium Stuttgart

Wer dem Kapitel 0304 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0305

Regierungspräsidium Karlsruhe

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0306

Regierungspräsidium Freiburg

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0306 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0307

Regierungspräsidium Tübingen

Wer dem Kapitel 0307 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Erstere war die Mehrheit. Das Kapitel 0307 ist angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung (ZKD)

Wer dem Kapitel 0308 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig.

Ich rufe auf

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4834-1. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer lehnt den Antrag ab? – Danke. Der Antrag ist hiermit abgelehnt.

(Stellv. Präsident Weiser)

Wer dem Kapitel 0310 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? –

(Unruhe – Abg. König REP: Es stimmen ja gar nicht alle ab, Herr Präsident! – Abg. Redling SPD: Wir haben dagegen gestimmt!)

Das Kapitel 0310 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das Kapitel ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Bei einigen Gegenstimmen ist das Kapitel 0312 angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

Wer dem Kapitel 0314 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0315

Wasserschutzpolizei

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Einstimmig angenommen.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Döpfer CDU: Zweieinhalb Gegenstimmen!)

– Bei einigen Gegenstimmen ist das Kapitel mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, bei der Abstimmung das Handzeichen dann zu geben, wenn dazu aufgefordert wird.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das haben wir ja gemacht, aber Sie haben nicht geguckt!)

– Diese Zwischenrufe hindern Sie an dem Hochheben der Hand mit Sicherheit nicht.

(Heiterkeit bei der CDU und der SPD)

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4834-4. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen über das Kapitel 0316 ab. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0316 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0317

Akademie der Polizei

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Also dieses Mal waren Sie durch Zwischenrufe von hier nicht gestört.

(Heiterkeit)

Dem Kapitel ist zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4834-2. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0319 nach Ablehnung des Änderungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Bei Gegenstimmen mehrheitlich beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0320

Logistikzentrum der Polizei

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Das Kapitel ist einstimmig verabschiedet.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe auf

Kapitel 0321

Fachhochschule Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei

Wer dem Kapitel 0321 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das Kapitel einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Eingliederung

Wer dem Kapitel 0330 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Kapitel ist bei Gegenstimmen mehrheitlich verabschiedet.

Ich rufe auf

Kapitel 0331

Flüchtlingsaufnahme

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/4834-5. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4834-3, auf. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0331. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das Kapitel 0331 ist mehrheitlich verabschiedet.

Meine Damen und Herren, wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Ich darf Sie bitten, von der Mitteilung des Finanzministeriums vom 14. Dezember 1999 betreffend Unterrichtung über die Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben bei Kapitel 0331 Titel 643 03 Kenntnis zu nehmen. – Sie nehmen Kenntnis.

Damit ist die Zweite Beratung zum Einzelplan 03 – Innenministerium – beendet.

Ich rufe **Buchstabe e** der Tagesordnung auf:

**Einzelplan 05: Justizministerium**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 12/4805**

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Wünscht der Herr Berichterstatter das Wort?

(Abg. Herrmann CDU: Nein, Herr Präsident!)

– Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, für die Beratung des Einzelplans 05 hat das Präsidium eine Gesamtredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei ein nach Fraktionsstärke gestaffelter Redezeitzuschlag hinzukommt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Rech das Wort.

**Abg. Rech** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es wurde heute, wie nicht anders zu erwarten war, viel vom Sparen geredet. Selbstverständlich steht auch der Justizhaushalt unter dem Diktat der Haushaltskonsolidierung, wie überhaupt jeder Einzelplan auf Einsparmöglichkeiten hin abgeklopft werden muss. Dies ist auch im Finanzausschuss, wie ich den Protokollen entnommen habe, sehr intensiv geschehen.

Nur: Beim Justizhaushalt müssen wir uns vor Augen halten, dass dieser eine ganz besondere Struktur hat. Es handelt sich nämlich in der Tat um einen reinen Verwaltungshaushalt. Dessen Ausgaben sind zu über 95 % personalgebunden. Einsparungen in diesem Bereich wären also ausschließlich über Stellenstreichungen möglich. Aber gerade dies würde unsere Justiz, die ohnehin eine sehr schlanke Verwaltung darstellt, nicht verkraften. Jedenfalls könnte sie bei weiteren Stellenstreichungen ihre Spitzenposition, die sie im Bundesvergleich hat, nicht mehr halten.

Vom Stellenabbauprogramm der Landesregierung ist die Justiz ohnehin mit knapp 600 Stellen betroffen. Es gibt aber Bereiche, in denen wir dringend mehr und nicht weniger Personal brauchen – beispielsweise bei den Gerichtsvollziehern und im Strafvollzug. Der Kollege Bender wird nachher zu diesem Bereich noch etwas sagen. Ich komme aber nachher auf den Bereich der Gerichtsvollzieher noch zurück.

Wenn wir also absolut gesehen bei der Justiz kaum Stellen zugehen lassen können, dann müssen wir deren Modernisierung auf allen Ebenen weiter vorantreiben – Effizienzsteigerung statt Stellenzugang. Eine Alternative haben wir nicht.

Unser Justizhaushalt ist, gemessen am Gesamthaushalt, ohnehin der kleinste im Vergleich unter den alten Bundesländern. Wir müssen also die flächendeckende Ausstattung mit leistungsfähiger EDV, insbesondere beispielsweise der Staatsanwaltschaften und der Amtsgerichte, zeitnah umsetzen. Bei den Staatsanwaltschaften ist dies zwischenzeitlich auch fast gelungen, aber viele Amtsgerichte sind noch nicht vollständig mit EDV ausgerüstet – zum Teil auch deshalb, weil noch nicht sämtliche Gerichtsgebäude verkabelt sind oder weil diese Verkabelung nicht auf dem aktuellen technischen Stand ist.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal betonen: Unsere Justiz braucht eine moderne Ausstattung. Investitionen in diese Ausstattung sind auch Investitionen in den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Nur über solche Investitionen werden wir auch in Zukunft den hohen Leistungsstandard unserer Justiz aufrechterhalten können.

(Rech)

Aber es gibt Bereiche, in denen wir mit dem vorhandenen Personalbestand die wachsende Arbeitsbelastung nicht mehr auffangen können. Im Justizvollzug – ich habe es gesagt – nur ein Beispiel: Die Überbelegung unserer Justizvollzugsanstalten ist ja hinlänglich bekannt.

Personalmangel – ich sage dies – darf aber gerade in diesem Bereich nicht etwa zu einem Sicherheitsrisiko werden. Wie der Ausbruch beispielsweise von zwei Schwerverbrechern aus der Vollzugsanstalt Bruchsal vor Wochen gezeigt hat, würden wir gerade im Bereich des Werkdienstes in unseren Vollzugsanstalten mehr Personal brauchen. Gerade dort wird Resozialisierung geleistet. Dies ist am wirkungsvollsten über regelmäßige Arbeit der Strafgefangenen möglich. Dazu brauchen wir qualifiziertes und vor allem auch ausreichend Personal.

Bei solch spektakulären Ausbrüchen wie in Bruchsal reduziert sich die Diskussion zu meinem Bedauern sehr schnell auf die Forderung, bei der Sicherheit unserer Bürger dürfe Geld keine Rolle spielen. Dies, meine Damen und Herren, ist zu einfach. Wir müssen aber die Belastung unserer Justizvollzugsbediensteten, die nun schon seit Jahren in steigendem Maße anhält, sehen, und wir müssen diese über Stellenzugänge ausgleichen, gerade im Bereich des Werkdienstes.

Ein weiterer Bereich, meine Damen und Herren, in dem die nun schon jahrelang anhaltende eklatante Überbelastung zu personellen Konsequenzen führen musste, ist die Vollstreckung, also der Bereich der Gerichtsvollzieher. Im Nachtragshaushalt 1999 wurden dafür insgesamt zehn neue Stellen geschaffen. Im Zuge der Übertragung der Abnahme der eidesstattlichen Versicherung auf die Gerichtsvollzieher wurden weitere 25 Stellen umgesetzt. Verbesserungen im Umfang von 40 plus 20 Stellen sind vorgesehen. Wir halten dies für unabdingbar und erforderlich und unterstützen unseren Justizminister gerade bei seinen Forderungen in diesem Bereich.

Verantwortliche Justizpolitik, meine Damen und Herren, ist keine Sache für den Marktplatz. Sie ist insbesondere denkbar ungeeignet für Effekthaschereien. Reformen dürfen nicht von einer Kurzatmigkeit der Tagespolitik geprägt sein. Ein Beispiel für eine solche erfolgreiche Reform, also für eine Modernisierung der Justiz, ist das elektronische Grundbuch. Die 60 Millionen DM, die das Land hierin investiert, sind gut angelegt, Herr Justizminister. Banken, Sparkassen, Unternehmen, die öffentliche Verwaltung und auch jeder einzelne Bürger werden von den damit verbundenen Serviceleistungen erheblich profitieren.

Zur neuen Insolvenzordnung habe ich allerdings schon die besorgte Nachfrage, ob die Software in diesem Bereich wirklich schon so läuft, wie wir uns das vorgestellt hatten. Ich hoffe, dass dies auf den Weg gebracht werden konnte, auch wenn es da zu Anfang Reibungsverluste gegeben hat.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch dies sagen – etwas spaßig, wenn Sie dies gestatten, Herr Justizminister –: Unser Justizminister hat nicht nur eine neue, flotte Frisur,

(Abg. Bebber SPD: Ei!)

sondern er hat auch neue Ideen, die uns voranbringen, beispielsweise bei der Reform der Juristenausbildung im juris-

tischen Vorbereitungsdienst. Ich bedaure ausdrücklich, dass der Bundesrat den durchaus für eine Erprobung geeigneten Versuch mit der elektronischen Fußfessel jetzt ganz offensichtlich wohl stoppen wird.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Unsere Justiz arbeitet effizient, gut, erfolgreich, und sie arbeitet geräuschlos. Deshalb Dank an den Justizminister und an alle, die Verantwortung für unseren Rechtsstaat tragen, gleich an welchem Platz sie ihren verantwortungsvollen Dienst tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Bebber.

**Abg. Bebber SPD:** Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Wir begrüßen, dass vonseiten der Regierungsparteien zusätzliche Stellen im Gerichtsvollzieherbereich und auch im Bereich des Vollzugs geschaffen worden sind. Aber nachdem dies auf Initiative der beiden Regierungsfractionen geschehen ist, fragen wir uns natürlich: Warum konnte das nicht früher passieren? Sie haben ja gewissermaßen Geld aufgetan, das heißt, auf der Einnahmeseite sind etwa 26 Millionen DM zusätzlich durch erhöhte Einnahmen von Gebühren, Strafen usw. eingestellt worden. Konnte man das nicht früher feststellen? Musste man die Gerichtsvollzieher über einen so langen Zeitraum gewissermaßen am Tropf hängen lassen? Dass das Problem da ist, wussten wir alle. Es wäre gut und sinnvoll gewesen, früher Abhilfe zu schaffen. Aber das soll jetzt nicht die Zufriedenheit darüber mindern, dass neue Stellen in diesem Bereich geschaffen werden. Wir haben dem ja auch im Finanzausschuss zugestimmt und halten das auch für absolut richtig.

Wir sind uns auch einig, Herr Minister, dass der Justizhaushalt nicht sehr viel Gestaltungsspielraum lässt, und wir sind einig mit Ihrer Aussage, dass es umso wichtiger ist, den verbleibenden Spielraum optimal zu nutzen. Aber da ist dann auch schon Ende mit der Einigkeit, weil wir glauben, dass Sie genau diesen Spielraum nicht optimal nutzen. Wir haben dafür gewisse Anhaltspunkte. Ich will nicht auf alles eingehen; das würde den Zeitrahmen sprengen. Aber wir fühlen uns durch den Bericht des Rechnungshofs darin bestätigt, dass Sie die vorhandenen geringen Mittel nicht optimal nutzen.

Sie haben hier im Sommer letzten Jahres noch sehr vollmundig die Modernisierung der Justiz, und zwar nicht nur im technischen Bereich, sondern auch im Managementbereich, als die liberale Rechtspolitik reklamiert. Das ist völliger Unsinn. Mit Liberalität hat das nichts zu tun. Das ist auch genau unsere Forderung. Wir sind uns in dem Ziel einig.

(Abg. Brechtken SPD: Wir sind doch die wahren Liberalen, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Aber es ist wichtig, dass man nicht nur diese Zielsetzung hat, sondern dass diese Zielsetzung auch umgesetzt wird, und zwar optimal.

(Bebber)

Wir haben den Bericht des Rechnungshofs, in dem über die Datennutzung im Vollzugsbereich steht, dass es an einem straffen Projektmanagement fehlt, dass es an realisierbaren Konzepten fehlt und dass das gewissermaßen auf die Rechnung des Justizministeriums geht. Dort ist aufgeführt, dass in den letzten sieben Jahren mit 10 Millionen DM ein, wie es wörtlich heißt, „rudimentäres Auskunft- und Informationssystem“ eingerichtet worden ist, das nicht funktioniert; dass die erwartete Einsparung an Personal nicht erbracht worden ist, im Gegenteil, dass zusätzlicher Personaleinsatz für zusätzliche Aufgaben notwendig ist; dass keine Fehlerkorrektur erfolgt, dass die Projektabläufe nicht dokumentiert werden, nicht überprüft, nicht überwacht werden und dass die Entwicklungen nicht an Vorgaben gemessen werden. Modernes Management! Was da beschrieben wird – und Sie haben bestätigt, dass diese Beanstandungen des Rechnungshofs zu Recht erfolgt sind –, ist das Gegenteil von modernem Management.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen, dass Sie mittlerweile versuchen, das zu korrigieren. Aber es hat einfach zu lange gedauert. Jahrelang ist das fehlgelaufen, und es kann nicht sein, dass auf diese Art und Weise durch alles andere als modernes Management Ressourcen, so knapp, wie sie im Justizhaushalt sind, „vergeigt“ werden. Was in diesem Bereich gelaufen ist, ist Dilettantismus in reinster Form, also nicht geprägt von Fachwissen: eine Organisation aufgebaut, die nichts taugt, Belastungen personeller Art aufgebaut, die zu nichts nütze sind. Was der Rechnungshof hier festgestellt hat, ist meines Erachtens der schlimmste Vorwurf, den eine Verwaltung überhaupt bekommen kann.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Da hat er Recht!)

Nach den Ansätzen, die wir gesehen haben, fürchten wir, dass das nicht nur im Vollzug so ist. Läuft das etwa auch bei der Technikausstattung der Gerichte oder bei der Einführung des elektronischen Grundbuchs so? Wir haben Anzeichen dafür. Sie selbst haben eingeräumt, dass die moderne Verkabelung aller Gerichte Voraussetzung für das Funktionieren ist und dass das in den nächsten Jahren realisiert werden soll.

Wir wissen aber auch von den Betroffenen, dass es nahezu gefährlich ist, wenn immer stückweise modernisiert wird, nicht nur bei der Verkabelung, sondern auch bei der Ausstattung mit Computern, bei der Ausstattung mit Systemen. Sie veralten schnell. Sie haben im Sommer selbst eingeräumt, dass die Gefahr besteht, dass an der einen Ecke etwas Neues eingerichtet wird und an der anderen Ecke etwas schon veraltet ist und das Ganze nicht kompatibel ist.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist richtig!)

Ihr Zauberwort ist jetzt Outsourcing. Warum ist das nicht früher erfolgt? Sie sagen, liberale Rechtspolitik habe das geradezu zum Inhalt. Wieso haben Sie vier Jahre gebraucht, um jetzt in diesem Bereich auf die Idee des Outsourcings zu kommen? Wieso kommen Sie jetzt erst auf die Idee, Fachwissen von außen zu holen, um das neu zu organisieren?

Wir könnten mit den Beispielen weitermachen. Wir haben bei den Haushaltsberatungen, als wir sahen, dass auf der Einnahmeseite 26 Millionen DM zusätzlich stehen und 20 Millionen DM von Ihrer Seite im Justizhaushalt gar nicht verbraucht worden sind, gefragt: Warum können wir nicht 10 Millionen DM zusätzlich nehmen, um die Informations- und Kommunikationsausstattung schneller einzurichten?

Sie haben gesagt, Sie könnten das Geld gar nicht ausgeben. Gehen Sie einmal hinaus in die Gerichte, und erklären Sie den Richtern und Rechtspflegern, dass Sie nicht in der Lage seien, im Technikbereich innerhalb von zwei Jahren zusätzlich 10 Millionen DM auszugeben. Die greifen sich an den Kopf, wenn Sie das darlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben gesagt: „Die Abschöpfung von Vermögensvorteilen aus Straftaten ist eine der wichtigsten Aufgaben der Staatsanwaltschaft.“ Das ist richtig, und es wird in diesem Bereich auch eine Menge Erfolgreiches getan. Da geht es um Millionenbeträge, die hereingeholt werden, übrigens mehr als bei Ladendieben. Das erfordert einen erheblichen Mehraufwand bei der Staatsanwaltschaft. Stellen müssen geschaffen werden, Personen müssen eingesetzt werden. Wir suchen im Haushalt die Stellen für die Staatsanwaltschaft, die diesen vermehrten Bedarf decken sollen. Wir wollen von Ihnen wissen, wie Sie es in den nächsten Jahren bewerkstelligen wollen, diese von Ihnen als wichtig erkannte Aufgabe auch zu realisieren.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Bebber SPD:** Das tue ich gern. – Das Gleiche gilt im Übrigen für die Haftvermeidung durch gemeinnützige Arbeit. Sie nennen das Beispiel Stuttgart. Da funktioniert das. Sie müssen Förderkriterien aufstellen. In Heilbronn – das weiß ich – läuft gar nichts mehr, weil das Geld fehlt und der Verein selbst nicht in der Lage ist, die notwendigen Mittel allein aufzubringen. Wie werden Sie das in den nächsten Jahren bewerkstelligen? Sie sind uns Antworten schuldig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu später Stunde versuche ich, mich an die Redezeitbeschränkung zu halten, wofür Juristen, denke ich, auch ein Beispiel geben sollten.

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Absolute Drohung!)

Zwei Vorbemerkungen: Der Justizminister hat auch bei der Diskussion über den letzten Haushaltsplan hier so begonnen. Ich denke, das ist eine ganz zentrale Aussage. Darin bin ich mit ihm einig. Der Etat des Justizministeriums umfasst ca. 3 % der Gesamtausgaben. Von diesen 3 % werden 75 % oder sogar mehr wieder erwirtschaftet. Liebe Kolle-

(Oelmayer)

ginnen und Kollegen, um diese Uhrzeit muss man sagen: Das ist ein grandioses Ergebnis. Es gibt da nicht mehr viel zu sparen – ob bei den Beratungen im Finanzausschuss oder sonst irgendwo –, sodass ich mich jetzt eher rechtspolitischen Themen zuwenden möchte.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr vernünftig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Justizminister,

(Zuruf des Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen)

ich denke, zwischen dem, was Sie ankündigen, und dem, was Sie schließlich umsetzen, gibt es ein Timelag.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: So ist es, genau!)

Ich nenne Ihnen einmal einige Punkte. Notariatswesen:

(Abg. Rech CDU: Ich habe gewonnen! Ich habe gesagt, dass das wieder kommt!)

In Ihrer letzten Rede, die ich extra noch einmal nachgelesen habe, haben Sie angekündigt: Darüber diskutieren wir, das setzen wir um. Jetzt muss ich sagen: Wir haben das Jahr 2000, und nach allem, was ich weiß, ist es mit der Umsetzung nicht weit her.

Zu einem weiteren Punkt, den ich für sehr wesentlich halte und bei dem Einsparpotenzial, wenn es das dort überhaupt gibt, nur durch Einführung der Mechanismen einer Kosten- und Leistungsrechnung im wahrsten Sinne des Wortes noch herausgewirtschaftet werden kann. Da musste ich mir im Finanzausschuss auch wieder sagen lassen, es dauere mit der Einführung eben noch etwas, es sei im Justizbereich noch nicht möglich, die Einnahmen den Ausgaben zuzuordnen und umgekehrt. So kann im Prinzip nur ein Staatswesen arbeiten. Kein Privater, keine private Kanzlei oder ähnliche Institutionen wären in der Lage, ihren Betrieb auch nur einige Monate so aufrechtzuerhalten. Deswegen meine Bitte, meine Aufforderung, Herr Justizminister, in diesem Bereich etwas zügiger voranzugehen. Ich gehe davon aus, dass es in dieser Legislaturperiode, wenn wir einmal ganz ehrlich sind,

(Abg. Hackl Bündnis 90/Die Grünen: Nichts mehr wird!)

nicht mehr passieren wird.

Ein weiterer Punkt, bei dem Sie mit einem Timelag arbeiten, ist meines Erachtens das Thema Ausländerbeauftragter. Zum Justizetat gibt es ja auch einen vielseitigen Bericht. In einem Kapitel lautet das Thema Ausländerbeauftragter.

Herr Justizminister, es ist ja nun wohl so – – Das gilt für die gesamte Landesregierung. Sie ist zwar nicht mehr zahlreich vertreten, aber immerhin durch Sie, Herr Minister, und durch Herrn Staatssekretär Rückert; ein anderer sitzt vielleicht noch in den Abgeordnetenbänken. Wenn man das Thema Ausländerbeauftragter ernst nimmt, meine Kolleginnen und Kollegen, kann es nicht sein, dass man selbst als Abgeordneter nach einem Schreiben mehr als sechs Monate auf eine Antwort warten muss. Ein einfacher

Mensch würde auf ein Schreiben wahrscheinlich überhaupt keine Antwort erhalten. Das heißt, die Werthaltigkeit, die die Landesregierung und auch sozusagen das liberale Herzstück – – Der Kollege Kluck, der heute eine grandiose liberale innenpolitische Rede abgeliefert hat, ist leider nicht mehr da.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herzstück!)

Wenn Sie dieses Herzstück wirklich ernst nehmen würden, würde die Landesregierung die Position des Ausländerbeauftragten anders bewerten als derzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da, meine ich, muss die Landesregierung etwas tun, wenn sie ernsthaft eine Stelle einrichten will. Ansonsten ist das eine Alibiveranstaltung, und dann soll die Landesregierung das sagen. Dann brauchen wir aber auch keine Stelle einzurichten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer und damit auch schon letzter Punkt, den ich ansprechen möchte: Wir haben das Thema der Juristenausbildung in diesem Haus lange diskutiert. Wir sind auch mit der Zustimmung unserer Fraktion einen Schritt vorangegangen. Wir haben nämlich die bis dahin quasi als Beamte auf Widerruf in dieses Ausbildungsverhältnis übernommen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare aus dem Beamtenrecht herausgenommen, natürlich auch unter Kürzung der Bezüge, Unterhaltsbeihilfe usw. Da haben wir zunächst die Frage diskutiert und geklärt, ob es dann vielleicht mehr Stellen gibt. Es hat nicht mehr Stellen gegeben. Das war vielleicht auch in dem Umfang, wie man es zunächst befürchtet hat, nicht erforderlich.

Aber diejenigen, die dort ein Opfer gebracht haben, haben vonseiten der Landesregierung bis heute keine Antwort darauf bekommen, warum sie dieses Opfer gebracht haben und ob dafür auch etwas vonseiten der Landesregierung im Bereich der Juristenausbildung zurückkommt.

Das sind nur drei Punkte, Herr Minister, bei denen ich der Auffassung bin, dass man bei allen Übereinstimmungen – ob das jetzt die Einführung von EDV oder andere Maßnahmen betrifft; es freut uns, dass Sie bereit sind, die außegerichtliche Streitschlichtung, ein Projekt der jetzigen Bundesregierung, das man auch lobend erwähnen muss, schnell umzusetzen – feststellen muss, dass Sie mit der Umsetzung Ihrer Politik doch hinter Ihren Ankündigungen hinterherhinken.

Da ich jetzt bei einer Restredezeit von null Minuten angelangt bin,

(Abg. Hehn CDU: Zehn Sekunden noch!)

beende ich meinen Vortrag an dieser Stelle mit dem Aufruf an Sie, Herr Minister, doch bei der Umsetzung einen Zahn zuzulegen und insbesondere bei den Themen, die ich genannt habe – Ausländerbeauftragter, Kosten- und Leistungsrechnung usw. –, wirklich etwas forscher voranzuschreiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, eines kann man bis jetzt feststellen: Der reformfreudigste Minister, den wir in unserem Kabinett haben, ist der Justizminister.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Er hat sehr viele Programme begonnen, hat schon viele Programme umgesetzt und durchgeführt, und er ist auch bei weiteren Projekten wie der Juristenausbildung federführend. Vieles wird leider durch Berlin nicht gehen. Wenn er zum Beispiel das Handelsregister auf Private übertragen will, stoppt Berlin. Wenn wir eine Änderung bei der Juristenausbildung machen wollen, stoppt Berlin. Wenn wir den Versuch mit der Fußfessel wollen, stoppt Berlin.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Alles, was man anfasst, wird von einer Regierung, die in Bonn, Entschuldigung, in Berlin, nicht in Bonn – – Das ist immer noch die alte Vorstellung. Ich bin nicht so reformfreudig wie unser Justizminister.

(Heiterkeit – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Sie sind noch Bonn-verhaftet!)

– Ja, da gebe ich Ihnen Recht. – Ich bitte, im Protokoll zu vermerken, dass, wenn ich Bonn sagte, Berlin gemeint war.

Meine Damen und Herren, die FDP/DVP-Landtagsfraktion steht für einen funktionierenden, wirksamen, präsenten, modernen und liberalen Rechtsstaat. Der jetzt vorgelegte Entwurf des Einzelplans 05 unterstreicht diesen Anspruch. Bis Ende der Legislatur werden sämtliche Justizbehörden – sämtliche Gerichte und Staatsanwaltschaften – mit einer effektiven IuK-Technik ausgestattet sein.

(Abg. Bebber SPD: Da wäre ich vorsichtig!)

– Wir werden es in anderthalb Jahren prüfen. – Um dieses Ziel sicherzustellen, haben wir zusätzliche Beträge in Höhe von 1 Million DM pro Jahr in den Haushalt eingestellt.

Bereits in der Koalitionsvereinbarung wurde festgelegt, dass wir weitere Gerichtsvollzieher benötigen. Bereits in früheren Jahren sind einige Gerichtsvollzieherstellen – 25, wie wir gerade hörten – bewilligt worden, und jetzt werden wir für den kommenden Doppelhaushalt jeweils weitere 20 Stellen einrichten. Dies dient dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Nur dann, wenn sichergestellt ist, dass die rechtskräftigen Urteile zeitnah vollstreckt werden können, dient dies einem funktionierenden Rechtsschutz.

Insbesondere der Mittelstand ist darauf angewiesen, dass Außenstände, die durch säumige Schuldner nicht termingerechtl. beglichen werden, umgehend vollstreckt werden können. Kein Schuldner soll darauf hoffen, dass er durch Zeitablauf oder durch Resignation der Gläubiger aus seinen Verpflichtungen entlassen wird.

Die zusätzlichen Gerichtsvollzieherstellen dienen auch der inneren Sicherheit. Wenn nicht zügig vollstreckt wird, werden immer mehr so genannte private Schuldeneintreiber oder Entmietungskommandos eingesetzt. Durch zusätzli-

che Gerichtsvollzieherstellen wird dieses kriminelle Betätigungsfeld ausgetrocknet.

Auch sind wir mit der CDU übereingekommen, dass den Strafvollstreckungsbeamten gerade im unteren Besoldungsbereich Anhebungen zuteil werden sollen. Es kann nicht sein, dass bei der Polizei Stellenanhebungen durchgeführt werden, jedoch Strafvollzugsbeamte vernachlässigt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gerade in diesem heutzutage sehr schwierigen Beruf muss die Politik Unterstützung gewähren. Ebenso ist es notwendig, für die Sicherheit in den Vollzugsanstalten zusätzliche Werkdienstbeamte einzusetzen. Nur wenn der Werkdienst, der für die Resozialisierung und auch für den inneren Frieden innerhalb der Justizvollzugsanstalten dringend notwendig ist, genügend überwacht und betreut, sind Ausbruchversuche frühzeitig zu verhindern.

Der Justizhaushalt beläuft sich auf 3,2 % des Gesamthaushalts. Für die Bedeutung des Rechtsfriedens und des Ansehens der dritten Gewalt ist es wirklich ein sehr geringer Betrag, der vom Gemeinwesen hierfür aufgebracht werden muss.

(Abg. Bebber SPD: Das ist der Wortlaut des Berichts des Justizministeriums! Abgeschrieben!)

Für Sparmaßnahmen ist hier kein weiterer Raum.

Die Justiz in der jetzigen Form funktioniert in Baden-Württemberg sehr gut. Wir haben zeitnahe und gute Urteile. Wir haben Rechtssicherheit durch Rechtsmittel. Wir haben eine von der Parteipolitik unabhängige Justiz. Die Justiz gewährt dem einzelnen Bürger den notwendigen Rechtsschutz. Dies wird von der Bevölkerung auch so gesehen und geschätzt. Die Anwaltschaft und die Richterschaft sind mit unserem System in Baden-Württemberg voll zufrieden und unterstützen auch den Justizminister.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist deshalb unverständlich, dass die Bundesjustizministerin mit angeblichen Reformen, die ausschließlich zusätzliche finanzielle Ausgaben verursachen, dieses System ändern will.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sauerei! – Gegenruf von den Republikanern: Ach, er ist wieder da!)

Gerade in einem Flächenstaat ist es notwendig, dass Amtsgerichte flächendeckend vorhanden sind. Ein Eingangsgerecht für alle Rechtsfälle einzurichten würde bedeuten, die Landgerichte zu vergrößern und die ortsnahen Amtsgerichte zu beseitigen. Diese Umstrukturierungsmaßnahmen würden mehrere Millionen Mark kosten. Die Justiz wäre auch nicht mehr so bürgernah. Die geplante Einschränkung der Rechtsmittelmöglichkeiten würde eine erhebliche Beeinträchtigung des Rechtsschutzes bedeuten. Aus diesem Grund lehnt die FDP/DVP-Landtagsfraktion die Pläne der Bundesjustizministerin ab. Ich fordere hiermit die Landes-SPD auf, sich ebenfalls gegen diese für den Bürger schädliche Änderung zu wehren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Jetzt nicht ablenken vom Timelag!)

(Kiesswetter)

Blinder Aktionismus dient einer funktionierenden, hoch effizienten und qualifizierten Rechtsprechung nicht, sondern schadet. Lassen Sie deshalb die Finger von diesen unsäglichen Änderungsplänen. Wirken Sie auf die Ihrem Landesverband angehörende Bundesjustizministerin ein, und verhindern Sie diese angebliche Reform.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wiederholt ist schon dargelegt worden, dass Einsparpotenziale im Justizbereich sehr gering sind, und ich glaube, dass man neben dieser Feststellung noch hinzufügen sollte, dass bei der Abwägung der beiden Gesichtspunkte, nämlich der Sicherung des Rechtsstaats auf der einen Seite und der Frage der Einsparmöglichkeiten in den Haushalten auf der anderen Seite, die Sicherung des Rechtsstaats immer den Vorrang haben sollte. Deshalb sollten wir uns im Zusammenhang mit dem Einzelplan 05 vorrangig um die Möglichkeiten bemühen, die wir haben, um Rechtssicherheit bei uns im Lande über die Justiz zu gewährleisten.

Rechtssicherheit setzt voraus, dass dem Rechtssuchenden sein Recht verschafft und dass Recht durchgesetzt wird. Deshalb sind wir der Ansicht, dass es nicht darum gehen kann, in diesem Bereich die Zahl der Stellen zu reduzieren, sondern ganz im Gegenteil darum gehen muss, in diesem Bereich neue Stellen zu schaffen, wo dies unbedingt erforderlich ist. Das betrifft die beiden Bereiche, die schon angesprochen wurden, nämlich zum einen den Bereich des Strafvollzugs und zum anderen den Bereich der Zwangsvollstreckung.

Beim bestehenden Defizit an Haftplätzen gibt es nach den Ausführungen, die wir bei den Beratungen im Finanzausschuss gehört haben, zumindest insofern Anlass zur Hoffnung, als die Lücke von 800 Plätzen in den nächsten Jahren, wie vom Justizminister angekündigt wurde, geschlossen werden soll. Wir brauchen das notwendige Personal im Vollzug, und zwar nicht nur deshalb, weil wir gerade vor kurzer Zeit in Bruchsal einen spektakulären Ausbruch hatten, sondern auch deshalb, weil wir in den Haftanstalten schon seit Jahren Missstände haben, die man nicht den Vollzugsbeamten anlasten kann, weil sie in der Personalnot begründet sind, die im Vollzug zwangsläufig dazu führt, dass immer mehr Kalfaktoren eingesetzt werden müssen, was bekanntermaßen die innere Sicherheit der Haftanstalten weitgehend untergräbt oder unmöglich macht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die Erfahrungen erinnern, die man beispielsweise bei Untersuchungen in der JVA Mannheim schon vor vielen Jahren gemacht hat. Jeder, der von Berufs wegen ein wenig mit dem Strafvollzug zu tun hat, weiß, wie schwierig es ist, bestimmte Missstände in den Haftanstalten zu unterbinden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass die Situation, die wir im Vollzug haben, in den kommenden Jahren nicht

einfacher werden wird, sofern sich die Bundesregierung mit ihren Planungen durchsetzen sollte.

(Lebhafte Unruhe)

Herr Präsident, ich wäre Ihnen dankbar, wenn man die Konferenzgruppe im hinteren Teil des Saales vielleicht zur Ruhe bitten könnte.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Pfister FDP/DVP: Grüne Konferenzgruppe! Gespräche einstellen!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, wären Sie so freundlich, Ihre Gespräche etwas zu reduzieren. – Bitte schön, Herr Abgeordneter, fahren Sie fort.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Ich glaube, dass uns das geplante U-Haft-Vollzugsgesetz mit erheblichen Mehrausgaben belasten wird. Wenn man den bisher vorliegenden Entwurf durchsieht, muss man feststellen, dass bei einer Umsetzung all der in diesem Gesetzentwurf vorgesehenen Änderungen erheblich mehr Personal und wahrscheinlich auch mehr Platz in den U-Haft-Anstalten erforderlich sein wird.

Nun mag man sich im Moment in der Tat noch damit beruhigen, dass nicht alles, was in Berlin heiß gekocht wird, nachher auch entsprechend warm gegessen wird. Aber ich glaube, dass uns zumindest ein Punkt Anlass zum Nachdenken gibt: Wenn solche Planungen in Aussicht stehen, sollte es das Interesse des Landes sein, die vorhandenen Planungen zu einer Modernisierung oder Reform in diesem Bereich möglichst rasch umzusetzen, bevor einen sonst eventuell später Kostenlasten ereilen.

Meine Damen und Herren, in diesem hohen Hause sind wir uns wohl alle einig, dass im Bereich der Gerichtsvollzieher neue Stellen erforderlich sind. Dazu haben wir auch einen eigenen Antrag eingebracht. Es ist allseits bekannt, dass der Rechtsschutz dann leidet, wenn man zwar einen Titel hat, aber selbigen nicht durchsetzen kann. Ich will das an dieser Stelle nicht noch einmal vertiefen.

Lassen Sie mich kurz noch zwei Punkte erwähnen.

Zum einen die Modernisierung der Justiz als Notwendigkeit und zur Ressourcengewinnung: Ich hoffe, Herr Justizminister, dass wir bei der Umsetzung des elektronischen Grundbuchs mit dem Personal- und Mittelansatz, der vorgesehen ist, auskommen werden. Nach den Beratungen, die wir bisher geführt haben, habe ich den Eindruck, dass der bisherige Ansatz nicht realistisch ist. Gleichwohl sollte ein solches Projekt, wenn man es nun begonnen hat, zügig durchgesetzt werden.

Von unserer Seite kann ich nur anbieten, dass wir uns bei allen Bemühungen – und sei es bei entsprechenden Nachtragsberatungen – dafür einsetzen werden, auch dieses Projekt möglichst rasch abzuschließen, damit wir nicht unter Umständen später in eine Situation geraten, in der es schwer fällt, die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Punkt ansprechen: Schon in den letzten Jahren wurden Einsparmaßnahmen im Bereich der nicht justizspezifischen Sachausgaben in Aussicht gestellt. Dazu sollen die Budgetierungsprojekte

(Dr. Schlierer)

dienen. Hier sehe ich allerdings bis heute noch keine klaren Perspektiven. Ich weiß nicht, Herr Minister, inwieweit für die Zukunft entsprechende Perspektiven abschätzbar sind. Wenn wir den Blick nach vorn richten, können wir nur hoffen, dass solche Verfahren tatsächlich zu Kosteneinsparungen bei den Gerichten führen und damit weitere Spielräume ermöglichen.

Ich glaube, mit diesem Haushaltsansatz im Einzelplan 05 kann ein kleiner Schritt nach vorne gemacht werden. Meine Bitte lautet, die Modernisierungsprogramme möglichst zügig umzusetzen, damit auch möglichst rasch entsprechende Spielräume eröffnet werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Bender für eine sehr kurze Restredezeit.

**Abg. Hans-Michael Bender** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn die Zeit schon vorangeschritten ist, meine ich, dass der Strafvollzug im Lande doch unsere besondere Aufmerksamkeit verdient. Er leistet einen schwierigen Dienst und einen wichtigen Dienst für unsere Gesellschaft, für den Schutz und die Sicherheit unserer Bürger. Ich möchte zwei Punkte herausgreifen, und zwar zunächst die Situation der Haftplätze.

Vorab: Die Situation in unseren Vollzugsanstalten, Herr Kollege Schlierer, ist nicht von Missständen gekennzeichnet, wie Sie sagen, sondern es gibt einzelne Vorgänge, die aufgrund des Fehlverhaltens einzelner Bediensteter passieren. Aber man kann nicht generell von Missständen in unseren Vollzugsanstalten reden.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Doch!)

Worüber wir reden müssen, ist die Überbelegung unserer Haftanstalten. Bei der Lösung dieses Problems sind wir ja auf einem richtigen Weg. Im Doppelhaushalt für die Jahre 2000 und 2001 ist festgehalten, 480 zusätzliche Haftplätze zu schaffen. Darüber hinaus sind in den nächsten Jahren weitere rund 400 Haftplätze vorgesehen, um die Überbelegung vollständig abzubauen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, den ich besonders herausgreifen möchte, ist die Personalsituation. Im Strafvollzug haben wir, beginnend schon am 1. Oktober des letzten Jahres, durch die Hebung der Stellenobergrenzen für den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst, in vier Jahrestanchen Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren Vollzugsdienst eröffnet. Es geht um die Beförderung von insgesamt über 800 Bediensteten. Das ist ein kräftiger Schritt voran. Er wird auch von den angesprochenen Bediensteten als eine Anerkennung ihrer Leistungen erkannt.

Des Weiteren wird für den Doppelhaushalt eine Beförderung der Vollzugsdienstleiter und Werkdienstleiter in großen Vollzugsanstalten vorgesehen, die von der Besoldungsgruppe A 10 zur Besoldungsgruppe A 11 wechseln werden. Es sind insgesamt 23 Beförderungsstellen. Auch das ist ein weiteres Stück voran auf dem richtigen Weg.

Zuletzt: Was die Personalsituation im Werkdienst insgesamt betrifft, haben wir, die CDU-Fraktion wie auch die FDP/DVP-Fraktion, schon erkannt, nicht zuletzt aus aktuellem Anlass des Ausbruchs in Bruchsal, bei dem ja auch der Werkdienst unmittelbar involviert war, dass wir hier etwas tun müssen. Wir werden in den nächsten zwei Jahren je zehn zusätzliche Stellen im Werkdienst für die Vollzugsanstalten im Land vorsehen.

Meine Damen und Herren, wir sind hier auf dem richtigen Weg. Dennoch wird es noch viel zu tun bzw. vorzusehen geben. Ich denke, dass wir uns in der nächsten Zeit besonders sorgfältig um die Situation im Verwaltungsdienst im Strafvollzug kümmern müssen. Dies ist aber nicht Thema des Doppelhaushalts heute.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Du hast gut gesprochen!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Justizminister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst danke ich Ihnen für die Geduld, mit der Sie hier ausharren. Ich will auch nicht viele Worte machen, Hauptsache, wir haben die Mittel

(Abg. Pfister FDP/DVP: Der Mann gefällt mir! – Lachen des Abg. Bebbler SPD)

für den Bestand und die Fortentwicklung der Justiz, und die Mittel sind ganz beachtlich. Das muss man doch deutlich sagen.

Ich verstehe ja die Reden der Opposition. Ich habe ja selbst schon solche gehalten. Ich habe einmal nachgesehen. Vor ein paar Jahren habe ich genau an der Stelle gesagt: Man hat es jahrelang mit Gesundbeten versucht, man hat die Justiz als Sparsbüchse benutzt, man hat den Deckel draufgetan und gesagt: Es wird schon von selbst wieder anders werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Oppositionsabgeordneter Goll vor acht Jahren!)

Man muss von den Reden der Opposition bekanntlich ja immer etwas abziehen, von meinen Reden von damals übrigens auch.

(Abg. Bebbler SPD: Aber der Rechnungshof ist schon hart!)

Aber vor allem, lieber Herr Bebbler, muss man eines sehen: Die Situation hat sich natürlich total gewandelt. Aber Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen; ich verstehe das schon. Nur: Die Situation hat sich total gewandelt. Der Anteil der Justiz am Haushalt ist in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Es wird in die Justiz investiert wie noch nie zuvor. Es ist tatsächlich so, dass wir Ihnen im Finanzausschuss mit sanften Worten ausreden mussten, uns 6 bis 10 Millionen DM mehr zu geben für einen Bereich, in dem wir sie in der Tat gar nicht vernünftig ausgeben könnten. Das ist Ihnen aber egal. Übrigens ist Ihr Vormann dann am nächsten Tag trotzdem vor die Presse getreten und hat ge-

(Minister Dr. Ulrich Goll)

sagt, wir sparten nicht und Sie sparten. Das ist natürlich schon kurios.

(Abg. Bebbler SPD: Wir haben zusätzliche Einnahmen gehabt!)

Sie übersehen dabei, dass wir in diesem Zeitraum 37 Millionen DM in die EDV investieren und zusammen mit dem, was 1999 passiert ist, 50 Millionen DM. Verzeihung, irgendwann einmal kann man nicht vernünftig mehr Geld ausgeben, weil zum Beispiel noch nicht alle Gebäude verkabelt sind. Sie brauchen für die Software die Spezialisten. Sie können im Grunde genommen vernünftig nicht mehr tun, als jetzt geschieht. Wenn Sie sagen, dass die Leute draußen lachen, wenn Sie ihnen das erzählen, dann mag es sein, dass der eine oder andere draußen in der Praxis noch gar nicht gemerkt hat, was mit dem angesprochenen neuen Outsourcing-Konzept auf die Justiz an Positivem zukommt.

Jetzt kann man natürlich die Frage stellen, warum dies nicht früher passiert ist. Ich frage: Warum eigentlich nicht noch früher? Denn zum Beispiel hätten Sie das auch in der vorherigen Legislaturperiode machen können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Nein, Schäuble!)

Stattdessen, lieber Herr Bebbler, haben Sie Stellenabbauprogramme für die Justiz beschlossen. Das ist die Hinterlassenschaft der großen Koalition. Das nur mal am Rande.

(Zurufe von der FDP/DVP: Aha! – Abg. Dr. Schlierer REP: Sehr bedenklich!)

Mit der Unterstützung beider die Regierung tragenden Fraktionen – ich bedanke mich außerordentlich dafür – wurde in der härtesten Zeit mit Programmen für die Justiz begonnen, die eine Menge Geld kosten. Ich habe Ihnen die 50 Millionen DM genannt, die wir in dieser Legislaturperiode in die EDV stecken. Es wird getan, was angemessen und was notwendig ist, um die hohe Leistungsfähigkeit der Justiz zu erhalten und zu verbessern.

Das Ganze machen wir im Rahmen eines Gesamtkonzepts. Wer dieses Gesamtkonzept kennen lernen möchte, braucht sich nur die Antwort auf die Große Anfrage der FDP/DVP betreffend die Lage der Justiz hier im Land anzuschauen. Dieser Bericht wird mittlerweile bundesweit angefordert. Insofern ist natürlich manches, was Sie über den Stand der Justiz hier gesagt haben, nicht nur ungerecht gegenüber den Betroffenen, sondern weitab von jeder Realität.

Wir wissen schon, warum dieser Bericht bundesweit so oft abgefragt wird:

(Abg. Bebbler SPD: Die können das nicht glauben!)

Die Leute schauen auf die baden-württembergische Entwicklung, weil hier Dinge passieren, die woanders so nicht passieren.

Beispiele hierfür habe ich Ihnen schon genannt, das Strukturprogramm Justiz, die Verbesserung der EDV-Infrastruktur bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und Notariaten, das Outsourcing-Konzept. Man muss die Zahl noch einmal

nennen: In den kommenden drei Jahren geht es um 7 300 Arbeitsplätze. Alle Arbeitsplätze in der Gerichtsbarkeit werden mit modernster Technik ausgestattet sein. Sie versuchen jetzt, durch Ihr Beispiel von der EDV in den Vollzugsanstalten den Eindruck zu erwecken, dass wir vielleicht da auch falsch liegen könnten. Aber das Beispiel von der EDV in den Vollzugsanstalten ist leider dreimal unfair.

Es ist schon deswegen unfair, weil man dabei außer Acht lässt, wie die EDV in den Vollzugsanstalten zunächst einmal auf die Beine gestellt wurde, wie so etwas bei uns überhaupt gemacht wird. Jeder private Betrieb – dieser Vergleich ist angestellt worden – stellt sich dafür ein paar Spezialisten ein, die ein Konzept machen. Wir können das gar nicht. Wir müssen das alles mit dem vorhandenen Personal auf die Beine bringen.

(Abg. Bebbler SPD: Das stimmt gar nicht!)

Dass die Erstausrüstung im Vollzug dürftig war, dass hier Fehler gemacht wurden, leugnet ja gar niemand. Aber eine solche Feststellung ist trotzdem gegenüber den Betroffenen, die sich damals bemüht haben, etwas Gutes zu machen, etwas unfair.

Nachdem man gesehen hat, dass das nicht das Gelbe vom Ei ist, haben wir in bestem Einvernehmen die Sache durch den Rechnungshof untersuchen lassen. Es ist vorhin ein bisschen so angeklungen, als sei der Rechnungshof der natürliche Feind der Verwaltung. Ich halte das für einen großen Unsinn. Für uns, die wir wenig Geld für Gutachten oder Ähnliches haben, ist der Rechnungshof ein ganz, ganz wichtiger Verbündeter.

(Beifall des Abg. Kluck FDP/DVP)

Wir lassen den Rechnungshof gerne dort suchen, wo wir das Gefühl haben, dass er uns eine Untersuchung liefern kann, die uns hilft.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Der Rechnungshof kann nicht beauftragt werden! Der beauftragt sich selbst!)

Diese Untersuchung hat uns geholfen. Deswegen sage ich: Es ist zweimal unfair. Das ist das richtige Vorgehen. Gerade wenn man von Management redet, ist das genau das richtige Vorgehen.

Außerdem sind diese Dinge heute größtenteils schon umgesetzt. Die Justizvollzugsanstalten haben im Zuge des Jahrtausendwechsels eine komplett neue Hardware bekommen. Das haben Sie lässig verschwiegen. Die Hardware ist komplett neu. Die Organisation der Betreuung ist komplett neu, in Umsetzung der Vorschläge.

(Abg. Bebbler SPD: Ich habe beanstandet, dass das so lange schief gelaufen ist!)

Im kommenden Jahr wird die Software stückweise neu gestaltet, auch für die Vollzugsanstalten. Sie haben da ein völlig anderes Bild gezeichnet, als die Realität mittlerweile aussieht.

(Abg. Bebbler SPD: Es ist zu lange schief gelaufen!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Der dritte Grund, warum die Kritik eigentlich nicht ganz fair ist, ist die nebulöse Verallgemeinerung. In dem Moment, wo wir ein hochmodernes Konzept der EDV-Ausstattung auf die Beine bringen, versuchen Sie, den Rechnungshofbericht zu diesem Punkt in einer Weise zu interpretieren, die nicht besonders seriös ist.

(Abg. Bebber SPD: Ich habe ihn wörtlich zitiert!  
Was reden Sie denn da für einen Unsinn?)

Aber damit genug zur EDV. Wir investieren nicht nur dort. Wir investieren natürlich auch in die innere Sicherheit. Verbesserungen bei der Polizei am Anfang des Prozesses sind wichtig, aber sie allein nützen natürlich nichts, wenn man am Ende des Prozesses im Vollzug die Plätze nicht hat.

Auch der Strafvollzug wird auf verschiedene Arten gestärkt. Das ist angesprochen worden. Wir sind in der Lage, in den kommenden Jahren 1 000 Plätze dazuzubauen. Dann wird in Baden-Württemberg von Überbelegung nicht mehr geredet werden können. Immerhin – das brauche ich fast nicht hinzuzufügen – kann kein anderes Bundesland in dieser Weise von sich sagen, dass es komplett wie wir die Lücke schließt.

Besoldungsverbesserungen: Wir nehmen über 800 Beförderungen von A 7 nach A 8 vor bei denen, die wenig verdienen und eine harte Arbeit leisten. Da wird eben nicht nur geredet, sondern wir tun auch etwas. Es gibt Neustellen im Werkdienst, die wichtig sind. Wir verbessern die technische Sicherheit der Vollzugsanstalten. Wir heben auch die Leitungsfunktionen im Werkdienst und im Vollzugsdienst an. Auch das ist sehr wichtig für die Motivation. Die Planungen für Offenburg sind weit fortgeschritten. Es läuft eigentlich alles so, dass man sagen kann: Was in diesem Land für den Strafvollzug gebraucht wird, wird getan. Es wird vor allen Dingen deutlich mehr getan als anderswo und deutlich mehr, als man vor kurzer Zeit vielleicht für möglich gehalten hätte.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Über Sicherheit wird also nicht nur geredet. Sicherheit wird bei uns Realität, weil man die Konsequenzen zieht und die Investitionen tätigt.

Wenn wir dabei sind, von der Umsetzung in die Realität zu reden, dann komme ich noch auf die Gerichtsvollzieher zu sprechen. Natürlich nützt mir ein Titel nichts, wenn er nicht vollstreckt wird. Aber wir sind dabei, den letzten Punkt der Koalitionsvereinbarung jetzt mithilfe der die Regierung tragenden Fraktionen seriös umzusetzen. Ich bedanke mich dafür. Es ist ja nicht so, als ob bei den Gerichtsvollziehern nichts geschehen wäre, sondern es sind Stellen dazugekommen. Bisher waren es schon zehn zusätzliche Stellen. Es kommen jetzt 1999 und 2000 weitere zehn Stellen hinzu, dann 25 umgeschichtete Stellen und die 40 Stellen, die nun in der aktuellen Form des Antrags enthalten sind. Dann ist natürlich für die Gerichtsvollzieher bei uns im Land fühlbar etwas getan worden, und das in einer Zeit, in der es normalerweise gar nicht mehr möglich ist, in den Ländern über neue Stellen zu reden.

(Abg. Bebber SPD: Es herrschte aber auch vorher das Chaos! Das musste jetzt beseitigt werden!)

Die Probleme sind erkannt, und die Probleme werden abgestellt, übrigens auch durch eine sinnvolle Neuordnung der Aufgaben der Gerichtsvollzieher, die noch nicht am Ende ist.

Das sind wesentliche Investitionen. Ich habe sie Ihnen als Beispiel aufgezählt. Es hört damit natürlich nicht auf. Sie haben vom Management gesprochen. Gerade auch Herr Oelmayer hat davon geredet. Wir haben – das ist bei uns Vergangenheit – den Unterbau der Gerichte in eine moderne Organisationsform gebracht. Wenn ich heute in andere Länder gehe, dann bekomme ich Hochglanzbroschüren in die Hand gedrückt, auf denen steht: „Justiz 2000“. Darin sind die Dinge beschrieben, die wir gemacht haben. Dann frage ich: „Und wo praktiziert ihr es?“ Dann sagen sie: „Morgen fangen wir an.“ Das ist die Realität. Wir haben keine Hochglanzbroschüren. Dafür schmeißen wir das Geld nicht hinaus.

(Abg. Brechtken SPD: Sagen Sie das mal dem Herrn Kollegen Döring! Der macht jeden Tag eine neue!)

Aber wir haben die Umorganisation der Gerichte und Staatsanwaltschaften, die bundesweit diskutiert wird, bei uns umgesetzt. Nur hat vielleicht mancher in der Opposition auch das noch nicht gemerkt.

Was die Budgetierung angeht, weil Sie bemängelt haben, dass ich Ihnen die eine oder andere Frage nicht beantworten konnte, lieber Herr Oelmayer, weil wir die Zahlen nicht hatten: Sie wollten von mir konkret wissen, wie hoch zum Beispiel die Rückflüsse durch Kostenerstattung in bestimmten Bereichen sind,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Genau!)

Sachverständige und Ähnliches. Ich kann Ihnen dazu nur Folgendes sagen, weil Sie meinen, wir würden da hinterhinken: Wir sind sicher in der Verwaltung in vielen Bereichen noch nicht so weit, nicht so betriebswirtschaftlich fit, wie ich mir das vorstelle. Aber ich kann Ihnen sagen, die Justizverwaltung ist am weitesten fortgeschritten. Die Justizverwaltung ist die einzige Verwaltung des Landes, die in der Lage ist, im Jahr 2000 flächendeckend die Budgetierung einzuführen. Wir gehen seit 1. Januar 2000 in die Budgetierung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Insofern haben Sie da vielleicht nicht ganz den richtigen Stand wiedergegeben, als die Justiz, auch was den Weg in die Budgetierung angeht – das darf man sagen –, an der Spitze des Fortschritts marschiert, obwohl das gerade in einem Bereich gar nicht selbstverständlich ist, in dem die richterliche Unabhängigkeit gewahrt sein will und besondere Bedingungen gelten.

Weitere Innovationen: Was soll ich da noch alles aufzählen, nur um dem Eindruck etwas entgegenzuwirken, den die Opposition hier zu erwecken versucht, in der Justiz passiere nichts oder passiere zu wenig? Manchen passiert

(Minister Dr. Ulrich Goll)

zu viel – das stimmt schon –: Videokonferenzverfahren am Finanzgericht in Karlsruhe, jetzt am Verwaltungsgericht in Sigmaringen. Im Moment entwickeln wir gerade das EDV-Verfahren für das Handelsregister. Das elektronische Grundbuch, das schon tot gesagt war, lebt munter und ist auf einem sehr guten Weg.

Eigentlich, kann man schon sagen, steht im Land alles zum Guten. Ich sage nicht „zum Besten“; denn man kann sich immer noch Schöneres vorstellen.

Die eigentlichen Bedrohungen – das stimmt schon – kommen von außerhalb. Die kommen nämlich von der Bundesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

Es ist natürlich die Bundesregierung, die uns ständig in die Parade fährt. Es ist zum Beispiel natürlich die im Moment lastende Unsicherheit durch die Rechtsmittelreform, die es wert wäre, hier demnächst einmal gezielt in einer Debatte angesprochen zu werden, um zu zeigen, was man tun sollte.

(Abg. Brechtken SPD: Da haben Sie nächste Woche Gelegenheit dazu! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Es ist die Rechtsmittelreform, die hier für Unruhe sorgt. Diese Rechtsmittelreform hat übrigens einen Zuschnitt, nach dem zwar alles anders, aber nichts besser wird. Und die Länder fangen an, zu begreifen – und zwar gerade auch die SPD-regierten Länder –, dass sie hinterher nicht nur etwas Schlechteres haben, sondern vielleicht auch noch einen Zuschussbetrieb. Also mancher wird im Moment nachdenklich. Diese Sache – ich sage es noch einmal – ist eine gesonderte Debatte hier wert.

Aber auch andere Dinge werden in Berlin verhindert – übrigens solche, über die ich staune. Die Fußfessel ist vorhin genannt worden. Für mich ist sie kein besonders wichtiger Punkt, sondern sie war für mich einfach ein sinnvolles Mittel, wenn wir für welche keine Arbeit anbieten können, die ihre Strafe nicht zahlen können, die sie absitzen müssten. Wenn wir für jemanden keine Arbeit haben – und das kommt vor –, könnten wir den Hausarrest anbieten. Die Grünen wollen das nicht, was mich übrigens gewundert hat. Ich habe gerade gestern ein Interview mit dem Friedensforscher Sternstein gelesen. Der arme Kerl sitzt im Knast. Das wäre nun einer für die Fußfessel. Er darf sich bei den Grünen bedanken, dass für ihn auch künftig kein Hausarrest in Betracht kommt, sondern dass er im Gefängnis sitzen muss.

Was das Land anlangt, sind die Hausaufgaben gemacht. Das darf man sagen.

Sie investieren – das möchte ich Ihnen zum Schluss sagen –, meine sehr geehrten Damen und Herren, in einen hochleistungsfähigen Bereich. Das darf man an dieser Stelle einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Beispiel Verfahrensdauer: Bei den Verfahrensdauern, gerade bei den Verfahren, die die Bürger am meisten betreffen, bei den erstinstanzlichen Verfahren, beim Amtsgericht, Landgericht, Zivilsachen, sind wir die Schnellsten. Beim Strafgericht ist es fast durchweg so. Also beim Landgericht sind wir auch die Schnellsten, beim Amtsgericht sind die Bayern die Schnellsten. Aber wir sind gerade in den Verfahren, die die Bürger betreffen, auf Platz eins oder überall auf dem Treppchen, sage ich einmal, und zwar auch in absoluten Zahlen, wenn bei uns eben ein amtsgerichtliches Verfahren im Schnitt 3,6 Monate dauert. Ich weiß nicht, ob man das eigentlich genügend betont, auch im Interesse derer, die draußen die Arbeit leisten. Es wird viel von baden-württembergischen Spitzenplätzen geredet. Gerade zum Beispiel bei der Verfahrensdauer sind diese Spitzenplätze bundesweit eindeutig.

Oder auch bei der Zahl der Vergleiche: Bei der Zahl der Vergleiche – was auch ein bisschen etwas über die Funktionsfähigkeit der Justiz sagt, auch über die Bereitschaft der Richter, sich in die Materie einzuarbeiten, auf die Parteien einzugehen – – Wir sind bei der Kunst, ein Konsensergebnis in den Verfahren herbeizuführen, bundesweit deutlich Spitze.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Das wird sich sicher noch verstärken, wenn wir die außergerichtliche Schlichtung umsetzen können.

Aber das muss man einmal deutlich sagen: Sie investieren viel Geld. Dafür sind wir dankbar. Aber Sie tun es zu Recht. Sie investieren es in einen hochleistungsfähigen Bereich, der es verdient hat.

Die Justiz in Baden-Württemberg versteht sich erfolgreich als Dienstleister, und zwar in dem Sinne, dass sie einen Dienst an der Gesellschaft leistet, einen wichtigen Dienst, ohne den keine Gesellschaft leben und funktionieren könnte.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die Unterstützung für diesen wichtigen Dienst, den die Justiz leistet. Ich bedanke mich beim Parlament, beim Finanzausschuss für die Unterstützung, aber auch bei den Damen und Herren des Finanzministeriums und natürlich dem Kollegen Finanzminister, dem Kollegen Stratthaus, Staatssekretär Rückert.

Ich darf mich aber zum Schluss natürlich bei allen Bediensteten in der Justiz dafür bedanken, dass sie diese Arbeit mit guten Ergebnissen in diesem Land leisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen in der Allgemeinen Aussprache nicht mehr vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Einzelplan 05. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 12/4805.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf

Kapitel 0501

Ministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0502

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
– Gegenprobe! –

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

(Abg. Brechtken SPD: Dem Rest können wir zustimmen!)

Ich rufe auf

Kapitel 0503

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit, Staatsanwaltschaften, Notariate und Grundbuchämter

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/4835. Wer dem Antrag der Fraktion Die Republikaner zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Brechtken SPD: Herr Präsident, bei den Kapiteln können wir bis zum Schluss abstimmen!)

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0503 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf

Kapitel 0504 bis 0508

Ich rufe diese Kapitel gemeinsam auf, weil sie im Ausschuss einstimmig verabschiedet worden sind. Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Abg. Brechtken SPD zu den Regierungsfractionen: Da sind wir sehr differenziert in der Abstimmung! Es gibt auch Zustimmungswürdiges bei euch!)

Ich rufe auf

Kapitel 0510

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Brechtken SPD: Da stimmen die Repts nicht zu! Wer lässt schon gern gegen sich selbst ermitteln!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und einigen Enthaltungen so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir den Buchstaben e der Tagesordnung – Einzelplan 05: Justizministerium – abgeschlossen.

(Abg. Brechtken SPD: Und die ganze Tagesordnung, Herr Präsident! Gott sei Dank!)

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 3. Februar, um 9:30 Uhr mit der Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 – statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 20:32 Uhr**

**Anlage 1**

**Vorschlag**

der Fraktion der SPD

**Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Wettstein	Birgit Kipfer
Wirtschaftsausschuss	ordentliches Mitglied	Wettstein	Capezzuto
Innenausschuss	ordentliches Mitglied	Capezzuto	Rosa Grünstein
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Rudolf Hausmann Wettstein	Rosa Grünstein Rudolf Hausmann
Gremium nach Artikel 10 GG	stellvertretendes Mitglied	Wettstein	Brechtken

02. 02. 2000

Rainer Brechtken und Fraktion

**Anlage 2**

**Vorschlag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Umsetzung im Untersuchungsausschuss „Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände“**

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Untersuchungsausschuss	stellvertretendes Mitglied	Marianne Erdrich-Sommer	Buchter

02. 02. 2000

Fritz Kuhn und Fraktion